



Beteiligungsbericht

der

Stadt Apolda

für das Jahr

2024

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Bürgermeisters

<i>Allgemeine Ausführungen</i>	1
Grundlagen wirtschaftlicher Betätigung	1
Beteiligungsverwaltung	3

Beteiligungen der Stadt Apolda

<i>an Rechtsformen des privaten Rechts</i>	4
--	---

Kennziffern

Jahresabschluss 2023	6
Jahresabschluss 2024	7

Berichte zu den Unternehmen

Wohnungsgesellschaft Apolda mbH	8
iD Immobiliendienstleistung GmbH	20
Bestattungsinstitut Apolda GmbH	30
Gemeinnütziges Wohnungsunternehmen Bad Sulza GmbH	38
HKS Gebäudetechnik GmbH Apolda	48
Apoldaer Beteiligungsgesellschaft mbH	57
Energieversorgung Apolda GmbH	67
Energienetze Apolda GmbH	78
Apoldaer Stadtentwicklungsgesellschaft mbH	95
Apoldaer Wasser GmbH	105
Hotel am Schloß Apolda GmbH	115
ELGO Elektrotechnik GmbH	126
WGA Service GmbH	135

Beteiligungsbericht über die unmittelbare Beteiligung an der KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG, Erfurt (KEBT AG) sowie über die unmittelbare Beteiligung am KEBT-Konzern, der die unmittelbare Beteiligung TEAG Thüringer Energie AG enthält im Jahr 2024 – erstellt durch die Kommunale Dienstleistungs-Gesellschaft Thüringen mbH (KDGT). Sowie der Beteiligungsbericht über die unmittelbare Beteiligung an der Kommunale Informationsbearbeitung Thüringen GmbH.

Vorwort des Bürgermeisters

Die Stadt Apolda legt mit dem Beteiligungsbericht 2024 den einundzwanzigsten Bericht über die städtischen Beteiligungen vor.

Damit wird dem § 75 a ThürKO Rechnung getragen, wonach die Gemeinde jährlich zum 30. September einen Beteiligungsbericht über jedes Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an dem sie unmittelbar beteiligt ist, zu erstellen hat. Darüber hinaus besteht diese Pflicht für Unternehmen, an denen die Gemeinde mittelbar beteiligt ist, wenn die Beteiligung mehr als 25 % beträgt oder die Bilanzsumme des Unternehmens 3.438.000 € überschreitet.

Mit dem Beteiligungsbericht will die Stadt Apolda dem Stadtrat, den Bürgerinnen und Bürgern, der Rechtsaufsichtsbehörde und der Verwaltung ein transparentes Bild über die wirtschaftlichen Beteiligungen der Stadt Apolda an Unternehmen in Rechtsform des privaten Rechts aufzeigen.

Die Stadt Apolda war im Jahr 2024 an sechs Unternehmen in privater Rechtsform unmittelbar und an neun Unternehmen mittelbar beteiligt (zum 31.12.2024).

Der vorliegende Beteiligungsbericht wurde auf der Grundlage der Berichte über die Prüfung der Jahresabschlüsse 2024 der einzelnen Unternehmen und entsprechender Auskünfte der Unternehmen erstellt.

Über die Beteiligungen an Unternehmen in privater Rechtsform hinaus nimmt die Stadt Apolda kommunale Aufgaben über die Mitgliedschaft im Abwasserzweckverband Apolda wahr.

Apolda, 30. September 2025

O. Müller

Bürgermeister

Allgemeine Ausführungen

Grundlagen wirtschaftlicher Betätigung

Artikel 28 Absatz 2 Grundgesetz (GG) garantiert den Gemeinden, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. In welcher Form die der Selbstverwaltung unterliegenden Aufgaben erfüllt werden, liegt bei den Gemeinden. Darunter zählt auch die Gründung von wirtschaftlichen Unternehmen.

Wenn sich eine Gemeinde aktiv am Wirtschaftsleben beteiligt, ist dies an strenge Voraussetzungen geknüpft. So dürfen Gemeinden nach § 71 Absatz 2 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) Unternehmen nur gründen, übernehmen oder erweitern, wenn

1. der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt,
2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht,
3. die dem Unternehmen zu übertragenden Aufgaben für die Wahrnehmung außerhalb der allgemeinen Verwaltung geeignet sind,
4. bei einem Tätigwerden außerhalb der kommunalen Daseinsvorsorge der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen anderen erfüllt wird oder erfüllt werden kann. Gegebenenfalls ist ein Markterkundungsverfahren unter Einbindung der betroffenen örtlichen Betriebe in Landwirtschaft, Handel, Gewerbe und Industrie durchzuführen.

Eine Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung besteht darin, dass durch Unternehmen der Gemeinde eine wesentliche Schädigung und die Aufsaugung selbständiger Betriebe in Landwirtschaft, Handel, Gewerbe und Industrie zu unterbleiben hat (§ 71 Absatz 3 ThürKO).

Nach § 71 Absatz 4 ThürKO darf die Gemeinde keine Bankunternehmen gründen. Für das Sparkassenwesen existieren jedoch besondere Vorschriften.

Die Entscheidung über die Gründung, Übernahme, Erweiterung oder Aufhebung von Unternehmen der Gemeinde und über die Beteiligung an Unternehmen liegt gemäß § 26 Absatz 2 Nummer 11 ThürKO beim Gemeinderat.

Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts dürfen nach § 73 ThürKO nur von der Gemeinde gegründet, deren Zweckbestimmung geändert oder sich an solchen beteiligt werden, wenn

1. die Voraussetzungen des § 71 Absatz 2 und 3 ThürKO vorliegen
2. die Gemeinde angemessenen Einfluss im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Gremium erhält,
3. die übernommenen Verpflichtungen der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit stehen,
4. die Gemeinde sich insbesondere nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet hat und
5. die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt ist; die Rechtsaufsichtsbehörde kann von der Haftungsbegrenzung in begründeten Fällen befreien.

Aufgrund des Punktes 5 sind Gesellschaftsformen unzulässig, bei denen es keine Haftungsbegrenzung gibt (z. B. Gesellschaft bürgerlichen Rechts – GbR, Komplementär einer Kommanditgesellschaft). Zulässig sind z. B. die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) und die Aktiengesellschaft (AG).

Die GmbH ist eine Gesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit. Die Gesellschafter beteiligen sich über Stammeinlagen am Stammkapital der Gesellschaft. Die Haftung des einzelnen Gesellschafters ist dabei auf die Einlage beschränkt. Die Organe der GmbH sind die Gesellschafterversammlung und der Geschäftsführer. Ein Aufsichtsrat kann gebildet werden.

Die AG ist ebenfalls eine Gesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit. Sie hat ein in Aktien zerlegtes Grundkapital. Die Haftung ist auf das Gesellschaftsvermögen beschränkt. Organe der AG sind die Hauptversammlung, der Vorstand und der Aufsichtsrat.

Eine weitere Form für eine Aufgabenerfüllung außerhalb der inneren Verwaltung ist der Zweckverband. Ein Zweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit. Er entsteht durch den Zusammenschluss mehrerer Gebietskörperschaften zur Erfüllung eines bestimmten Zwecks. Gesetzliche Grundlage bildet hier das Thüringer Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG). Zweckverbände finden sich häufig im Bereich der Wasserversorgung, der Abwasserbeseitigung und der Abfallbeseitigung.

Gemäß § 75 ThürKO sollen Unternehmen und Beteiligungen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen. Die Einnahmen sollen mindestens alle Aufwendungen decken und neben einer marktüblichen Verzinsung des Eigenkapitals angemessene Rücklagen ermöglichen.

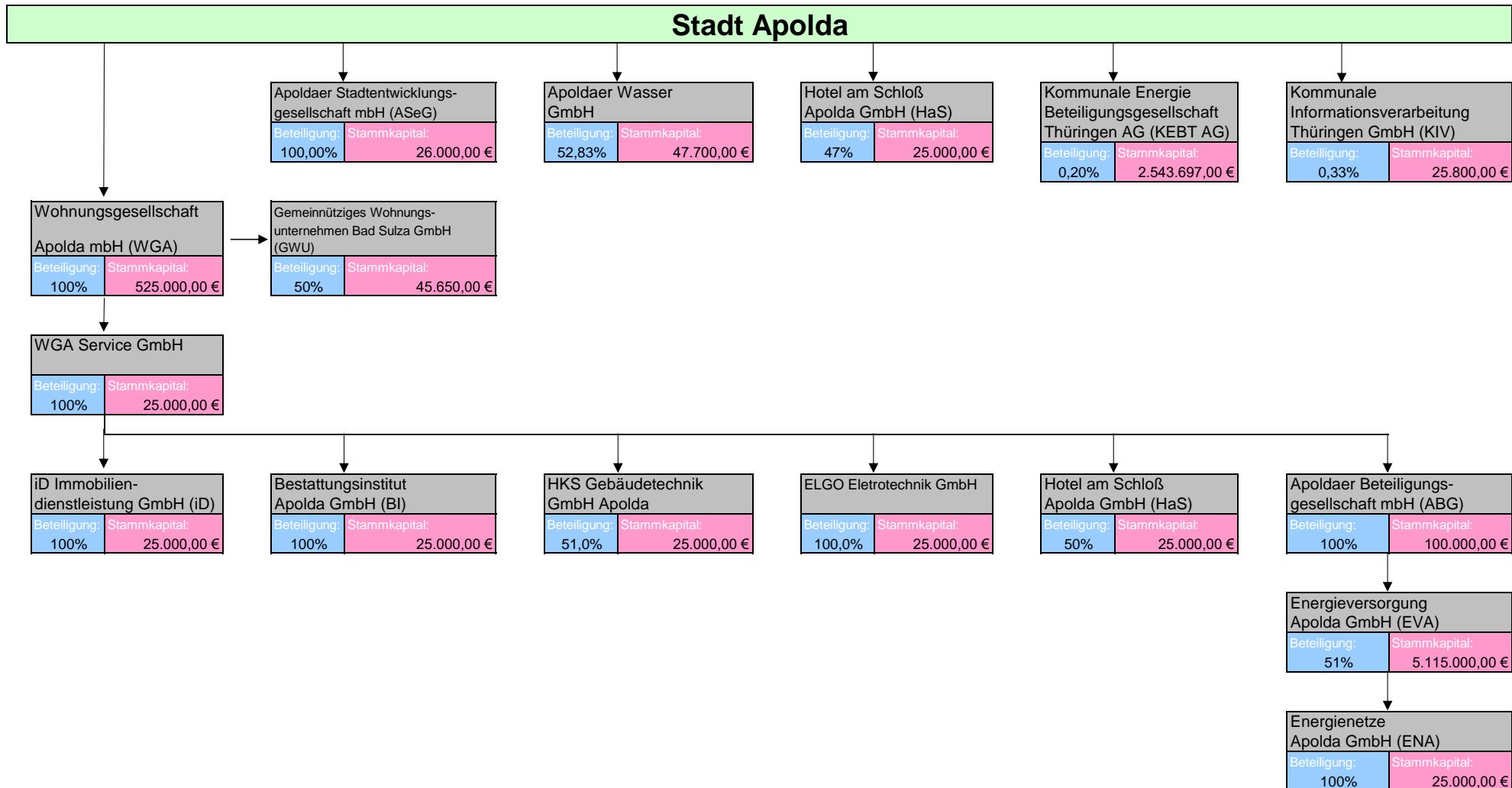
Beteiligungsverwaltung

Die Stadt Apolda ist im Berichtszeitraum an 15 Gesellschaften unmittelbar oder mittelbar beteiligt. Die Verwaltung der Beteiligungen erfolgte durch den Bürgermeister und den Fachbereich Finanzen.

Beteiligungen der Stadt Apolda

(entsprechend § 75 a Thüringer Kommunalordnung an einer Rechtsform des privaten Rechts)

zum 31.12.2024



Kennziffern

Kennziffern sind Zahlen, die als Absolut- oder Verhältniszahlen konzentriert alle relevanten quantifizierbaren Sachverhalte eines Untersuchungsgegenstandes zum Ausdruck bringen.

Kennziffern erhalten meist erst durch den Vergleich ihre volle Aussagefähigkeit.

Erläuterung verwendeter Kennziffern im Beteiligungsbericht:

Anlagenintensität: Verhältnis der Summe Anlagevermögen zur Bilanzsumme

Anlagendeckungsgrad: Verhältnis der Summe Anlagevermögen zum Eigenkapital

Umlaufvermögen zu Bilanzsumme: Verhältnis der Summe Umlaufvermögen zur Bilanzsumme

Eigenkapitalquote: Verhältnis Eigenkapital zur Bilanzsumme

Rückstellungen zu Bilanzsumme: Verhältnis der Summe Rückstellungen zur Bilanzsumme

Verbindlichkeiten zu Bilanzsumme: Verhältnis der Summe Verbindlichkeiten zur Bilanzsumme

Kennziffern zum Jahresabschluß der städtischen Unternehmen und Beteiligungen (Zusammenfassung)

2023		Kennzahlen	Anteil der Stadt Apolda	Gesamtleistung aus GuV	Jahresüberschuss (+) Jahresfehlbetrag (-)	Beschäftigte im Durchschnitt	Bilanzsumme	Anlagevermögen	Anlagenintensität	Anlagendeckungsgrad	Umlaufvermögen	Umlaufvermögen zur Bilanzsumme	Eigenkapital	Eigenkapitalquote	Rückstellungen	Rückstellungen zur Bilanzsumme	Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten zur Bilanzsumme	Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Unternehmen		%	T€	Anzahl	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%	Name		
Unternehmen mit direkter Beteiligung																			
Wohnungsgesellschaft Apolda mbH	100,00%	13.983	1.245	22,0	81.660	70.272	86,1%	78,7%	11.388	13,95%	55.274	67,7%	2.641	3,2%	23.745	29,1%	Bavaria Revisions- und Treuhand Aktiengesellschaft, Erfurt		
Apoldaer Stadtentwicklungsgeellschaft mbH	100,00%	567	-20	1,0	496	382	77,0%	48,4%	49	9,88%	185	37,3%	165	33,3%	146	29,4%	BDO Deutsche Warentreuhand Aktiengesellschaft, Erfurt		
Apoldaer Wasser GmbH	52,83%	7.832	114	46,0	32.861	26.878	81,8%	63,4%	5.876	17,88%	17.047	51,9%	31	0,1%	12.407	37,8%	Schneider & Zien GmbH & Co. KG, Erfurt		
Hotel am Schloß Apolda GmbH	47,00%	2.375	-106	47,0	602	195	32,4%	159,5%	400	66,45%	311	51,7%	43	7,1%	248	41,2%	BDO Deutsche Warentreuhand Aktiengesellschaft, Erfurt		
KIV Thüringen GmbH	0,33%	12.108	613	48,5	3.827	384	10,0%	619,0%	3.426	89,52%	2.377	62,1%	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	AKR Akzent Revisions GmbH		
KEBT AG	0,20%	-	41	-	742	737	99,3%	48,2%	4	0,54%	355	47,8%	86	11,6%	387	52,2%	PWC GmbH		
Unternehmen mit indirekter Beteiligung																			
iD Immobiliendienstleistung GmbH (iD)	0,00%	967	0	9,0	562	439	78,1%	51,3%	123	21,89%	225	40,0%	38	6,8%	299	53,2%	Bavaria Revisions- und Treuhand Aktiengesellschaft, Erfurt		
Bestattungsinstitut Apolda GmbH	0,00%	631	0	4,5	179	53	29,6%	47,2%	126	70,39%	25	14,0%	33	18,4%	122	68,2%	Bavaria Revisions- und Treuhand Aktiengesellschaft, Erfurt		
Gemeinnütziges Wohnungsunternehmen Bad Sulza GmbH (GWU)	0,00%	902	70	0,0	3.538	2.491	70,4%	82,8%	1.047	29,59%	2.063	58,3%	59	1,7%	1.416	40,0%	Bavaria Revisions- und Treuhand Aktiengesellschaft, Erfurt		
HKS Gebäudetechnik GmbH Apolda	0,00%	2.703	129	17,0	2.429	200	8,2%	344,0%	2.225	91,60%	688	28,3%	146	6,0%	1.595	65,7%	Bavaria Revisions- und Treuhand Aktiengesellschaft, Erfurt		
Apoldaer Beteiligungs-gesellschaft mbH (ABG)	0,00%	627	267	22,0	14.391	9.954	69,2%	130,0%	4.427	30,76%	12.944	89,9%	9.192	63,9%	1.185	8,2%	BDO Deutsche Warentreuhand Aktiengesellschaft, Erfurt		
Energieversorgung Apolda GmbH	0,00%	36.984	0	20,0	26.105	14.690	56,3%	75,9%	11.413	43,72%	11.146	42,7%	3.676	14,1%	11.263	43,1%	Rödl & Partner GmbH, Jena		
Energienetze Apolda GmbH	0,00%	13.401	0	27,0	17.852	14.705	82,4%	68,8%	3.146	17,62%	10.118	56,7%	946	5,3%	4.510	25,3%	Rödl & Partner GmbH, Jena		
WGA Service GmbH	0,00%	650	0	15,8	11.779	11.513	97,7%	99,2%	266	2,26%	11.422	97,0%	41	0,3%	316	2,7%	Bavaria Revisions- und Treuhand Aktiengesellschaft, Erfurt		
ELGO GmbH	0,00%	1.027	0	12,3	634	277	43,7%	3,2%	357	56,31%	9	1,4%	52	8,2%	572	90,2%	Bavaria Revisions- und Treuhand Aktiengesellschaft, Erfurt		

Kennziffern zum Jahresabschluß der städtischen Unternehmen und Beteiligungen (Zusammenfassung)

2024	Wirtschaftsprüfungsgesellschaft																
	Kennzahlen	Anteil der Stadt Apolda	Gesamtleistung aus GuV	Jahresüberschuss (+) Jahresfehlbetrag (-)	Beschäftigte im Durchschnitt	Bilanzsumme	Anlagevermögen	Anlagenintensität	Anlagendeckungsgrad	Umlaufvermögen	Umlaufvermögen zur Bilanzsumme	Eigenkapital	Eigenkapitalquote	Rückstellungen	Rückstellungen zur Bilanzsumme	Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten zur Bilanzsumme
,	%	T€	Anzahl	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%
Unternehmen mit direkter Beteiligung																	
Wohnungsgesellschaft Apolda mbH	100,00%	15.289	1.236	26,0	81.081	68.006	83,9%	83,1%	13.075	16,13%	56.508	69,7%	54.749	67,5%	21.968	27,1%	Bavaria Revisions- und Treuhand Aktiengesellschaft, Erfurt
Apoldaer Stadtentwicklungsgeellschaft mbH	100,00%	527	20	1,0	571	381	66,7%	53,8%	186	32,57%	205	35,9%	162	28,4%	203	35,6%	BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Erfurt
Apoldaer Wasser GmbH	52,83%	7.769	71	46,0	32.253	26.097	80,9%	65,6%	6.041	18,73%	17.118	53,1%	37	0,1%	11.750	36,4%	Schneider & Zien GmbH & Co. KG, Erfurt
Hotel am Schloß Apolda GmbH	47,00%	2.516	-100	46,0	514	157	30,5%	133,8%	336	65,37%	210	40,9%	58	11,3%	245	47,7%	BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Erfurt
KIV Thüringen GmbH	0,33%	20.328	1.460	57,0	6.152	472	7,7%	747,9%	5.675	92,25%	3.530	57,4%	k.A.	k.A.	1.465	k.A.	AKR Akzent Revisions GmbH
KEBT AG	0,20%	0	45.201	-	747.324	738.420	98,8%	52,9%	8.905	1,19%	390.788	52,3%	202	0,0%	356.334	47,7%	PwC GmbH
Unternehmen mit indirekter Beteiligung																	
iD Immobiliendienstleistung GmbH (iD)	0,00%	1.099	0	11,0	578	476	82,4%	47,3%	102	17,65%	225	38,9%	39	6,7%	315	54,5%	Bavaria Revisions- und Treuhand Aktiengesellschaft, Erfurt
Bestattungsinstitut Apolda GmbH	0,00%	620	0	4,0	144	35	24,3%	71,4%	109	75,69%	25	17,4%	30	20,8%	89	61,8%	Bavaria Revisions- und Treuhand Aktiengesellschaft, Erfurt
Gemeinnütziges Wohnungsunternehmen Bad Sulza GmbH (GWU)	0,00%	968	155	0,0	3.610	2.145	59,4%	103,4%	1.466	40,61%	2.218	61,4%	83	2,3%	1.309	36,3%	Bavaria Revisions- und Treuhand Aktiengesellschaft, Erfurt
HKS Gebäudetechnik GmbH Apolda	0,00%	2.567	150	14,3	1.382	197	14,3%	384,8%	1.185	85,75%	758	54,8%	142	10,3%	481	34,8%	Bavaria Revisions- und Treuhand Aktiengesellschaft, Erfurt
Apoldaer Beteiligungs-gesellschaft mbH (ABG)	0,00%	1.007	666	17,0	14.619	10.757	73,6%	125,1%	3.850	26,34%	13.454	92,0%	342	2,3%	805	5,5%	BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Erfurt
Energieversorgung Apolda GmbH	0,00%	33.281	0	21,0	26.943	15.264	56,7%	79,4%	11.677	43,34%	12.126	45,0%	3.984	14,8%	10.816	40,1%	Rödl & Partner GmbH, Jena
Energienetze Apolda GmbH	0,00%	13.908	0	29,0	19.125	14.809	77,4%	0,0%	4.314	22,56%	10.418	54,5%	1.391	7,3%	4.686	24,5%	Rödl & Partner GmbH, Jena

**Berichte
zu den
Unternehmen**

Wohnungsgesellschaft Apolda mbH (WGA)

Adresse	Gerichtsweg 2, 99510 Apolda
Gründung	1991
Handelsregister	HRB 106235, Amtsgericht Jena
Geschäftsleitung	Herr Sören Rost
Aufsichtsrat	Herr Rüdiger Eisenbrand, Bürgermeister (Vorsitzender) bis 30.06.2024 Herr Olaf Müller, Bürgermeister (Vorsitzender) ab 01.07.2024 Herr Hannes Raebel, Stadtrat (Stellvertreter) Herr Jochen Kürbs, Stadtrat Herr Peter Scherneck, Stadtrat Herr Max Otto Strobel, Stadtrat bis 16.06.2024 Frau Peggy Blasi, Stadträtin ab 17.06.2024 Herr Joachim Sennewald, Stadtrat Herr Ralf Bauer, FBL Finanzen
Gesellschafter	Stadt Apolda (100 %)
Stammkapital	525.000 €
Beteiligungen	iD Immobiliendienstleistung GmbH Apolda (100 %) Bestattungsinstitut Apolda GmbH (100 %) Apoldaer Beteiligungsgesellschaft mbH (100 %) Gemeinnütziges Wohnungsunternehmen Bad Sulza GmbH (50 %) Hotel am Schloß Apolda GmbH (50 %) HKS Gebäudetechnik GmbH Apolda (51 %)

Wichtige Verträge

- Festlegung Darlehensrahmen mit/über Bestattungsinstitut Apolda GmbH, iD Immobiliendienstleistung GmbH, Hotel am Schloß Apolda GmbH
- Verwaltervertrag zwischen der WGA und der Gemeinnütziges Wohnungsunternehmen Bad Sulza GmbH vom 21.01.2009
- Gesellschaftsvertrag (Neufassung) vom 18.08.2008
- Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der WGA und dem Bestattungsinstitut Apolda GmbH vom 18.08.2008
- Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der WGA und der iD Immobiliendienstleistung GmbH vom 09.03.2006
- Verwaltervertrag zwischen der Stadt Apolda und der WGA vom 03.05.1994
- Pachtvertrag zwischen der Stadt Apolda und der WGA vom 28.01.1993
- informativ: Mit Wirkung zum 01.01.2014 wurden alle Anteile an der Apoldaer Beteiligungsgesellschaft mbH (Beurkundung am 18.10.2013) erworben.
- 2017: Erwerb 50 % der Anteile an der Gemeinnütziges Wohnungsunternehmen Bad Sulza GmbH
- 2017: Erwerb 25,1 % (seit 2021 51,0 %) der Anteile an der HKS Gebäudetechnik GmbH Apolda

Unternehmenszweck

Zweck der Gesellschaft ist die sichere Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung der Stadt Apolda unter Berücksichtigung sozialer Belange zu angemessenen Bedingungen. Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese den vorgenannten Gesellschaftszwecken (mittelbar oder unmittelbar) dienlich sind.

Weiterer Zweck der Wohnungsgesellschaft Apolda mbH als Holdinggesellschaft ist das Halten und die Verwaltung von Beteiligungen der Stadt Apolda an privatrechtlichen

Gesellschaften im Rahmen der kommunalrechtlichen Vorschriften zur öffentlichen Zweckverfolgung und Vermögensverwaltung dieser Gesellschaften sowie die Übernahme und das Erbringen von Geschäftsbesorgungen im Rahmen des Beteiligungsmanagements. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die dieser Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten, pachten und betreiben.

Die Gesellschaft wurde am 28.06.1991 rückwirkend zum 01.06.1991 gegründet und am 25.05.1993 in das Handelsregister beim Amtsgericht Erfurt unter HRB 6235 eingetragen. Nach Umstrukturierung der Amtsgerichte ist die Gesellschaft unter HRB 106235 beim Amtsgericht Jena eingetragen. Das Stammkapital beträgt 525.000,00 €.

Alleinige Gesellschafterin des Unternehmens ist die Stadt Apolda.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2024

(Auszug aus dem Lagebericht)

Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2024 ist positiv verlaufen. Die gestiegenen Sollmieten, die rückläufigen Erlösschmälerungen, Abschreibungen, Zins- und Personalaufwendungen konnten die gestiegenen Instandhaltungs- und Verwaltungskosten nicht vollständig kompensieren. Das Ergebnis der Hausbewirtschaftung hat sich um 0,2 Mio. € auf 1,2 Mio. € vermindert. Der Jahresüberschuss hat sich nur marginal verändert und beträgt 1,2 Mio. €.

Die Gesellschaft konnte den geplanten Jahresüberschuss von 0,6 Mio. € um 0,6 Mio. € auf 1,2 Mio. € steigern. Ursächlich hierfür sind insbesondere die gestiegenen Sollmieten, gesunkenen Erlösschmälerungen auf Sollmieten, die gesunkenen Abschreibungen und Personalkosten sowie die überplanmäßigen Erträge aus Gewinnabführung.

Vermögenslage

Die Vermögens- und Kapitalstruktur der Gesellschaft hat sich wie folgt entwickelt:

Vermögensstruktur (in T€)	31.12.2024	%	31.12.2023	%
Langfristige Investitionen	67.765,0	83,6	70.367,9	86,2
Grundstücksvorräte	829,7	1,0	465,6	0,6
Kurzfristiges Vermögen	12.486,6	15,4	10.826,0	13,2
Gesamtvermögen/Bilanzsumme	81.081,3	100,0	81.659,5	100,0

Kapitalstruktur (in T€)	31.12.2024	%	31.12.2023	%
Eigenkapital	56.508,5	69,7	55.273,9	67,7
Langfristiges Fremdkapital	15.289,0	18,9	18.097,9	22,2
Kurzfristiges Fremdkapital	9.238,8	11,4	8.287,7	10,1
Gesamtkapital/Bilanzsumme	81.081,3	100,0	81.659,5	100,0

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 0,6 Mio. € vermindert. Die Verminderung der langfristigen Investitionen gegenüber dem Vorjahr resultiert insbesondere aus den planmäßigen Abschreibungen des Geschäftsjahrs, die Zugänge (Investitionen in das Sachanlagevermögen) werden dadurch überkompensiert. Beim kurzfristigen Vermögen erhöhten sich insbesondere die Unfertigen Leistungen, Forderungen und disponiblen Mittel. Auf der Kapitalseite hat sich das langfristige Fremdkapital aufgrund der planmäßigen Tilgungen und Sondertilgungen vermindert. Beim kurzfristigen Fremdkapital haben sich insbesondere die Erhaltenen Anzahlungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erhöht. Das Eigenkapital hat sich aufgrund des Jahresüberschusses 2024 (1,2 Mio. €) erhöht. Das bilanzielle Eigenkapital beträgt zum 31.12.2024 69,7 % (2023: 67,7 %) der Bilanzsumme. Die langfristigen Investitionen sind mit Eigenkapital und langfristigen Fremdkapital finanziert. Darüber hinaus verbleibt eine Finanzreserve von rd. 3,2 Mio. €.

Finanzlage

Die finanzielle Entwicklung der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

in T€	2024	2024	2023
Finanzmittelfonds 1.1.		5.886,9	5.181,5
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	3.401,4		4.028,2
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	150,5		50,9
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-2.992,4	559,5	-3.373,7
Finanzmittelfonds zum 31.12.		6.446,4	5.886,9

Im Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist der Cashflow nach DVFA/SG von 3,6 Mio. € (2023: 3,9 Mio. €) enthalten. Die Verminderung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit beruht insbesondere auf den Veränderungen der kurzfristigen Aktiva sowie das verminderde Ergebnis der Hausbewirtschaftung. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beruht insbesondere auf den Veränderungen der kurzfristigen Aktiva sowie dem verminderde Ergebnis der Hausbewirtschaftung. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit zeigt im Wesentlichen die Investitionen in das Sach- bzw. Finanzanlagevermögen, denen Zinserträge und Einzahlungen aus Gewinnabführung gegenüberstehen. Der Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit zeigt den Saldo aus (Sonder-) Tilgungen sowie Zinszahlungen.

Die Gesellschaft konnte ihren Finanzierungstätigkeiten jederzeit nachkommen.

Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet.

Ertragslage

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2024 einen Jahresüberschuss von 1,2 Mio. € erzielt. Er setzt sich wie folgt zusammen:

in T€	2024	2023	Veränderung
Hausbewirtschaftung	1.153,1	1.361,9	-208,8
Betriebsergebnis	1.153,1	1.361,9	-208,8
Sonstiger Bereich	77,3	-68,4	145,7
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4,1	-48,6	52,7
Jahresüberschuss	1.234,5	1.244,9	-10,4

Das Betriebsergebnis/Ergebnis der Hausverwaltung hat sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 0,2 Mio. € vermindert. Ursächlich dafür sind insbesondere die gestiegenen Instandhaltungskosten sowie die Verwaltungskosten. Die höheren Sollmieten und niedrigeren Erlösschmälerungen sowie gesunkenen Zinsaufwendungen werden dadurch nicht sichtbar. Das geldmäßige Ergebnis der Hausbewirtschaftung schließt mit einem Überschuss von 0,9 Mio. € ab. Das Ergebnis im sonstigen Bereich wird insbesondere durch die Gewinnabführung der Tochtergesellschaft sowie Zinserträge und Erträge aus Ausleihungen an verbundene Unternehmen beeinflusst. Dem stehen sonstige Aufwendungen gegenüber.

Die Ertragslage wird durch das positive Ergebnis aus der Hausbewirtschaftung beeinflusst. Die Ertragslage ist gut.

Beteiligungen

Die Beteiligungsstruktur stellt sich wie folgt dar:

Unternehmen	Stammkapital (€)	Beteiligung
Gemeinnütziges Wohnungsunternehmen Bad Sulza GmbH	45.650,00	50,0 %
WGA Service GmbH	36.700,00	100,0 %

In der Gesellschafterversammlung am 8. Dezember 2022 wurde die Einbringung der Geschäftsanteile an der HKS Gebäudetechnik GmbH, der Bestattungsinstitut Apolda GmbH, der iD Immobiliendienstleistung GmbH, der Apoldaer Beteiligungsgesellschaft mbH sowie

der Hotel am Schloß Apolda GmbH von der Wohnungsgesellschaft Apolda mbH in die WGA Service GmbH notariell beurkundet. Das Stammkapital der WGA Service GmbH erhöht sich dementsprechend um 11.700,00 € auf nunmehr 36.700,00 €. Die Anteilsübertragung tritt mit schuldrechtlicher Wirkung zum 1. Januar 2023 in Kraft. Mit gleichem Datum wurde der Gewinnabführungs- und Beherrschungsvertrag zwischen der Wohnungsgesellschaft Apolda mbH und der iD Immobiliendienstleistung GmbH sowie dem Bestattungsinstitut Apolda GmbH mit Ablauf des 31. Dezember 2022 gekündigt. Mit Wirkung vom 1. Januar 2023 wurde ein neuer Gewinnabführungs- und Beherrschungsvertrag zwischen der Wohnungsgesellschaft Apolda mbH und der WGA Service GmbH geschlossen.

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2025

(Auszug aus dem Lagebericht)

Hausbewirtschaftung

Wichtigstes Ziel der Verwaltungs- und Betreuungstätigkeit ist es auch weiterhin, den Mietern durch vielfältige Aktivitäten ein angenehmes Wohnen zu ermöglichen. Auf Grund der demographischen Entwicklung werden auch zukünftig die Bedürfnisse für ältere Mieter im Fokus der Gesellschaft stehen. Mit dem Neubau des „Wohnpark am Brühl“ sowie der „Bahnhofstraße 12“ sind bereits wichtige Voraussetzung geschaffen, damit diese Mieter so lange wie möglich selbstständig in ihren Wohnungen verbleiben können. Zudem wurde die Innenstadt Apoldas weiter aufgewertet. Aufgrund gesetzlicher Bestimmungen wird im Jahr 2025 die WEG- und Treuhandverwaltung auf die WGA Service GmbH ausgelagert. Dementsprechend wurden in der Planung für 2025 keine Erlöse in diesem Bereich geplant. Auf einem durch die Stadt Apolda eingebrachten Grundstück, plant die Gesellschaft in den kommenden Jahren eine Reihenhaus- bzw. Mehrfamilienhausbebauung. Ein Bebauungsplan wird derzeit erarbeitet.

Instandhaltung / Modernisierung

Für das Geschäftsjahr 2025 werden Ausgaben für Instandhaltungsmaßnahmen (einschl. Pachtbesitz) von rd. 3,1 Mio. € geplant.

Planergebnis 2025

Für das Geschäftsjahr 2025 werden von Umsatzerlösen von 14,5 Mio. € ausgegangen. Daneben werden sonstige Erträge, Zinserträge sowie Erträge aus Gewinnabführungen von insgesamt rd. 0,3 Mio. € geplant. Dem stehen Aufwendungen von rd. 14,3 Mio. € gegenüber,

so dass sich ein Jahresüberschuss von rd. 0,5 Mio. € ergibt. Aus dem Finanzplan ergeben sich unter den vorgenannten Prämissen ein Mittelzufluss für 2025 von rd. 0,1 Mio. €. Aufgrund der positiven Ausgangslage stehen der Gesellschaft ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung, um die Zahlungsverpflichtungen fristgerecht bedienen zu können. Auch für die überschaubare Zukunft werden diesbezüglich keine Risiken gesehen.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

(Auszug aus dem Lagebericht)

Chancen werden in der weiteren Konsolidierung der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft gesehen. Durch permanente und umfangreiche Investitionen in den Wohnungsbestand werden die Gefahren eines Instandhaltungsstaus minimiert und die Vermietbarkeit der Wohnungen nachhaltig gesichert. Der Finanzbereich wird durch ein konsequentes Risikomanagement überwacht und rechtzeitig Prolongationen bzw. Umschuldungen angestrebt. Somit konnte in den vergangenen Jahren die Zinsbelastung erheblich gesenkt werden. Durch Beibehaltung der Ratenhöhe wird eine schnellere Entschuldung des Mietshausbesitzes angestrebt.

Risiken resultieren insbesondere aus der demographischen Entwicklung und dem damit einhergehenden Bevölkerungsrückgang in unserer Region sowie auch in ganz Thüringen. Dabei spielen die wirtschaftlichen Gegebenheiten, wie mangelnde Arbeitsplätze und Einkommenshöhen eine nicht ganz unbedeutende Rolle. Deshalb liegt das Hauptaugenmerk darauf, den Leerstand im eigenen Wohnungsbestand nachhaltig unter 10 % zu halten. Die Gesellschaft unternimmt daher größte Anstrengungen zur Vermietung ihrer Wohnungen. Die Geschäftsleitung beobachtet laufend die weitere Entwicklung zur Identifikation der damit verbundenen Risiken und reagiert bedarfsweise unter Zugrundelegung des Risikomanagementsystems des Unternehmens mit angemessenen Maßnahmen zum Umgang mit den identifizierten Risiken. Dies betrifft auch Maßnahmen zur Anpassung von operativen Geschäftsprozessen unter Nutzung aktueller technologischen Möglichkeiten. Für die Gesellschaft waren für 2024 keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar. Bestandsgefährdende Risiken und sonstige Risiken mit einem wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage bestehen nach derzeitigem Kenntnisstand auch für den Prognosezeitraum sowie die überschaubare Zukunft nicht.

Weitere wesentliche Risiken, die Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten, werden derzeit nicht gesehen.

Feststellungen des Abschlussprüfers

Die Prüfung durch die Bavaria Revisions- und Treuhand Aktiengesellschaft, Erfurt, hat zu keinen Einwendungen geführt.

Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde am 12.05.2025 erteilt.

Bilanz

<u>Aktiva</u>	2024		2023		2022	
	€	%	€	%	€	%
Anlagevermögen	68.006.050,53	84	70.271.618,38	86	72.203.770,74	88
Immaterielles Vermögen	1.152,29		4.721,55		9.194,16	
Sachanlagen	53.848.141,79		55.974.655,36		58.430.557,43	
Finanzanlagen	14.156.756,45		14.292.241,47		13.764.019,15	
Umlaufvermögen	13.075.236,99	16	11.387.927,36	14	10.136.127,24	12
Vorräte	5.419.562,26		4.411.239,51		3.732.150,34	
Forderungen und sonstiges Vermögen	1.209.270,41		1.089.791,08		1.222.483,79	
Liquide Mittel	6.446.404,32		5.886.896,77		5.181.493,11	
Aktiver RAP	0,00		0,00		50.692,37	
Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung	0,00		0,00		0,00	
Bilanzsumme	81.081.287,52	100	81.659.545,74	100	82.390.590,35	100

<u>Passiva</u>	2024		2023		2022	
	€	%	€	%	€	%
Eigenkapital	56.508.397,56	70	55.273.928,03	68	54.028.986,78	66
Gezeichnetes Kapital	525.000,00		525.000,00		525.000,00	
Kapitalrücklage	11.071.991,97		11.071.991,97		11.071.991,97	
Gewinnrücklagen	43.676.936,06		42.431.994,81		41.835.183,27	
Jahresergebnis	1.234.469,53		1.244.941,25		596.811,54	
Rückstellungen	2.605.257,00	3	2.640.662,00	3	2.463.577,00	3
Verbindlichkeiten aLL	21.967.632,96	27	23.744.955,71	29	25.898.026,57	31
Passiver RAP	0,00		0,00		0,00	
Bilanzsumme	81.081.287,52	100	81.659.545,74	100	82.390.590,35	100

Gewinn- und Verlustrechnung

	2024	2023	Verän- derung	2022
	€	€	€	€
Umsatz	13.996.104,39	12.900.606,28	1.095.498,11	12.746.131,09
Bestandveränderungen und akt. Eigenleistungen	1.010.000,00	679.000,00	331.000,00	-112.000,00
Sonstige Erträge	282.957,16	403.581,82	-120.624,66	298.097,76
Gesamtleistung	15.289.061,55	13.983.188,10	1.305.873,45	12.932.228,85
Materialaufwand	9.480.982,14	7.714.132,86	1.766.849,28	7.427.577,24
Personalaufwand	1.492.743,68	1.648.928,06	-156.184,38	1.645.700,62
Abschreibung	2.390.757,95	2.480.381,06	-89.623,11	2.487.126,38
Sonstige betriebliche Aufwendungen	796.324,00	855.197,97	-58.873,97	721.824,27
Betriebsergebnis	1.128.253,78	1.284.548,15	-156.294,37	650.000,34
Erträge aus Gewinnabführung	224.400,94	187.799,98	36.600,96	356.958,23
Erträge aus Beteiligungen	0,00	22.950,00	-22.950,00	11.500,50
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	53.329,97	42.811,45	10.518,52	20.822,36
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	89.893,36	63.135,65	26.757,71	1.857,77
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	264.190,63	321.863,90	-57.673,27	405.002,95
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.231.687,42	1.279.381,33	-47.693,91	636.136,25
Steuern	-4.162,16	34.440,08	-38.602,24	39.324,71
Jahresergebnis	1.235.849,58	1.244.941,25	-9.091,67	596.811,54

Wichtige Kennzahlen

	Einheit	2024	2023	2022
AN-Durchschnitt	Anzahl	26	22	24
<i>davon Vollzeitkräfte</i>	<i>Anzahl</i>	<i>14</i>	<i>14</i>	<i>11</i>
<i>davon Teilzeitkräfte</i>	<i>Anzahl</i>	<i>8</i>	<i>8</i>	<i>10</i>
<i>davon Auszubildende</i>	<i>Anzahl</i>	<i>4</i>	<i>2</i>	<i>3</i>
Zuschüsse durch Stadt	€	0,00	0,00	0,00
Kapitalentnahmen	€	0,00	0,00	0,00
Höhe verbürgte Kredite	€	3.534.520,66	4.709.040,30	7.259.804,19
Gesamtbezüge GF	€	nach § 286 Abs. 4 HGB keine Angabe		
Gesamtbezüge AR	€	8.900,00	8.700,00	9.200,00

iD Immobiliendienstleistung GmbH, Apolda (iD)

<i>Adresse</i>	Schulplatz 3, 99510 Apolda
<i>Gründung</i>	2006
<i>Handelsregister</i>	HRB 500281, Amtsgericht Jena
<i>Geschäftsführer</i>	Herr Sören Rost
<i>Gesellschafter</i>	Wohnungsgesellschaft Apolda mbH (100 %)
<i>Stammkapital</i>	25.000 €
<i>Beteiligungen</i>	keine
<i>Wichtige Verträge</i>	<ul style="list-style-type: none">- Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Wohnungsgesellschaft Apolda mbH zur Abwicklung von Versicherungsverträgen vom 01.02.2009- Darlehensrahmenvertrag mit der WGA vom 10.03.2008 inkl. der 1. Ergänzung vom 06.02.2013- Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem Bestattungsinstitut Apolda GmbH vom 18.08.2008- Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der WGA und der iD vom 09.03.2006 (neu gefasst am 01.09.2014)- Dienstleistungsvertrag mit der WGA (Umsetzung Trinkwasserverordnung) vom 26.03.2012- 2022: Geschäftsbesorgungsvertrag mit WGA Service GmbH- 2022: Dienstleistungsvertrag Bereitstellung und Wartung von Hard- und Software mit der WGA Service GmbH- 2023: Beherrschungs- Gewinnabführungsvertrag WGA Service GmbH ab 01.01.2023

Unternehmenszweck

Die Gesellschaft wurde am 09.03.2006 gegründet und am 17.05.2006 in das Handelsregister beim Amtsgericht Jena unter HRB 500281 eingetragen. Mit Notarvertrag vom 03.07.2013 wurde die „IGA Immobiliengesellschaft Apolda mbH“ in „iD Immobiliendienstleistung GmbH“ umfirmiert. Gleichzeitig wurde der Gegenstand der Gesellschaft erweitert. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 12.07.2013.

Zweck der Gesellschaft ist die Übernahme von Serviceaufgaben für die Wohnungsgesellschaft Apolda mbH. Die Übernahme von Serviceaufgaben für Dritte ist möglich. Das Unternehmen übernimmt insbesondere die Fernsehversorgung, Hausmeisterdienste und Abrechnungsaufgaben. Sonstige, der Erfüllung des Gesellschaftszwecks dienende Rechtsgeschäfte dürfen ebenfalls betrieben werden. Mit Datum vom 1. Dezember 2022 wurde zwischen der iD Immobiliendienstleistung GmbH und dem Mutterunternehmen der WGA Service GmbH, ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag (gültig ab 01.01. 2023) geschlossen.

Die Wohnungsgesellschaft Apolda mbH ist alleinige Gesellschafterin.

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25,0 T€.

Die iD Immobiliendienstleistung GmbH erzielt Erlöse u. a. aus der Versorgung mit Fernseh- und Radiosignalen, aus der Vermietung von Messeinrichtungen und Rauchwarnmeldern, aus der Erstellung von Heiz- und Betriebskostenabrechnungen. Die Hausmeistertätigkeiten sowie Geschäftsbesorgungen wurden zusammen mit dem Personal mit Wirkung zum 01.01.2023 auf die WGA Service GmbH übertragen. Die Leistungen werden hauptsächlich für den eigenen bzw. verwalteten Wohnungsbestand der Gesellschafterin, der Wohnungsgesellschaft Apolda mbH, erbracht. Aufgrund dieser Konstellation ist nicht mit gravierenden Auftragseinbrüchen bzw. Marktverdrängungen zu rechnen. Es wird weiterhin angestrebt, vor allem die Leistungen in den Bereichen der Vermietung von Messeinrichtungen, Rauchwarnmeldern sowie Abrechnungsservice für Dritte zu erweitern. Genutzt werden dazu verschiedene Werbemittel einsätze sowie Messeteilnahmen.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2024

(Auszug aus dem Lagebericht)

Das Geschäftsjahr 2024 ist äußerst positiv verlaufen. Anstatt der geplanten Umsatzerlöse von 958,3 T€ konnten Erlöse von 1,03 Mio. € erzielt werden. Ferner wurde aus dem Verkauf der Netzebene 4 ein Buchgewinn von 50,0 € erzielt. Dementsprechend konnte der Jahresüberschuss (vor Gewinnabführung) um 107,3 T€ auf 188,0 T€ gesteigert werden. Für Messeinrichtungen und Rauchwarnmelder wurden Investitionen von rd. 165,4 T€ getätigt. Gegenüber Dritten und gegenüber der Wohnungsgesellschaft Apolda mbH konnten die Erlöse aus der Nebenkostenabrechnung und Vermietung von Messeinrichtungen gesteigert werden. Rund 70,5 % (2023: 73,1 %) der Umsatzerlöse werden gegenüber der Wohnungsgesellschaft Apolda mbH erbracht.

Vermögenslage

Die Vermögens- und Kapitalstruktur der Gesellschaft hat sich wie folgt entwickelt:

Vermögensstruktur (in T€)	31.12.2024	%	31.12.2023	%
Langfristige Investitionen	476,2	82,4	439,4	78,1
Kurzfristiges Vermögen	102,0	17,6	122,9	21,9
Gesamtvermögen/Bilanzsumme	578,2	100,0	562,3	100,0

Kapitalstruktur (in T€)	31.12.2024	%	31.12.2023	%
Eigenkapital	225,0	38,9	225,0	40,0
Kurzfristiges Fremdkapital	353,2	61,1	337,3	60,0
Gesamtkapital/Bilanzsumme	578,2	100,0	562,3	100,0

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 15,9 T€ erhöht. Die Erhöhung der langfristigen Investitionen gegenüber dem Vorjahr resultieren aus den Zugängen (165,4 T€) des Geschäftsjahres; die Abgänge und planmäßigen Abschreibungen werden dadurch nicht sichtbar. Beim kurzfristigen Vermögen ist eine Verminderung der flüssigen Mittel und Vorräte zu verzeichnen. Die Erhöhung des kurzfristigen Fremdkapitals ist im Wesentlichen auf die Veränderungen der Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter

zurückzuführen. Diese haben sich infolge der Gewinnabführung für 2024 von 188,0 T€ (2023: 165,1 T€) ergeben. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben sich dagegen um 3,1 T€ vermindert. Das bilanzielle Eigenkapital beträgt zum 31.12.2024 38,9 % (Vorjahr: 40,0 %) der Bilanzsumme. Die Verminderung der Eigenkapitalquote beruht auf der gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Bilanzsumme. Eine absolute Veränderung des Eigenkapitals ist aufgrund des bestehenden Gewinnabführungs- und Beherrschungsvertrages mit der WGA Service GmbH ausgeschlossen. Die langfristigen Investitionen sind bis auf 251,2 T€ mit Eigenkapital finanziert. Der von der Wohnungsgesellschaft Apolda mbH eingeräumte Darlehensrahmen (470,0 T€) wurde per 31.12.2024 mit 100,0 T€ beansprucht.

Die Vermögenslage ist geordnet.

Finanzlage

Die finanzielle Entwicklung der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

in T€	2024	2024	2023
Finanzmittelfonds 1.1.		72,5	113,4
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	247,8		380,0
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-106,7		-25,4
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-182,3	-41,2	-395,5
Finanzmittelfonds zum 31.12.	31,3		72,5

Im Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist der Cashflow nach DVF/SG von 306,5 T€ (Vorjahr: 309,3 T€) enthalten. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr vermindert. Das ist insbesondere auf die Veränderungen der kurzfristigen Aktiva zurückzuführen. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit zeigt den Saldo aus den Investitionen/Desinvestitionen in das Sachanlagevermögen. Der Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit zeigt insbesondere den abzuführenden Jahresüberschuss 2023. Die Gesellschaft konnte ihren Zahlungsverpflichtungen unter Beanspruchung des Darlehensrahmens der Wohnungsgesellschaft Apolda mbH jederzeit nachkommen.

Die Finanzlage ist geordnet.

Ertragslage

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2024 einen Jahresüberschuss (vor Gewinnabführung) von 188,0 T€ erzielt. Er setzt sich wie folgt zusammen:

in T€	2024	2023	Veränd.
Fernsehversorgung	69,0	110,9	-41,9
Vermietung Messeinrichtungen	12,6	20,1	-7,5
Vermietung von Rauchwarnmeldern	2,7	6,3	-3,6
Trinkwasseruntersuchung	-11,6	-29,7	18,1
Nebenkostenabrechnung	63,4	85,4	-22,0
Betriebsergebnis	136,1	193,0	-56,9
Sonstiger Bereich	51,9	-27,9	79,8
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-188,0	-165,1	-22,9
Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0

Das Betriebsergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um 56,9 T€ vermindert. Das Ergebnis im Bereich der Fernsehversorgung hat sich aufgrund gesunkener Erlöse vermindert. Dies beruht auf den ab 1. Juli 2024 gültigen Vertrag zu angepassten Konditionen. Im Bereich der Vermietung von Messeinrichtungen hat sich das Ergebnis gegenüber dem Vorjahr um 7,5 T€ vermindert. Ursächlich hierfür sind die gestiegenen Personal- und Sachkosten. Die gestiegenen Erlöse werden dadurch überkompensiert. Mit der Vermietung von Rauchwarnmeldern konnten im Geschäftsjahr 2024 Umsatzerlöse 155,8 T€ erzielt werden, denen Aufwendungen von 153,1 T€ gegenüberstehen. Mit der Untersuchung von Trinkwasseranlagen wurde ein Fehlbetrag von 11,6 T€ erzielt. Erlösen von 45,0 T€ stehen Fremdkosten von 15,5 T€ sowie anteilige Verwaltungs- und Personalkosten von 41,1 T€ gegenüber. Dieser Bereich unterliegt, aufgrund der vorgeschriebenen Untersuchungsintervalle von drei Jahren, erheblichen Schwankungen. Die Geschäftstätigkeit im Bereich der Nebenkostenabrechnung konnte im Geschäftsjahr 2024 weiter ausgebaut werden. Der Überschuss von 63,4 T€ ergibt aus den erzielten Erlösen (274,1 T€) abzüglich anteiliger Personalkosten- und Sachkosten (210,7 T€). Im sonstigen Bereich stehen sich aperiodische Aufwendungen und Erträge gegenüber. Ferner werden hier nicht verrechenbare Personal- und Sachkosten ausgewiesen. Das Ergebnis entspricht den

Erwartungen der Gesellschaft. Die Ertragslage kann als zufriedenstellend bezeichnet werden.

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2025

(Auszug aus dem Lagebericht)

Für das Geschäftsjahr 2025 wird von einem Erlös von 949,9 T€ ausgegangen. Die Verminderung um Geschäftsjahr 2024 resultiert aus dem Bereich Trinkwasseruntersuchung (3-Jahres-Intervall) sowie der ganzjährigen Auswirkung der Vertragsanpassung im Rahmen der Lieferung von Fernsehsignalen. Aufgrund von weiteren Umstrukturierungen werden die Personalkosten sinken. Insgesamt wird mit einem Jahresüberschuss (vor Gewinnabführung) von rd. 45,3 T€ gerechnet. Wesentliche Investitionen werden wiederum für die Umstellung auf Funkzähler sowie den Tausch von Messeinrichtungen in Höhe von rd. 195,0 T€ sowie in die Betriebs- und Geschäftsausstattung von 10,0 T€ erwartet. Die Finanzierung erfolgt über Eigenmittel, hilfsweise unter Inanspruchnahme des zur Verfügung stehenden Darlehensrahmens.

Die finanziellen Mittel reichen aus, um die Zahlungsverpflichtungen fristgerecht bedienen zu können.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

(Auszug aus dem Lagebericht)

Mit Einführung der gesetzlichen Prüfungspflicht von Trinkwasseranlagen auf Legionellen in der Trinkwasserverordnung hat sich für die iD ein weiterer Geschäftszweig eröffnet. Wesentliche Erweiterungen des Geschäftsbereichs werden vorerst nicht gesehen, es wird jedoch von einer nachhaltigen Betreibung des Geschäftszweigs ausgegangen. Bereits im Geschäftsjahr 2012 hat die iD damit begonnen, Wohnanlagen mit Funkeinrichtungen zur Auslesung von Verbrauchsdaten für die Heiz- und Betriebskostenabrechnung auszustatten. Die Daten werden seit 2013 durch die iD verarbeitet und abgerechnet. Für die kommenden Jahre ist die Installation weiterer Netzwerke vorgesehen, sowie die Erneuerung von bestehenden Netzwerken. Sukzessiv mit Auslauf der Eichfrist von Wasserzählern sowie Heizkostenverteilern werden diese durch die iD ausgetauscht und vermietet. Für 2025 wird mit einem Investitionsvolumen von rd. 195,0 T€ gerechnet. Die Einnahmen aus der Vermietung von Messeinrichtungen und Rauchwarnmeldern sowie aus der Versorgung mit Fernseh- und Radiosignalen sind verhältnismäßig sicher und werden auch zukünftig als

konstant eingeschätzt. Diesbezüglich werden keine Risiken gesehen. Die Erlöse aus der Untersuchung von Trinkwasseranlagen werden aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen nur im Drei-Jahres-Rhythmus anfallen und sind daher sehr volatil.

Feststellungen des Abschlussprüfers

Die Prüfung durch die Bavaria Revisions- und Treuhand Aktiengesellschaft, Erfurt, hat zu keinen Einwendungen geführt.

Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde am 04.03.2025 erteilt.

Bilanz

<u>Aktiva</u>	2024		2023		2022	
	€	%	€	%	€	%
Anlagevermögen	476.241,11	82	439.385,52	78	554.961,48	70
Immaterielles Vermögen	1,00		1,00		6,00	
Sachanlagen	476.240,11		439.384,52		554.955,48	
Finanzanlagen	0,00		0,00		0,00	
Umlaufvermögen	101.940,21	18	122.907,92	22	234.767,28	30
Vorräte	27.438,13		36.303,71		49.369,71	
Forderungen und sonstiges Vermögen	43.233,69		14.100,40		71.987,95	
Liquide Mittel	31.268,39		72.503,81		113.409,62	
Aktiver RAP	0,00		0,00		853,52	
Bilanzsumme	578.181,32	100	562.293,44	100	790.582,28	100

<u>Passiva</u>	2024		2023		2022	
	€	%	€	%	€	%
Eigenkapital	225.000,00	39	225.000,00	40	225.000,00	28
Gezeichnetes Kapital	25.000,00		25.000,00		25.000,00	
Rücklagen	200.000,00		200.000,00		200.000,00	
Jahresergebnis	0,00		0,00		0,00	
Sonderposten	0,00		0,00		0,00	
Rückstellungen	38.630,00	7	38.000,00	7	25.662,29	3
Verbindlichkeiten	314.551,32	54	299.239,44	53	539.919,99	68
Passiver RAP	0,00		0,00		0,00	
Bilanzsumme	578.181,32	100	562.293,44	100	790.582,28	100

Gewinn- und Verlustrechnung

	2024	2023	Verän- derung	2022
	€	€	€	€
Umsatz	1.029.753,09	958.442,45	71.310,64	1.359.618,88
Bestandveränderungen und akt. Eigenleistungen	8.708,00	2.842,50	5.865,50	3.320,00
Sonstige Erträge	60.245,26	5.954,35	54.290,91	14.596,41
Gesamtleistung	1.098.706,35	967.239,30	131.467,05	1.377.535,29
 Aufwendungen f. bezogene LuL	251.170,08	237.219,46	13.950,62	268.046,67
Personalaufwand	408.879,64	289.327,66	119.551,98	531.359,25
Abschreibung	126.762,52	143.366,39	-16.603,87	160.624,87
Sonstige betriebliche Aufwendungen	106.414,46	118.829,62	-12.415,16	121.628,74
 Betriebsergebnis	205.479,65	178.496,17	26.983,48	295.875,76
 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	26,10	41,43	-15,33	1,46
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	17.244,86	12.981,96	4.262,90	12.817,41
 Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	188.260,89	165.555,64	22.705,25	283.059,81
 Aufwendungen aus Gewinnabführung	187.980,89	165.125,56	22.855,33	282.471,81
Steuern	280,00	430,08	-150,08	588,00
 Jahresergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00

Wichtige Kennzahlen

	Einheit	2024	2023	2022
AN-Durchschnitt	Anzahl	11	9	18,5
<i>davon gerinfügig Beschäftigt</i>	<i>Anzahl</i>	4	4,5	0
<i>davon Vollzeitkräfte</i>	<i>Anzahl</i>	4	2	9,25
<i>davon Teilzeitkräfte</i>	<i>Anzahl</i>	3	2,5	9,25
<i>davon Auszubildende</i>	<i>Anzahl</i>	0	0	0
Zuschüsse durch Stadt	€	0,00	0,00	0,00
Kapitalentnahmen	€	0,00	0,00	0,00
Höhe verbürgte Kredite	€	0,00	0,00	0,00
Gesamtbezüge GF	€	nach § 286 Abs. 4 HGB keine Angabe		
Gesamtbezüge AR	€	kein Aufsichtsrat		

Bestattungsinstitut Apolda GmbH (BI)

Adresse Oststraße 49, 99510 Apolda

Gründung 2008

(Aufnahme des Geschäftsbetriebes ab 01.01.2009)

Handelsregister HRB 503071, Amtsgericht Jena

Geschäftsleitung Frau Saskia Schlink

Gesellschafter Wohnungsgesellschaft Apolda mbH (100 %)

Stammkapital 25.000 €

Beteiligungen keine

Wichtige Verträge

- Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der WGA und dem Bestattungsinstitut Apolda GmbH vom 18.08.2008
- Geschäftsbesorgungsvertrag über die kaufmännische Unternehmensführung der Bestattungsinstitut Apolda GmbH mit der WGA Service GmbH vom 01.12.2022

Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Bestattungen und alle damit verbundenen Leistungen. Sonstige, der Erfüllung des Gesellschaftszweckes dienende Maßnahmen, dürfen ebenfalls vorgenommen werden.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2024

(Auszug aus dem Lagebericht)

Das Unternehmen erzielt seine Erlöse hauptsächlich am Standort Apolda sowie den umliegenden Gemeinden. Der Marktanteil konnte trotz der schwierigen

Wettbewerbssituation gesteigert werden und liegt bei 52 %. Trotz des in der Branche vorherrschenden Preisdrucks konnte das Unternehmen leichte Preissteigerungen durchsetzen. Das Geschäftsjahr 2024 ist nicht zufriedenstellend verlaufen. Die Umsatzerlöse sanken im Vergleich zum Vorjahr um 7,2 T€ auf 615,2 T€ (2023: 622,4 T€). Aufgrund der überproportional angestiegenen Personalkosten verminderte sich das Jahresergebnis (vor Gewinnabführung) auf 10,2 T€ (Vorjahr: 34,5 T€). Die Sterbefälle sind im Vergleich zum Vorjahr um 8 auf 192 gesunken (2023: 200). Der Jahresüberschuss 2024 liegt mit 16,7 T€ unter dem Planansatz von 26,9 T€. Ursächlich hierfür sind insbesondere gegenüber dem Plan um 54,4 T€ niedrigeren Umsatzerlöse (Plan: 669,6 T€).

Vermögenslage

Die Vermögens- und Kapitalstruktur der Gesellschaft hat sich wie folgt entwickelt:

Vermögensstruktur (in T€)	31.12.2024	%	31.12.2023	%
Langfristige Investitionen	34,8	24,1	53,3	29,7
Kurzfristiges Vermögen	109,4	75,9	126,0	70,3
Gesamtvermögen/Bilanzsumme	144,2	100,0	179,3	100,0

Kapitalstruktur (in T€)	31.12.2024	%	31.12.2023	%
Eigenkapital	25,0	17,4	25,0	13,9
Langfristiges Fremdkapital	28,6	19,8	35,9	20,0
Kurzfristiges Fremdkapital	90,6	62,8	118,4	66,1
Gesamtkapital/Bilanzsumme	144,2	100,0	179,3	100,0

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 35,1 T€ vermindert. Die Verminderung des langfristigen Vermögens resultiert aus den planmäßigen Abschreibungen des Geschäftsjahres. Beim kurzfristigen Vermögen verminderten sich die disponiblen Mittel sowie Vorräte. Auf der Kapitalseite haben sich die Verbindlichkeiten, insbesondere gegenüber dem Gesellschafter vermindert. Dies ist insbesondere auf den abzuführenden Jahresüberschuss 2024 zurückzuführen. Das bilanzielle Eigenkapital beträgt zum 31.12.2024 17,4 % (Vorjahr 13,9 %) der Bilanzsumme. Die Erhöhung der Eigenkapitalquote beruht auf der gegenüber dem Vorjahr gesunkenen Bilanzsumme. Eine absolute Veränderung des

Eigenkapitals ist aufgrund des bestehenden Gewinnabführungs- und Beherrschungsvertrages mit der WGA Service GmbH ausgeschlossen. Zum 31.12.2024 sind die langfristigen Investitionen mit dem Eigenkapital und langfristigen Fremdkapital finanziert; darüber hinaus verbleibt eine Kapitalreserve von 18,8 T€

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet.

Finanzlage

Die finanzielle Entwicklung der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

in T€	2024	2024	2023
Finanzmittelbestand 1.1.		40,3	63,2
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	17,6		80,5
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	0,4		-21,2
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-43,6	-25,6	-82,2
Finanzmittelfonds zum 31.12.	14,7		40,3

Im Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist der Cashflow nach DVFA/SG von 35,5 T€ (Vorjahr: 48,4 T€) enthalten. Die Verminderung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit beruht insbesondere auf den Veränderungen der kurzfristigen Aktiva. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit zeigt die erhaltenen Zinserträge. Die Mittelabflüsse aus der Finanzierungstätigkeit zeigen den Saldo aus der Auszahlung des Jahresüberschusses 2023 und den teilweise getilgten Darlehen beim Gesellschafter. Die Gesellschaft konnte ihren Zahlungsverpflichtungen unter Inanspruchnahme eines Darlehens im Unternehmensverbund nachkommen.

Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet.

Ertragslage

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2024 einen Jahresüberschuss (vor Gewinnverwendung) von 10,2 T€ erzielt. Es setzt sich wie folgt zusammen:

in T€	2024	2023	Veränd.
Geschäftstätigkeit	9,3	34,0	-24,7
Betriebsergebnis	9,3	34,0	-24,7
Sonstiger Bereich	0,9	0,5	0,4
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-10,2	-34,5	24,3
Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0

Das Betriebsergebnis hat sich im Geschäftsjahr 2024 um 24,7 T€ vermindert. Ursächlich hierfür sind insbesondere die um 24,4 T€ gestiegenen Personalkosten. Zudem verminderten sich die Umsatzerlöse um 7,1 T€ auf 615,2 T€. Im sonstigen Bereich sind insbesondere aperiodische Aufwendungen und Erträge enthalten. Aus der rein liquiditätsmäßigen Betrachtung der Ertragslage ergibt sich ein Überschuss aus der Geschäftstätigkeit von 23,7 T€ (Vorjahr: 45,1 T€) Das Ergebnis entspricht den Erwartungen der Gesellschaft. Die Ertragslage kann insgesamt als zufrieden stellend bezeichnet werden.

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2025

(Auszug aus dem Lagebericht)

Für das Geschäftsjahr 2025 wird von einem Anstieg der Umsatzerlöse von rd. 3,07 % auf 634,1 T€ (Vorjahr 615,2 T€) ausgegangen. Die Materialkosten steigen entsprechend der Erlöse auf 230,3 T€. Bei den Sach- und Personalkosten wird ein Rückgang um 12,8 T€ auf insgesamt 363,1 T€ ausgegangen. Investitionen in das Anlagevermögen sind mit 5,0 T€ vorgesehen. Insgesamt wird mit einem Jahresüberschuss (vor Gewinnabführung) von rd. 25,7 T€ gerechnet. Nach den derzeitigen Einschätzungen reichen die finanziellen Mittel aus, um die Zahlungsverpflichtungen fristgerecht bedienen zu können. Zudem steht der Gesellschaft ein Darlehensrahmen in Höhe von 50,0 T€ zur Verfügung.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

(Auszug aus dem Lagebericht)

Trotz der schwierigen Wettbewerbs- und Marktsituation wird damit gerechnet, den Marktanteil halten zu können. Die Nachfrage nach dem Begegnungsraum als Trauerhalle und Trauercafé steigt kontinuierlich, so dass mit einem Umsatzanstieg gerechnet wird. Bisher sind aus den Risiken keine gravierenden negativen Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft erkennbar. Von einer ordnungsgemäßen Fortführung des Geschäftsbetriebs wird daher ausgegangen. Eine Ausweitung der Geschäftstätigkeit auf überregionale Märkte wird weiterhin in Betracht gezogen. Risiken werden in dem Abgleiten in Billigbestattungen sowie die aktuelle Preisentwicklung gesehen. Eine notwendige Anpassung der Dienstleistungspreise ist daher am Markt schwer durchsetzbar. Ein weiteres Risiko birgt die Zahlungsmoral der Kunden. Bei der Forderungsbeitreibung mussten in den letzten Jahren erheblich größere Anstrengungen unternommen werden. Mit einem Anstieg der Forderungsausfälle gegenüber Dritten ist zu rechnen. Wesentliche Risiken, die Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten, werden derzeit nicht gesehen.

Feststellungen des Abschlussprüfers

Die Prüfung durch die Bavaria Revisions- und Treuhand Aktiengesellschaft, Erfurt, hat zu keinen Einwendungen geführt.

Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde am 27.02.2025 erteilt.

Bilanz

<u>Aktiva</u>	2024		2023		2022	
	€	%	€	%	€	%
Anlagevermögen						
Immaterielles Vermögen	34.770,14	24	53.318,45	30	48.745,50	23
Sachanlagen	1,00		1,00		1,00	
Finanzanlagen	34.769,14		53.317,45		48.744,50	
	0,00		0,00		0,00	
Umlaufvermögen						
Vorräte	109.427,07	76	125.992,74	70	162.584,61	77
Forderungen und sonstiges Vermögen	22.716,10		27.965,30		32.130,80	
Liquide Mittel	72.037,91		57.687,61		67.207,66	
	14.673,06		40.339,83		63.246,15	
Aktiver RAP						
	0,00		0,00		0,00	
Bilanzsumme	144.197,21	100	179.311,19	100	211.330,11	100

<u>Passiva</u>	2024		2023		2022	
	€	%	€	%	€	%
Eigenkapital						
Gezeichnetes Kapital	25.000,00	17	25.000,00	14	25.000,00	12
Rücklagen	25.000,00		25.000,00		25.000,00	
	0,00		0,00		0,00	
Jahresergebnis						
	0,00		0,00		0,00	
Sonderposten						
	0,00		0,00		0,00	
Rückstellungen						
	29.700,00	21	32.500,00	18	21.593,11	10
Verbindlichkeiten						
	89.497,21	62	121.811,19	68	164.737,00	78
Passiver RAP						
	0,00		0,00		0,00	
Bilanzsumme	144.197,21	100	179.311,19	100	211.330,11	100

Gewinn- und Verlustrechnung

	2024	2023	Verän- derung	2022
	€	€	€	€
Umsatz	615.210,37	622.355,65	-7.145,28	580.525,24
Bestandveränderungen und akt. Eigenleistungen	-2.500,00	-4.000,00	1.500,00	7.000,00
Sonstige Erträge	7.618,93	12.693,26	-5.074,33	6.120,01
Gesamtleistung	620.329,30	631.048,91	-10.719,61	593.645,25
Materialaufwand	213.736,52	224.012,55	-10.276,03	212.857,99
Personalaufwand	257.516,06	233.134,52	24.381,54	173.625,01
Abschreibung	18.548,31	19.096,16	-547,85	19.448,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	118.350,83	118.809,12	-458,29	112.199,23
Betriebsergebnis	12.177,58	35.996,56	-23.818,98	75.515,02
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	441,34	0,00	441,34	50,48
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.054,67	918,59	1.136,08	820,81
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	10.564,25	35.077,97	-24.513,72	74.744,69
sonst. Steuern	321,49	580,00	-258,51	258,27
Erträge aus Verlustübernahme	0,00	0,00	0,00	0,00
Aufwendungen aus Gewinnabführung	10.242,76	34.497,97	-24.255,21	74.486,42
Jahresergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00

Wichtige Kennzahlen

	Einheit	2024	2023	2022
AN-Durchschnitt	Anzahl	4	4,5	3,75
<i>davon Vollzeitkräfte</i>	<i>Anzahl</i>	<i>1</i>	<i>1</i>	<i>1</i>
<i>davon Teilzeitkräfte</i>	<i>Anzahl</i>	<i>3</i>	<i>3,5</i>	<i>2,75</i>
<i>davon geringfügig Beschäftigte</i>	<i>Anzahl</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
<i>davon Auszubildende</i>	<i>Anzahl</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
Zuschüsse durch Stadt	€	0,00	0,00	0,00
Kapitalentnahmen	€	0,00	0,00	0,00
Höhe verbürgte Kredite	€	0,00	0,00	0,00
Gesamtbezüge GF	€	nach § 286 Abs. 4 HGB keine Angabe		
Gesamtbezüge AR	€	kein Aufsichtsrat		

Gemeinnütziges Wohnungsunternehmen Bad Sulza GmbH

Adresse	Gerichtsweg 2, 99510 Apolda
Gründung	1991
Handelsregister	HRB 105030, Amtsgericht Jena
Geschäftsleitung	Herr Johannes Hertwig
Aufsichtsrat	Herr Maik Tille, Jurist (Vorsitzender) Herr Rüdiger Eisenbrand, Bürgermeister (Stellvertreter) bis 30.06.2024 Herr Olaf Müller, Bürgermeister (Stellvertreter) ab 01.07.2024 Herr Arnfried Hahn, Dipl. Agraringenieur, Landwirt bis 12.06.2024 Herr Sören Rost, Geschäftsführer Herr Hannes Raebel, Stadtrat Herr Dr. Matthias Starrach, Arzt Herr Dirk Schütze, Bürgermeister Herr Andreas Clauß Geschäftsführer Thüringer Weingut Bad Sulza GmbH ab 13.06.2024 Herr Tim Kröhnert, Gebietsjugendpfleger ab 13.06.2024
Gesellschafter	Stadt Bad Sulza (50 %) Wohnungsgesellschaft Apolda mbH (50 %)
Stammkapital	45.650 €
Beteiligungen	keine

Wichtige Verträge

- Änderung des Gesellschaftervertrages im Zusammenhang mit dem 50%igem Anteilserwerb der WGA an der GWU
- Geschäftsbesorgungsvertrag mit WGA Service GmbH

Unternehmenszweck

Gegenstand der Gesellschaft ist die sichere Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung unter Berücksichtigung sozialer Belange zu angemessenen Bedingungen. Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese den vorgenannten Gesellschaftszwecken (mittelbar oder unmittelbar) dienlich sind.

Die Gesellschaft wurde am 21.06.1991 mit notarieller Urkunde errichtet und am 21.08.1992 beim Amtsgericht Jena unter HRB 105030 eingetragen.

Mit Datum vom 07.12.2017 wurde der Gesellschaftsvertrag im Rahmen des Anteilsverkaufs (50 %) an die Wohnungsgesellschaft Apolda mbH neu gefasst. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 20.12.2017.

Gesellschafter sind die Stadt Bad Sulza sowie die Wohnungsgesellschaft Apolda mbH.

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 45.650,00 €.

Geschäftsumfang

Zum 1.Juli 2008 erfolgte die Übertragung der Verwaltung des Immobilienbestandes der Gesellschaft „Gemeinnütziges Wohnungsunternehmen Bad Sulza GmbH“ an die Wohnungsgesellschaft Apolda mbH. Gleichzeitig wurde vereinbart, dass die zukünftigen Zuarbeiten im kaufmännischen Bereich durch die iD Immobiliendienstleistung GmbH durchzuführen sind. Mit Wirkung zum 1. Januar 2023 wurde mit der WGA Service GmbH ein Geschäftsbesorgungsvertrag geschlossen, welcher die kaufmännischen Aufgaben einschließt. Überblick zum bewirtschafteten und verwalteten Wohnungsbestand per 31.12.2023.

Bestand	VE
Wohnungen	168
Gewerbe	2
Zwischensumme (Eigener Bestand)	170
Treuhänderische Verwaltung	30
Zwischensumme Verwaltung	30
Gesamtsumme	200

Die Wohn- und Nutzfläche für den eigenen Bestand beläuft sich 9.528 m².

Vermögenslage

Die Vermögens- und Kapitalstruktur der Gesellschaft hat sich wie folgt entwickelt:

Vermögensstruktur (in T€)	31.12.2024	%	31.12.2023	%
Langfristige Investitionen	2.144,7	59,4	2.491,1	70,4
Kurzfristiges Vermögen	1.465,7	40,6	1.046,8	29,6
Gesamtvermögen/Bilanzsumme	3.610,4	100,0	3.537,9	100,0

Kapitalstruktur (in T€)	31.12.2024	%	31.12.2023	%
Eigenkapital	2.218,4	61,4	2.063,3	58,3
Langfristiges Fremdkapital	989,0	27,4	1.100,1	31,1
Kurzfristiges Fremdkapital	403,0	11,2	374,5	10,6
Gesamtkapital/Bilanzsumme	3.610,4	100,0	3.537,9	100,0

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 72,5 T€ erhöht. Die Verminderung der langfristigen Investitionen gegenüber dem Vorjahr resultiert aus den planmäßigen und außerplanmäßigen Abschreibungen (234,0 T€) sowie dem Verkauf eines Objektes. Beim kurzfristigen Vermögen erhöhten sich die disponiblen Mittel sowie Forderungen. Auf der Kapitalseite hat sich das Eigenkapital aufgrund des Jahresüberschusses 2024 erhöht. Die Verminderung des langfristigen Fremdkapitals beruht auf den planmäßigen Tilgungen des Geschäftsjahres. Beim kurzfristigen Fremdkapital haben sich insbesondere die erhaltenen Anzahlungen erhöht. Dem stehen geringere Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber. Das bilanzielle Eigenkapital beträgt zum 31.12.2024 61,4 % (Vorjahr: 58,3 %) der Bilanzsumme. Die langfristigen Investitionen sind ausreichend mit Eigenkapital und langfristigem Fremdkapital finanziert; darüber hinaus verbleibt eine Finanzreserve von 1,1 Mio. €

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet.

Finanzlage

Die finanzielle Entwicklung der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

in T€	2024	2024	2023
Finanzmittelfonds 1.1.		706,9	567,5
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	284,3		271,0
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	236,5		-0,7
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-130,8	390,0	-130,9
Finanzmittelfonds zum 31.12.	1.096,9	706,9	

Im Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist der Cashflow nach DVA/SG von 296,3 T€ (Vorjahr: 139,9 T€) enthalten. Die Erhöhung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist insbesondere auf die gesunkenen Instandhaltungskosten zurückzuführen. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit zeigt den Saldo aus den Auszahlungen in den Wohnungsbestand und den Zinserträgen aus Bankguthaben. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit zeigt die Zinsaufwendungen sowie planmäßigen Tilgungen des Geschäftsjahres. Die Gesellschaft konnte ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen. Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet.

Ertragslage

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2024 einen Jahresüberschuss von 155,1 T€ erzielt. Er setzt sich wie folgt zusammen:

in T€	2024	2023	Veränderung
Hausbewirtschaftung	55,0	74,5	-19,5
Betriebsergebnis	55,0	74,5	-19,5
Sonstiger Bereich	100,1	-4,3	104,4
Jahresüberschuss	155,1	70,2	84,9

Das Betriebsergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um 19,5 T€ vermindert. Das Ergebnis der Hausbewirtschaftung hat sich insbesondere aufgrund der im Jahr 2023 zu hoch bemessenen Unfertigen Leistungen vermindert. Die gesunkenen Instandhaltungskosten

sowie Zinsaufwendungen sowie gestiegenen Zinserträge werden dadurch nicht sichtbar. Das geldmäßige Ergebnis der Hausbewirtschaftung schließt mit einem Überschuss von 161,7 T€ (Vorjahr: 186,8 T€) ab. Das Ergebnis im sonstigen Bereich wird durch aperiodische Aufwendungen und Erträge beeinflusst. Hier ist insbesondere der Gewinn aus dem Verkauf von Anlagevermögen (112,6 T€) zu nennen.

Das Ergebnis entspricht den Erwartungen der Gesellschaft.

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2025

(Auszug aus dem Lagebericht)

Die Planung für das Geschäftsjahr 2025 weist einen Jahresfehlbetrag von 145,0 T€ aus. Ursächlich hierfür sind insbesondere die gegenüber dem Geschäftsjahr 2024 gestiegenen Instandhaltungskosten. Nur unter Beibehaltung dieses Instandhaltungsniveaus kann der Instandhaltungsstau der Gesellschaft langsam abgebaut werden. Diese Ausgaben ziehen jedoch negative Jahresergebnisse und damit einhergehend einen Abbau des Eigenkapitals nach sich. Investitionen für Modernisierungen sind vorerst nicht veranschlagt. Es wird davon ausgegangen, dass die finanziellen Mittel ausreichen, um die Zahlungsverpflichtungen fristgerecht bedienen zu können.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

(Auszug aus dem Lagebericht)

Im Geschäftsjahr 2017 konnte ein wesentlicher Schritt zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der GWU gemacht werden. Durch den Anteilsverkauf (50 %) an die Wohnungsgesellschaft Apolda mbH und der damit einhergehenden teilweisen Entschuldung trat bereits im Geschäftsjahr 2017 eine wesentliche Verbesserung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ein. Im Geschäftsjahr 2018 und 2020 konnten positive Jahresergebnisse erzielt werden. Zudem haben sich die finanziellen Mittel auf ein verträgliches Maß erhöht, um in den folgenden Jahren durch eine erhöhte Instandhaltungstätigkeit den bestehenden Instandhaltungsstau sukzessive abzubauen. Bereits im Geschäftsjahr 2019 konnten im Vergleich zu den vergangenen Jahren erheblich mehr Instandhaltungsmaßnahmen durchgeführt werden. Im Geschäftsjahr 2024 konnte bereits ein mit Leerstand behaftetes Objekt veräußert werden. Für eine weitere Immobilie liegen konkrete Pläne über den Verkauf vor. Sollte es zu Veräußerungen der Immobilie kommen, ist mit einem Rückgang der Leerstände zu rechnen. Ferner stehen der Gesellschaft

weitere finanzielle Mittel zur Verfügung. Aufgrund der vorgenannten Veränderungen wird von einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft ausgegangen.

Feststellungen des Abschlussprüfers

Die Prüfung durch die Bavaria Revisions- und Treuhand Aktiengesellschaft, Erfurt, hat zu keinen Einwendungen geführt.

Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde am 24.02.2025 erteilt.

Bilanz

<u>Aktiva</u>	2024		2023		2022	
	€	%	€	%	€	%
Anlagevermögen	2.144.722,71	59	2.491.142,79	70	2.708.712,23	77
Immaterielles Vermögen	0,00		0,00		0,00	
Sachanlagen	2.144.722,71		2.491.142,79		2.708.712,23	
Umlaufvermögen	1.465.661,85	41	1.046.807,08	30	795.470,61	23
Unfertige Leistungen	345.000,00		330.000,00		220.000,00	
Forderungen und sonstiges Vermögen	23.774,85		9.874,41		7.943,61	
Liquide Mittel	1.096.887,00		706.932,67		567.527,00	
Aktiver RAP	0,00		0,00		0,00	
Bilanzsumme	3.610.384,56	100	3.537.949,87	100	3.504.182,84	100

<u>Passiva</u>	2024		2023		2022	
	€	%	€	%	€	%
Eigenkapital	2.218.417,24	61	2.063.327,14	58	1.993.123,16	57
Gezeichnetes Kapital	45.650,00		45.650,00		45.650,00	
Kapitalrücklage	2.239.566,96		2.239.566,96		2.239.566,96	
Verlustvortrag	-221.889,82		-292.093,80		-208.864,87	
Jahresergebnis	155.090,10		70.203,98		-83.228,93	
Rückstellungen	82.600,00	2	58.500,00	2	26.600,00	1
Verbindlichkeiten	1.309.367,32	36	1.416.122,73	40	1.484.459,68	42
Bilanzsumme	3.610.384,56	100	3.537.949,87	100	3.504.182,84	100

Gewinn- und Verlustrechnung

	2024	2023	Verän- derung	2022
	€	€	€	€
Umsatz	815.224,14	763.778,63	51.445,51	750.590,07
Bestandveränderungen und akt. Eigenleistungen	15.000,00	110.000,00	-95.000,00	-5.000,00
Sonstige Erträge	138.242,24	28.706,07	109.536,17	37.699,68
Gesamtleistung	968.466,38	902.484,70	65.981,68	783.289,75
Materialaufwand	520.217,40	546.234,34	-26.016,94	584.245,21
Personalaufwand	7.249,05	7.129,51	119,54	7.122,07
Abschreibung	233.996,96	221.569,44	12.427,52	221.569,44
Sonstige betriebliche Aufwendungen	43.869,30	39.116,11	4.753,19	29.429,11
Betriebsergebnis	163.133,67	88.435,30	74.698,37	-59.076,08
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	11.539,05	3.388,09	8.150,96	505,93
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	19.583,10	21.618,83	-2.035,73	24.658,79
Steuern vom Einkommen/Ertrag	0,00	0,00	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	155.090,10	70.204,56	84.885,54	-83.228,94
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Steuern	0,00	0,58	-0,58	-0,01
Jahresergebnis	155.090,10	70.203,98	84.886,12	-83.228,93

Wichtige Kennzahlen

	Einheit	2024	2023	2022
AN-Durchschnitt	Anzahl	0	0	0
<i>davon Vollzeitkräfte</i>	<i>Anzahl</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
<i>davon Teilzeitkräfte</i>	<i>Anzahl</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
<i>davon Auszubildende</i>	<i>Anzahl</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
Zuschüsse durch Stadt	€	0,00	0,00	0,00
Kapitalentnahmen	€	0,00	0,00	0,00
Höhe verbürgte Kredite	€	0,00	0,00	0,00
Gesamtbezüge GF	€	nach § 286 Abs. 4 HGB keine Angabe		
Gesamtbezüge AR	€	1.500,00	750,00	525,00

HKS Gebäudetechnik GmbH Apolda

Adresse

Paul-Schneider-Straße 2a, 99510 Apolda

Gründung

1999

Handelsregister

HRB 110582, Amtsgericht Jena

Geschäftsleitung

Herr André Bartl

Aufsichtsrat

Herr Eckart Weirich, ehem. Stadtrat, Landwirt (Vorsitzender)

Herr Rüdiger Eisenbrand, Bürgermeister (Stellvertreter)

bis 29.10.2024

Herr Olaf Müller, Bürgermeister (Stellvertreter) ab 30.10.2024

Herr Hannes Raebel, Stadtrat

Herr Sören Rost, Geschäftsführer

Gesellschafter

André Bartl (49,0 %)

Wohnungsgesellschaft Apolda mbH (51,0 %)

Stammkapital

25.000 €

Beteiligungen

keine

Wichtige Verträge

Darlehensvertrag mit der Wohnungsgesellschaft Apolda mbH über 150,0 T€

Unternehmenszweck

Die Gesellschaft wurde am 14.01.1999 gegründet und am 17.02.1999 in das Handelsregister beim Amtsgericht Jena unter HRB 110582 eingetragen. Die gesellschaftsrechtlichen Verhältnisse sind im Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 14.01.1999 geregelt. In der Gesellschafterversammlung am 18.09.2017 wurde der Gesellschaftsvertrag neu gefasst (Eintragung am 02.10.2017).

Zweck der Gesellschaft ist die Errichtung von Heizungs-, Klima- und Sanitäranlagen aller Art. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die dieser Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten, pachten und betreiben.

In der Gesellschafterversammlung vom 18.09.2017 wurde die Teilung des Geschäftsanteils in Höhe von 25.000,00 € in einen Teil von 12.250,00 €, einen von 6.275,00 € sowie einen weiteren von 6.475,00 € beschlossen. Der Geschäftsanteil von 6.275,00 € wurde mit Wirkung zum 21.12.2017 an die Wohnungsgesellschaft Apolda mbH veräußert. Im Geschäftsjahr 2021 wurde von der vertraglich vereinbarten Kaufoption Gebrauch gemacht und ein weiterer Anteil von 6.475,00 € erworben. Seitdem hält die Wohnungsgesellschaft Apolda mbH einen Geschäftsanteil von 51,0 % und Herr André Bartl mit 12.250,00 € einen Geschäftsanteil von 49,0 %.

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25,0 T€.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2024

(Auszug aus dem Lagebericht)

Das Geschäftsjahr 2024 ist äußerst zufriedenstellend verlaufen, Anstatt des geplanten Jahresüberschusses von 39,8 T€ wurde ein Jahresüberschuss von 150,4 T€ erzielt. Die Umsatzerlöse einschließlich Bestandsveränderungen belaufen sich auf rd. 2,5 Mio. € (Plan: 2,7 Mio. €). Die Materialaufwendungen liegen bei 49,2% der Umsatzerlöse und Bestandsveränderungen (Plan: 58,5 %) über den Erwartungen. Das Rohergebnis (1,3 Mio. €) liegt dementsprechend über dem Planansatz (1,1 Mio. €).

Die gegenüber der Planung niedrigeren Materialaufwendungen haben zu Ergebnisverbesserungen beigetragen.

Vermögenslage

Die Vermögens- und Kapitalstruktur der Gesellschaft hat sich wie folgt entwickelt:

Vermögensstruktur (in T€)	31.12.2024	%	31.12.2023	%
Langfristige Investitionen	197,1	14,3	200,2	8,2
Kurzfristiges Vermögen	1.184,6	85,7	2.228,7	91,8
Gesamtvermögen/Bilanzsumme	1.381,7	100,0	2.428,9	100,0

Kapitalstruktur (in T€)	31.12.2024	%	31.12.2023	%
Eigenkapital	758,5	54,9	688,0	28,3
Kurzfristiges Fremdkapital	623,2	45,1	1.696,0	69,8
Langfristiges Fremdkapital	0,00	0,0	44,9	1,9
Gesamtkapital/Bilanzsumme	1.381,7	100,0	2.428,9	100,0

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 1.047,2 T€ vermindert. Die Verminderung der langfristigen Investitionen gegenüber dem Vorjahr resultiert aus planmäßigen Abschreibungen des Geschäftsjahres. Die Zugänge (19,0 T€) werden dadurch nicht sichtbar. Beim kurzfristigen Vermögen ist eine Verminderung der Vorräte, Unfertigen Leistungen und Forderungen zu verzeichnen. Die Flüssigen Mittel haben sich dagegen erhöht. Auf der Kapitalsseite hat sich das kurzfristige Fremdkapital aufgrund der Verminderungen der erhaltenen Anzahlungen und Rückstellungen verringert. Das langfristige Fremdkapital hat sich aufgrund der vollständigen Rückzahlungen des Darlehens vermindert. Das bilanzielle Eigenkapital beträgt zum 31.12.2024 54,9% (Vorjahr: 28,3%) der Bilanzsumme. Die Erhöhung des Eigenkapital beruht auf dem Jahresüberschuss 2024. Die langfristigen Investitionen sind mit Eigenkapital finanziert; darüber hinaus verbleibt eine Finanzreserve von 561,4 T€. Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet.

Finanzlage

Die finanzielle Entwicklung der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

in T€	2024	2024	2023
Finanzmittelfonds 1.1.		303,2	269,5
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	300,7		111,7
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-18,9		-22,3
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-126,1	155,7	-55,7
Finanzmittelfonds zum 31.12.	458,9		303,2

Im Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist der Cashflow nach DVFA/SG von 176,2 T€ (Vorjahr: 164,2 T€) enthalten. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr erhöht. Das ist insbesondere auf die Veränderungen der kurzfristigen Aktiva und Passiva zurückzuführen. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit zeigt die Investitionen in das Sachanlagevermögen. Der Mittelfluss aus der Finanzierungstätigkeit zeigt den Saldo aus Zins- und Tilgungsleistungen sowie Ausschüttungen an Gesellschafter. Die Gesellschaft konnte ihren Zahlungsverpflichtungen unter Inanspruchnahme des Darlehensrahmens bei der Wohnungsgesellschaft Apolda mbH nachkommen. Zum Bilanzstichtag wurde der Darlehensrahmen nicht beansprucht. Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet.

Ertragslage

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2024 einen Jahresüberschuss von 150,4 T€ erzielt. Er setzt sich wie folgt zusammen:

in T€	2024	2023	Veränd.
Geschäftstätigkeit	216,7	192,7	24,0
Betriebsergebnis	216,7	192,7	24,0
Sonstiger Bereich	-1,7	-12,7	11,0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-64,6	-50,8	-13,8
Jahresergebnis	150,4	129,2	-21,2

Das Betriebsergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um 24,0 T€ erhöht. Die Erhöhung des Betriebsergebnisses resultiert insbesondere aus den gesunkenen Materialaufwendungen. Die gestiegenen Personal- und Sachkosten sowie gesunkene Betriebsleistung (Umsatzerlöse zzgl. Bestandsveränderungen) wird dadurch überkompensiert. Im sonstigen Bereich stehen sich aperiodisch Aufwendungen und Erträge gegenüber. Die Ertragslage ist gut.

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2025

(Auszug aus dem Lagebericht)

Für das Geschäftsjahr 2025 wird mit leicht sinkenden Erlösen gerechnet. Dabei werden Umsatzerlöse (bereinigt um Bestandsveränderungen) und sonstige Erträge von rd. 2,4 Mio. € geplant, denen Aufwendungen von insgesamt rd. 2,3 Mio. € gegenüberstehen. Insgesamt wird mit einem Jahresüberschuss von 0,1 Mio. € gerechnet. Investitionen werden in die Betriebs- und Geschäftsausstattung (10,0 T€) sowie für die Fassadensanierung des Bürogebäudes (40,0 T€) erwartet. Die Finanzierung erfolgt über Eigenmittel.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

(Auszug aus dem Lagebericht)

Chancen werden im Allgemeinen in der verstärkten energetischen Sanierung, Bevölkerungswachstum in angrenzenden Regionen sowie die verstärkte Ausnutzung der Möglichkeiten von erneuerbaren Energien gesehen. Eine Chance, speziell für die HKS, ist der zunehmende Rückgang der Anzahl der Firmen sowie der Anzahl der Mitarbeiter der Unternehmen in der Branche, was bei gleichbleibender Nachfrage nach handwerklichen Leistungen günstige Rahmenbedingungen schafft. Positiv wirkt sich die regionale Ausrichtung des Geschäfts der Gesellschaft aus. Damit werden die Kundenbeziehungen sowie der Erhalt und die Gewinnung neuer Fachkräfte gefördert. Risiken bestehen hauptsächlich in einem zu geringen Auftragseingang und -bestand. Das kann zu einer Minderauslastung der Mitarbeiter führen. Ein weiteres Risiko stellt die aktuelle Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt dar. Operativer Fachkräftemangel und Arbeitskräftemangel kann bei der Auftragsabwicklung zu ungeplanten und nicht in den Kundenpreisen untersetzten Steigerungen der Arbeitskosten führen. Nicht zu unterschätzende Risiken sind unvorhergesehene Preisentwicklungen, welche letztlich zu Mehrkosten führen. Die Sicherstellung der Liquidität könnte durch Insolvenz eines Vertragspartners, insbesondere bei Auftraggebern im Projektgeschäft, gefährdet werden. Dieses Risiko kann durch

Bürgschaften und rechtzeitiges Legen von Abschlags- und Schlussrechnungen gemindert werden. Der anhaltende Krieg in der Ukraine sowie die Folgen der Corona-Pandemie führen in Deutschland weiterhin zu deutlichen Einschnitten sowohl im sozialen als auch im Wirtschaftsleben. Von einer Eintrübung der wirtschaftlichen Lage ist daher auszugehen. Die Geschwindigkeit der Entwicklung macht es schwierig, die Auswirkungen zuverlässig einzuschätzen; es ist jedoch mit Risiken für den zukünftigen Geschäftsverlauf der Gesellschaft zu rechnen. Zu nennen sind das Risiko der Kostensteigerungen und der Verzögerung von geplanten Einnahmen. Darüber hinaus ist mit einem Anstieg der Forderungsausfälle gegenüber Dritten zu rechnen. Wesentliche Risiken, die Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten, werden derzeit nicht gesehen.

Feststellungen des Abschlussprüfers

Die Prüfung durch die Bavaria Revisions- und Treuhand Aktiengesellschaft, Erfurt, hat zu keinen Einwendungen geführt.

Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde am 25.02.2025 erteilt.

Bilanz

<u>Aktiva</u>	2024		2023		2022	
	€	%	€	%	€	%
Anlagevermögen	197.098,81	14	200.158,90	8	195.006,98	9
Immaterielles Vermögen	12.531,30		15.786,81		19.042,31	
Sachanlagen	184.567,51		184.372,09		175.964,67	
Umlaufvermögen	1.184.629,58	86	2.224.821,60	92	1.998.222,47	91
Vorräte/ Materialbestand	412.749,41		1.380.756,00		1.230.671,05	
Forderungen und sonstiges Vermögen	312.975,49		540.826,63		498.015,11	
Liquide Mittel	458.904,68		303.238,97		269.536,31	
Aktiver RAP	0,00		3.968,13		0,00	
Bilanzsumme	1.381.728,39	100	2.428.948,63	100	2.193.229,45	100

<u>Passiva</u>	2024		2023		2022	
	€	%	€	%	€	%
Eigenkapital	758.433,90	55	688.036,08	28	603.810,40	28
Gezeichnetes Kapital	25.000,00		25.000,00		25.000,00	
Rücklagen	564,59		564,59		564,59	
Gewinnvortrag	582.471,49		533.245,81		414.781,56	
Jahresergebnis	150.397,82		129.225,68		163.464,25	
Rückstellungen	141.900,00	10	146.184,00	6	117.040,98	5
Verbindlichkeiten	481.394,49	35	1.594.728,55	66	1.472.378,07	67
Passiver RAP	0,00		0,00		0,00	
Bilanzsumme	1.381.728,39	100	2.428.948,63	100	2.193.229,45	100

Gewinn- und Verlustrechnung

	2024	2023	Verän- derung	2022
	€	€	€	€
Umsatz	3.438.319,95	2.487.221,85	951.098,10	1.896.616,26
Bestandveränderungen und akt. Eigenleistungen	-911.843,47	208.271,28	-1.120.114,75	717.834,21
Sonstige Erträge	41.022,46	7.771,77	33.250,69	4.763,88
Gesamtleistung	2.567.498,94	2.703.264,90	-135.765,96	2.619.214,35
Materialaufwand	1.243.184,78	1.553.961,83	-310.777,05	1.550.809,03
Personalaufwand	750.167,48	697.705,14	52.462,34	590.503,75
Abschreibung	22.029,74	18.003,34	4.026,40	15.948,09
Sonstige betriebliche Aufwendungen	333.740,50	244.763,73	88.976,77	209.933,17
 Betriebsergebnis	 218.376,44	 188.830,86	 29.545,58	 252.020,31
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	123,47	876,42	-752,95	57,12
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.213,20	3.041,61	-1.828,41	5.770,63
Steuern vom Einkommen/Ertrag	-64.602,74	-50.792,83	-13.809,91	-79.422,80
		0,00		0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	152.683,97	135.872,84	16.811,13	166.884,00
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Steuern	2.286,15	6.647,16	-4.361,01	3.419,75
 Jahresergebnis	 150.397,82	 129.225,68	 21.172,14	 163.464,25

Wichtige Kennzahlen

	Einheit	2024	2023	2022
AN-Durchschnitt	Anzahl	14,25	17	17
<i>davon Vollzeitkräfte</i>	<i>Anzahl</i>	<i>14,25</i>	<i>15</i>	<i>14</i>
<i>davon Teilzeitkräfte</i>	<i>Anzahl</i>	<i>0</i>	<i>2</i>	<i>2</i>
<i>davon Auszubildende</i>	<i>Anzahl</i>	<i>2</i>	<i>2</i>	<i>1</i>
Zuschüsse durch Stadt	€		0,00	0,00
Kapitalentnahmen	€	0,00	0,00	0,00
Höhe verbürgte Kredite	€	0,00	0,00	0,00
Gesamtbezüge GF	€	nach § 286 Abs. 4 HGB keine Angabe		
Gesamtbezüge AR	€	0,00	0,00	0,00

Apoldaer Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG)

<i>Anschrift</i>	Gerichtsweg 2, 99510 Apolda
<i>Gründung</i>	2001
<i>Handelsregister</i>	HRB 111979, Amtsgericht Jena
<i>Geschäftsleitung</i>	Herr Sören Rost
<i>Aufsichtsrat</i>	Herr Rüdiger Eisenbrand, Bürgermeister (Vorsitzender) bis 30.06.2024 Herr Olaf Müller, Bürgermeister (Vorsitzender) ab 01.07.2024 Herr Günter Ramthor, Stadtrat (Stellvertreter) Herr Franz Richter, Stadtrat Herr Björn Fischer, Stadtrat bis 16.06.2024 Herr Kevin Reichenbach, Stadtrat bis 16.06.2024 Herr Hubert Schauer, Stadtrat bis 16.06.2024 Frau Kathleen Keitel, Stadträtin ab 17.06.2024 Herr Simon Ehrenreich, Stadtrat ab 17.06.2024 Herr Karsten Müller, Stadtrat ab 17.06.2024 Herr Sebastian Haase, Prokurist WGA Service GmbH
<i>Gesellschafter</i>	Wohnungsgesellschaft Apolda mbH (100 %)
<i>Stammkapital</i>	100.000 €
<i>Beteiligungen</i>	Energieversorgung Apolda GmbH (51 %)
<i>Wichtige Verträge</i>	- Gewinnabführungsvertrag zwischen der ABG und der Energieversorgung Apolda mbH (EVA) vom 03.08.2004, rückwirkend zum 01.10.2003 - Gesellschaftsvertrag vom 27.08.2001

- Dienstverschaffungsvertrag mit der Apoldaer Wasser GmbH
- Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Stadt Apolda Anpassung vom 01.08.2024 (Sportstättenmanagement)
- Geschäftsbesorgungsvertrag mit Der WGA Service GmbH vom 01.01.2023

Unternehmenszweck

Die Apoldaer Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) ist eine Holdinggesellschaft und Organträger im ABG-Verbund.

Gegenstand des Unternehmens ist als Holdinggesellschaft das Halten von Mehrheitsbeteiligungen der Stadt Apolda an Unternehmen in Apolda und Umgebung, die der sportlichen, kulturellen und gesundheitlichen Betätigung der Allgemeinheit, der Versorgung mit Strom, Gas, Wasser und Wärme, der Abwasserbeseitigung, der Information, dem Verkehr, dem Tourismus, der Stadtentwicklung und der Errichtung und Verwaltung von Gebäuden dienen, wenn der öffentliche Zweck das Unternehmen erfordert und Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zum Bedarf stehen und der Zweck nicht ebenso gut durch einen anderen erfüllt werden kann.

Gegenstand des Unternehmens ist auch der Betrieb von Einrichtungen, die der sportlichen, kulturellen und gesundheitlichen Betätigung der Allgemeinheit dienen, sowie die Übernahme von erlaubnisfreien Geschäftsbesorgungen auch für Tochtergesellschaften und Gesellschafter.

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 100,0 T€ und wird von der Wohnungsgesellschaft Apolda mbH gehalten.

Die Apoldaer Beteiligungsgesellschaft mbH hält 51 % der Anteile an der Energieversorgung Apolda GmbH. Durch den Ergebnisabführungsvertrag mit der Energieversorgung Apolda GmbH soll vor allem die Kostenstruktur des Verbundes optimiert werden. Mit Hilfe der Holdinggesellschaft kann schneller und effektiver auf veränderte Bedingungen im gewöhnlichen Geschäftsbereich der einzelnen Gesellschaften reagiert werden. Die infrastrukturellen Erfordernisse und die Finanzentwicklung des Verbundes sollen planbar sein und den Haushalt der Stadt Apolda nicht belasten.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2024

(Auszug aus dem Lagebericht)

Das Geschäftsjahr 2024 ist insgesamt positiv verlaufen. Neben den Erlösen aus dem Bäderbetrieb (623,5 T€) konnten aus dem Betrieb des Sportparks (26,4 T€) sowie aus sonstigen Tätigkeiten Erlöse von 104,0 T€ erzielt werden. Die Energieversorgung Apolda GmbH erzielte im Geschäftsjahr 2024 ein positives Jahresergebnis (vor Ergebnisabführung, Ausgleichszahlung und Einstellung Gewinnrücklage) von 3.413,5 T€ (2023: 3.327,2 T€). Die Erträge aus der Gewinnabführung verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um 101,4 T€ auf 1.481,1 T€ (ohne Steuerumlagen). Anstatt des geplanten Jahresüberschusses 2024 von 64,5 T€ wurde ein Jahresüberschuss von 659,2 T€ erzielt, was insbesondere in den gestiegenen Umsatzerlösen, ungeplanten Zuschuss sowie verminderten Personalkosten begründet ist. Die Freibadsaison 2024 startete am 21. Mai und endete am 15. September 2024. Die Erlöse stiegen im Vergleich zur letzten Freibadsaison um rd. 11,0 T€ auf 97,11 T€ (2023: 86,1 T€); die Besucherzahlen stiegen von 32.411 (2023) auf 35.571. Die Besucherzahlen in der Schwimmhalle haben sich gegenüber 2023 erhöht. Sie stiegen in der Schwimmhalle und Sauna im Jahr 2024 um rd. 4,96 % auf 60.602 (2023: 57.740). Mit dem Kursangebot in der Schwimmhalle wurden Erlöse von 163,3 T€ (2023: 126,0 T€), im Bewegungsraum 90,2 T€ (2023: 52,5 T€) erzielt. Daneben wurden noch Erlöse aus dem Verkauf von Snacks und Badeutensilien erzielt (13,8 T€).

Vermögenslage

Die Vermögens- und Kapitalstruktur der Gesellschaft hat sich wie folgt entwickelt:

Vermögensstruktur (in T€)	31.12.2024	%	31.12.2023	%
Langfristiges Vermögen	10.757,4	73,6	9.954,5	69,2
Kurzfristiges Vermögen	3.861,7	26,4	4.436,0	30,8
Gesamtvermögen/Bilanzsumme	14.619,1	100,0	14.390,5	100,0

Kapitalstruktur (in T€)	31.12.2024	%	31.12.2023	%
Eigenkapital	13.459,7	92,1	12.965,4	90,1
Langfristiges Fremdkapital	89,1	0,6	178,1	1,2
Kurzfristiges Fremdkapital	1.070,3	7,3	1.247,0	8,7
Gesamtkapital/Bilanzsumme	14.619,1	100,0	14.390,5	100,0

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 228,6 T€ erhöht. Die Erhöhung des langfristigen Vermögens gegenüber dem Vorjahr resultiert aus Zugängen des Geschäftsjahres (insbesondere Baukosten für den Anbau an der Schwimmhalle); die planmäßigen Abschreibungen des Geschäftsjahres werden dadurch nicht sichtbar. Beim kurzfristigen Vermögen verminderten sich insbesondere die Flüssigen Mittel. Das Eigenkapital hat sich insbesondere aufgrund des Jahresüberschusses 2024 erhöht. Dem steht eine Verminderung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse (planmäßige Auflösung) gegenüber. Die Verminderung des langfristigen Fremdkapitals ist auf die planmäßigen Tilgungen des Geschäftsjahres zurückzuführen. Beim kurzfristigen Fremdkapital ist eine Abnahme der Sonstigen Verbindlichkeiten zu verzeichnen. Das Eigenkapital (inkl. Sonderposten) beträgt zum 31.12.2024 92,1 % (2023: 90,1 %) der Bilanzsumme. Das langfristige Vermögen ist mit Eigenkapital und langfristigen Fremdkapital finanziert. Darüber hinaus verbleibt eine Finanzreserve von rd. 3,5 Mio. €

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet.

Finanzlage

Die finanzielle Entwicklung der Gesellschaft wird anhand einer Kapitalflussrechnung dargestellt:

in T€	2024	2024	2023
Finanzmittelfonds 1.1.		2.740,3	2.156,0
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-1.116,8		-792,0
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	669,8		1.619,2
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-241,9	-688,8	-242,9
Finanzmittelfonds zum 31.12.	2.051,4	2.740,3	

Im Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist der Cashflow nach DVFA/SG von 803,4 T€ (2023: 417,0 T€) enthalten. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr vermindert. Veränderungen ergaben sich insbesondere aufgrund der Veränderungen der kurzfristigen Passiva. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit zeigt die Investitionen in das Sachanlagevermögen (Anbau Schwimmhalle). Die Mittelzuflüsse aus der Finanzierungstätigkeit zeigen die Einzahlungen aus der Gewinnabführung der EVA für das Geschäftsjahr 2023, denen Zins- und Tilgungszahlungen sowie Ausschüttungen gegenüberstehen. Die Finanzlage der Gesellschaft wird erheblich durch die Gewinnabführung der Energieversorgung Apolda GmbH beeinflusst, damit die nachhaltig erwirtschafteten Verluste aus dem Bäderbetrieb ausgeglichen und der Finanzbedarf gedeckt werden können. Die Gesellschaft konnte ihren Zahlungsverpflichtungen im Geschäftsjahr 2024 jederzeit nachkommen. Die Finanzlage der Gesellschaft ist, unter Beachtung der vorgenannten Prämissen, geordnet.

Ertragslage

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2024 einen Jahresüberschuss von 659,2 T€ erzielt. Er setzt sich wie folgt zusammen:

in T€	2024	2023	Veränderung
Bäderbereich	-788,9	-916,3	127,4
Sportpark	-24,1	-15,4	-8,7
Kurse	-10,6	-75,3	64,7
Spartenergebnis	-823,6	-1.007,0	183,4
Erträge aus Gewinnabführung	2.074,7	2.068,6	6,1
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-849,3	-829,6	-22,7
Sonstiger Bereich	257,4	34,6	222,8
Jahresüberschuss	659,2	266,6	389,6
Gewinnvortrag	3.652,2	3.535,6	116,6
Ausschüttung	-150,0	-150,0	0,0
Bilanzgewinn	4.161,4	3.652,2	509,2

Aus der Bewirtschaftung der Bäder wurde ein Verlust von rd. 788,9 T€ erzielt. Den gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Erlösen stehen gestiegene Materialaufwendungen gegenüber. Die Personalkosten haben sich dagegen vermindert. Aus der Verwaltung und Bewirtschaftung des Sportparks erzielte die Gesellschaft einen Verlust von 24,1 T€. Den Erlösen von 26,4 T€ stehen Personal- und Verwaltungskosten (50,3 T€) gegenüber. Die Erlöse aus Kursen sind in 2024 auf 253,5 T€ gestiegen; dem stehen Kosten von 264,1 T€ gegenüber. Das Spartenergebnis hat sich insgesamt um 183,4 T€ verbessert und weist einen Verlust von rd. 0,8 Mio. € aus. Aufgrund der Gewinnabführung (unter Abzug der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag) der Energieversorgung Apolda GmbH konnte das Betriebsergebnis ausgeglichen und ein Jahresüberschuss von 659,2 T€ ausgewiesen werden. Das Ergebnis entspricht den Erwartungen der Gesellschaft. Die Ertragslage kann insgesamt als zufriedenstellend bezeichnet werden.

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2025

(Auszug aus dem Lagebericht)

Für das Geschäftsjahr 2025 rechnen wir aufgrund der vorliegenden Planungsrechnung mit steigenden Erlösen. Bei den Material-, Sach- sowie Personalaufwendungen wird mit einer Steigerung gerechnet. Gewinnausschüttung der Energieversorgung Apolda GmbH werden in Höhe von rd. 1,8 Mio. € (einschließlich Steuerumlagen) erwartet. Investitionen in den Erweiterungsbau der Schwimmhalle sowie in die Bäder und für Betriebs- und Geschäftsausstattung sind in Höhe von 1,0 Mio. € vorgesehen. Daraus ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von 52,8 T€. Die Eigenkapitalrentabilität wird mit 4,4 % sowie die Gesamtkapitalrentabilität mit 4,2 % prognostiziert. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit wird mit -1.715,6 T€ prognostiziert. Die finanziellen Mittel reichen aus, um die Zahlungsverpflichtungen fristgerecht bedienen zu können.

Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

(Auszug aus dem Lagebericht)

Mit der Vermarktung des Sportparks Apolda konnte eine Symbiose aus Freibad, Sportplatz und Dreifeldhalle geschaffen werden. Zusammen mit den nahegelegenen Übernachtungsmöglichkeiten hat dies bereits in den ersten beiden Jahren zu einer beachtlichen Resonanz und Nachfrage geführt. Im Geschäftsjahr 2018 wurde der Eingangsbereich der Schwimmhalle erneuert, die Sauna erweitert sowie ein Neubau an der Schwimmhalle realisiert. Das gesetzte Ziel, durch ein breiteres und attraktives Angebot mehr Besucher in die Schwimmhalle zu locken und daraus Erlössteigerungen zu generieren ist bereits in den Geschäftsjahren 2018 und 2019 erreicht worden. Nach überstandener Pandemie geht die Gesellschaft davon aus, an die Vorjahre anzuknüpfen und die Erlöse weiter zu steigern. Die coronabedingte Schließung der Schwimmhalle 2020 wurde genutzt, die Saunlandschaft zu erweitern und attraktiver zu gestalten. Hier wurde ein Saunahaus neu errichtet. Im Jahr 2024 wurde mit dem Bau eines Erweiterungsbau an der Schwimmhalle begonnen. Die Fertigstellung ist für das II. Quartal 2025 vorgesehen. Somit kann das Kursangebot weiter ausgebaut und weitere Erlöse generiert werden.

Die Einnahmen aus dem Bäderbetrieb sind aufgrund der witterungsbedingten Abhängigkeit volatil. Daneben spielt die demographische Entwicklung eine nicht untergeordnete Rolle, was sich in rückläufigen Besucherzahlen auswirken kann. Die Geschäftsführung beobachtet laufend die weitere Entwicklung zur Identifikation der damit verbundenen Risiken und

reagiert bedarfsweise unter Zugrundelegung des Risikomanagementsystems des Unternehmens mit angemessenen Maßnahmen zum Umgang mit den identifizierten Risiken. Dies betrifft auch Maßnahmen zur Anpassung von operativen Geschäftsprozessen unter Nutzung aktueller technologischer Möglichkeiten. Der Gesellschaft stehen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung. Ungeachtet dessen werden auch künftig diese Einnahmen nicht ausreichen, die Kosten zur Betreibung des Bäderbetriebs zu decken. Die eigenwirtschaftliche Ertragslage wird daher auch für die Folgejahre als stabil eingeschätzt. Dennoch ist es für die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft entscheidend, dass die Gewinnausschüttungen der EVA auch in den Folgejahren jeweils in der prognostizierten Höhe zufließen. Nach derzeitigen Erkenntnissen benötigt die ABG jährlich rd. 1,0 Mio. € zur Verlustdeckung nach Steuern. Die Liquidität der Gesellschaft ist über eine Kontokorrentlinie in Höhe von 766,9 T€ gesichert. Weitere wesentliche Risiken, die Einfluss auf die Vermögens- Finanz- und Ertragslage haben könnten, werden derzeit nicht gesehen.

Feststellungen des Abschlussprüfers

Die Prüfung durch die BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Erfurt, hat zu keinen Einwendungen geführt.

Am 07.07.2025 wurde durch die oben genannte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.

Bilanz

<u>Aktiva</u>	2024		2023		2022	
	€	%	€	%	€	%
Anlagevermögen	10.757.336,76	73,6	9.954.553,02	69,2	10.016.386,84	71,7
Immaterielles Vermögen	7.914,61		9.421,96		14.707,16	
Sachanlagen	1.981.328,78		1.167.437,69		1.214.386,31	
Finanzanlagen	8.768.093,37		8.777.693,37		8.787.293,37	
Umlaufvermögen	3.850.156,89	26,3	4.427.000,70	30,8	3.947.960,73	28,2
Vorräte	4.123,49		4.217,79		3.499,57	
Forderungen u.sonstiges Vermögen	1.794.609,25		1.682.512,38		1.788.410,31	
Liquide Mittel	2.051.424,15		2.740.270,53		2.156.050,85	
Aktiver RAP	11.627,80	0,1	8.968,37	0,1	11.032,64	0,1
Bilanzsumme	14.619.121,45	100	14.390.522,09	100	13.975.380,21	100

<u>Passiva</u>	2024		2023		2022	
	€	%	€	%	€	%
Eigenkapital	13.453.692,13	92,0	12.944.501,04	90,0	12.827.903,42	91,8
Gezeichnetes Kapital	100.000,00		100.000,00		100.000,00	
Rücklagen	9.192.342,40		9.192.342,40		9.192.342,40	
Bilanzgewinn	4.161.349,73		3.652.158,64		3.535.561,02	
Sonderposten	6.100,00	0,0	20.899,00	0,1	35.698,00	0,3
Rückstellungen	341.579,57	2,3	239.686,57	1,7	690.247,43	4,9
Verbindlichkeiten	804.849,75	5,5	1.185.435,48	8,2	421.531,36	3,0
Passiver RAP	12.900,00	0,1	0,00	0,0	0,00	0,0
Bilanzsumme	14.619.121,45	100	14.390.522,09	100	13.975.380,21	100

Gewinn- und Verlustrechnung

	2024	2023	Verän- derung	2022
	€	€	€	€
Umsatz	765.500,07	626.642,91	138.857,16	595.643,25
Bestandveränderungen und akt. Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Erträge	241.977,14	34.436,81	207.540,33	32.820,57
Gesamtleistung	1.007.477,21	661.079,72	346.397,49	628.463,82
Materialaufwand	342.195,55	363.485,12	-21.289,57	277.981,33
Personalaufwand	690.404,31	729.750,65	-39.346,34	706.063,78
Abschreibung	160.082,01	167.652,96	-7.570,95	168.490,60
Sonstige betriebliche Aufwendungen	420.886,34	386.830,27	34.056,07	401.469,34
Betriebsergebnis	-606.091,00	-986.639,28	380.548,28	-925.541,23
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	2.074.705,63	2.068.663,74	6.041,89	2.183.290,04
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	50.173,95	25.332,84	24.841,11	36,13
Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,00	0,00	0,00	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.063,20	3.894,47	-831,27	5.884,58
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.515.725,38	1.103.462,83	412.262,55	1.251.900,36
außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00
Steuern	849.297,87	836.865,21	12.432,66	712.835,97
Jahresergebnis	666.427,51	266.597,62	399.829,89	539.064,39

Wichtige Kennzahlen

	Einheit	2024	2023	2022
AN-Durchschnitt	Anzahl	17,0	22,0	17,5
<i>davon Vollzeitkräfte</i>	<i>Anzahl</i>	<i>11,00</i>	<i>12,00</i>	<i>10,75</i>
<i>davon Teilzeitkräfte</i>	<i>Anzahl</i>	<i>6,00</i>	<i>6,00</i>	<i>2,75</i>
<i>davon Auszubildende</i>	<i>Anzahl</i>	<i>4,00</i>	<i>4,00</i>	<i>4,00</i>
Zuschüsse durch Stadt	€	0,00	0,00	0,00
Kapitalentnahmen	€	0,00	0,00	0,00
Höhe verbürgter Kredite	€	178.057,53	267.086,45	445.144,29
Gesamtbezüge GF	€	nach § 286 Abs. 4 HGB keine Angabe		
Gesamtbezüge AR	€	5.934,00	6.663,00	6.288,00

Energieversorgung Apolda GmbH (eva)

Adresse Heidenberg 52, 99510 Apolda

Gründung 1992

Handelsregister HRB 105414, Amtsgericht Jena

Geschäftsleitung Frau Dipl.-Ökonomin Sandra Proft

Aufsichtsrat Herr Rüdiger Eisenbrand, Bürgermeister (Vorsitzender)

bis 14.07.2024

Herr Olaf Müller, Bürgermeister (Vorsitzender) ab 15.07.2024

Herr Dr. Christian Thewissen (Stellvertreter)

Herr Claus-Peter Bockhorn TEAG

Herr Simon Ehrenreich, Stadtrat ab 15.07.2024

Herr Nils Hollmann, Stadtrat ab 15.07.2024

Herr Holger Prüfer, Stadtrat bis 14.07.2024

Herr Eckart Maaß, Stadtrat bis 14.07.2024

Herr Max Reschke, Stadtrat bis 14.07.2024

Herr Franz Richter, Stadtrat ab 15.07.2024

Herr Sören Rost, Geschäftsführer

Herr Philipp Lübcke, TEAG

Herr Jörg Gerbatsch, TEAG,

Gesellschafter Apoldaer Beteiligungsgesellschaft mbH (51 %)

TEAG Thüringer Energie AG (49 %)

Stammkapital 5.115.000 €

Beteiligungen ENA Energienetze Apolda GmbH (100 %)

Windkraft Thüringen GmbH & Co. KG, Ilmenau (7,14 %)

TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen GmbH & Co. KG,

Erfurt (10%) (Kommanditanteil: 50.000 €)

Wichtige Verträge

- Gewinnabführungsvertrag mit der Apoldaer Beteiligungs-gesellschaft mbH vom 03.08.2004
- Ergebnisabführungsvertrag mit der ENA Energienetze Apolda mbH vom 04.06.2007 (mit Wirkung ab 19.02.2007)
- Konzessionsvertrag Strom mit Stadt Apolda
- Konzessionsvertrag Gas mit Stadt Apolda
- Kauf- u. Überleitungsverträge sowie Netztrennungs-vereinbarungen Strom/Gas mit der E.ON Thüringer Energie AG und der TEN Thüringer Energienetze GmbH
- Erdgasliefervertrag mit E.ON Energy Sales GmbH
- Konzessionsvertrag mit der Gemeinde Niederroßla
- Änderung Gesellschaftsvertrag Kauf- und Übertragungsvertrag Strom- und Gaszähler an die ENA Energienetze Apolda GmbH

Ausgliederungs- und Übergabevertrag vom 21.07.2020

(In diesem Zuge gingen die Konzessionsverträge von der eva an die ENA über.)

Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung der Bevölkerung, der öffentlichen Einrichtungen von Industrie und Gewerbe vorrangig im Stadtgebiet von Apolda und Umgebung mit Gas, Elektrizität und Wärme einschließlich der Errichtung und Unterhaltung aller hierzu erforderlichen Versorgungsanlagen und die Erbringung damit in Zusammenhang stehender Dienstleistungen. Weiterer Gegenstand des Unternehmens ist die Bereitstellung der passiven Infrastruktur zum Einzug von Glasfaserkabeln nebst Vermittlung von Breitbanddiensten im Konzessionsgebiet der Gesellschaft. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2024

(Auszug aus dem Lagebericht)

Die Energieversorgung Apolda GmbH kann auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurückblicken. Die Herausforderungen konnten durch erhöhte Anstrengungen und Aufwand bewältigt werden. Dennoch sind die Belastungen aufgrund der ständig neuen und

wechselnden Vorgaben und Regelungen dauerhaft nicht mit bester Qualität zu bewerkstelligen. Allgemein betrachtet waren die politisch motivierten Kundenentlastungen sicherlich von Vorteil. Die Energieversorgung Apolda musste die Preisbremsen bei ihren Kunden nur in bestimmten Tarifen und bei bestimmten Verbrauchsmengen umsetzen. Dennoch war der Aufwand enorm, da das Abrechnungssystem angepasst und die Kunden umfangreich schriftlich informiert werden mussten. Insbesondere die zeitlichen Vorgaben waren anspruchsvoll, konnten aber mit viel Engagement der Mitarbeiter und leider auch mit ungeplantem Kostenaufwand bewältigt werden. Bemerkbar ist der Zuwachs von Kundenanfragen im gewerblichen Bereich zur alternativen Wärmeversorgung bzw. nachhaltigen Energiekonzepten, zum anderen aber auch den starken Trend zu Kosteneinsparungen und bereits absehbaren Wechseln zu Wettbewerbern. Erkennbar ist aber auch, dass guter Kundenservice mit Ansprechpartnern vor Ort ein erfolgreiches Konzept ist.

Die Energieversorgung Apolda setzte im Geschäftsjahr 2024 39.244 MWh ab, dies sind 5,9 % weniger als im Vorjahr. Der Absatz an Sondervertragskunden sank aufgrund von Kundenverlusten um 12,4 % auf 11.267 MWh. Die Absatzmenge bei den Haushalts- und Kleingewerbekunden lag mit 24.621 MWh um 2,5 % unter dem des Vorjahrs. Die Endkundenpreise konnten zum Jahresbeginn aufgrund gesunkener Bezugskonditionen gesenkt werden, mussten aber zum 01.04. wegen angepasster Netznutzungsentgelte wieder leicht angehoben werden. Die Kundenanzahl insgesamt sank um 2,5 %. Der Strombezug erfolgte zu 28,8 % bzw. 11.375 MWh aus der Eigenerzeugung in BHKW's.

Der Gasbezug sank insgesamt im Vorjahresvergleich auf 188.216 MWh (-9,4 %). Der Absatz an Sondervertragskunden sank um 13,5 % auf 67.721 MWh durch Kundenverluste. Der Absatz bei Kunden mit Jahresverbrauchsabrechnung sank um 6,1 % auf 80.510 MWh. Die Gaspreise für Haushalts- und Kleingewerbekunden blieben stabil bzw. konnten gesenkt werden. Die Anzahl der Kunden insgesamt sank um 5,0 %. Die Kunden sparten im Vergleich zum Geschäftsjahr 2023 auf Grund des milden Winters weiter Gas ein. Der Absatz an die Fernwärmesparte zur Wärmeerzeugung sank ebenfalls witterungsbedingt um 9,1 % auf 34.876 MWh.

Der Wärmeabsatz lag mit 13.869 MWh um 4,7 % unter dem Vorjahresabsatz. Die erzeugte Wärme sank in diesem Zusammenhang um 6,0 % auf 16.214 MWh. Die Netzverluste sanken um 12,7 % auf 2.345 MWh. Der gesunkene Wärmeabsatz ist auf die gegenüber dem Vorjahr milder Witterung, die Einsparungen der Kunden und abgemeldete Objekte zurückzuführen. Die Feuerungswärmeleistung des BHKW liegt unter 20 MW; folglich unterliegt die Gesellschaft nicht der Teilnahme am europäischen Emissionshandel.

Im Bereich Energiedienstleistungen sind diverse Maßnahmen und Projekte gebündelt. Der Wärmeabsatz aus Contractinganlagen belief sich im Jahr 2024 auf 3.581 MWh. Die Stromerzeugung aus PV- und KWK-Anlagen beträgt 1.098 MWh (+35,2 %). Die Energieversorgung Apolda bietet auch den Verkauf von Wallboxen und Energieausweisen an. Das Portfolio wird durch das Angebot der Durchführung von Energieaudits, Verpachtung von Leerrohren und dem Verkauf von Strom an Ladesäulen abgerundet. Im Geschäftsjahr wurden weitere Ladesäulen in Betrieb genommen. Zu Beginn des Jahres wurde eine weitere PV-Anlage mit einer Leistung von 250 KWp installiert. Die Anlage erzeugt vorrangig Strom für einen Kunden, der Reststrom wird in das Netz eingespeist bzw. vermarktet.

Vermögenslage

In das Anlagevermögen der Gesellschaft wurden in diesem Geschäftsjahr 1.196 T€ investiert. Die Investitionen erfolgten im Wesentlichen in den allgemeinen Bereichen (208 T€), in die Fernwärmesparte (271 T€) und in neue Contractinganlagen (498 T€). Die Höhe der Beteiligungen ist um 219 T€ auf 1.422 T€ gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Insgesamt ist der Wert des Anlagevermögens im Vergleich zum Vorjahr um 574 T€ gestiegen. Das Vorratsvermögen wird durch die beschafften Emissionszertifikate in Höhe von 1.399 T€ dominiert. Der Vorrat an Öl beträgt 59 T€.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände stiegen insgesamt um 1.294 T€ auf 6.644 T€. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen stiegen stichtagsbedingt um 373 T€ auf 4.611 T€. Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen stiegen um 359 T€ auf 578 T€. Die flüssigen Mittel liegen mit 3.574 T€ um 1.364 T€ unter dem Wert zum Bilanzstichtag des Vorjahres. Insgesamt stiegen die Rückstellungen gegenüber dem Vorjahr um 308 T€ auf 3.983 T€. Sie beinhalten u. a. Rückstellungen für Emissionszertifikate (1.544 T€), für Rückstellungen für drohende Verluste insgesamt (1.010 T€), davon 611 T€ aus der dem Risiko von Kundenwidersprüchen sowie 163 T€ aus drohenden Insolvenzen von Gewerbekunden außerhalb der Warenkreditversicherung, und für die Prüfungs- und Jahresabschlusskosten (103 T€). Die Verbindlichkeiten sanken insgesamt um 448 T€ auf 10.816 T€. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, betreffend die Strom und Gasabrechnungen, sanken stichtagsbedingt um 634 T€ auf 1.886 T€. Gegenüber Gesellschaftern stiegen die Verbindlichkeiten aus der Ergebnisabführung um 741 T€ auf 2.027 T€. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sanken um 167 T€ auf 785 T€; es wurden keine neuen Kredite aufgenommen. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen stiegen um 400 T€ auf 2.895 T€. Diese betreffen Verbindlichkeiten gegenüber

der ABG aus der Gewinnabführung (1.481 T€) und gegenüber der ENA aus Mehrmindermengenabrechnungen Strom (912 T€). Die sonstigen Verbindlichkeiten sanken um 789 T€ auf 3.223 T€, sie beinhalten insbesondere die Verbindlichkeiten gegenüber den Gas- und Stromkunden aus der Jahresverbrauchsabrechnung. Zum 31. Dezember 2024 sind die kurzfristigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen nicht vollständig durch kurzfristige Vermögenswerte gedeckt. Die Unterdeckung in Höhe von 2.409 T€ kann aus dem operativen Cashflow des Geschäftsjahres 2024 nicht finanziert werden.

Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist durch einen Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit (1.310 T€) gekennzeichnet. Dieser reichte nicht aus, um die Auszahlungen für Investitionen (1.195 T€) sowie die Ergebnisabführung an den Organträger und den Minderheitsgesellschafter (2.434 T€) zu finanzieren. Die Finanzlage ist jederzeit als gesichert zu bewerten.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse sanken gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 3.810 T€ auf 32.051 T€. Im Strombereich sanken die Umsatzerlöse um 1.288 T€, auf Grund der vorgenommen Preisanpassungen. Die Umsatzerlöse des Gasbereiches sanken um 2.972 T€ auf 15.908 T€. Auch hier sind die Erlösrückgänge durch die Weitergabe der Bezugskonditionen an die Kunden begründet. Die Erlösrückgänge basieren in beiden Sparten aus der Weitergabe günstigerer Bezugskonditionen und rückläufigen Absätzen. Im Bereich Fernwärme stiegen die Umsatzerlöse um 337 T€ auf 3.438 T€ an. Die Umsatzerlöse des Bereiches Energiedienstleistungen stiegen um 64 T€ auf 895 T€ an. Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 99 T€ auf 1.215 T€. Sie enthalten im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (403 T€), Erträge aus dem Belastungsausgleich nach KWKG (378 T€) und Erträge aus Weiterberechnungen (227 T€). Die Strombezugskosten sanken um 2.419 T€ auf 4.222 T€, wegen geringerer Marktpreise. Die Gasbezugskosten sanken insgesamt um 2.792 T€ auf 14.904 T€, die CO2-Umlage beträgt davon 1.545 T€ und stieg infolge der erhöhten CO2-Preise. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen stiegen insgesamt um 650 T€ an und spiegeln im Wesentlichen die Steigerung der Netznutzungsentgelte wieder. Die Abschreibungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 28 T€ auf 621 T€. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um 20 T€ auf 1.321 T€. Den Mehrkosten bei den Verwaltungskosten und Kosten aus Weiterverrechnung stehen Minderzuflüsse in Rückstellung entgegen (177 T€). Das Finanzergebnis sank um 265 T€

auf 574 T€. Der Ertrag aus der Ergebnisabführung der ENA (-583 T€) sank, während der Ertrag aus Beteiligungen (+313 T€) und die Zinserträge (+18 T€) anstiegen. Die Zinsaufwendungen stiegen auf 26 T€. Es wurden keine neuen Kredite aufgenommen. Die EK-Quote konnte gegenüber dem Vorjahr von 42,7 % auf 45,01 % erhöht werden. Die Umsatzrentabilität stieg von 11,1 % auf 13,0 % gegenüber dem Vorjahr an. Die Tochtergesellschaft ENA weist auch in 2024 ein positives Jahresergebnis aus. Aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrags sind diese Gewinne an die eva abzuführen und erhöhen somit das Jahresergebnis der Gesellschaft. Das Ergebnis vor Ertragsteuern stieg gegenüber dem Vorjahr um 203 T€ auf 4.189 T€. Aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrags wird aus dem im Berichtsjahr erwirtschafteten Jahresergebnis eine Ausgleichszahlung an den Minderheitengesellschafter in Höhe von 952 T€ geleistet. Der verbleibende Restbetrag in Höhe von 1.481 T€ wird an den Organträger abgeführt. Die finanziellen Verhältnisse der Energieversorgung Apolda sind insgesamt als geordnet einzustufen. Das Ergebnis vor Ertragssteuern war für das Geschäftsjahr 2024 mit 2.910 T€ geplant. Die Überschreitung um 1.278 T€ resultiert wesentlich aus der Auflösung von Rückstellungen (403 T€), aperiodische Erlöse (273 T€), niedrigeren als geplanten Abschreibungen (246 T€) und positiven Mehr- und Mindermengen Gas (187 T€). Der Ausbau der erneuerbaren Energien und die weitere Dekarbonisierung wird in den kommenden Jahren massiv vorangetrieben werden. Um den daraus resultierenden hohen Kapital- und Finanzierungsbedarf für den Ausbau des Fernwärmennetzes, die Modernisierung von PV- und Contractinanlagen und energetische Maßnahmen am Firmensitz und Hard- und Softwareschultern zu können, vollzieht die Energieversorgung Apolda GmbH den Aufbau einer Gewinnrücklage nach § 272 Abs. 2 und 3 HGB. Betriebswirtschaftlich ist die Anspargung von Gewinnen die Voraussetzung für die Eigenfinanzierung von strategischen Investitionen im Fernwärme- und erneuerbare Energienbereich. In diese Gewinnrücklage wurden für 2024 aus dem Ergebnis der Gesellschaft 980 T€ überführt.

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2025

(Auszug aus dem Lagebericht)

Die Energieversorgung Apolda führt das Bestandsgeschäft fort. Die Erzielung günstiger Einkaufspreise bleibt sehr wichtig, da das Niveau der Energiekosten für Bürger, Gewerbe und Industrie immer noch vergleichsweise hoch liegt. Der Wettbewerb ist wieder sehr aktiv. Der Trend Stromverbräuche durch Eigenerzeugung mittels PV zu reduzieren, hält an. Dies führt zu Verwerfungen in den Lastprofilen und verstärkten Risiken aus Mehr-

Mindermengen. Der Absatz je Kunde wird sich weiter rückläufig entwickeln. Die Energieversorgung Apolda wird ihr Fernwärmennetz weiter ausbauen, hierzu konnte ein weiterer gewerblicher Fernwärmekunde gewonnen werden; es wird ständig versucht weitere Anschlussnehmer zu akquirieren. Gleichzeitig wurde die Erstellung eines Wärmetransformationsplanes beauftragt. Ein erster Schritt wird die Umsetzung des 30 % igen Anteils grüner Wärme an der Fernwärmeerzeugung sein. Zu dessen Umsetzung werden liquide Mittel benötigt, welche angespart oder durch die Gesellschafter eingelegt werden müssen. Im Geschäftsjahr 2025 wird die Ladeinfrastruktur in und um Apolda durch die Gesellschaft weiter ausgebaut. Probleme in der Umsetzung und Durchführung von geplanten Investitionen liegen aktuell bei der mangelnden personellen Ausstattung von Dienstleistern und Preissteigerungen. Auch für das Wirtschaftsjahr 2025 sind Gesetzesänderungen geplant, welche die Haushaltkunden betreffen und durch die Energieversorgung Apolda umzusetzen sind. Die neu einzuführenden Prozesse wie lastvariable Tarife, tägliche Lieferantenwechsel und die dazugehörigen Marktprozesse sind aufwendig und mit steigenden IT- und Personalkosten verbunden. Welche weiteren Maßnahmen die neue Bundesregierung plant und umsetzt ist noch nicht abschließend zu beurteilen. Im Bereich Energiedienstleistung geht die Energieversorgung Apolda von weiter steigenden Umsätzen aus. Die Gesellschaft hält ihr Dienstleistungsangebot im Bereich Contracting und individuellen Energieberatungen aufrecht. Weitere Produkte speziell im PV-Bereich sollen angeboten und erschlossen werden. Bei der ENA rechnen wir für das Geschäftsjahr 2025 mit einem Ergebnisbeitrag von etwa 113 T€; für die Folgejahre sind nach sinkende Ergebnisbeiträgen Anstiege in Zusammenhang mit der Kostenanerkennung der nächsten Regulierungsperiode geplant. Im Jahr 2025 plant die Energieversorgung Apolda mit einem Ergebnis vor Ertragssteuern von 2.787 T€. Die Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen werden stetig überwacht und analysiert, um daraus resultierende Chancen nutzen und möglichen Risiken entgegenwirken zu können.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

(Auszug aus dem Lagebericht)

Die Chancen für die Gesellschaft liegen in der starken örtlichen Marke der Gesellschaft. Die Kunden vertrauen der Energieversorgung Apolda. Für die Folgejahre hoffen wir wieder Lieferverträge mit Toleranzbändern abschließen zu können, ohne hierfür extreme Preisaufschläge zahlen zu müssen. Die Erweiterung und die Neuerschließung von fernwärmeverSORGten Gebieten können eine Möglichkeit darstellen, den Rückgang bzw.

Wegfall der Umsatzerlöse aus dem Gasbereich auszugleichen. Der erste Schritt hierzu ist die Erstellung der kommunalen Wärmeplanung durch die Stadt Apolda. Diese ist als erster Schritt dringend notwendig, um die geordnete Umstellung der Stadt Apolda auf eine klimaneutrale Wärmeversorgung zu erreichen.

Feststellungen des Abschlussprüfers

Die Prüfung durch die Rödl & Partner GmbH, Jena, hat zu keinen Einwendungen geführt.

Am 30.05.2025 wurde durch die oben genannte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.

Bilanz

<u>Aktiva</u>	2024		2023		2022	
	€	%	€	%	€	%
Anlagevermögen						
Immaterielles Vermögen	15.264.090,20	57	14.689.709,45	56	14.802.452,76	61
Sachanlagen	295.676,55		237.889,87		158.851,51	
Finanzanlagen	4.648.545,41		4.350.879,91		4.542.661,58	
	10.319.868,24		10.100.939,67		10.100.939,67	
Umlaufvermögen						
Vorräte	11.677.298,02	43	11.413.244,39	44	9.279.791,14	39
Forderungen u.sonstiges Vermögen	1.458.790,11		1.125.266,01		1.146.526,13	
Liquide Mittel	6.643.778,52		5.349.693,97		6.118.204,02	
	3.574.729,39		4.938.284,41		2.015.060,99	
Aktiver RAP						
	1.724,53	0	2.324,15	0	9.201,00	0
Bilanzsumme						
	26.943.112,75	100	26.105.277,99	100	24.091.444,90	100

<u>Passiva</u>	2024		2023		2022	
	€	%	€	%	€	%
Eigenkapital						
Gezeichnetes Kapital	12.126.216,34	45	11.146.216,34	43	10.306.216,34	43
Rücklagen	5.115.000,00		5.115.000,00		5.115.000,00	
	7.011.216,34		6.031.216,34		5.191.216,34	
Jahresergebnis						
	0,00		0,00		0,00	
Bilanzgewinn						
	0,00		0,00		0,00	
Sonderposten						
	17.425,00	0	19.975,00	0	22.525,00	0
Rückstellungen						
	3.983.761,71	15	3.675.702,85	14	3.698.197,99	15
Verbindlichkeiten						
	10.815.709,70	40	11.263.383,80	43	10.064.505,57	42
Passiver RAP						
	0,00	0	0,00	0	0,00	0
Bilanzsumme						
	26.943.112,75	100	26.105.277,99	100	24.091.444,90	100

Gewinn- und Verlustrechnung

	2024 (nach BilRUG)	2023 (nach BilRUG)	Verän- derung	2022 (nach BilRUG)
	€	€	€	€
Umsatz	32.051.251,13	35.861.566,73	-3.810.315,60	25.246.759,41
Bestandveränderungen und akt. Eigenleistungen	15.256,55	6.268,80	8.987,75	15.763,74
Sonstige Erträge	1.214.653,78	1.115.828,46	98.825,32	1.390.324,89
Gesamtleistung	33.281.161,46	36.983.663,99	-3.702.502,53	26.652.848,04
Materialaufwand	26.046.382,41	30.543.786,81	-4.497.404,40	20.711.898,73
Personalaufwand	1.677.178,98	1.398.521,63	278.657,35	1.308.823,54
Abschreibung	621.433,32	593.198,95	28.234,37	561.703,98
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.320.882,37	1.300.443,64	20.438,73	1.448.230,05
Betriebsergebnis	3.615.284,38	3.147.712,96	467.571,42	2.622.191,74
Erträge aus Beteiligungen	419.029,47	105.944,59	313.084,88	85.384,17
Erträge aus anderen Wertpapieren des Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	50.406,25	32.265,34	18.140,91	3.237,22
Abschreibung auf Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	25.735,00	12.408,75	13.326,25	12.137,37
Erträge aus Gewinnabführung	130.430,35	713.353,49	-582.923,14	845.688,00
Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,00	0,00	0,00	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	4.189.415,45	3.986.867,63	202.547,82	3.544.363,76
Steuern	775.855,30	659.677,71	116.177,59	688.650,45
Aufwendungen aus der Ausgleichs- zahlung an Minderheitsgesellschafter	952.427,64	904.650,66	47.776,98	1.158.547,75
abgeführter Gewinn	1.481.132,51	1.582.539,26	-101.406,75	1.697.165,56
Einstellung Gewinnrücklage	980.000,00	840.000,00		
Jahresergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00
Bilanzgewinn	0,00	0,00	0,00	0,00

Wichtige Kennzahlen

	Einheit	2024	2023	2022
AN-Durchschnitt	Anzahl	21	20	19
<i>davon Vollzeitkräfte</i>	<i>Anzahl</i>	-	-	16
<i>davon Teilzeitkräfte</i>	<i>Anzahl</i>	-	-	1
<i>davon Auszubildende</i>	<i>Anzahl</i>	-	-	2
Zuschüsse durch Stadt	€	0,00	0,00	0,00
Kapitalentnahmen	€	0,00	0,00	0,00
Höhe verbürgter Kredite	€	0,00	0,00	0,00
Gesamtbezüge GF	€	nach § 286 Abs. 4 HGB keine Angabe		
Gesamtbezüge AR	€	10.000,00	9.000,00	11.486,12

Energienetze Apolda GmbH (ENA)

Adresse Heidenberg 52, 99510 Apolda

Gründung 2007

Handelsregister HRB 501267, Amtsgericht Jena

Geschäftsführer Herr Falk Glockner

Gesellschafter Energieversorgung Apolda GmbH (100 %)

Stammkapital 100.000 €

Wichtige Verträge

- Ergebnisabführungsvertrag mit der Energieversorgung Apolda GmbH vom 04.06.2007 (mit Wirkung zum 19.02.2007)
- Kauf- und Übertragungsvertrag Strom- und Gaszähler von der Energieversorgung Apolda GmbH
- Ausgliederungs- und Übergabevertrag vom 21.07.2020 (In diesem Zuge gingen die Konzessionsverträge von der eva an die ENA über.)

Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Tätigkeit der Gesellschaft als Netzbetreiber gemäß Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) im Hinblick auf die örtlichen Verteilungsanlagen für Elektrizität und Gas einschließlich der Wahrnehmung aller dazugehörigen Aufgaben und Dienstleistungen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die gegenwärtig wahrgenommenen Geschäftsfelder erfüllen einen öffentlichen Zweck.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2024

(Auszug aus dem Lagebericht)

Für die ENA haben u.a. das Absinken der Erlösobergrenze durch die Effizienzvorgaben der Netzregulierung und ein weiterer Anstieg von Betriebs- und Personalkosten, die innerhalb der aktuellen Regulierungsperiode nicht im Regulierungskonto zum Ansatz gebracht werden können, Auswirkungen auf die Ergebnisentwicklung. Ein weiterer Grund sind die gesunkenen Eigenkapitalzinssätze im Zeitraum der 4. Regulierungsperiode. Das Unternehmen benötigte mehr Personal insbesondere durch steigende Anforderungen beim Betrieb der Informations-technik (IT), durch weiter steigende prozessuale Komplexität im Bereich der Abrechnungs-, Bilanzierungs- und Marktkommunikationsprozesse und durch den stetig steigenden Aufwand bei Anschluss und Abrechnung von dezentralen Erzeugungsanlagen der erneuerbaren Energien. Weiterhin verzeichnen wir einen stetig steigenden Bürokratieaufwand, geprägt durch immer umfangreichere Berichtspflichten an die Regulierungsbehörden und im prozessualen Aufwand der Netzentgeltregulierung. Zudem sorgen die steigenden prozessualen Anforderungen in den genannten Bereichen für spürbaren Mehraufwand bei den Betriebskosten und im Beratungsbereich. Die ENA blickt, ausgehend von den erwähnten Anforderungen und wirtschaftlichen Unsicherheiten, im Bereich ihrer Geschäftstätigkeit insgesamt auf ein weiteres ereignisreiches und von vielen Änderungen in der Energiewirtschaft geprägtes Jahr zurück. Die Vielzahl der Anforderungen und die Geschwindigkeit der notwendigen Anpassungen an die gesamte Branche wie auch die ENA sind dabei durchaus als herausfordernd zu betrachten. Der Stromabsatz aus dem Elektrizitätsverteilnetz der ENA sank auch 2024 weiter leicht um ca. 2,5 %, verursacht durch Energieeinsparungen und die zunehmende Eigenversorgung von Netzkunden aus Erneuerbare Energien Anlagen. Ein signifikanter Mengenaufwuchs durch

die Transformation im Wärme- und Mobilitätsmarkt lässt sich wie im Vorjahr auch im Berichtsjahr noch nicht erkennen. Der Trend zu rückläufigen Gasabsätzen blieb auch im Jahr 2024 mit ca. - 3,3% bestehen, wenn auch weniger stark als im Vorjahr. Die Gaserschließung der Ortschaften Rödigsdorf und Utenbach wurde auch im Jahr 2024 nicht weiter fortgeführt, da der (sukzessive) Ausstieg aus fossilen Energien sowohl in Deutschland als auch in der Europäischen Union politisch festgeschrieben ist. Neue Gasanschlüsse wurden im Jahr 2024 bis auf Ausnahmen nicht mehr nachgefragt. [Quelle: Website der Bundesregierung, Energiewende und Klimaschutz Herausforderungen und Wege der Transformation, 28.02.2024, Website der Europäischen Kommission].

Stromnetz

Im Geschäftsjahr wurde das Stromnetz mit insgesamt 101.677 MWh (Vorjahr 104.368 MWh) genutzt; die Netzverluste betragen 2,56 %. Die Netznutzung erfolgte zu 64,9 % durch leistungsgemessene RLM-Kunden (65.981 MWh). Darin enthalten war die Abrechnung der Straßenbeleuchtung in Höhe von 770 MWh. Der Netzabsatz für die nicht leistungsgemessenen SLP-Kunden (ohne Straßenbeleuchtung) betrug 33.096 MWh. An das Stromverteilnetz waren 16.420 Zähler inklusive Einspeiseanlagen angeschlossen. Für das Kalenderjahr 2024 wurde im Rahmen der Anreizregulierung und des durch die ENA gewählten vereinfachten Verfahrens auf der Grundlage der Anträge zur Kostenfeststellung an die Landesregulierungsbehörde Thüringen vom 31.03.2023 für die 4. Regulierungsperiode die Erlösobergrenze bestimmt und der Regulierungskammer Thüringen (RKTH) angezeigt. Für Strom fehlen derzeit noch Rückmeldungen der Regulierungskammer. Resultierend daraus gibt es für beide Sparten kein bestätigtes Ausgangsniveau für die 4. Regulierungsperiode. Das erdverkabelte Mittelspannungsnetz hatte zum 31.12.2024 eine Länge von 112 km. Es befinden sich derzeit keine Freileitungen im Mittelspannungsnetz, entsprechend beträgt der Verkabelungsgrad 100 %. Die Gesamtlänge des Niederspannungsnetzes betrug ohne Hausanschlüsse 217,5 km, der Verkabelungsgrad im Niederspannungsnetz beträgt 94 %. Im Netzgebiet waren 105 Ortsnetz- sowie 33 Abnehmerstationen geschaltet. Zusätzlich bestanden 21 Mittelspannungs-Einspeisepunkte von Erzeugungsanlagen. Die ENA hat im Geschäftsjahr im Stromnetz 982 T€ inklusive Bruchanteile an gemeinsam genutzter Software investiert.

Die Investitionen des Geschäftsjahrs 2024 im Stromverteilnetz umfassten folgende Schwerpunkte:

Zur Vorbereitung auf die weitere 20 kV-Umstellung des noch vorhandenen 10 kV-Mittelspannungsnetzes wurden weitere Transformatoren ausgewechselt und Teile der Sammelschiene an der MS Schaltanlage im Umspannwerk Apolda auf 20 kV umgestellt. Im

Bereich Digitalisierung des Niederspannungsnetzes sind insgesamt 4 Ortsnetzstationen in Apolda (Freitreppe, Schwabestraße, Schötener Bach und Schöten Ort) mit Mess- und Fernwirktechnik ausgerüstet worden. Dabei werden derzeit Produkte zwei verschiedener Herstellerfirmen erprobt. Einen Schwerpunkt der Investitionen bildete auch im vergangenen Jahr wieder die Erneuerung und Verdichtung von Niederspannungsnetzen und Hausanschlüssen im Stadtgebiet, weiterhin wurden umfangreiche Arbeiten im Bereich der Regel- und Steuerungs- sowie Sekundärtechnik (Stromversorgungs- und Batterieanlagen in zwei MS Netzknoten) und an der IT- Sicherheits-technik (Firewalls, Logserver, Angriffserkennung) durchgeführt bzw. abgeschlossen. Schwerpunkt im Instandhaltungsbereich waren die Wartung und Instandhaltung von Schalt-anlagen in den Unterwerken.

Messstellenbetrieb

Die Investitionen im Bereich des Messstellenbetriebs betrugen 145 T€. Im Bereich des modernen Messstellenbetriebs wurden weitere 1.000 neue moderne Messeinrichtungen beschafft und installiert. Der Einbau intelligenter Messsysteme wurde auch im Jahr 2024 in moderaten Stückzahlen fortgesetzt.

Gasnetz

Auch das Jahr 2024 war, gemessen an dem Durchschnitt der ermittelten Gradtagszahlen im Verhältnis zu dem langjährigen Mittel der Vorjahre, wieder ein vergleichsweises warmes Jahr. Das Gasnetz wurde während des Geschäftsjahres mit 236.103 MWh genutzt. Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Rückgang um 7.762 MWh (-3,2 %). Die durchgeleitete Menge betrug für leistungsgemessene RLM-Kunden 123.895 MWh (52,5 %), für SLP-Kunden 110.410 MWh (47,5 %). An das Netz waren 5.698 Zähler angeschlossen. Für das Kalenderjahr 2024 wurde im Rahmen der Anreizregulierung und des durch die ENA gewählten vereinfachten Verfahrens auf der Grundlage der Anträge zur Kostenfeststellung an die Landesregulierungsbehörde Thüringen vom 28.09.2021 für die 4. Regulierungsperiode die Erlösobergrenze bestimmt und der Regulierungskammer Thüringen (RKTH) angezeigt. Die Regulierungskammer Thüringen hat uns am 24.02.2025 vorab per E-Mail mitgeteilt, dass sie eine Kostenprüfung zur Bestimmung des Ausgangsniveaus der Erlösobergrenze im Gas vorgenommen hat, allerdings wegen fehlender Kennzahlen noch keine finale Ermittlung stattfinden kann. Das Gasverteilnetz umfasste zum 31.12.2024, ohne Berücksichtigung der Hausanschlüsse, 11,56 km Niederdruckleitung, 94,4 km Mitteldruckleitung und 12,27 km Hochdruckleitung. Die ENA hat im Geschäftsjahr im Gasnetz 206 T€ inklusive

Bruchteilanteile an gemeinsam genutzter Software investiert. Den Investitionsschwerpunkt bildete die Beendigung des Mitteldruck-Ringschlusses nach Mattstedt. Neue Hausanschlüsse wurden nur noch im niedrigen einstelligen Bereich erstellt. Die ENA beteiligte sich als Technikpartner der e v a an einem in 2024 abgeschlossenen Forschungsprojekt zur Nutzung regional aus erneuerbarem Strom erzeugten Wasserstoffs in einer Betankungsanlage für Flurförderfahrzeuge und konnte dadurch erste Erfahrungen beim Umgang mit dem Energieträger sammeln. Schwerpunkte im Instandhaltungsbereich waren Hausanschlussüberprüfungen, die Auswechselung von Zählern und Hausdruckreglern sowie das Abspüren des Gasnetzes.

Vermögenslage

Die Aktiva der Gesellschaft zum 31.12.2024 betragen 19.125 T€ (Vorjahr 17.852 T€). Diese beinhalten insbesondere die Sachanlagen in Höhe von 14.547 T€ (Vorjahr 14.479 T€), die Vorräte von 330 T€ (Vorjahr 325 T€), die Forderungen von 2.930 T€ (Vorjahr 2.055 T€) sowie Kassen- und Bankbestände von 1.054 T€ (Vorjahr 766 T€). Das Umlaufvermögen beträgt 4.314 T€ (Vorjahr 3.146 T€). Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 1.403 T€ (Vorjahr 1.082 T€) beinhalten insbesondere Forderungen gegenüber Netznutzern im Bereich von RLM- und SLP-Kunden. Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen betragen 1.414 T€ (Vorjahr 912 T€). Den Vermögensgegenständen standen zum 31.12.2024 das Stammkapital in Höhe von 100 T€ (Vorjahr 100 T€), die Gewinnrücklage von 1.520 T€ (Vorjahr 1.220 T€), die Kapitalrücklagen von 8.798 T€ (Vorjahr 8.798 T€), Sonderposten aus Baukostenzuschüssen und Hausanschlusskosten in Höhe von 2.630 T€ (Vorjahr 2.278 T€), Rückstellungen von 1.391 T€ (Vorjahr 946 T€) sowie Verbindlichkeiten von 4.686 T€ (Vorjahr 4.510 T€) gegenüber. Die Verbindlichkeiten resultieren aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 2.897 T€ (Vorjahr 3.259 T€), Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen von 1.264 T€ (Vorjahr 895 T€) und sonstigen Verbindlichkeiten von 525 T€ (Vorjahr 357 T€). Die Rückstellungen von 1.391 T€ resultieren aus einem Endbestand zum 31.12.2023 (946 T€), von Verbräuchen und Auflösungen (122 T€) und Zuführungen und Zinsen (567 T€). Die Zuführung zu den Regulierungskonten Strom und Gas wurde mit insgesamt 355 T€ berücksichtigt. Zum Bilanzstichtag sind die kurzfristig fälligen Verbindlichkeiten und Rückstellungen durch kurzfristig realisierbare Vermögensgegenstände gedeckt.

Finanzlage

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgte aus eigenen Mitteln. Das Ergebnis der Gesellschaft wurde aufgrund des geschlossenen Ergebnisabführungsvertrages an die e v a abgeführt bzw. von dieser ausgeglichen. Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgte aus dem operativen Cashflow. Auf eine Darlehensaufnahme konnte im Jahr 2024 verzichtet werden. Aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages sind die Möglichkeiten zur Selbstfinanzierung begrenzt. Betriebswirtschaftlich ist die Ansparung von Gewinnen die Voraussetzung für die Eigenfinanzierung von strategischen Investitionen. Da in naher Zukunft mit einem weiter hohen Zinsniveau für Fremdkapital im Vergleich zur Niedrigzinsphase der vergangenen Jahre zu rechnen ist, werden bestehende langfristige Verbindlichkeiten deutlich kostenintensiver. Um künftig unabhängiger von Banken und den damit verbundenen Zinsrisiken zu sein, wurde auch für 2024 eine Zuführung in Höhe von 300 T€ in die Gewinnrücklage nach § 272 Abs. 3 HGB vorgenommen. Weitere 130 T€ werden aufgrund des geschlossenen Ergebnisabführungsvertrages an die e v a abgeführt. Zur Sicherung der Finanzierung der Gesellschaft hat die e v a der ENA einen Kreditrahmen bis zu einer Höhe von 1.300 T€ eingeräumt, der zum Bilanzstichtag nicht in Anspruch genommen wurde.

Ertragslage

Finanzielle Leistungsindikatoren zur Bemessung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Unternehmens sind im Wesentlichen die Umsatzerlöse und das Jahresergebnis, die im Folgenden gemeinsam mit weiteren Kennzahlen dargestellt werden. Die Umsatzerlöse stiegen gegenüber dem Vorjahr (13.339 T€) um 478 T€ auf 13.817 T€. Im Strombereich (ohne sonstige Erlöse) verzeichnet die Gesellschaft gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg von 9.247 T€ auf 10.334 T€. Maßgebliche Ursache dafür sind gestiegene Erlöse aus Netznutzung durch die weggefallenen Bundeszuschüsse auf die Übertragungsnetzentgelte. Gleichzeitig wurden Mehrerlöse in Höhe von 351 T€ in das Regulierungskonto Strom überführt. Den Erlösen für die EEG-Vergütungen und Umlagen stehen in gleicher Höhe Aufwendungen gegenüber. Die Umsatzerlöse im Gasbereich (ohne sonstige Erlöse) sanken gegenüber dem Vorjahr von 3.246 T€ auf 2.881 T€. Der Rückgang um 365 T€ resultiert im Wesentlichen aus gesunkenen Absatzmengen im Vergleich zur Planung. Die Auflösung aus dem Regulierungskonto im Gas-bereich beträgt 9 T€. Die sonstigen Umsatzerlöse betragen 602 T€ (Vorjahr 846 T€). Für die im Jahr 2024 festgestellten Mehr-/Mindererlöse im Gas- bzw. Strombereich wurden entsprechende Rückstellungen zu den Regulierungskonten gebildet. Diese werden in den Jahren 2027 bis 2029 entsprechend zu jeweils 1/3 wieder

aufgelöst. Im Materialaufwand für das Jahr 2024 in Höhe von 9.370 T€ (Vorjahr 8.286 T€) sind insbesondere die Kosten für die Netzentgelte für die vorgelagerten Netze, die Kosten für Verlustenergie und Mehr-/Mindermengen, die Konzessionsabgabe, die Kosten für Vergütungen und Zuschläge für Einspeiser und Umlagen sowie die Kosten für Zählerablesung enthalten. Der Anstieg im Materialaufwand um 1.084 T€ beinhaltet insbesondere einen Anstieg der Aufwendungen für bezogene Leistungen. Die Kosten für den Personalaufwand betrugen 2.001 T€ (Vorjahr 1.902 T€). Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 26 Angestellte (ohne Geschäftsführer und Auszubildende) tätig. Die Abschreibungen auf Sacheinlagen betrugen 1.219 T€ (Vorjahr 1.230 T€). Das Jahresergebnis beträgt 430 T€ (Vorjahr: 1.073 T€). Davon werden 130 T€ auf der Grundlage eines Ergebnisabführungsvertrages an die e v a abgeführt. Die Abweichung des Jahresergebnisses (430 T€) beträgt gegenüber Plan (421 T€) 9 T€. Die Abweichung der Umsatzerlöse (13.817 T€) beträgt gegenüber Plan (14.027 T€) -210 T€. Der Ausbau der erneuerbaren Energien und die weitere Dekarbonisierung wird in den kommenden Jahren massiv vorangetrieben werden. Um den daraus resultierenden hohen Kapital- und Finanzierungsbedarf für den Ausbau des Elektrizitätsverteilnetzes und zur Erweiterung der Netzsteuerung auch in die Niederspannungsnetze schultern zu können, vollzieht die ENA den Aufbau einer Gewinnrücklage nach § 272 Abs. 3 HGB.

Betriebswirtschaftlich ist die Ansparung von Gewinnen die Voraussetzung für die Eigenfinanzierung von strategischen Investitionen im Netzbereich. In diese Gewinnrücklage wurden aus dem Ergebnis der ENA für das Jahr 2024 weitere 300 T€ überführt. Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) Für die gemäß § 6b Abs. 7 EnWG vorzunehmenden Erläuterungen zu den Tätigkeitsbereichen Elektrizitätsverteilung und Gasverteilung sowie grundzuständiger Messstellenbetrieb wird auf die Tätigkeitsabschlüsse, bestehend aus jeweils einer Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung und Erläuterungen, verwiesen.

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2025

(Auszug aus dem Lagebericht)

Für das Jahr 2025 wird mit Ergebnissen in Höhe von 113 T€ geplant. Gründe für das im Vergleich mit den Vorjahren niedrigere Ergebnis sind u.a. das Absinken der Erlösobergrenze durch die Effizienzvorgaben und ein weiterer Anstieg von Betriebs- und Personalkosten, die innerhalb der aktuellen Regulierungsperiode nicht im Regulierungskonto zum Ansatz gebracht werden können. Ein weiterer Grund sind gesunkenen Eigenkapitalzinssätze im

Zeitraum der 4. Regulierungsperiode, welche bereits seit 2023 im Gasnetzbereich und ab 2024 im Stromnetz-bereich wirken. Anhand erster Auswertungen kann davon ausgegangen werden, dass in 2025 der Netzabsatz im Strom und Gas etwa in Höhe der geplanten Mengen erzielt werden kann. Mögliche Minder-oder Mehrerlöse der Sparten können über das Regulierungskonto ausgeglichen werden. Maßgeblich für die weitergehende Entwicklung der Gesellschaft sind die Ergebnisse der Kostenprüfung für die 4. Regulierungsperiode Gas (Basisjahr 2020) und Strom (Basisjahr 2021) und die daraus resultierenden Feststellungen der Erlösobergrenzen auf der Grundlage der Anreizregulierungsverordnung. Negativen Effekten, wie insbesondere die gesunkenen Eigenkapitalzinssätze und steigende Betriebs-, Personal- und sonstigen Kosten ohne Ansatzmöglichkeit in der laufenden Regulierungsperiode, stehen positive Effekte, hier insbesondere der im Zuge der aktuellen Inflationsentwicklung nachzuziehende steigende Verbraucherpreisindex gegenüber. Weiter positiv auswirken wird sich der in der 3. Regulierungsperiode neu eingeführte Kapitalkostenabgleich. Wie bereits im Abschnitt 3.3 zur Ertragslage benannt hat die Regulierungskammer Thüringen am 24.02.2025 vorab zunächst per E-Mail mitgeteilt, dass sie eine Kostenprüfung zur Bestimmung des Ausgangsniveaus der Erlösobergrenze im Gas vorgenommen hat und Kürzungspotenzial im Ausgangsniveau sieht, allerdings wegen fehlender Kennzahlen noch keine finale Ermittlung stattfinden kann. Wenn die ENA zu gegebener Zeit dagegen nicht erfolgreich vorgehen kann, werden sich daraus ebenfalls negative Effekte auf die künftige wirtschaftliche Entwicklung ergeben. Die ENA begleitet gemeinsam mit den Branchenverbänden (BDEW, VKU) den sogenannten „NEST“-Prozess zur Überarbeitung des Regulierungsrahmens in den folgenden Regulierungs-perioden kritisch. Dabei droht den Netzbetreibern eine massive strukturelle Schlechterstellung gegenüber dem Status Quo, wenn die Entwürfe der BNetzA so umgesetzt werden wie geplant. [Quelle BDEW Zwischenbilanz NEST: Wo stehen wir bei der Anreizregulierung?]

Um die erlösmindernden Auswirkungen aus der Anreizregulierung in den kommenden Jahren zumindest teilweise zu kompensieren, hat die ENA in der Vergangenheit auf der Grundlage von Untersuchungen der Beratungsfirma Rödl und Partner die Sicherstellung der Ergebnisse über eine Aufrechterhaltung der Kalkulatorischen Kosten bzw. der Eigenkapitalverzinsung analysiert. Daraus resultierende Anforderungen an Investitionspfade werden im Rahmen einer Mittelfristplanung durch Einzelmaßnahmen unterstellt. Die hierbei festgelegten Investitionspfade dürften allerdings in den folgenden Jahren eher durch steigende Investitionsbedarfe im Stromnetz aufgrund der Energiewende übersteuert werden. Mit einem extern vergebenen Auftrag zur Zukunft und Strategie des Unternehmens wurden die Prämissen sowie die quantitativen und qualitativen Vorgaben für

den begonnenen Transformationsprozess der Strom- und Gasnetze untersucht und dem Aufsichtsrat am 15.11.2022 vorgestellt. In der Zukunft sollen diese langfristigen Transformationsstrategien weiterentwickelt werden. Für die Finanzierung der voraussichtlich weiter ansteigenden Investitionen, insbesondere im Strombereich, ist die weitere Bildung von Gewinnrücklagen in den kommenden Jahren in Abstimmung mit dem Gesellschafter vorzusehen.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

(Auszug aus dem Lagebericht)

Das Unternehmen sieht Chancen für zukünftig positive Entwicklungen in folgenden Bereichen: Der Verteilnetzbetrieb Strom nimmt zukünftig anhand des politischen Fahrplanes zur Dekarbonisierung der Wirtschaft in Europa eine zentrale Rolle im Transformationsprozess der Energieversorgung in den Bereichen Wärmeversorgung, Mobilitätsanwendungen und Erneuerbare Energien ein. Die Absatzmengen und die Auslastung der Verteilnetze können dadurch in den kommenden Jahren signifikant steigen. Zusätzlich können die Digitalisierung und Flexibilisierung im Netzbetrieb als wesentlicher Treiber der wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens gesehen werden und ermöglichen einen gezielteren und damit effizienteren Einsatz der Investitionsmittel zum Netzausbau. Weiterhin kommt dem grundzuständigen Messstellenbetreiber mit der neuerlichen Novelle des Messstellenbetriebsgesetz auch in Zukunft eine wichtige Rolle bei der Unterstützung der Transformations- und Steuerungsprozesse im Elektrizitätsverteilnetz zu. Die mögliche Nutzung von Wasserstoff im industriellen Einsatz und bei der Großwärmeverzeugung sowie bei der Speicherung überschüssig erzeugten Stromes aus erneuerbaren Energien würde den Gasnetzen im angepassten Umfang Zukunftsaussichten bieten, wenn auch mit hoher Wahrscheinlichkeit in anderen Dimensionen als bei der derzeitigen Erdgasnutzung. Die vorhandenen industriell/ gewerblichen Strukturen, insbesondere im Gewerbegebiet an der B87, bieten nicht kurzfristig, aber langfristig aus Sicht der Geschäftsführung entsprechende Potenziale. Als Chance wird weiterhin eine mögliche Ergebnisverbesserung und Erhöhung der Liquidität in der Gasnetzparte durch die Anpassung von kalkulatorischen Nutzungsdauern und Abschreibungsmodalitäten von Erdgasleitungsinfrastrukturen entsprechend Beschluss der Bundesnetzagentur („KANU 2.0“, Az. GBK-24-02-2#1) gesehen. Nunmehr können Gasnetzbetreiber ihre Abschreibungsmodalitäten so wählen, dass die Refinanzierung der Netze innerhalb der geplanten Nutzungszeit möglich ist. Durch die entsprechenden Erhöhungen der

Erlösobergrenzen kann in der Zukunft eine Ergebnisverbesserung und Erhöhung der Liquidität in der Gasnetzparte erreicht werden, die z. B. für den Aufbau der Stromnetzinfrastruktur genutzt werden kann. Die bedarfsgerechte Ausbildung und Rekrutierung von Fachpersonal für die komplexer werdenden Geschäftsprozesse im Verteilnetz- und Messstellenbetrieb ist eine weitere Chance für die positive Entwicklung des Unternehmens in den kommenden Jahren und stellt gleichzeitig eine zentrale Voraussetzung für eine zukünftig positive Entwicklung dar.

Die Gesellschaft hat ein Risikomanagement entsprechend den Vorgaben des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) installiert. Hierdurch werden potenzielle Risiken, aber auch mögliche unternehmerische Chancen identifiziert. Die relevanten Risiken sowie dazu erforderlichen Maßnahmen werden nach der Richtlinie Risikomanagement der Gesellschaft erfasst. Im Rahmen des Früherkennungssystems werden insbesondere folgende Risikofaktoren identifiziert: Die bestehende Kriegs- bzw. Konfliktlage in der Ukraine wirkt sich aktuell aufgrund guter Vorsorgemaßnahmen, z.B. Füllstandsvorgaben für die Gasspeicher und Aufbau einer angepassten und leistungsfähigen Erdgasversorgung mit deutlich geringeren Restrisiken in Bezug auf die Gas- und Stromversorgung bis hin zu einer möglichen Energiemangellage aus. Auf der Grundlage der Branchenstandards zur Krisenvorsorge (z. B. BDEW/VKU/GEODE-Leitfaden „Krisenvorsorge Gas“) sowie der entsprechenden Betriebsanweisungen ist die ENA auf eine entsprechende Notfallsituation vorbereitet. Die eva und ENA werden vor dem Hintergrund der Ereignisse und Erfahrungen aus den vergangenen Jahren die internen Strukturen des Krisenstabes optimieren. Ziel ist Schaffung schnell einsatzbereiter Arbeitsstrukturen und Prozesse zur Beherrschung einer möglichen Gas- oder Strommangellage. Weiterhin finden im Gas- und Strombereich entsprechende Abstimmungen und Ablauftrainings mit den Marktpartnern und den vorgelagerten Netzbetreibern statt. An der Beherrschung einer möglichen Krisensituation wird kontinuierlich weitergearbeitet. Der Prozess wird stetig fortgeführt.

Die ENA arbeitet im Rahmen des Projektes zur Erarbeitung und Umsetzung des Gastransformationsplanes mit, jedoch kann der Fahrplan für den Umbau bzw. die teilweise Außerbetriebnahme von Gasverteilnetzen derzeit noch nicht abschließend bewertet werden. Durch notwendige Außerbetriebnahmen von Gasnetzbereichen werden Risiken für Sonderabschreibungen und den möglicherweise geforderten Rückbau von Netzteilen gesehen. Die zukünftigen regulatorischen Vorgaben werden die Entwicklung in diesem Sektor maßgeblich beeinflussen. Für die Finanzierung der massiv ansteigenden Investitionen, insbesondere im Strombereich ist die weitere Bildung von Gewinnrücklagen in

den kommenden Jahren, jeweils in Abstimmung mit dem Gesellschafter, vorzusehen. Das System der Anreizregulierung birgt mehrere Risikofaktoren. Zum einen ergeben sich im Rahmen der Kostengenehmigungen Risiken. Diese betreffen neben den niedrigen, derzeit aus Branchensicht nicht marktgerechten Eigenkapitalzinssätzen, insbesondere die Festlegung zu den generellen Produktivitätsfaktoren, die Behandlung des Umlaufvermögens sowie die Anerkennung von Kosten, insbesondere auch innerhalb der jeweiligen Regulierungsperiode sowie die Weitergabe der anteiligen Kosten des Messstellenbetriebs, die dem Netzbetreiber mit Beginn des Jahres 2024 in Rechnung gestellt werden. Inmitten der Transformationsphase der Energiebranche, die durch die Impulse der Energiewende, die Notwendigkeit einer Neugestaltung der Netzentgeltstruktur und weitreichende regulatorische Neuerungen charakterisiert wird, hat die Bundesnetzagentur zu Beginn des Jahres 2025 die aktuellen Stände der Verfahren im Rahmen des sogenannten „NEST“-Prozesses (Netze. Effizient. Sicher. Transformiert) veröffentlicht. Dabei wird der Regulierungsrahmen in den folgenden Regulierungsperioden erarbeitet. Hier droht den Netzbetreibern eine massive strukturelle Schlechterstellung gegenüber dem Status Quo, wenn die Entwürfe so umgesetzt werden wie geplant. Gemessen an der EK-Vergütung der 4. Regulierungsperiode ergeben sich nach den Berechnungen des Branchenverbandes BDEW Ertragseinbußen zwischen 30 und 50 Prozent. Im Ergebnis werden den Netzbetreibern gegenüber dem Status quo in nicht akzeptabler Größenordnung Mittel entzogen, die sie angesichts der wachsenden Versorgungsaufgabe und der Investitionserfordernisse der Netzbetreiber dringend benötigen. Das steht auch im Widerspruch zum erklärten politischen Willen, Investitionen in Energieinfrastrukturen zu stärken. Aus Sicht des BDEW liegt der Fokus der Regulierungsbehörde zu einseitig auf Kostenreduzierung und Vereinfachung der eigenen behördlichen Abläufe zum Nachteil der Netzbetreiber. Es besteht erheblicher Korrekturbedarf. [Quelle: BDEW Kritische Gesamtschau der bisherigen NEST-Ergebnisse]

Mit der kleinen Energierechtsnovelle im Februar 2025 wurde durch den Gesetzgeber das Messstellenbetriebsgesetz ein weiteres Mal geändert. Dabei wurden die Rolloutziele signifikant angepasst und im Sinne eines sogenannten „Steuerungsrollouts“ modifiziert sowie dem Messstellenbetreiber zusätzliche Aufgaben zur Sicherstellung der Steuerbarkeit von Erzeugungsanlagen und steuerbaren Verbrauchern übertragen. Ob die hierbei auch angepassten Preisobergrenzen, die seit der ersten Version des Messstellenbetriebsgesetzes unverändert Anwendung fanden, in Relation zu den Kostensteigerungen und Aufwendungen im modernen Messstellenbetrieb stehen, darf weiterhin bezweifelt werden. Das vorab zur Gesetzeserarbeitung eingesetzte Beratergremium hatte hier jedenfalls teilweise höhere Preisobergrenzen empfohlen. Die durch den Gesetzgeber im Rahmen des

Messstellenbetriebsgesetzes 2023 für alle Kunden geschaffene und aktuell beibehaltene Möglichkeit zur Wahl eines intelligenten Messsystems ab 2025 bei gleichzeitig kurzer Einbaufrist birgt erhebliches Überlastungspotenzial für den Messstellenbetreiber, sowohl in finanzieller als auch in personeller Hinsicht.

Dem Risiko von sinkenden Erlösen durch regulatorische Vorgaben wird seitens der ENA durch den Aufbau der Kapitalkosten durch investive Maßnahmen sowie einem strikten Kostenmanagement entgegengewirkt.

Als Risiko wurde zudem der weiterhin massive Zubau von Einspeiseanlagen nach dem Erneuerbare-Energien- und dem Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz oder auch der Zubau von hohen Punktlasten (z.B. durch Elektromobilität, Elektrowärme und Speicher) identifiziert. Der Aufwand zur Abarbeitung dieser Geschäftsprozesse ist derzeit weiterhin signifikant und bindet in erheblichem Maße Mitarbeiterkapazitäten bei gleichzeitig erhöhten Schulungsbedarfen.

Unsicherheiten ergeben sich insbesondere aufgrund der Höhe des Zubaus in Verbindung mit den sich ständig verändernden gesetzlichen Rahmenbedingungen und anderer dahingehender Vorgaben. Branchenweit wird die saisonal massive Erzeugung aus Erneuerbaren Energien Anlagen und deren teilweise fehlende effektive Steuerbarkeit mittlerweile als starke Herausforderung für die Sicherstellung der Systemstabilität gesehen.

Neben dem Netzausbau, insbesondere dem erfolgten 1. Abschnitt der Umstellung des Mittelspannungsnetzes auf 20 kV und der notwendigen flächigen Verstärkung im Niederspannungsnetz, werden zusätzliche Optionen, wie Blindstromregelung, der Einbau von Steuerungstechnik in den Niederspannungsnetzen und zukünftige unterstützende Systeme (Smart Grid) untersucht bzw. bereits angewendet. Zusätzlich ist mittelfristig die Umstellung des noch verbliebenen 10-kV-Mittelspannungsnetzes auf 20 kV notwendig und geplant. Die zukünftige Sicherung einer Steuerbarkeit der Erzeugungsanlagen über die intelligenten Messsysteme wird durch die ENA in enger Zusammenarbeit mit ihren Partnern und Dienstleistern geplant.

In den vergangenen Monaten wurden verstärkt Anfragen zum Anschluss von Großspeicheranlagen mit Leistungen von jeweils mehr als 10 Megawatt an das Netz der ENA registriert. Hierzu geführte Abstimmungen mit dem vorgelagerten Netzbetreiber ergaben aufgrund der derzeitig hohen Anschlussdynamik von Erneuerbaren Energien Anlagen bereits Einschränkungen bei der verfügbaren Transformatorenleistung im Umspannwerk Apolda.

Als weitere Risiken wurden die personelle und EDV-technische Absicherung der Geschäfts- und Bilanzierungsprozesse identifiziert. In diesem Zusammenhang muss das Risiko für IT-

Angriffe und deren Auswirkung auf die Geschäftsprozesse des Unternehmens, insbesondere aufgrund der internationalen politischen Lage, weiterhin hoch eingeschätzt werden. Weitere Kostenrisiken werden aufgrund des ständig steigenden Anforderungskatalogs des Gesetzgebers in Bezug auf die Organisation des Netzbetriebs und die daraus resultierenden hohen spezifischen Kosten- und Personalaufwendungen gesehen. Genannt sind hier beispielhaft die Durchführung und technisch-organisatorische Fortführung des IT-Sicherheitsmanagements und Zertifizierung, die Vorgaben aus dem Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende und dem Messstellenbetriebsgesetz (Digitalisierung der Netze, Wahrnehmung des neuen Messstellenbetriebs, Aufbau TK-Infrastruktur, Einbau intelligenter Messsysteme und moderner Messeinrichtungen, Gateway-Administration), die Umsetzung der Netzbetreiberkaskade nach VDE 4140 zum Einspeise- und Abschaltmanagement und die Einführung in das System zum Redispatch 2.0. Die ENA wirkt diesen Risiken durch Aufbau, Schulung und Weiterbildung des eigenen Personals entgegen. Weiterhin werden zur Wahrnehmung bestimmter Aufgaben zertifizierte dritte Dienstleistungsunternehmen gebunden. Geprüft werden im Zusammenhang der angespannten Situation auf dem Energiemarkt und der allgemeinen Energiepreisentwicklung die Zahlungsflüsse und das Zahlungsverhalten in Bezug auf die Lieferanten und Netznutzer. Entsprechende Risiken werden durch die straffe Handhabung des Mahnwesens auch weiterhin nicht gesehen. Zur Reduzierung von möglichen Zahlungsausfällen von Lieferanten und Netznutzer hatte die ENA im Juni 2021 eine Warenkredit-versicherung abgeschlossen, die jährlich angepasst wird. Bestandsgefährdende Risiken werden von der Geschäftsführung derzeit nicht gesehen. Diese Einschätzung ist insbesondere auch durch den mit der Muttergesellschaft abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrag, den Kreditrahmenvertrag von 1.300 T€ sowie die Akzeptanz einer verstärkten Notwendigkeit von Netzausbauinvestitionen durch die Gesellschafter des Unternehmens begründet.

Feststellungen des Abschlussprüfers

Die Prüfung durch die Rödl & Partner GmbH, Jena, hat zu keinen Einwendungen geführt. Am 30.05.2025 wurde durch die oben genannte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.

Bilanz

<u>Aktiva</u>	2024		2023		2022	
	€	%	€	%	€	%
Anlagevermögen	14.808.895,70	77	14.704.587,54	82	14.935.569,17	84
Immaterielles Vermögen	261.721,43		225.795,06		227.387,30	
Sachanlagen	14.547.174,27		14.478.792,48		14.708.181,87	
Finanzanlagen	0,00		0,00		0,00	
Umlaufvermögen	4.313.899,99	23	3.145.785,71	18	2.837.318,79	16
Vorräte	329.885,10		325.169,83		367.644,70	
Forderungen u.sonstiges Vermögen	2.929.681,82		2.054.962,03		1.332.837,47	
Liquide Mittel	1.054.333,07		765.653,85		1.136.836,62	
Aktiver RAP	2.107,76	0	1.794,61	0	6.851,88	0
Bilanzsumme	19.124.903,45	100	17.852.167,86	100	17.779.739,84	100

<u>Passiva</u>	2024		2023		2022	
	€	%	€	%	€	%
Eigenkapital	10.418.167,48	54	10.118.167,48	57	9.758.167,48	55
Gezeichnetes Kapital	100.000,00		100.000,00		100.000,00	
Rücklagen	10.318.167,48		10.018.167,48		9.658.167,48	
Jahresergebnis	0,00		0,00		0,00	
Bilanzgewinn	0,00		0,00		0,00	
Sonderposten	2.629.679,79	14	2.277.687,42	13	2.311.399,99	13
Rückstellungen	1.391.057,55	7	946.046,91	5	812.828,57	5
Verbindlichkeiten	4.685.998,63	25	4.510.266,05	25	4.890.613,80	28
Passiver RAP	0,00	0	0,00	0	6.730,00	0
Bilanzsumme	19.124.903,45	100	17.852.167,86	100	17.779.739,84	100

Gewinn- und Verlustrechnung

	2024 nach BilRUG	2023 nach BilRUG	Verän- derung	2022 nach BilRUG
	€	€	€	€
Umsatz	13.817.434,06	13.338.885,93	478.548,13	12.761.826,35
Bestandveränderungen und akt. Eigenleistungen	24.249,98	19.974,08	4.275,90	29.411,67
Sonstige Erträge	66.139,61	41.859,63	24.279,98	49.431,91
Gesamtleistung	13.907.823,65	13.400.719,64	507.104,01	12.840.669,93
Materialaufwand	9.370.239,66	8.286.051,32	1.084.188,34	7.859.209,41
Personalaufwand	2.001.289,54	1.901.523,49	99.766,05	1.706.464,60
Abschreibung	1.219.362,48	1.230.048,35	-10.685,87	1.242.072,07
Sonstige betriebliche Aufwendungen	865.831,33	872.912,58	-7.081,25	786.240,37
Betriebsergebnis	451.100,64	1.110.183,90	-659.083,26	1.246.683,48
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	23.780,05	9.727,35	14.052,70	214,20
Steuern von Einkommen und Ertrag	0,00	0,00		6.000,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	41.525,69	43.015,76	-1.490,07	43.869,97
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	433.355,00	1.076.895,49	-643.540,49	1.209.027,71
Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00
Steuern	2.924,65	3.542,00	-617,35	3.339,71
Erträge aus Verlustübernahme / Aufwendung aus Gewinnabführung abgeföhrter Gewinn aufgrund Gewinnabführungsvertrag	-130.430,35	-713.353,49	582.923,14	-845.688,00
	-300.000,00	-360.000,00	60.000,00	-360.000,00
Jahresergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00

Wichtige Kennzahlen

	Einheit	2024	2023	2022
AN-Durchschnitt	Anzahl	29	27	28
<i>davon Vollzeitkräfte</i>	<i>Anzahl</i>	-	-	25
<i>davon Teilzeitkräfte</i>	<i>Anzahl</i>	-	-	1
<i>davon Auszubildende</i>	<i>Anzahl</i>	-	-	2
Zuschüsse durch Stadt	€	0,00	0,00	0,00
Kapitalentnahmen	€	0,00	0,00	0,00
Höhe verbürgter Kredite	€	0,00	0,00	0,00
Gesamtbezüge GF	€	nach § 286 Abs. 4 HGB keine Angabe		
Gesamtbezüge AR	€	0,00	0,00	0,00

Apoldaer Stadtentwicklungsgesellschaft mbH (ASeG)

Adresse Markt 1, 99510 Apolda

Gründung 1993

Handelsregister HRB 106937, Amtsgericht Jena

Geschäftsleitung
Herr Ralf Bauer
Herr Stefan Zimmermann

Aufsichtsrat
Herr Uwe Täubner, Stadtrat (Vorsitzender)
Herr Axel Janke, Stadtrat (Stellvertreter) bis 16.06.2024
Herr Yves Schreiber, Stadtrat (Stellvertreter) ab 17.06.2024
Herr Steffen Clauder, Stadtrat
Herr Andreas Braun, Stadtrat bis 16.06.2024
Herr Simon Ehrenreich, Stadtrat bis 16.06.2024
Herr Marko Glaser, Stadtrat ab 17.06.2024
Herr Mario Teichmann, ab 17.06.2024

Gesellschafter Stadt Apolda (100 %)

Stammkapital 26.000 €

Beteiligungen keine

Wichtige Verträge
- Pachtvertrag Parkplatz „Alte Färberei“ mit der Stadt Apolda vom 06.12.2007
- Vereinbarung Überlassung Parkplätze „Alte Färberei“ mit der Stadt Apolda vom 06.12.2007
- Gesellschaftervertrag in der gültigen Fassung vom 02.12.2013
- Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Stadt Apolda (2014)

- Verschmelzung der LGS GmbH auf die ASeG lt. Gesellschafterversammlungsbeschluss vom 30.01.2018
(Verschmelzungstermin war der 01.01.2018)
- Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Apolda zu Durchführung des Apoldaer Musiksommer
- Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Apolda (24.06.2020)
01.01.2021 - unbefristete Laufzeit.
- Darlehensvertrag mit der Stadt Apolda vom 03.08.2021
Laufzeit 10 Jahre.

Unternehmenszweck

Zweck der Gesellschaft ist die Finanzierung und Erschließung von Gewerbe- und Wohnungsbaugebieten sowie der Bildung von Wohnungseigentum, der Bau und der Betrieb von Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge sowie Ausrichtung kultureller Veranstaltungen. Die Gesellschaft soll die Grundstücke von den jeweiligen Eigentümern erwerben oder in deren Auftrag handeln, überplanen, erschließen, gegebenenfalls bebauen bzw. modernisieren und weiterveräußern oder selbst betreiben.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die gegenwärtig wahrgenommenen Geschäftsfelder erfüllen einen öffentlichen Zweck.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2024

(Auszug aus dem Lagebericht)

Das Geschäftsjahr 2024 ist insgesamt zufriedenstellend verlaufen. Die Erlöse aus der Vermietung eines Parkhauses und Parkplatzes haben sich leicht erhöht. Der Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Apolda (ab 1.1.2021) besteht unverändert fort. Die Erlöse aus Eintrittsgeldern und Sponsoring decken die entstandenen Fremdkosten für den Apoldaer Musiksommer. Den Umsatzerlösen, sonstigen Erträgen und Zinserträgen von insgesamt 528,1 T€ stehen Aufwendungen von insgesamt 508,4 T€ gegenüber. Das Jahresergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 39,7 T€ erhöht und beträgt 19,7 T€ (Vorjahr: -20,0 T€). Anstatt des geplanten Jahresüberschusses für 2024 von 25,1 T€ wurde ein Jahresüberschuss von 19,7 T€ erzielt. Wesentlichen Einfluss auf die Erhöhung des Jahresergebnisses haben die gesunkenen Material- und Sachkosten. Die Aufwendungen für

den Apoldaer Musiksommer 2024 sind komplett durch die Erlöse aus Eintrittskarten und Sponsoring gedeckt. Die gegenüber der Planung niedrigeren Erlöse als auch Aufwendungen haben keine wesentlichen Auswirkungen auf das Jahresergebnis.

Vermögenslage

Die Vermögens- und Kapitalstruktur der Gesellschaft hat sich wie folgt entwickelt:

Vermögensstruktur (in T€)	31.12.2024	%	31.12.2023	%
Anlagevermögen	381,0	66,8	382,1	77,0
Umlaufvermögen	189,5	33,2	114,1	23,0
Gesamtvermögen/Bilanzsumme	570,5	100,0	496,2	100,0

Kapitalstruktur (in T€)	31.12.2024	%	31.12.2023	%
Eigenkapital	205,2	36,0	185,5	37,4
Langfristiges Fremdkapital	236,2	41,4	258,3	52,0
Kurzfristiges Fremdkapital	129,1	22,6	52,4	10,6
Gesamtkapital/Bilanzsumme	570,5	100,0	496,2	100,0

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 74,3 T€ erhöht. Die Verminderung des Anlagevermögens gegenüber dem Vorjahr resultiert aus den planmäßigen Abschreibungen des Geschäftsjahres. Beim Umlaufvermögen erhöhten sich insbesondere die sonstigen Vermögensgegenstände und Flüssigen Mittel. Dem steht ein Rückgang der Rechnungsabgrenzungsposten gegenüber. Das Eigenkapital hat sich aufgrund des Jahresüberschusses 2024 (19,7 T€) erhöht. Die Verminderung des langfristigen Fremdkapitals beruht auf den gesunkenen Pensionsrückstellungen sowie der planmäßigen Tilgung eines Darlehens von der Stadt Apolda (17,5 T€). Beim kurzfristigen Fremdkapital ist eine Erhöhung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie der sonstigen Verbindlichkeiten zu verzeichnen. Das bilanzielle Eigenkapital beträgt zum 31. Dezember 2024 36,0 % (Vorjahr: 37,4 %) der Bilanzsumme. Die langfristigen Investitionen sind mit Eigenkapital und langfristigen Fremdkapital finanziert. Darüber hinaus verbleibt eine Finanzreserve von rd. 60,4 T€.

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet.

Finanzlage

Die finanzielle Entwicklung der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

in T€	2024	2024	2023
Finanzmittelfonds 1.1.		39,3	143,5
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	150,8		-82,4
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	1,3		1,4
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-22,8		-23,2
Veränderung des Finanzmittelfonds		129,3	-104,2
Finanzmittelfonds zum 31.12.	168,6		39,3

Im Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist der Cashflow nach DVFA/SG von T€ 16,1 T€ (Vorjahr: -11,5 T€) enthalten. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr erhöht. Das ist insbesondere auf die Veränderungen der kurzfristigen Aktiva und Passiva zurückzuführen. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit zeigt die erhaltenen Zinserträge. Die Mittelabflüsse aus der Finanzierungstätigkeit zeigen die Zins- und Tilgungszahlungen des Geschäftsjahres. Die Gesellschaft konnte ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen. Zur Finanzierung wurde ein langfristiges Darlehen (175,0 T€) bei der Stadt Apolda aufgenommen.

Die Finanzlage der Gesellschaft ist insgesamt geordnet.

Ertragslage

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2024 einen Jahresüberschuss von 19,7 T€ erzielt. Er setzt sich wie folgt zusammen:

in T€	2024	2023	Veränderung
Vermietung Parkhaus/Parkplatz	24,6	-8,3	32,9
Geschäftsbesorgung/Dienstleistung	8,4	6,2	2,2
Musiksommer	-3,1	-7,7	4,6
Betriebsergebnis	29,9	-9,8	39,7
Sonstiger und Kapitalbereich/Steuern	-10,2	-10,2	0,0
Jahresüberschuss (Vj.: -fehlbetrag)	19,7	-20,0	39,7
Gewinnvortrag	131,0	151,0	-20,0
Einstellung in Gewinnrücklagen	-2,0	0,0	-2,0
Bilanzgewinn	148,7	131,0	17,7

Aus der Vermietung von Stellplätzen im Parkhaus sowie einem Parkplatz erwirtschaftet die Gesellschaft Umsatzerlöse/Erträge von 67,2 T€, denen Kosten von 42,6 T€ gegenüberstehen. Der Geschäftsbesorgungs-/Dienstleistungsbereich schließt mit einem Überschuss von 8,4 T€. Den Erlösen von insgesamt 12,5 T€ stehen Aufwendungen von 4,1 T€ gegenüber. Aus der Durchführung des „Apoldaer Musiksommers 2024“ konnten Erlöse aus Eintritten und Sponsoring von insgesamt 446,7 T€ generiert werden. Dem stehen Aufwendungen für Fremdleistungen von 389,8 T€ sowie Kosten für Werbung und anteilige Personal- und Verwaltungskosten von insgesamt 60,0 T€ gegenüber; es verbleibt ein Fehlbetrag von 3,1 T€. Das Ergebnis im Sonstigen und Kapitalbereich wird maßgeblich durch Zinsaufwendungen für Pensionsrückstellungen sowie Steuern vom Einkommen und Ertrag beeinflusst. Das Ergebnis entspricht den Erwartungen der Gesellschaft. Die Ertragslage der Gesellschaft kann als insgesamt zufriedenstellend beurteilt werden.

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2025

(Auszug aus dem Lagebericht)

Für das Geschäftsjahr 2025 werden aufgrund der Zusammenlegung des Apoldaer Musiksommers mit dem Park- und Heimatfest mit sinkenden Erlösen gerechnet. Insgesamt werden mit Umsatzerlösen von 365,4 T€ und sonstige Erträge von 1,0 T€ geplant, denen Aufwendungen von 352,4 T€ gegenüberstehen. Es wird mit einem Jahresüberschuss von 14,0 T€ gerechnet. Der geplante Jahresüberschuss trägt zur weiteren Verbesserung der Eigenkapitalsituation der Gesellschaft bei. Investitionen sind mit 1,0 T€ geplant. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit 2025 sinkt von 150,8 T€ (2024) auf 23,5 T€. Die Gesamtkapitalrentabilität wird mit 2,5 % (2024: 4,4 %) sowie die Eigenkapitalrentabilität mit 6,4 % (2024: 9,6 %) geplant. Es wird davon ausgegangen das die finanziellen Mittel ausreichen, um die Zahlungsverpflichtungen fristgerecht bedienen zu können.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

(Auszug aus dem Lagebericht)

Die Einnahmen aus der Vermietung von Stellplätzen (Parkhaus/Parkplatz) sind verhältnismäßig sicher und werden auch zukünftig als konstant eingeschätzt. Diesbezüglich werden keine Risiken gesehen. Die Finanzierung des Apoldaer Musiksommers/Park- und Heimatfest 2025 ist über Eintrittsgelder und Sponsoring gesichert. Darüber hinaus besteht eine Zusage des Hauptponsors einen gegebenenfalls entstehenden Verlust auszugleichen. Gegen einen Künstler des Musiksommers 2024 wurde aufgrund des Nichtantrittes Klage eingereicht. Im Speziellen geht es um die bereits geleistete Anzahlung im Jahr 2023 von 65,0 T€ (zzgl. Umsatzsteuer). Neben dem möglichen Verlustes der Anzahlung könnten die Rechtsanwaltskosten bei der Gesellschaft verbleiben. Im Geschäftsjahr 2021 wurde mit der Stadt Apolda ein Dienstleistungsvertrag abgeschlossen. Das vereinbarte Entgelt soll anfallende Kosten im Zusammenhang mit den von der ASeG übernommenen Aufgaben der Wirtschaftsförderung, Apoldaer Musiksommer und Infrastruktur für den ruhenden Verkehr decken. Die Liquidität der Gesellschaft ist durch einen im Geschäftsjahr 2021 abgeschlossenen Darlehensvertrag mit der Stadt Apolda über 175,0 T€ gesichert. Das Darlehen hat eine Laufzeit von 10 Jahren. Wesentliche Risiken, die Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten, werden derzeit nicht gesehen. Mit Abschluss des Dienstleistungsvertrages im Geschäftsjahr 2021 sowie planmäßigen Bewirtschaftung des Parkhauses kann sich die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

nachhaltig stabilisieren. Die Liquidität konnte durch den Abschluss eines langfristigen Darlehens gesichert werden.

Feststellungen des Abschlussprüfers

Die Prüfung durch die BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Erfurt, hat zu keinen Einwendungen geführt.

Am 02.06.2025 wurde durch die oben genannte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.

Bilanz

<u>Aktiva</u>	2024		2023		2022	
	€	%	€	%	€	%
Anlagevermögen						
Immaterielles Vermögen	381.051,59	66,8	382.049,89	77,0	394.506,77	71,9
Sachanlagen	0,00		0,00		0,00	
Finanzanlagen	381.051,59		382.049,89		394.506,77	
0,00			0,00		0,00	
Umlaufvermögen						
Vorräte	185.900,95	32,6	49.193,73	9,9	153.920,83	28,1
Forderungen u.sonstiges Vermögen	0,00		0,00		0,00	
Liquide Mittel	17.275,33		9.868,10		10.409,28	
168.625,62			39.325,63		143.511,55	
Aktiver RAP						
	3.593,52	0,6	65.000,00	13,1	0,00	0,0
Bilanzsumme						
	570.546,06	100	496.243,62	100	548.427,60	100

<u>Passiva</u>	2024		2023		2022	
	€	%	€	%	€	%
Eigenkapital						
Gezeichnetes Kapital	205.126,33	36,0	185.435,76	37,4	205.470,64	37,5
Rücklagen	26.000,00		26.000,00		26.000,00	
Vortrag Gewinn/Verlust	30.445,01		28.475,95		28.475,95	
	148.681,32		130.959,81		150.994,69	
Jahresergebnis						
	0,00		0,00		0,00	
Sonderposten						
	0,00		0,00		0,00	
Rückstellungen						
	162.143,00	28,4	165.126,00	33,3	173.267,47	31,6
Verbindlichkeiten						
	203.276,73	35,6	145.681,86	29,4	169.689,49	30,9
Passiver RAP						
	0,00	0,0	0,00	0,0	0,00	0,0
Bilanzsumme						
	570.546,06	100	496.243,62	100	548.427,60	100

Gewinn- und Verlustrechnung

	2024	2023	Verän- derung	2022
	€	€	€	€
Umsatz	526.433,34	566.996,45	-40.563,11	894.390,51
Bestandveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Erträge	336,25	121,35	214,90	3.415,13
Gesamtleistung	526.769,59	567.117,80	-40.348,21	897.805,64
Materialaufwand	404.717,47	465.653,71	-60.936,24	748.054,24
Personalaufwand	8.189,73	8.171,27	18,46	8.119,73
Abschreibung	998,30	12.456,88	-11.458,58	13.493,62
Sonstige betriebliche Aufwendungen	85.583,72	92.997,49	-7.413,77	75.116,88
Finanzergebnis	27.280,37	-12.161,55	39.441,92	53.021,17
Sonstige Zinsen u.ähnliche Erträge	1.283,41	1.380,12	-96,71	33,13
Sonstige Zinsen u.ähnliche Aufwendungen	5.319,63	5.662,52	-342,89	7.693,94
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00	-563,90	563,90	6.143,22
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	23.244,15	-15.880,05	39.124,20	39.217,14
Steuern	3.553,58	4.154,83	-601,25	5.245,58
Erträge aus Verlustübernahme	0,00	0,00	0,00	0,00
Jahresergebnis	19.690,57	-20.034,88	39.725,45	33.971,56

Wichtige Kennzahlen

	Einheit	2024	2023	2022
AN-Durchschnitt	Anzahl	1	1	1
<i>davon Vollzeitkräfte</i>	<i>Anzahl</i>	0	0	0
<i>davon Teilzeitkräfte</i>	<i>Anzahl</i>	1	1	1
<i>davon Auszubildende</i>	<i>Anzahl</i>	0	0	0
Zuschüsse durch Stadt	€	0,00	0,00	0,00
Kapitalentnahmen	€	0,00	0,00	0,00
Höhe verbürgter Kredite	€	0,00	0,00	0,00
Gesamtbezüge GF	€	nach § 286 Abs. 4 HGB keine Angabe		
Gesamtbezüge AR	€	1.525,00	1.150,00	1.150,00

Apoldaer Wasser GmbH

Adresse	Königstraße 10 – 14, 99510 Apolda
Gründung	1992
Handelsregister	HRB 106623, Amtsgericht Jena
Geschäftsleitung	Herr Jens Baumbach
Aufsichtsrat	Herr Rüdiger Eisenbrand (Vorsitzender), Bürgermeister Apolda bis 08/2024 Herr Olaf Müller (Vorsitzender), Bürgermeister Apolda ab 08/2024 Herr Dirk Schütze (Stellvertreter), Bürgermeister Bad Sulza Herr Dieter Feldrappe, Bürgermeister Obertrebra Frau Katrin Wörpel, Bürgermeisterin Ilmtal-Weinstraße Frau Gudrun Kittel, Stadträtin bis 08/2024 Herr Bernd Radestock, Stadtrat bis 08/2024 Frau Marlis Vogel, Bürgermeisterin Eckartsberga Jürgen Elstermann, Bürgermeister Kapellendorf bis 08/2024 Herr Yves Schreiber, Stadtrat Apolda, ab 08/2024 Herr Karsten Müller, Stadtrat Apolda, ab 08/2024
Gesellschafter	Stadt Apolda (52,83 %) 12 weitere Kommunen bzw. 12 Anteile (47,17 %)
Stammkapital	47.700 €
Beteiligungen	keine
Wichtige Verträge	- Betriebsführungsvertrag mit dem Abwasserzweckverband Apolda - Rahmenvertrag mit dem Thüringer Landesamt für Straßenbau, Erfurt - Rahmenvertrag mit dem Landesamt für Straßenbau Sachsen-Anhalt, Halle - Rahmenvertrag zwischen dem Burgenlandkreis und der

Trinkwasserversorgung Saale-Unstrut GmbH
- Wasserbezugsvertrag mit dem
Wasserversorgungszweckverband Weimar
- Wasserbezugsvertrag mit dem JenaWasser Zweckverband
- Wasserliefervertrag mit der Trinkwasserversorgung Saale-
Unstrut GmbH
- Dienstleistungsvertrag mit dem
Gewässerunterhaltungsverband Untere Ilm

Unternehmenszweck

Die Apoldaer Wasser GmbH ist als kommunales Unternehmen, vorrangig als Dienstleister im Bereich der öffentlichen Trinkwasserversorgung der Bürger und Kommunen, von Unternehmen der Industrie, Landwirtschaft und sonstigen Abnehmern tätig. Ein wesentliches Unternehmensprinzip ist dabei der schonende Umgang mit den natürlichen Ressourcen sowie die ständige Erhöhung der Energieeffizienz zur Reduktion der energiebedingten Umweltbelastungen. Als Betriebsführerin des Abwasserzweckverbandes Apolda können bestehende Synergien im Interesse aller Beteiligten effizient genutzt werden. Die Errichtung und der Betrieb hierzu geeigneter Anlagen sind für die Apoldaer Wasser GmbH als modernes Dienstleistungsunternehmen bereits seit Jahren ein wichtiges Anliegen und die Entwicklung zukunftsfähiger Technologien als Ziel festgeschrieben.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Wasserversorgung ist eine Aufgabe kommunaler Daseinsvorsorge und gehört nach § 2 Abs. 2 ThürKO (bzw. § 2 GOLSA) und gemäß dem Artikel 28 GG zum eigenen Wirkungskreis der Städte und Gemeinden. Eben diese haben sich für die Gründung der Apoldaer Wasser GmbH entschieden.

Das 100-prozentige Eigentum an der Gesellschaft sichert den Städten und Gemeinden das Gestaltungsrecht in Bezug auf die weitere Unternehmensentwicklung sowie die Berücksichtigung von verbraucher- und umweltschützenden Maßnahmen.

Trotz der zunehmenden Privatisierung und Marktöffnung im Bereich der Trinkwasserversorgung sowie des wachsenden Wettbewerbs- und Kostendrucks wurden durch das Unternehmen die geforderten Versorgungsstandards auf hohem Niveau eingehalten und eine Preisstabilität gewährleistet. Branchenspezifische Leistungsvergleiche

sowie Auswertungen der Berufsverbände bzw. Statistikämter werden weitgehend zur Optimierung der Arbeitsprozesse für das Unternehmen genutzt.

Zusätzlich erfolgt die kontinuierliche Teilnahme an den Preisvergleichen des Bundes der Steuerzahler und der Benchmarkprojekte des Freistaates Thüringen.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2024

(Auszug aus dem Lagebericht)

Am 13.11.2023 wurde in der Gesellschafterversammlung der Apoldaer Wasser GmbH der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2024 beschlossen. Mit der Erhöhung der CO2-Steuer von 30 €/t im Jahr 2023 auf 45 €/t im Jahr 2024 (+50 %) waren Kostensteigerungen allgegenwärtig und sind auch weiterhin zu erwarten. Im Wirtschaftsjahr wurden im Vergleich zum Vorjahr 12 Tm³ Wasser mehr verkauft. Verbrauchsspitzen an bspw. sehr heißen Tagen stellten auch im Jahr 2024 eine technische Herausforderung an die Anlagen dar. Obwohl in den oberflächennahen Quellgebieten zeitweise ein Rückgang auf fast die Hälfte des Spitzendargebotes zu verzeichnen war, konnte der Wasserbedarf volumnfänglich abgesichert werden. Es waren keine Quantitäts- und Qualitätsminderungen im Geschäftsgebiet zu verzeichnen. Der durchschnittliche Wasserverbrauch lag 2024 bei insgesamt 134 l/EW/d, einschließlich Gewerbe, Landwirtschaft und Industrie. In den Prognosen zur demografischen Entwicklung bis 2040 wird der bisherige Negativtrend bezüglich der Einwohnerentwicklung bestätigt, wodurch der Anlagenbetrieb weiter anzupassen ist. Investitionen und Rekonstruktionen in Orten mit hohen Einwohnerrückgängen machen daher besondere Abwägungen nötig. Bei Abnahme geringer Wassermengen ist zur Sicherung der Qualität oft eine Verringerung von Anlagen und Rohrquerschnitten erforderlich. Das Geschäftsjahr 2024 war neben weiterhin hohen Energiekosten auch von stetigen Preissteigerungen in fast allen Bereichen geprägt. Hinzu kamen Lieferengpässe insbesondere bei Chemikalien und Elektroanlagen. Der letzte Straßenzug mit noch vereinzelt vorhandenen Bleihausanschlüssen wurde erneuert. Beim Trinkwasserpreis wurde aufgrund allgegenwärtiger Preissteigerungen der Grund- bzw. Verrechnungspreis im Jahr 2024 geringfügig angepasst. Die im Wirtschaftsjahr zur Sicherung von Anlageninvestitionen geplante Eigenkapitalverzinsung konnte nicht volumnfänglich erreicht werden. Im Dienstleistungsbereich konnten weitere Aufgaben der Gewässerunterhaltung und die Integration neuer Mitgliedsgemeinden in den Abwasserzweckverband erbracht werden. Im Geschäftsjahr 2024 wurden drei Gesellschafterversammlungen und vier Aufsichtsratssitzungen durchgeführt. Es

wurden 2.633 m Trinkwasserleitungen und 137 Hausanschlüsse gebaut. Der Investitionsplan wurde kontinuierlich an geplante Straßenbauvorhaben und Investitionen anderer Versorgungsträger bzw. an kommunale Fördervorhaben angepasst. Die Apoldaer Wasser GmbH hat durch Erweiterungen und umfangreiche Rekonstruktionen 992 T€ in das Sachanlagevermögen investiert. Schwerpunkte der Investitionstätigkeit waren u.a. die Rekonstruktion der Trinkwasserleitung in Apolda, Untere Stobraer Straße (119 T€), die Rekonstruktion der Versorgungsleitungen in Niederreißen, Oberdorfstraße (47 T€), in Schöten (32 T€) sowie in Apolda, Straße des Friedens (31 T€). Zum 31.12.2024 betrug der Bestand der Anlagen im Bau 80 T€. Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit wurde der „Tag der Umwelt“ verbunden mit einem Kindersportfest ausgerichtet. Ebenfalls fanden der Staffellauf der Grundschulen und der 20. Apoldaer Stadtlauf in Kooperation mit dem Apoldaer Leichtathletikverein statt. Wesentlicher Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit sind auch die mehrmals im Jahr stattfindenden Führungen durch das Wasserwerk Wischroda und die Kläranlage Apolda, an denen ebenfalls 418 Schüler und Auszubildende nebst Lehrern aus der Region im Jahr 2024 teilnahmen.

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2025

(Auszug aus dem Lagebericht)

Für die Zukunft wird mit einem rückläufigen Wasserverbrauch gerechnet. Mit dem Rückbau von Leerständen und mit Umsatzrückgängen ist kontinuierlich ein höherer Aufwand zur Qualitätssicherung der Anlagen erforderlich. In mehreren Orten mussten zur Qualitätssicherung bereits teure Impulsspülverfahren veranlasst werden (ca. 5 T€/Ort). Diese Belastung wird sich weiter erhöhen. Des Weiteren ist es notwendig, die Energieanlagen im Bereich der Finne in den nächsten Jahren aufwendig zu erneuern. Mit nur 24 zusätzlichen neuen Trinkwasserhausanschlüssen wurde 2024 der niedrigste Stand verzeichnet (2023-36 Stück, 2022-76 Stück, 1995-234 Stück). Die wirtschaftlichen Zwänge werden hier deutlich. Die Zurückhaltung bei Neubauvorhaben ist in der allgemein angespannten Situation und den stark gestiegenen Baupreisen begründet. Der Umbau der Infrastruktur muss weiter fortgesetzt werden, was gleichzeitig zur Außerbetriebnahme bzw. Reduzierung von Trinkwasseranlagen, aber auch zu Mehraufwand führen wird. Schwierig stellt sich die technische Dimensionierung von Anlagen für die extremen Spitzenverbrauchsschwankungen dar. Bezogen auf die Personalentwicklung sind unsere Mitarbeiter auch in Zukunft die Voraussetzung für die Bewältigung des Unternehmensalltags. Ständige Weiterbildungen und Qualifizierungsmaßnahmen sind eine

wichtige Grundlage dafür. Auch die Ausbildung hat einen hohen Stellenwert. So sind im Jahr 2024 durchschnittlich 2 Auszubildende im Unternehmen tätig. Im Abwasserbereich ist durchschnittlich 1 Auszubildender tätig. Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit im nächsten Jahr ist die Fortführung der Erneuerung der Steuerungsanlagen und die Anpassung der IT-Sicherheit sowie die Anpassungen der Infrastruktur an die sich reduzierenden bzw. schwankenden Umsätze. Mit kommunalen Straßenbauvorhaben und Investitionen anderer Versorgungsträger sollen Baumaßnahmen auch weiterhin gemeinsam durchgeführt werden, um eine wirtschaftliche und komplexe Sanierung bzw. Vorhaltung der Anlagen zu erreichen. Ziel ist die Gewährleistung einer gesicherten Wasserversorgung bei weitmöglichst wirtschaftlichen Preisen sowie die Absicherung notwendiger Investitionen. Der demografische Wandel und die geopolitischen Umstände werden auch weiterhin die künftigen Wirtschaftsjahre beeinflussen. Prognosen unterliegen derzeit einer erhöhten Unsicherheit und Volatilität. Die derzeitigen globalen wirtschaftlichen Probleme und Risiken sind aufgrund der massiven Auswirkungen auf fast alle Bereiche kaum kalkulierbar, mannigfaltiger und verursachen erheblichen Mehraufwand. Hinzu kommen Material- und Dienstleistungsknappheit, Zinsänderungsrisiken, eine anhaltende Rezession und Unsicherheiten bzw. neue Risiken im IT-Bereich. Infolgedessen müssen Abläufe im Unternehmen dahingehend angepasst werden. Lieferengpässe bei Anlagenteilen und notwendigen Betriebsstoffen, auch in Folge des derzeitigen Weltgeschehens, werden somit weiterhin ein großes Problem darstellen. Die Gesellschaft geht von reduzierten Umsätzen und überdurchschnittlichen Kostensteigerungen aus. Im Jahr 2025 musste daher erneut eine geringfügige Preisanpassung veranlasst werden. Zur dauerhaften Finanzierung von Investitionen werden bei den massiv gestiegenen Anschaffungskosten zusätzliche Finanzierungen erforderlich. Die Gesellschaft avisiert für das kommende Jahr gemäß Wirtschaftsplanung ein Jahresergebnis von 400 T€.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

(Auszug aus dem Lagebericht)

Neben den unternehmensrelevanten Risiken findet auch eine kontinuierliche Analyse möglicher Geschäftsfeldentwicklungen statt. Die Apoldaer Wasser GmbH arbeitet als Dienstleister insbesondere im Abwasser- und Gewässerunterhaltungsbereich sowie für Kommunen und Dritte. Die Aufgaben der Wasserwirtschaftsbetriebe werden sich aufgrund von steigenden Verwaltungs- und Umweltanforderungen zukünftig weiter erhöhen. Das Geschäftsumfeld konnte 2024 erneut erweitert werden. Die geforderten Qualitätsansprüche

wird die Apoldaer Wasser GmbH auch zukünftig durch interne Ablauf- und Qualitätskontrollen durchsetzen. Dabei ist die gleichbleibende gute Wasserqualität von entscheidender Bedeutung, um die hohen gesundheitsbezogenen Anforderungen an die Qualität des Trinkwassers sicher und dauerhaft zu gewährleisten. Hierzu wurden im Jahr 2024 umfangreiche behördliche Berichtspflichten eingeführt. Dem Wettbewerb am Markt wird weiterhin mit Engagement, einem hohen Maß an Qualität und mit Nachhaltigkeit sowie durch strategische Weiterentwicklung weitmöglichst begegnet. Der größtenteils unkoordinierte und teilweise diffuse Ausbau von Glasfasernetzen, wobei teilweise wichtige Leitungstrassen rücksichtslos überbaut und vereinzelt beschädigt werden, wird zukünftig die Unterhaltung der Leitungsnetze erschweren bzw. sogar gefährden. Erkennbare wirtschaftliche und rechtliche Risiken außerhalb der derzeitigen allgegenwärtigen Wirtschafts- und geopolitischen Umstände, die den Bestand der Gesellschaft gefährden können, bestehen jedoch nicht bzw. betreffen diese nicht in ihrer gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Dennoch ist die geschäftsfeldübergreifende IT-Sicherheit von zunehmender Bedeutung. Des Weiteren werden zusätzliche Maßnahmen zum Schutz gegen physische Angriffe auf kritische Infrastrukturen erforderlich. Aufgrund der stabilen Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation des Unternehmens sind Liquiditätsrisiken derzeit nicht erkennbar. Die Liquiditätslage ist stabil. Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Forderungsausfälle sind die Ausnahme, könnten sich aber aufgrund der angespannten Wirtschaftslage erhöhen, insbesondere im gewerblichen Bereich. Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt. Für die Zukunft wird mit einem rückläufigen Wasserverbrauch gerechnet. Mit dem Rückbau von Leerständen und mit Umsatzrückgängen ist kontinuierlich ein höherer Aufwand zur Qualitätssicherung der Anlagen erforderlich. In mehreren Orten mussten zur Qualitätssicherung bereits teure Impulsspülverfahren veranlasst werden (ca. TEUR 5/Ort). Diese Belastung wird sich weiter erhöhen. Des Weiteren ist es notwendig, die Energieanlagen im Bereich der Finne in den nächsten Jahren aufwendig zu erneuern. Mit nur 24 zusätzlichen neuen Trinkwasserhausanschlüssen wurde 2024 der niedrigste Stand verzeichnet (2023-36 Stück, 2022-76 Stück, 1995-234 Stück). Die wirtschaftlichen Zwänge werden hier deutlich. Die Zurückhaltung bei Neubauvorhaben ist in der allgemein angespannten Situation und den stark gestiegenen Baupreisen begründet. Der Umbau der Infrastruktur muss weiter fortgesetzt werden, was gleichzeitig zur Außenbetriebnahme bzw. Reduzierung von Trinkwasseranlagen, aber auch zu Mehraufwand führen wird. Schwierig stellt sich die technische Dimensionierung von Anlagen für die extremen

Spitzenverbrauchsschwankungen dar. Bezogen auf die Personalentwicklung sind unsere Mitarbeiter auch in Zukunft die Voraussetzung für die Bewältigung des Unternehmensalltags. Ständige Weiterbildungen und Qualifizierungsmaßnahmen sind eine wichtige Grundlage dafür. Auch die Ausbildung hat einen hohen Stellenwert. So sind im Jahr 2024 durchschnittlich 2 Auszubildende im Unternehmen tätig. Im Abwasserbereich ist durchschnittlich 1 Auszubildender tätig. Mit einer ausgewogenen Personalarbeit soll die Zunahme von Personalaufwendungen optimiert werden. Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit im nächsten Jahr ist die Fortführung der Erneuerung der Steuerungsanlagen und die Anpassung der IT-Sicherheit sowie die Anpassungen der Infrastruktur an die sich reduzierenden bzw. schwankenden Umsätze. Mit kommunalen Straßenbauvorhaben und Investitionen anderer Versorgungsträger sollen Baumaßnahmen auch weiterhin gemeinsam durchgeführt werden, um eine wirtschaftliche und komplexe Sanierung bzw. Vorhaltung der Anlagen zu erreichen. Ziel ist die Gewährleistung einer gesicherten Wasserversorgung bei weitmöglichst wirtschaftlichen Preisen sowie die Absicherung notwendiger Investitionen. Der demografische Wandel und die geopolitischen Umstände werden auch weiterhin die künftigen Wirtschaftsjahre beeinflussen. Prognosen unterliegen derzeit einer erhöhten Unsicherheit und Volatilität. Die derzeitigen globalen wirtschaftlichen Probleme und Risiken sind aufgrund der massiven Auswirkungen auf fast alle Bereiche kaum kalkulierbar, mannigfaltiger und verursachen erheblichen Mehraufwand. Hinzu kommen Material- und Dienstleistungsknappheit, Zinsänderungsrisiken, eine anhaltende Rezession und Unsicherheiten bzw. neue Risiken im IT-Bereich. Infolgedessen müssen Abläufe im Unternehmen dahingehend angepasst werden. Lieferengpässe bei Anlagenteilen und notwendigen Betriebsstoffen, auch in Folge des derzeitigen Weltgeschehens, werden somit weiterhin ein großes Problem darstellen. Die Gesellschaft geht von reduzierten Umsätzen und überdurchschnittlichen Kostensteigerungen aus. Im Jahr 2025 musste daher erneut eine geringfügige Preisanpassung veranlasst werden. Zur dauerhaften Finanzierung von Investitionen werden bei den massiv gestiegenen Anschaffungskosten zusätzliche Finanzierungen erforderlich. Die Gesellschaft avisert für das kommende Jahr gemäß Wirtschaftsplanung ein Jahresergebnis von 400 T€.

Feststellungen des Abschlussprüfers

Die Prüfung durch die Schneider & Zien GmbH & Co. KG, Erfurt, hat zu keinen Einwendungen geführt. Am 28.07.2025 wurde durch die oben genannte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.

Bilanz

<u>Aktiva</u>	2024		2023		2022	
	€	%	€	%	€	%
Anlagevermögen	26.097.165,42	81	26.877.619,44	82	27.136.136,97	82
Immaterielles Vermögen	153.486,88		139.518,40		119.406,59	
Sachanlagen	25.943.678,54		26.738.101,04		27.016.730,38	
Umlaufvermögen	6.040.582,53	19	5.875.796,69	18	6.043.377,18	18
Vorräte	249.907,40		244.155,22		246.777,68	
Forderungen u.sonstiges Vermögen	1.005.885,43		994.032,02		1.278.618,32	
Liquide Mittel	4.784.789,70		4.637.609,45		4.517.981,18	
Aktiver RAP	115.546,07	0	107.106,22	0	76.692,24	0
Bilanzsumme	32.253.294,02	100	32.860.522,35	100	33.256.206,39	100

<u>Passiva</u>	2024		2023		2022	
	€	%	€	%	€	%
Eigenkapital	17.118.089,25	53	17.046.693,46	52	16.933.119,98	51
Gezeichnetes Kapital	47.700,00		47.700,00		47.700,00	
Rücklagen	17.007.820,02		17.007.820,02		17.007.820,02	
Verlustvortrag	-8.826,56		-122.400,04		0,00	
Jahresüberschuss	71.395,79		113.573,48		-122.400,04	
Empfangene Ertragszuschüsse	679.508,85		719.746,14		741.997,88	
Sonderposten	2.668.279,83	8	2.656.356,56	8	2.618.667,98	8
Rückstellungen	37.179,00	0	30.639,00	0	26.238,00	0
Verbindlichkeiten	11.750.237,09	36	12.407.087,19	38	12.936.182,55	39
Passiver RAP	0,00	0	0,00	0	0,00	0
Bilanzsumme	32.253.294,02	100	32.860.522,35	100	33.256.206,39	100

Gewinn- und Verlustrechnung

	2024	2023	Verän- derung	2022
	€	€	€	€
Umsatzerlöse	7.466.211,71	7.555.366,78	-89.155,07	6.113.889,08
andere aktivierte Eigenleistungen	90.186,76	89.808,49	378,27	119.578,43
Sonstige betriebliche Erträge	212.144,93	186.975,75	25.169,18	172.724,17
Gesamtleistung	7.768.543,40	7.832.151,02	-63.607,62	6.406.191,68
Materialaufwand	1.934.172,94	2.245.416,97	-311.244,03	1.759.395,61
Personalaufwand	3.101.055,63	2.838.030,96	263.024,67	2.176.482,27
Abschreibung	1.821.056,63	1.840.441,21	-19.384,58	1.850.695,72
sonstige betriebliche Aufwendungen	676.110,24	584.741,86	91.368,38	532.585,32
Betriebsergebnis	236.147,96	323.520,02	-87.372,06	87.032,76
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	64.105,65	34.746,97	29.358,68	1.212,50
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	211.763,28	225.692,00	-13.928,72	200.270,27
Steuern von Einkommen/Ertrag	6.795,91	8.766,88		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	81.694,42	132.574,99	-50.880,57	-112.025,01
Steuern	10.298,63	10.234,63	64,00	10.375,03
Jahresüberschuss	71.395,79	122.340,36	-50.944,57	-122.400,04

Wichtige Kennzahlen

	Einheit	2024	2023	2022
AN-Durchschnitt	Anzahl	46	43	41
<i>davon Vollzeitkräfte</i>	<i>Anzahl</i>	<i>k.A.</i>	<i>k.A.</i>	<i>k.A.</i>
<i>davon Teilzeitkräfte</i>	<i>Anzahl</i>	<i>k.A.</i>	<i>k.A.</i>	<i>k.A.</i>
<i>davon Auszubildende</i>	<i>Anzahl</i>	2	3	4
Zuschüsse durch Stadt	€	0,00	0,00	0,00
Kapitalentnahmen	€	0,00	0,00	0,00
Höhe verbürgter Kredite	€	0,00	0,00	0,00
Gesamtbezüge GF	€	nach § 286 Abs. 4 HGB keine Angabe		
Gesamtbezüge AR	€	6.000,00	4.000,00	4.800,00

Hotel am Schloß Apolda GmbH

Adresse	Jenaer Straße 2, 99510 Apolda
Gründung	2013 (umfirmiert aus der Hotel am Schloß Verwaltungsgesellschaft mbH)
Handelsregister	HRB 110834, Amtsgericht Jena
Geschäftsleitung	Herr Mark A. Kühnelt
Aufsichtsrat	Herr Jochen Kürbs, Stadtrat (Vorsitzender) Herr Carsten Schütz, Geschäftsführer (Stellvertreter) Frau Annegret Thrun, Stadträtin bis 16.06.2024 Frau Martina Natschke, Stadträtin bis 16.06.2024 Herr Guido von Pöllnitz, Stadtrat bis 16.06.2024 Herr Ralf Stadermann, Stadtrat bis 16.06.2024 Herr Hubert Schauer, Stadtrat bis 16.06.2024 Herr Dr. Sebastian Krause, Stadtrat ab 17.06.2024 Frau Manuela Stümpfl, Stadträtin ab 17.06.2024 Frau Annette Cornelius, Stadträtin ab 17.06.2024 Frau Aneta Toskoska, Stadträtin ab 17.06.2024
Gesellschafter	WGA Service GmbH (50 %) Stadt Apolda (47 %) Vereinsbrauerei Apolda GmbH (3 %)
Stammkapital	25.000 €
Beteiligungen	Anteil i. H. v. 7.307 € an der GbR am Brauhof Anteile i. H. v. 500 € an der HGK Einkaufsgenossenschaft
Wichtige Verträge	- Pachtvertrag mit der Stadt Apolda vom 21.04.2010

- 1. Änderungsvertrag zum Pachtvertrag vom 05.06.2013
- Darlehensvertrag mit der Wohnungsgesellschaft Apolda mbH
- Geschäftsbesorgung iD Immobiliendienstleistungs GmbH
- Leasingvertrag KFZ
- Kooperationsvereinbarung mit CPH Hotelmarketing GmbH

Unternehmenszweck

Der Firmenname lautet Hotel am Schloß Apolda GmbH, der Betrieb des Hotel am Schloß ist als Zweck der Gesellschaft definiert.

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß der Satzung der Betrieb des Hotel am Schloß in Apolda sowie alle damit unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Geschäfte.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2024

(Auszug aus dem Lagebericht)

„Gemäß dem Thüringer Landesamt für Statistik wurden im Jahr 2024 insgesamt 3,9 Mio. (2023: 3,8 Mio.) Gästeankünfte gezählt; d.s. 1,8 % mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Übernachtungen stieg um 8,8 % auf 10,1 Mio. (2023: 9,9 Mio.). Die Verweildauer pro Guest lag mit durchschnittlich 2,6 Tagen auf dem Vorjahresniveau.“

Quelle: <https://statistik.thueringen.de>

„Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes stieg die Zahl der Gästeübernachtungen in Deutschland im Jahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr um 1,9 % auf 496,1 Millionen. Davon entfielen 410,8 Millionen Übernachtungen auf Gäste aus dem Inland (+ 1,1 %) und 85,3 Millionen auf ausländische Gäste (+ 5,4 %).“

Quelle: <https://statistik.thueringen.de>

„Die von ausländischen Gästen in Thüringen im Jahr 2024 gebuchten Übernachtungen sanken um 0,7 %. Die Ankünfte von ausländischen Gästen lagen mit einem Plus von 0,1 % auf dem gleichen Niveau wie im Jahr 2023. Aus dem Ausland kamen im Jahr 2024 rd. 232 Tausend Besuchende. Das waren 6% aller Gäste. Allerdings verweilen die ausländischen Gäste etwas kürzer als inländische

Besuchende in Thüringen, sodass mit insgesamt 549 Tausend Übernachtungen nur rund 5,4 % der Übernachtungen von ihnen gebucht wurden. Den größten Beitrag zur positiven Entwicklung bei den gebuchten Übernachtungen im Thüringer Tourismus lieferten im Jahr 2024 die Reisegebiete Erfurt (+ 9,0 %) und Weimar (+ 8,7 %). Leichte Verluste waren hingegen in den Reisegebieten Altenburger Land, Weimarer Land und im Saaleland zu verzeichnen.“

Quelle: <https://statistik.thueringen.de>

„In Deutschland setzte das Gastgewerbe im Jahr 2024 real (preisbereinigt) 2,6 % weniger um als im Jahr 2023. Der Gastgewerbeumsatz stieg nominal (nicht preisbereinigt) um 0,6 %.“

Quelle: <https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/065> vom 20. Februar 2025

Die Anzahl der Übernachtungen in Thüringen und ausgewählten Städten in Thüringen stellt sich im Jahresvergleich wie folgt dar:

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Thüringen	9.351.590	9.214.165	9.659.665	6.115.108	6.128.998	8.307.522	9.890.594	10.068.249
Erfurt	909.548	879.168	917.286	479.780	632.896	817.038	992.481	1.081.333
Weimar	740.255	743.331	886.478	421.130	419.882	652.040	734.765	798.748
Weimarer Land	561.792	551.760	531.153	360.667	378.253	456.353	547.744	540.813
Jena	337.004	334.627	370.495	195.962	227.133	330.635	385.113	383.757
Hotel am Schloß	30.387	29.035	27.468	15.826	19.719	20.561	17.419	19.909

Quelle: <https://statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=ge>

Das Hotel am Schloß ist in Apolda das einzige Hotel der 4-Sterne Kategorie und hat 100 Zimmer sowie 10 Appartements. Aktuell gibt es in Apolda 3 weitere Hotels, das Hotel 2 Länder mit 35 Zimmern, das Hotel Weimarer Berg mit 65 Zimmern im 3-Sterne-Bereich sowie das nicht klassifizierte Hotel Taverne mit 8 Zimmern. Im städtischen Übernachtungsverzeichnis werden noch verschiedene Zimmer in Pensionen angeboten. Zudem gibt es noch eine Vielzahl kleinerer Anbieter, die nicht im Gastgeberverzeichnis eingetragen sind.

Geschäftsentwicklung

Das Geschäftsjahr 2024 ist nicht zufriedenstellend verlaufen. Die Umsatzerlöse haben sich im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöht und belaufen sich auf rd. 2.505,0 T€ (2023: 2.367,9 T€). Gegenüber der Planung 2024 bedeutet dies eine Minderung um 204,8 T€ (Plan 2024: 2.709,8 T€). Der Zimmerpreis je verkauftem Zimmer sank auf 82,11 € (Vorjahr: 85,00 €). Die Zimmerauslastung ist dagegen auf rd. 38,0 % (Vorjahr: rd. 34,0 %) gestiegen. Die gestiegene Auslastung führte zu einer Verbesserung des RevPAR von 28,91 € auf 31,27 € Logisumsatz pro zur Verfügung stehendem Zimmer. Die gestiegene Auslastung führte trotz gesunkenen Zimmerpreise zu einer Erhöhung der Logisumsätze um rd. 102,8 T€ auf rd. 1.257,8 T€. (Vorjahr: 1.155,0 T€). Im Gastronomiebereich ist der Umsatz gegenüber dem Vorjahr gestiegen und beträgt 1.026,5 T€ (Vorjahr: 997,3 T€). Das Jahresergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 5,8 T€ erhöht und beträgt -100,4 T€ (Vorjahr: -106,2 T€). Das gegenüber der Planung (65,1 T€) geringere Jahresergebnis 2024 ist insbesondere auf die gestiegenen Personal- und Sachkosten sowie die Nichterreichung des Umsatzzieles zurückzuführen.

Vermögenslage

Die Vermögens- und Kapitalstruktur der Gesellschaft hat sich wie folgt entwickelt:

Vermögensstruktur (in T€)	31.12.2024	%	31.12.2023	%
Anlagevermögen	151,6	29,5	194,7	32,3
Umlaufvermögen	362,5	70,5	407,5	67,7
Gesamtvermögen/Bilanzsumme	514,1	100,0	602,2	100,0

Kapitalstruktur (in T€)	31.12.2024	%	31.12.2023	%
Eigenkapital	210,5	41,0	310,9	51,6
Kurzfristiges Fremdkapital	303,6	59,0	291,3	48,4
Gesamtkapital/Bilanzsumme	514,1	100,0	602,2	100,0

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 88,1 T€ vermindert. Die Verminderung des Anlagevermögens gegenüber dem Vorjahr resultiert aus den Abschreibungen des Geschäftsjahres. Die Zugänge (14,3 T€) des Geschäftsjahres werden

dadurch mehr als kompensiert. Beim Umlaufvermögen verminderten sich insbesondere die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie die Flüssigen Mittel. Der Anstieg der Rechnungsabgrenzungsposten und Vorräte wird nicht sichtbar. Das Eigenkapital hat sich aufgrund des Jahresfehlbetrages 2024 (100,4 T€) vermindert. Beim kurzfristigen Fremdkapital ist eine Erhöhung der Sonstigen Rückstellungen, Erhaltenen Anzahlungen und Sonstigen Verbindlichkeiten zu verzeichnen. Das bilanzielle Eigenkapital beträgt zum 31.12.2024 41,0 % (Vorjahr: 51,6 %) der Bilanzsumme. Die langfristigen Investitionen sind mit Eigenkapital finanziert. Darüber hinaus verbleibt eine Finanzreserve von 58,9 T€. Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet.

Finanzlage

Die finanzielle Entwicklung der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

in T€	2024	2024	2023
Finanzmittelfonds 1.1.		266,7	268,4
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-40,1		31,0
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-14,3		-31,9
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-0,2		-0,8
Veränderung des Finanzmittelfonds		-54,6	-1,7
Finanzmittelfonds zum 31.12.	212,1		266,7

Im Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist der Cashflow nach DVFA/SG von -40,5 T€ (Vorjahr:-61,7 T€) enthalten. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr vermindert. Das ist insbesondere auf die Veränderung der kurzfristigen Aktiva und Passiva zurückzuführen. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit zeigt die Investitionen in das Sachanlagevermögen. Die Mittelabflüsse aus der Finanzierungstätigkeit zeigen die Zinszahlungen des Geschäftsjahres. Die Gesellschaft konnte ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen. Darüber hinaus steht der Gesellschaft ein Darlehensrahmen (Beanspruchung per 31. Dezember 2024: 0,0 T€) der Wohnungsgesellschaft Apolda mbH zur Verfügung. Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet.

Ertragslage

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2024 einen Jahresfehlbetrag von 100,4 T€ erzielt. Er setzt sich wie folgt zusammen:

in T€	2024	2023	Veränderung
Logis	64,9	55,8	9,1
Gastronomie	-140,4	-125,2	-15,2
Sonstiger Bereich	-24,9	-36,8	11,9
Jahresfehlbetrag	-100,4	-106,2	5,8

Der Logis-Bereich schließt mit einem Überschuss von 64,9 T€. Ursächlich hierfür sind insbesondere die gestiegenen Umsatzerlöse. Im Gastronomiebereich wurde ein Fehlbetrag von 140,4 T€ erzielt. Den Umsatzerlösen von rd. 1.026,5 T€ stehen Aufwendungen von rd. 1.166,9 T€ gegenüber. Die steigenden Personal- und Sachkosten konnten nicht durch Umsatzsteigerungen kompensiert werden. Die Umsätze haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 29,2 T€ erhöht. Im sonstigen Bereich sind alle übrigen Erlöse (Parkplatz usw.) enthalten, die nicht eindeutig dem Logis bzw. Gastronomiebereich zugeordnet werden konnten. Das Ergebnis ist schlechter, als erwartet wurde. Anstatt eines Überschusses von 65,1 T€ wurde ein Jahresfehlbetrag von 100,4 T€ erzielt. Ursächlich hierfür sind insbesondere die gestiegenen Personal- und Sachkosten und stagnierende Umsatzerlöse. Die Ertragslage kann als nicht zufriedenstellend bezeichnet werden.

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2025

(Auszug aus dem Lagebericht)

Für das Geschäftsjahr 2025 wird mit steigenden Erlösen gerechnet. Es wird von Umsatzerlösen von rd. 2.783,3 T€ ausgegangen, denen Aufwendungen von insgesamt 2.703,3 T€ gegenüberstehen. Der prognostizierte Jahresüberschuss beläuft sich auf 80,9 T€. Die Eigenkapitalrentabilität wird mit 27,8 % sowie die Gesamtkapitalrentabilität mit 16,2 % prognostiziert. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit wird mit 134,9 T€ prognostiziert. Aus dem Finanzplan ergibt sich unter den vorgenannten Prämissen ein Mittelzufluss für 2025 von rd. 111,6 T€. Zum derzeitigen Zeitpunkt stehen der Gesellschaft ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung, um die Zahlungsverpflichtungen fristgerecht bedienen zu können. Zudem kann die Gesellschaft im Bedarfsfall auf den mit der Wohnungsgesellschaft Apolda mbH bestehenden Darlehensrahmen von 300,0 T€ zurückgreifen. Nach den derzeitigen Einschätzungen reichen die finanziellen Mittel unter

Heranziehung des vorhandenen Darlehensrahmens (300,0 T€) aus, um die Zahlungsverpflichtungen fristgerecht bedienen zu können.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

(Auszug aus dem Lagebericht)

Das Gastgewerbe hat sich weiterhin erholt, liegt jedoch unter dem Vorkrisenniveau von 2019. Trotz Anpassungen der Logisprieise konnten die geplanten Umsatzerlöse nicht erzielt werden. Einerseits werden signifikant weniger Veranstaltungen durchgeführt und zum anderen findet eine Verschiebung der Gästeübernachtungen nach Weimar und Erfurt statt. Der Gastronomiebereich hat weiterhin mit der Preisentwicklung für Rohstoffe sowie der Zurückhaltung der Menschen zu kämpfen. Das stellt ein gewisses Risiko dar und wird sich auf die Ertragslage der Hotel am Schloß Apolda GmbH auswirken. Durch die inflationären Entwicklungen stehen der Bevölkerung weniger finanzielle Mittel zur Verfügung. Es ist anzunehmen, dass gerade Wochenendausflüge sowie kleinere Reisen verschoben bzw. gestrichen werden. Auch Schulungsveranstaltungen könnten dem zum Opfer fallen. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ist durch einen Darlehensrahmen der Wohnungsgesellschaft Apolda mbH in Höhe von 300,0 T€ gesichert. Weitere wesentliche Risiken, die Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten, werden derzeit nicht gesehen.

Mit dem Umbau des Restaurants im Geschäftsjahr 2020 wurde ein wesentlicher Schritt zur Steigerung der Attraktivität gemacht, was letztlich in einer Steigerung des Gastronomieumsatzes mündete. Im Geschäftsjahr 2023 wurde eine Photovoltaikanlage auf dem Hoteldach errichtet. Die Inbetriebnahme erfolgte im ersten Quartal 2024. Ziel ist die Reduzierung der anfallenden Stromkosten. Im Geschäftsjahr 2023 wurde eine Kooperationsvereinbarung mit der CPH Hotelmarketing GmbH geschlossen. Gegenstand des Vertrages ist die umfassende Kooperation im Rahmen der Vermarktung und Präsentation von Hotelleistungen. Die Gesellschaft verspricht sich daraus einen steigenden Zuspruch einhergehend mit erhöhtem Buchungsaufkommen. Zur besseren Auslastung des Logis- und Gastronomiebereiches wurde im Jahr 2024 ein Kompensationsgeschäft abgeschlossen. Der Vertragspartner kauft ein festgelegtes Zimmerkontingent bei der Hotel am Schloß Apolda GmbH ein und erhält dafür Mehrzweckgutscheine. Im Gegenzug zahlt der Vertragspartner Forderungen aus Einkäufen der Gesellschaft gegenüber Dritten in der Höhe der ausgereichten Gutscheine. Weitere Möglichkeiten zur Umsatzsteigerung werden beim Tagungsgeschäft und bei Kurzreisen gesehen.

Feststellungen des Abschlussprüfers

Die Prüfung durch die BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Erfurt, hat zu keinen Einwendungen geführt.

Am 16.06.2025 wurde durch die oben genannte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.

Bilanz

<u>Aktiva</u>	2024		2023		2022	
	€	%	€	%	€	%
Anlagevermögen						
Immaterielles Vermögen	151.632,64	29,5	194.699,44	32,3	210.734,59	31,9
Sachanlagen	42,00		384,97		2.144,86	
Finanzanlagen	151.589,64		194.313,47		208.088,73	
	1,00		1,00		501,00	
Umlaufvermögen						
Vorräte	336.295,94	65,4	399.992,96	66,4	439.539,72	66,5
Forderungen u.sonstiges Vermögen	38.506,77		31.470,93		28.277,83	
Liquide Mittel	85.657,77		101.816,82		142.835,19	
	212.131,40		266.705,21		268.426,70	
Aktiver RAP	26.177,46	5,1	7.523,17	1,2	10.546,03	1,6
Bilanzsumme	514.106,04	100	602.215,57	100	660.820,34	100

<u>Passiva</u>	2024		2023		2022	
	€	%	€	%	€	%
Eigenkapital						
Stammkapital	210.489,30	40,9	310.899,96	51,6	417.107,75	63,1
Kapitalrücklage	25.000,00		25.000,00		25.000,00	
Bilanzgewinn	515.130,93		515.130,93		515.130,93	
Festkapitalkonten	-329.641,63		-229.230,97		-123.023,18	
Variable Konten	0,00		0,00		0,00	
	0,00		0,00		0,00	
Sonderposten	0,00	0,0	0,00	0,0	0,00	0,0
Rückstellungen	58.400,00	11,4	43.200,00	7,2	32.100,00	4,9
Verbindlichkeiten	245.216,74	47,7	248.115,61	41,2	211.612,59	32,0
Passiver RAP	0,00	0,0	0,00	0,0	0,00	0,0
Bilanzsumme	514.106,04	100	602.215,57	100	660.820,34	100

Gewinn- und Verlustrechnung

	2024	2023	Verän- derung	2022
	€	€	€	€
Umsatzerlöse	2.504.971,38	2.367.926,28	137.045,10	2.374.633,26
Bestandveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00
und akt. Eigenleistungen				
Sonstige Erträge	10.902,33	6.641,58	4.260,75	15.430,40
Gesamtleistung	2.515.873,71	2.374.567,86	141.305,85	2.390.063,66
Materialaufwand	351.743,60	328.357,67	23.385,93	373.691,81
Personalaufwand	1.429.300,89	1.352.417,42	76.883,47	1.238.529,73
Abschreibung	57.382,89	53.470,99	3.911,90	56.212,23
Sonstige betriebliche	765.008,43	734.075,11	30.933,32	641.565,48
Aufwendungen				
Betriebsergebnis	-87.562,10	-93.753,33	6.191,23	80.064,41
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	11,00	-11,00	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	163,40	794,43	-631,03	3.042,36
Ergebnis der gewöhnlichen				
Geschäftstätigkeit	-87.725,50	-94.536,76	6.811,26	77.022,05
außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00
Steuern	12.685,16	11.671,03	1.014,13	12.816,15
Jahresergebnis	-100.410,66	-106.207,79	5.797,13	64.205,90

Wichtige Kennzahlen

	Einheit	2024	2023	2022
AN-Durchschnitt	Anzahl	46	46	47
davon Vollzeitkräfte	Anzahl	20	20	24
davon Teilzeitkräfte	Anzahl	13	11	10
davon Auszubildende	Anzahl	9	12	13
davon Aushilfen	Anzahl	4	3	-
davon MA in Elternzeit	Anzahl	2	1	-
Zuschüsse durch Stadt	€	0,00	0,00	0,00
Kapitalentnahmen	€	0,00	0,00	0,00
Höhe verbürgter Kredite	€	0,00	0,00	0,00
Gesamtbezüge GF	€	nach § 286 Abs. 4 HGB keine Angabe		
Gesamtbezüge AR	€	0,00	0,00	0,00

ELGO Elektrotechnik GmbH

Adresse Faulborn 32, 99510 Apolda

Gründung 2022

Handelsregister HRB 520.056, Amtsgericht Jena

Geschäftsführung Michael Phlippeau

Aufsichtsrat Herr Holger Prüfer (Vorsitzender), Stadtrat bis 16.06.2024

Herr Sören Rost (Vorsitzender), Geschäftsführer

Herr Kevin Reichenbach, Stadtrat bis 16.06.2024

Herr Steffen Clauder, Stadtrat

Frau Annegret Thrun, Stadträtin bis 16.06.2024

Gesellschafter

Stammkapital 25.000 €

Beteiligungen keine

Wichtige Verträge

- 2022: Darlehensvertrag mit der WGA GmbH
- 2022: Geschäftsbesorgungsvertrag mit der WGA Service GmbH
- 2023 Vereinbarung über Bereitstellung und Wartung von Hard- und Software WGA Service GmbH

Unternehmenszweck

Die Gesellschaft wurde am 21.09.2022 gegründet und am 06.10.2022 in das Handelsregister beim Amtsgericht Jena unter HRB 520056 eingetragen.

Das Stammkapital beträgt 25.000,00 € und wird zu 100 % von der WGA Service GmbH gehalten. Zweck des Unternehmens ist die Planung, Errichtung und Wartung von Elektroanlagen sowie der Handel mit elektronischen Komponenten. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die dieser Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgabe anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten, pachten oder betreiben.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2024

(Auszug aus dem Lagebericht)

Das Geschäftsjahr ist äußerst zufriedenstellend verlaufen. Die Umsatzerwartungen 1,66 Mio. € konnten mit 1,7 Mio. € übertroffen werden. Die Sach- und Personalkosten sind um 28,0 T€ niedriger als geplant. Der Darlehensrahmen konnte mit 150 T€ (Plan: 100,0 T€) zurückgeführt werden. Der Jahresüberschuss 2024 beträgt 126,8 T€ und liegt damit über den Erwartungen der Gesellschaft (Plan 11,3 T€).

Vermögenslage

Die Vermögens- und Kapitalstruktur der Gesellschaft hat sich wie folgt entwickelt:

Vermögensstruktur (in T€)	31.12.2024	%	31.12.2023	%
Langfristige Investitionen	227,4	31,9	276,5	43,6
Kurzfristiges Vermögen	486,3	68,1	357,1	56,4
Gesamtvermögen/Bilanzsumme	713,7	100,0	633,6	100,0

Kapitalstruktur (in T€)	31.12.2024	%	31.12.2023	%
Eigenkapital	135,9	19,0	9,1	1,4
Kurzfristiges Fremdkapital	577,8	81,0	624,5	98,6
Gesamtkapital/Bilanzsumme	713,7	100,0	633,6	100,0

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 80,1 T€ erhöht. Die langfristigen Investitionen haben sich durch die planmäßigen Abschreibungen vermindert. Die Zugänge des Geschäftsjahres (12,3 T€) werden dadurch überkompensiert. Beim kurzfristigen Vermögen erhöhten sich die Vorräte sowie Forderungen. Bei den disponiblen Mitteln ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Auf der Kapitalseite haben sich insbesondere die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Darlehensrahmen) nach Tilgungen von 150 T€ vermindert. Der Anstieg der Rückstellungen sowie erhaltenen Anzahlungen wird dadurch nicht sichtbar. Das Eigenkapital hat sich aufgrund des Jahresüberschusses erhöht. Das bilanzielle Eigenkapital beträgt zum 31.12.2024 19,0 % (31.12.2023 1,4 %) der Bilanzsumme. Die langfristigen Investitionen sind bis auf 91,5 T€ mit Eigenkapital finanziert. Der von der Wohnungsgesellschaft Apolda mbH eingeräumte Darlehensrahmen 550,0 T€ wurde per 31.12.2024 mit 250,0 T€ beansprucht. Die Vermögenslage der Gesellschaft ist insgesamt geordnet.

Finanzlage

Die finanzielle Entwicklung der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

in T€	2024	2024	2023
Finanzmittelfonds 1.1.		217,6	22,6
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	179,4		131,1
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-12,3		-318,0
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-172,5	-5,4	381,9
Finanzmittelfonds zum 31.12.	212,2		217,6

Im Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist der Cashflow nach DVFA/SG von 188,2 T€ (Vorjahr: 33,4 T€) enthalten. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr erhöht. Das ist insbesondere auf verbesserte Erlössituationen zurückzuführen. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit zeigt die Investitionen in das Sachanlagevermögen. Der Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit zeigt ausschließlich die Zins- und Tilgungszahlungen für den in Anspruch genommenen Darlehensrahmen bei der Wohnungsgesellschaft Apolda mbH. Die Gesellschaft konnte ihren Zahlungsverpflichtungen unter der Beanspruchung des Darlehensrahmens der Wohnungsgesellschaft Apolda mbH jederzeit nachkommen. Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet.

Ertragslage

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2024 einen Jahresüberschuss von 126,8 T€ erzielt. Er setzt sich wie folgt zusammen:

in T€	2024	2023	Veränd.
Geschäftstätigkeit	177,2	-10,0	187,2
Betriebsergebnis	177,2	-10,0	187,2
Sonstiger Bereich	4,8	1,9	2,9
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-55,2	0,0	-55,2
Jahresergebnis	126,8	-8,1	134,9

Das Betriebsergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um 187,2 T€ erhöht. Die Erlöse (1,7 Mio. €) liegen rd. 1,0 Mio. € über dem Vorjahresniveau und rd. 0,1 Mio. € über dem

Planansatz. Ursächlich dafür ist neben der positiven Entwicklung der Geschäftstätigkeit die Aufnahme der operativen Geschäftstätigkeit im Vorjahr zum 1.04.2023. Die gegenüber der Planung geringeren Personal- sowie Sachaufwendungen trugen zudem zur Ergebnisverbesserung bei. Aus der rein liquiditätsmäßigen Betrachtung der Ertragslage ergibt sich ein Überschuss aus der Geschäftstätigkeit von 25,1 T€ Das Ergebnis entspricht den Erwartungen der Gesellschaft. Die Ertragslage ist zufrieden stellend.

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2025

(Auszug aus dem Lagebericht)

Für das Geschäftsjahr 2025 wird von einem Anstieg der Umsatzerlöse um rd. 9,1 % auf 1888,5 T€ (Vorjahr: 1730,30 T€) ausgegangen. Damit einhergehend wird ein Anstieg der Material-, Sach- und Personalkosten prognostiziert. Die Gesellschaft plant Ausgaben für Investitionen in Höhe von 40,0 T€ sowie Rückzahlungen an die Wohnungsgesellschaft Apolda mbH aus dem Darlehensrahmen von 100,0 T€. Insgesamt wird mit einem Jahresüberschuss von rd. 89,7 T€ gerechnet. Nach den derzeitigen Einschätzungen reichen die finanziellen Mittel aus, um die Zahlungsverpflichtungen fristgerecht bedienen zu können. Zudem steht der Gesellschaft ein Darlehensrahmen in Höhe von 550,0 T€ zur Verfügung

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

(Auszug aus dem Lagebericht)

Chancen werden in dem weiteren Ausbau und Festigung der bisherigen Geschäftsbeziehungen gesehen. Die überplanmäßigen Personaleinstellungen im Geschäftsjahr 2023 geben der Gesellschaft die Möglichkeit, alle Aufträge fristgerecht abarbeiten zu können. Ferner wird die überregionale Ausweitung des Geschäftsbetriebes in Betracht gezogen. Aus den vorgenannten Risiken sind keine gravierenden negativen Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft erkennbar. Es wird davon ausgegangen, dass der Geschäftsbetrieb aus Risiken bestehen hauptsächlich in einem zu geringen Auftragseingang und -bestand. Das kann zu einer Minderauslastung der Mitarbeiter führen. Ein weiteres Risiko stellt die aktuelle Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt dar. operativer Fachkräftemangel und Arbeitskräftemangel kann bei der Auftragsabwicklung zu ungeplanten und nicht in den Kundenpreisen untersetzen Steigerungen der Arbeitskosten führen. Wesentliche Risiken, die Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnte, werden derzeit nicht gesehen.

Feststellungen des Abschlussprüfers

Die Prüfung durch die Bavaria Revisions- und Treuhand Aktiengesellschaft, Erfurt, hat zu keinen Einwendungen geführt.

Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde am 11.02.2025 erteilt.

Bilanz

<u>Aktiva</u>	2024		2023		2022	
	€	,	€	%	€	%
Anlagevermögen	227.426,86	32	276.535,21	44	0,00	0
Immaterielles Vermögen	53.625,00		60.125,00		0,00	
Sachanlagen	173.801,86		216.410,21		0,00	
Umlaufvermögen	486.224,93	68	357.100,34	56	22.908,61	100
Vorräte	120.101,48		62.280,49		0,00	
Forderungen u.sonstiges Vermögen	153.934,64		77.254,81		345,35	
Liquide Mittel	212.188,81		217.565,04		22.563,26	
Aktiver RAP	0,00	0	0,00	0	0,00	0
Bilanzsumme	713.651,79	100	633.635,55	100	22.908,61	100

<u>Passiva</u>	2023		2023		2022	
	€	%	€	%	€	%
Eigenkapital	135.899,20	19	9.144,07	1	17.237,55	76
Gezeichnetes Kapital	25.000,00		25.000,00		25.000,00	
Verlustvortrag	-15.855,93		-7.762,45		-7.762,45	
Jahresfehlbetrag	126.755,13		-8.093,48		0,00	
Rückstellungen	98.750,00	14	52.100,00	8	5.500,00	24
Verbindlichkeiten	479.002,59	67	572.391,48	90	0,00	0
Passiver RAP	0,00	0	0,00	0	0,00	0
Bilanzsumme	713.651,79	100	633.635,55	100	22.737,55	100

Gewinn- und Verlustrechnung

	2024	2023	Verän- derung	2022
	€	€	€	€
Umsatzerlöse	1.730.260,32	1.024.739,29	705.521,03	0,00
Bestandsveränderungen	63.450,57	0,00	63.450,57	0,00
Sonstige betriebliche Erträge	29.495,52	2.214,12	27.281,40	0,00
Gesamtleistung	1.823.206,41	1.026.953,41	796.253,00	0,00
Materialaufwand	547.963,63	262.166,76	285.796,87	0,00
Personalaufwand	814.361,46	553.347,78	261.013,68	0,00
Abschreibung	61.381,76	41.434,32	19.947,44	0,00
sonstige betriebliche Aufwendungen	191.633,50	157.123,31	34.510,19	7.762,45
Betriebsergebnis	207.866,06	12.881,24	194.984,82	-7.762,45
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	55.225,00	0,00	55.225,00	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	22.479,17	18.109,72	4.369,45	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	130.161,89	-5.228,48	135.390,37	-7.762,45
Steuern	3.406,74	2.865,00	541,74	0,00
Jahresüberschuss	126.755,15	-8.093,48	134.848,63	-7.762,45

Wichtige Kennzahlen

	Einheit	2024	2023	2022
AN-Durchschnitt	Anzahl	17,75	12,25	0
<i>davon Vollzeitkräfte</i>	<i>Anzahl</i>	<i>15</i>	<i>9</i>	<i>0</i>
<i>davon geringfügig Beschäftigte</i>	<i>Anzahl</i>	<i>2,75</i>	<i>3,5</i>	<i>0</i>
<i>davon Auszubildende</i>	<i>Anzahl</i>	<i>1</i>	<i>2</i>	<i>0</i>
Zuschüsse durch Stadt	€	0,00	0,00	0,00
Kapitalentnahmen	€	0,00	0,00	0,00
Höhe verbürgter Kredite	€	0,00	0,00	0,00
Gesamtbezüge GF	€	nach § 286 Abs. 4 HGB keine Angabe		
Gesamtbezüge AR	€	0,00	4.800,00	3.900,00

WGA Service GmbH

Adresse Gerichtsweg 2, 99510 Apolda

Gründung 2022

Handelsregister HRB 520053, Amtsgericht Jena

Geschäftsführung Sören Rost

Gesellschafter Wohnungsgesellschaft Apolda GmbH

Stammkapital 36.700 €

Beteiligungen ELGO Elektrotechnik GmbH

iD Immobiliendienstleistung GmbH

Bestattungsinstitut Apolda mbH

HKS Gebäudetechnik GmbH Apolda

Hotel am Schloß Apolda GmbH

Wichtige Verträge

- Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der Wohnungsgesellschaft Apolda mbH
- Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der iD Immobilien Dienstleistung GmbH und der Bestattungsinstitut Apolda GmbH

Darlehensvertrag mit der Wohnungsgesellschaft Apolda mbH

Unternehmenszweck

Die Gesellschaft wurde am 21. September 2022 gegründet und am 6. Oktober 2022 in das Handelsregister beim Amtsgericht Jena unter HRB 520053 eingetragen. Das Stammkapital beträgt 36.700,00 € und wird zu 100 % von der Wohnungsgesellschaft Apolda mbH gehalten. Gegenstand des Unternehmens ist das Halten und die Verwaltung von Beteiligungen an privatrechtlichen Gesellschaften sowie die Übernahme von Serviceaufgaben für die Wohnungsgesellschaft Apolda mbH und deren verbundene Unternehmen. Gegenstand des Unternehmens ist auch der Betrieb von Einrichtungen, die der Sportlichen, kulturellen und

gesundheitlichen Betätigung der Allgemeinheit dienen. Die Übernahmen von Serviceaufgaben für Dritte sind auch möglich. Sonstige, der Erfüllung des Geschäftszwecks dienende Rechtsgeschäfte dürfen ebenfalls betrieben werden.

Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2024

(Auszug aus dem Lagebericht)

Das Geschäftsjahr 2024 ist insgesamt positiver verlaufen, als erwartet wurde. Anstatt des geplanten Jahresüberschusses (vor Gewinnabführung) von 25,5 T€ wurde ein Jahresüberschuss von 224,4 T€ erzielt. Ursächlich hierfür sind insbesondere die gegenüber dem Plan 87,8 t€ höheren Erlöse von 737,8 T€ (Plan: 650,0 T€). Der Anstieg der Umsatzerlöse konnte die überplanmäßigen Ausgaben für Personalkosten decken. Weiterhin trugen die gestiegenen Erträge aus Beteiligungen bzw. Gewinnabführungen zur Verbesserung des Jahresergebnisses bei. Der Jahresüberschuss 2024 (vor Gewinnabführung) beträgt 224,4 T€ und liegt über den Erwartungen der Gesellschaft.

Vermögenslage

Die Vermögens- und Kapitalstruktur der Gesellschaft hat sich wie folgt entwickelt:

Vermögensstruktur (in T€)	31.12.2024	%	31.12.2023	%
Langfristige Investitionen	11.501,3	97,1	11.513,2	97,7
Kurzfristiges Vermögen	346,6	2,9	266,2	2,3
Gesamtvermögen/Bilanzsumme	11.847,9	100,0	11.779,4	100,0

Kapitalstruktur (in T€)	31.12.2024	%	31.12.2023	%
Eigenkapital	11.422,2	96,4	11.422,2	97,0
Kurzfristiges Fremdkapital	425,7	3,6	357,2	3,0
Gesamtkapital/Bilanzsumme	11.847,9	100,0	11.779,4	100,0

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 68,5 T€ erhöht. Die Verminderung des langfristigen Vermögens resultiert aus den planmäßigen Abschreibungen des Geschäftsjahrs. Die Zugänge (29,2 T€) werden dadurch nicht sichtbar. Beim kurzfristigen Vermögen erhöhten sich die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen (Gewinnabführung 2024) sowie gegenüber dem Gesellschafter, die disponiblen Mittel haben sich ebenfalls erhöht. Auf der Kapitalsseite haben sich die Verbindlichkeiten, insbesondere gegenüber dem Gesellschafter (Gewinnabführung) sowie die Rückstellungen erhöht. Das bilanzielle Eigenkapital beträgt zum 31.12.2024 96,4 % (Vorjahr 97,0 %). Die Verminderung der Eigenkapitalquote beruht auf der gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Bilanzsumme. Eine absolute Veränderung des Eigenkapitals ist aufgrund des bestehenden Gewinnabführungs- und Beherrschungsvertrages mit der Wohnungsgesellschaft Apolda mbH ausgeschlossen. Die langfristigen Investitionen sind bis auf 79,1 T€ mit Eigenkapital finanziert. Der von der Wohnungsgesellschaft Apolda mbH eingeräumte Darlehensrahmen (150,0 T€) wurde per 31.12.2024 mit 100,0 T€ beansprucht. Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet.

Finanzlage

Die finanzielle Entwicklung der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar:

in T€	2024	2024	2023
Finanzmittelfonds 1.1.		13,0	28,8
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-148,3		-91,5
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	361,2		13,8
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-196,9	16,0	61,9
Finanzmittelfonds zum 31.12.	29,0	13,0	

Im Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist der Cashflow nach DVFA/SG von 265,5 T€ (Vorjahr 239,7 T€) enthalten. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr um 56,8 T€ vermindert. Das ist insbesondere auf die Veränderung der kurzfristigen Aktiva und Passiva zurückzuführen. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit zeigt die Investitionen in das Sach- und Finanzanlagevermögen sowie Gewinnausschüttungen der Apoldaer Beteiligungsgesellschaft mbH, HKS Gebäudetechnik GmbH, iD Immobiliendienstleistungs GmbH sowie Bestattungsinstitut Apolda GmbH. Die Mittelabflüsse aus der Finanzierungstätigkeit zeigen insbesondere die Auszahlung der Gewinnabführung an den Gesellschafter. Die Gesellschaft konnte ihren Zahlungsverpflichtungen unter Beanspruchung des Darlehensrahmens der Wohnungsgesellschaft Apolda mbH jederzeit nachkommen. Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet.

Ertragslage

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2024 einen Jahresüberschuss (vor Gewinnabführung) von 224,4 T€ erzielt. Er setzt sich wie folgt zusammen:

in T€	2024	2023	Veränd.
Geschäftstätigkeit	-165,7	-157,2	-8,5
Betriebsergebnis	-165,7	-157,2	-8,5
Sonstiger Bereich	1,1	2,1	-1,0
Erträge aus Beteiligungen	190,8	150,0	40,8
Erträge aus Gewinnabführungen	198,2	199,6	-1,4
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-224,4	-187,8	-36,6
Jahresergebnis	0,0	6,7	-6,7

Das Betriebsergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um 8,5 T€ vermindert. Erwartungsgemäß ist aus dem operativen Geschäft nicht mit einem Überschuss zu rechnen. Das Hauptaugenmerk der Gesellschaft liegt vielmehr auf der Verwaltung und Betreuung sowie dem Controlling der gehaltenen Beteiligungen. Daraus konnten im Geschäftsjahr 2024 Erträge von insgesamt 389,0 T€ generiert werden. Im Bereich der Geschäftstätigkeit liegen die Personalaufwendungen über dem Planansatz. Dem stehen erhöhte Umsatzerlöse gegenüber. Aus der rein liquiditätsmäßigen Betrachtung der Ertragslage ergibt sich ebenfalls ein Fehlbetrag aus der Geschäftstätigkeit von 124,6 T€. Die Erträge aus Gewinnabführung konnten das negative Betriebsergebnis ausgleichen. Darüber hinaus ergab sich ein Jahresüberschuss (vor Gewinnabführung) von 224,4 T€. Das Ergebnis liegt über den Erwartungen der Gesellschaft. Die Ertragslage kann als zufrieden stellend bezeichnet werden.

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2025

(Auszug aus dem Lagebericht)

Im Geschäftsjahr 2025 werden die Tätigkeiten der WEG-Verwaltung sowie Treuhandverwaltung von der Wohnungsgesellschaft Apolda mbH übernommen. Dementsprechend wird mit steigenden Umsatzerlösen von rd. 1.007,8 T€ gerechnet. Den Erlösen stehen Aufwendungen von rd. 963,9 T€ gegenüber. Investitionen sind mit 20,0 T€ für die Betriebs- und Geschäftsausstattung vorgesehen. Insgesamt wird mit einem

Jahresüberschuss (vor Gewinnabführung) von rd. 41,0 T€ gerechnet. Nach den derzeitigen Einschätzungen reichen die finanziellen Mittel aus, um die Zahlungsverpflichtungen fristgerecht bedienen zu können. Zudem steht der Gesellschaft ein Darlehensrahmen in Höhe von 150,0 T€ zur Verfügung.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

(Auszug aus dem Lagebericht)

Mit der Übernahme der WEG- und Treuhandverwaltung eröffnet sich für das Unternehmen ein neuer Geschäftsbereich, welcher sukzessive ausgebaut werden soll. Chancen werden auch in dem weiteren Ausbau der Geschäftsbeziehungen im Hausmeisterbereich sowie der IT-Betreuung gesehen. Ansonsten bergen die aktuellen Geschäftsbeziehungen keine wesentlichen Risiken. Risiken bestehen hauptsächlich in einem zu geringen Auftragseingang und -bestand. Das kann zu einer Minderauslastung der Mitarbeiter führen. Ein weiteres Risiko stellt die aktuelle Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt dar. Operativer Fachkräftemangel und Arbeitskräftemangel kann bei der Auftragsabwicklung zu ungeplanten und nicht in den Kundenpreisen untersetzten Steigerungen der Arbeitskosten führen. Wesentliche Risiken, die Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten, werden derzeit nicht gesehen.

Feststellungen des Abschlussprüfers

Die Prüfung durch die Bavaria Revisions- und Treuhand Aktiengesellschaft, Erfurt, hat zu keinen Einwendungen geführt.

Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde am 24.03.2025 erteilt.

Bilanz

Aktiva

	2024		2023		2022	
	€	%	€	%	€	%
Anlagevermögen	11.501.393,27	97	11.513.227,35	98	25.000,00	
Immaterielles Vermögen	530,83		1.020,83		0,00	
Sachanlagen	44.523,27		55.867,35		0,00	
Anteile an verbundenen Unternehmen	11.456.339,17		11.456.339,17		25.000,00	
Umlaufvermögen	346.536,36	3	266.219,22	2	28.997,31	
Forderungen u.sonstiges Vermögen	317.553,06		253.199,93		168,85	
Liquide Mittel	28.983,30		13.019,29		28.828,46	
Bilanzsumme	11.847.929,63	100	11.779.446,57	100	53.997,31	

Passiva

	2024		2023		2022	
	€	%	€	%	€	%
Eigenkapital	11.422.202,08	96	11.422.202,08	97	18.326,25	
Gezeichnetes Kapital	36.700,00		36.700,00		25.000,00	
Kapitalrücklage	11.385.502,08		11.385.502,08		0,00	
Verlustvortrag	0,00		-6.673,75		0,00	
Jahresfehlbetrag	0,00		6.673,75		-6.673,75	
Rückstellungen	76.150,00	1	41.350,00	0	5.500,00	
Verbindlichkeiten	349.577,55	3	315.894,49	3	30.171,06	
Bilanzsumme	11.847.929,63	100	11.779.446,57	100	53.997,31	

Gewinn- und Verlustrechnung

	2024	2023	Verän- derung	2022
	€	€	€	€
Umsatzerlöse	737.778,38	647.585,41	90.192,97	0,00
Sonstige betriebliche Erträge	14.252,15	2.760,50	11.491,65	0,00
Gesamtleistung	752.030,53	650.345,91	101.684,62	0,00
Materialaufwand	138.953,92	139.128,26	-174,34	0,00
Personalaufwand	640.414,20	543.461,50	96.952,70	0,00
Abschreibung	41.083,94	45.295,41	-4.211,47	0,00
sonstige betriebliche Aufwendungen	86.970,70	69.293,68	17.677,02	6.673,75
Betriebsergebnis	-155.392,23	-146.832,94	-8.559,29	-6.673,75
Erträge aus Beteiligungen	190.800,00	150.000,00	40.800,00	0,00
Erträge aus Gewinnabführungen	198.223,65	199.623,53	-1.400,88	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	9.058,48	8.144,86	913,62	0,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	224.572,94	194.645,73	29.927,21	-6.673,75
Steuern	172,00	172,00	0,00	0,00
Aufwendungen aus Gewinnabführung	224.400,94	187.799,98	36.601,96	0,00
Verlustvortrag	0,00	-6.673,75	6.673,75	0,00
Jahresüberschuss	0,00	0,00	0,00	-6.673,75

Wichtige Kennzahlen

	Einheit	2024	2023	2022
AN-Durchschnitt	Anzahl	17,5	15,75	0
<i>davon Vollzeitkräfte</i>	Anzahl	6,75	6	0
<i>davon Teilzeitkräfte</i>	Anzahl	4,25	4	0
<i>davon geringfügig Beschäftigte</i>	Anzahl	6,5	5,75	0
<i>davon Auszubildende</i>	Anzahl	0	0	0
Zuschüsse durch Stadt	€	0,00	0,00	0,00
Kapitalentnahmen	€	0,00	0,00	0,00
Höhe verbürgter Kredite	€	0,00	0,00	0,00
Gesamtbezüge GF	€	nach § 286 Abs. 4 HGB keine Angabe		
Gesamtbezüge AR	€	0,00	0,00	0,00

KIV Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH

KIV Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH

Anschrift: Ekhofplatz 2a
99867 Gotha

Tel.: 03621 4508-0
E-Mail: info@kiv-thueringen.de
Homepage: kiv-thueringen.de



Unternehmenssitz in Gotha

Beteiligungsverhältnisse am Unternehmen

Stammkapital 25.800,00 €

Gesellschafter

	9,08 %	2.344 €
Freistaat Thüringen ekom21-Kommunales Gebietsrechenzentrum		
Hessen K.d.Ö.R.	45,13 %	11.643 €
Gemeinde- und Städtebund Thüringen e. V. (GStB)	45,12 %	11.641 €
172 Städte und Gemeinden	jeweils rd. 0,004 % je 1	172 €

Geschäftsführung

Herr Thomas Gmilkowsky, Suhl
(ab 01. Januar 2023)

Herr Andreas Heiroth, Haynrode
(vom 01. Januar 2023 bis 31.12.2024)

Mitglieder des Aufsichtsrates

Herr Michael Brychcy (ab 07.09.2020), Bürgermeister Waltershausen, Thüringen (Vorsitzender)
Herr Matthias Drexelius (ab 02.07.2023 Aufsichtsratsmitglied und ab 08.11.2023 stellv. Aufsichtsratsvorsitzender), Direktor ekom21 KGRZ Hessen, Usingen
Herr Dr. Hartmut Schubert (ab 01.07.2020), Gesellschafter Freistaat Thüringen, Staatssekretär Thüringer Finanzministerium
Frau Peggy Greiser (ab 07.09.2021), Landrätin Schmalkalden-Meiningen
Herr Fabian Giesder (ab 07.09.2020), Bürgermeister Stadt Meiningen, Thüringen
Herr Dirk Schütze (ab 01.07.2020), Bürgermeister Stadt Bad Sulza, Thüringen Herr Dr. Johannes Bruns (ab 01.01.2023), Oberbürgermeister Stadt Mühlhausen/Thüringen
Herr Hartmut Linnekugel (ab 01.07.2020), Bürgermeister a.D. der Stadt Volkmarshausen, Hessen
Herr Dr. Philipp Rottwilm (ab 01.07.2020), Bürgermeister Gemeinde Neuenthal, Hessen

Im Berichtsjahr haben zwei Sitzungen des Aufsichtsrates und eine Gesellschafterversammlung stattgefunden.

Beteiligungsverhältnisse des Unternehmens

Das Unternehmen unterhält eine Beteiligung in Form eines Genossenschaftsanteil an der PSITA e.G ehemals KOP-IT e.G.

Zweck und Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Erfüllung des Digitalisierungsauftrages für Verwaltungen, der Entwicklung, Wartung, Beschaffung, Bereitstellung, Betreuung und betriebliche Abwicklung technikunterstützter Informationsverarbeitung einschließlich der Erbringung aller damit im Zusammenhang stehender Beratungs- und Schulungsleistungen. Es unterstützt insbesondere die Gesellschafter darin, ihre Verpflichtungen und Aufgaben aus dem Onlinezugangsgesetz des Bundes sowie dem Thüringer E-Government Gesetz zu erfüllen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die unmittelbar oder mittelbar dem vorstehenden Zweck zu dienen geeignet sind. Sie kann auch Zweigniederlassungen errichten. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an anderen Unternehmen gleicher oder verwandter Art zu beteiligen sowie solche Unternehmen zu gründen oder zu erwerben.

Die Gesellschaft ist inhouse-fähig für öffentliche Auftraggeber gemäß § 99 Nr. 1 bis 3 GWB in seiner jeweils gültigen Fassung als Gesellschafter der Gesellschaft sein, insbesondere für Thüringer Gemeinden, Gemeindeverbände, Landkreise, Verwaltungsgemeinschaften und Zweckverbände sowie den Freistaat Thüringen, Anstalten des öffentlichen Rechts, Körperschaften des öffentlichen Rechts. Nicht Gesellschafter der Gesellschaft dürfen natürliche Personen oder juristische Personen werden, deren Beteiligung an der Gesellschaft als eine „private Kapitalbeteiligung“ im Sinne des § 108 Abs. 4 Nr. 3 in Verbindung mit Abs. 1 Nr. 3 GWB in seiner jeweils gültigen Fassung zu bewerten ist. Zudem muss die Gesellschaft im Rahmen ihrer Tätigkeit stets das sog. „Wesentlichkeitskriterium“ des § 108 Abs. 4 Nr. 2 GWB in seiner jeweils gültigen Fassung beachten. Unternehmensaufbau Organigramm der KIV Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH

Organigramm Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH



Gesellschaftsvertrag

Die Gesellschaft wurde am 04. März 1993 gegründet. Der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 27. Mai 2020, wurde zuletzt am 06. Februar 2025 geändert.

Handelsregister

Das Unternehmen ist in das Handelsregister beim Amtsgericht Jena unter der Nr. HRB 106362 eingetragen

Wichtigste Kennzahlen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in T€

Bilanzdaten	Aktiva			
	31.12.2023		31.12.2024	
A. Anlagevermögen				
I.				
Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	3	-	100	2 %
II.				
Sachanlagen				
1. technische Anlagen und Maschinen	35	1 %	81	2 %
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	89	2 %	85	2 %
III.				
Finanzanlagen				
1. Wertpapiere des Anlagevermögens	250	7 %	200	3 %
2. Genossenschaftsanteile	6	-	6	-
B.				
Umlaufvermögen				
I.				
Vorräte				
1. geleistete Anzahlungen	-	-	69	1 %
II.				
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	792	21 %	1.048	17 %
2. sonstige Vermögensgegenstände	33	1 %	19	-
III.				
Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks				
	2.601	68 %	4.539	73 %
C.				
Rechnungsabgrenzungsposten	18	-	5	-
Bilanzsumme	3.827	100 %	6.152	100 %

Bilanzdaten	Passiva		31.12.2023		31.12.2024	
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital	26	1 %	26	-		
II. Gewinnvortrag	1.737	45 %	2.044	33 %		
III. Jahresüberschuss	614	16 %	1.460	24 %		
B. Rückstellungen						
1. Steuerrückstellungen	57	1 %	472	8 %		
2. sonstige Rückstellungen	611	16 %	685	11 %		
C. Verbindlichkeiten						
1. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	24	1 %	30	1 %		
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	489					
3. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	53	13 % 1 %	1.269	20 % 1 %		
4. sonstige Verbindlichkeiten	216	6 %	115	2 %		
Bilanzsumme	3.827	100 %	6.152	100 %		

Daten Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2024
1. Umsatzerlöse	12.108	20.328
2. sonstige betriebliche Erträge	56	75
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	5.354	10.505
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.877	3.379
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	2.683	3.079
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	505	578
5. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	107	52
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	765	733
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	7
8. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-	-
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	257	621
10. Ergebnis nach Steuern	616	1.463
11. sonstige Steuern	2	3
12. Jahresüberschuss	614	1.460

Anzahl der Beschäftigten

Die Gesellschaft hatte im Geschäftsjahr 2024 – neben den zwei Geschäftsführern - durchschnittlich 53 Angestellte beschäftigt. Im Geschäftsjahr 2023 waren durchschnittlich 48 Angestellte beschäftigt.

Gewährte Gesamtbezüge der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates des Unternehmens

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gem. § 286 Abs. 4 HGB verzichtet. Die Aufsichtsratsmitglieder haben im Berichtsjahr Sitzungsgelder in Höhe von 2,7 T€ (Vorjahr 3,2 T€) erhalten.

Zuschüsse und Kapitalentnahmen durch den Landkreis

Für Lieferungen und Leistungen wurden im Berichtsjahr 3.510,2 T€ (Vorjahr 524,8 T€) an das Unternehmen gezahlt.

Situationsbericht

Lage des Unternehmens, Grundzüge des Geschäftsverlaufes, Stand der Erfüllung des öffentlichen Zweckes

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die KIV Kommunale Informationsverarbeitung Thüringen GmbH (KIV) wurde 1993 gegründet. Der Sitz des Unternehmens ist Gotha. Ziel des Unternehmens ist es, für alle Bereiche der Informationsverarbeitung im kommunalen Bereich ein kompetenter und zuverlässiger Partner zu sein.

Dazu sind folgende Unternehmensziele formuliert:

- Betreuung von kommunalen Verwaltungen und artverwandten Einrichtungen in allen Fragen der Informationsverarbeitung – Angebot komplexer Lösungen aus einer Hand.
- Bereitstellung einer umfangreichen Produktpalette mit Datenschnittstellen zwischen den einzelnen Verfahren.
- In Abhängigkeit von den örtlichen Anforderungen werden zentrale und dezentrale Lösungen für die Verwaltung bereitgestellt.
- Durch eine umfassende Analyse und Beratung der Kommunen können kostengünstige Informationsverarbeitungskonzepte zu den konkreten Gegebenheiten in der Verwaltung angeboten und realisiert werden.
- Bei den zentralen Verfahren werden die hessischen Großrechnerlösungen (OWI21 und LOGA) eingesetzt. Für weitere Fachverfahren wird das KIVRechenzentrum genutzt. Dabei wird die Anbindung der Kommunen über PC-Netze und Internet realisiert.
- Im dezentralen Bereich wird der Einsatz von PC-Netzen unter WINDOWS-Betriebssystemen umgesetzt. Die technische Konzeption der PC-Netze, die Lieferung der Hardware und die Installation und Wartung der Netze sind Bestandteil des KIV-Leistungsspektrums.
- Die Rechenzentrumsleistungen werden im eigenen Rechenzentrum und über Kooperationspartner abgewickelt.
- Programmierleistungen werden im Auftrag und in enger Zusammenarbeit mit der ekom21-KGRZ Hessen realisiert.
- Für alle angebotenen Produkte wird eine Betreuung, gegebenenfalls auch über Kooperationspartner, abgesichert.
- Das Internet mit seinen Kommunikationsmöglichkeiten wurde in die Produktgestaltung und Dienstleistungen der KIV Thüringen integriert. Die Fernwartung wird ausschließlich über verschlüsselte Verfahren via Internet realisiert.
- Die KIV Thüringen bietet zur Finanzierung von Hard- und Software für ihre Kunden lukrative Finanzierungsdienstleistungen an.

- Die Erarbeitung von Sicherheitskonzepten und das Stellen von KIV-Mitarbeitern als externe Datenschutzbeauftragte für Gemeinden und Stadtwerke ist eine weitere Dienstleistungsausrichtung.
- Für die Unterstützung der Kommunen bei der Einführung von e-Government Lösungen sind zunehmend komplexere Lösungen gefragt, so dass sich die KIV Thüringen in Zukunft als der kommunale IT-Dienstleister in Thüringen entwickeln wird.
- Ausstattung von Schulen für Infrastruktur, Hardware, mobile Endgeräte und Präsentationstechnik sowie Digitale Bildungsangebote.

2. Forschung und Entwicklung

Im Geschäftsjahr 2024 wurden die von der KIV Thüringen angebotenen Leistungen entsprechend neuen Standards und Kundenanforderungen angepasst:

- Weiterentwicklung des firmeneigenen Rechenzentrums
 - Abarbeitung von verschiedenen Fachverfahren wie z. B. Personenstandswesen (AUTISTA), Einwohnermeldezettel (MESO; VOIS|MESO), HKR (H&H proDoppik)
 - Nutzung von zertifizierten Zugängen für Web-Lösungen wie Lohn- und Gehaltsabrechnung (LOGA), GIS (GMSC-K) u. a.
 - Betrieb des Langzeitspeichers von kommunalen Daten im firmeneigenen Rechenzentrum
 - Lösungen zur elektronischen Bearbeitung von Rechnungen, Steuerdaten und elektronische Akte (Produkte refisafe und develop) usw.
 - Entwicklung von digitalen Workflows in den Bereichen OZG und eGovernment
- eigene Produkte, die in den letzten Jahren aktualisiert und erweitert wurden:
 - Liegenschaftsverwaltung mit Katasterdatenanschluss, Grafik - mit der neuen Möglichkeit die Daten auf eigenen Webseiten darzustellen -, Abgleich mit Meldedaten, ALKIS-Konvertierung für Thüringen, Bewertungsmodul zur Werteerfassung für die Doppik, vorbereitende Projektierung zum Integrieren eines Gebäudemanagements
 - Weiterentwicklung des Konzepts eines KIV-Datenmodells zum Datenaustausch über alle wichtigen Verfahren und das Zusammenführen als zentrales Auskunftssystem für Entscheidungsträger
 - Behördenportal (ema21) zum Einsatz in Hessen
 - Erstellung von Datensicherheitskonzepten für Stadtwerke und Sicherstellung der Zertifizierungen
 - Die Weiterentwicklung der Kommunalsoftware webFlur in der Version 4.0 für Liegenschaften und Bau, ein strategisches Produkt der KIV, wurde durch eine direkte Verbindung zum Geoproxy Thüringen mit wöchentlich aktualisierten Datenbeständen aufgewertet.
- Entwicklung der KIV zum Kommunalen IT-Dienstleister in Thüringen
 - Unterstützung der Kommunen bei der Digitalisierung des Verwaltungshandelns
 - Ausbau und Betrieb der Kommunal-Cloud
 - Bereitstellung der OZG-Infrastruktur und Zugang zu den Fachverfahren
 - Schaffung von Sicherheitsstandards (ISMS) und damit verbundene Prozessoptimierung
 - Integration kommunaler Fachverfahren in die Digitalplattformen des Freistaates und des Bundes
 - Entwicklung eines KommunalGateways zur Anbindung von Fachverfahren zur OZG-Umsetzung

- Ausschreibung zahlreicher Hard- und Softwareprodukte zur inhouse-fähigen Bereitstellung an die Gesellschafter über den KIV-Gesellschafter-webShop

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Fachbereich und Produkte

In Zusammenarbeit mit dem Freistaat Thüringen wurde die Integrationsplattform als zentrale OZG-Umsetzungsplattform weiter ausgebaut. Sie besteht aus den Produkten/Systemen:

- ThAEL (Frontend des Freistaates Thüringen),
- dem KommunalGateway (kGateway) zur Anbindung von Fachverfahren,
- einem ePayment-System sowie
- Servicekonten

Über 80 Thüringer kommunale Verwaltungen nutzen mind. eine, die meisten mehrere Anwendungen. Diese Themengebiete werden von der Abteilung Digitalisierung betreut. Wird bei der Umsetzung der einzelnen OZG-Projekte festgestellt, dass kein Fachverfahren zur vollständig digitalen Abarbeitung vorhanden ist, kann das WorkflowManagementsystem Civento zur Verfügung gestellt werden.

Zur Einführung der E-Rechnung wurde ein Langzeitarchiv eingeführt, welches auch für dieses Projekt genutzt werden kann und steht damit zur rechtssicheren Archivierung von Anträgen zur Verfügung. In diesem Zusammenhang wird das Antragsverfahren des Freistaates ThAEL durch erweiterte Funktionalitäten des KommunalGateways ergänzt. Weiterhin wird das ePayment-Systems zur Bezahlung von ThAEL-Anträgen, das mit dem Freistaat abgestimmt wurde, ausgerollt. Die KIV übernimmt dabei die komplette Abwicklung mit der Kommune wie z. B. die Beantragung der Zugänge, die datenschutzrechtliche Bewertung und den Abschluss von Verträgen. Mit der S-Public Services GmbH (ehemals Girosolution) und dem Thüringer Landesrechenzentrum (TLRZ) wurden Geschäftsprozesse zur Umsetzung abgestimmt.

Die bestehende ISO 27001 Zertifizierung des Rechenzentrums und der Geschäftsstelle wird weiterhin bestätigt. Die (Re-)Zertifizierung des bestehenden Zertifikats wurde in 2024 umgesetzt.

Das bestehende Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS) wird permanent erweitert, verbessert und im täglichen Geschäftsbetrieb angewandt. So wurde ein Regelwerk für die Abwicklung digital gestützter Geschäftsprozesse erarbeitet und umgesetzt sowie ein Projektmanagement für die Abwicklung interner Projekte geschaffen.

Im Rahmen der Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes sowie des Thüringer EGovernment-Gesetzes wurde in der KIV ein Digitalisierungsbeauftragter benannt. In Zusammenarbeit zwischen der Geschäftsleitung, den einzelnen Fachbereichen, dem Freistaat Thüringen, den Spitzenverbänden, den Softwareherstellern und den Kunden werden Digitalisierungsvorhaben geplant, initiiert und umgesetzt. Hierzu werden mit den Kunden Anwendercluster gebildet, die konkrete Themen der Digitalisierung, wie z.B. eRechnung, Anbindung Fachverfahren an ThAEL, e-Akte, Digitale Agenda usw. aufgreifen. Durch die partielle Zusammenarbeit können Aufgaben in Workshops aufbereitet und projekthaft beschrieben werden, um diese dann konkret umzusetzen. Hierfür werden enge Kontakte mit dem Thüringer Landesverwaltungsaamt und dem Freistaat Thüringen zur Bereitstellung von Fördermitteln an die Kommunen gepflegt. Ohne die Fördermittel des Freistaates könnte eine Vielzahl von Digitalisierungsprojekten nicht umgesetzt werden.

Grundsätzlich hat sich der Beratungsbedarf der Kunden erhöht, d.h. die Kommunen brauchen einen kompetenten Partner, der bei der Vorbereitung und Durchführung von Projekten zur Zusammenführung von Verwaltungsleistungen unterstützen kann. Hier bestätigt sich, dass die Entscheidungen der

Vergangenheit zur Bereitstellung von komplexen Lösungen für die gesamte Verwaltung aus einer Hand und auch das Angebot eines Rechenzentrums zur Verbindung verschiedener Standorte richtig waren.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die KIV als Komplettanbieter von Hard- und Software für den kommunalen Bereich ihre marktführende Position weiter ausbauen konnte. Aufgrund der zunehmenden Komplexität der angeforderten Verwaltungsleistungen bei den Kommunen erhöht sich der Beratungsbedarf, welchen die KIV als All-InOne-Anbieter leisten kann. Für die KIV bedeutet dies, dass sich der Personalbedarf ständig erhöht, da künftig produktübergreifende Projekte bzw. verfahrensübergreifende Lösungen realisiert werden müssen. Insofern wird die Bereitstellung von Dienstleistungen künftig weiter an Bedeutung gewinnen.

2. Geschäftsverlauf

Umsatz- und Auftragsentwicklung

Der Umsatz im Geschäftsjahr 2024 ist gegenüber dem Vorjahr um mehr als 50 v. H. angestiegen und betrug erstmals 20.329 T€, wobei dies zu großen Teilen als Sondereffekt zu betrachten ist. Hauptursache dafür sind Hardwareverkäufe über den technischen Vertrieb und Web-Shop. Darüber hinaus konnten neue Kunden bei den Gesellschaftern erschlossen werden. Außerdem kauften die Thüringer Schulträger aus diversen Landratsämtern ihren IT-Bedarf über die KIV ein. Daneben sind auch die Weiterführung der Projekte zur Digitalisierung (ISMS, e-Rechnung, Digitale Agenda) und die Neukundengewinnung im Bereich Finanzwesen und Meldewesen zu nennen. In den Umsatzerlösen des Geschäftsjahrs 2024 sind außerdem periodenfremde Erträge in Höhe von 240 T€ enthalten. Diese resultieren aus Vertragsanpassungen und der Nachfakturierung erbrachter Dienstleistungen.

Wettbewerbssituation

Durch die Gebietsreform in Thüringen reduzierte sich zwangsläufig die Anzahl der Kunden. Damit verschärft sich die Konkurrenzsituation auf dem Kommunalmarkt weiter. Hier hat sich die KIV als Komplettanbieter deutlich etabliert. Durch den Beitritt des Freistaates Thüringen und die Möglichkeit für die Kommunen, der KIV ebenfalls beizutreten, wird die KIV als Marktführer in Thüringen weiter gestärkt, da die Kommunen einfachere Möglichkeiten zum Bezug von Hard- und Software sowie von Dienstleistungen erhalten.

Marketing und Vertrieb

Die gemeindliche Gebietsreform bleibt ein ständiger Begleiter, dadurch setzen die neuen Verwaltungen zunehmend ihren Fokus auf die Vereinheitlichung von Produkten bzw. Verfahren. So sind einige Neukundenumstellungen erfolgt, vor allem im Bereich Einwohnermeldewesen, Finanzwesen und GIS/Liegenschaften. Durch die Neuauflage der E-Government- und OZG-Förderprojekte durch den Freistaat Thüringen in 2024 und 2025 kann mit einem Ausbau der KIV-Marktbeteiligung gerechnet werden. Die Einführung von e-Government und OZG-Projekten wurde fortgeführt. Der Freistaat Thüringen setzt die Fördermaßnahmen fort, sodass auch in 2024 und 2025 mit Umstellprojekten vor allem im Finanzwesen gerechnet wird. Der Beratungs- und Unterstützungsbedarf ist hier erheblich. Im Jahr 2024 wurden die größten Umsatzerfolge durch den technischen Vertrieb im Bereich der Schulverwaltungen erzielt, welche durch den DigitalPakt Schule realisiert werden konnten. Der Rekordgewinn resultiert überwiegend aus diesem Bereich. Die Neukundengewinnung basiert fast ausschließlich auf der Ablösung von Mitbewerberprodukten und der Übernahme der Betreuung von Kunden, die bisher von anderen Vertriebspartnern betreut wurden. Es konnten weitere Kunden für die Nutzung des Rechenzentrums der KIV gewonnen werden.

Investitionen

Für die Sicherstellung des Betriebs des KIV-Rechenzentrums wurden einzelne Servertechniken erweitert und auf beide Standorte verteilt. Damit ist das System ausfallsicher und dynamisch erweiterbar. Im Rechenzentrum sind weitere Investitionen erforderlich.

Kapital- und Finanzmaßnahmen

Wesentliche Kapital- und Finanzierungsmaßnahmen sind in 2024 nicht erfolgt. Durch flexible Tagesgeldanlagen konnten erstmals wieder Zinseinnahmen erzielt werden.

Personal

Zum 31.12.2024 hat der Geschäftsführer Herr Andreas Heiroth die KIV verlassen.

Die Entscheidung über die Besetzung der Stelle trifft die Gesellschafterversammlung. Im Jahr 2024 wurden insgesamt 9 Mitarbeiter eingestellt, aber 5 Kollegen haben die KIV aus unterschiedlichen Gründen verlassen. Es wird zunehmend schwieriger, geeignete Mitarbeiter zu finden, da in allen Bereichen Spezialqualifikationen erforderlich sind. Umso wichtiger ist es also, dass neu eingestellte Mitarbeiter effektiv eingearbeitet werden und in das Team integriert werden. Insgesamt muss man feststellen, dass die KIV zur Absicherung ihrer Leistungsfähigkeit weiteren Personalbedarf hat, der in den nächsten Jahren zu weiteren Einstellungen führen wird. In allen Bereichen sind die personellen Kapazitäten ständig ausgelastet. Die Arbeitsaufgaben in allen Bereichen sind sehr anspruchsvoll, es kommen ständig neue Aufgaben dazu, da die gesetzlichen Ansprüche an die Kommunen permanent steigen. Damit verbunden werden auch die Anforderungen der Kommunen an die KIV immer höher. Grundsätzlich werden Einstellungen nur mit entsprechender Bedarfsermittlung und Gegenfinanzierung vorgenommen. Die Bindung des vorhandenen Personals entwickelt sich deshalb zu einer permanenten Aufgabe, um die gewohnt hohe Qualität der Arbeitsleistung für die Kommunen gewährleisten zu können. Gleichzeitig wurden gemeinsam mit dem Freistaat Thüringen die Aufgaben zur Realisierung des Onlinezugangsgesetzes fortgeführt, so dass hier weiterer erheblicher Personalbedarf entsteht, der kurzfristig gedeckt werden muss. Inzwischen hat die KIV 57 Mitarbeiter.

III. Prognosebericht

Die Geschäftsführung erwartet für 2025 einen planmäßigen Geschäftsverlauf.

Bezeichnung	Planansatz 2025 in €	Ergebnis 2024 in €	Planansatz 2024 in €
Erlöse			
Umsatzerlöse	12.100.000,00	20.328.588,72	10.254.000,00
Sonstige betriebliche Erlöse	70.000,00	74.658,05	80.000,00
Zins- und Wertpapiererträge	0,00	6.975,59	0,00
Summe der Erträge	12.170.000,00	20.410.222,36	10.334.000,00
Aufwendungen			
Materialaufwand			
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie bezogene Waren	-4.800.000,00	-10.504.735,12	-3.250.000,00
Aufwendungen für bezogene Leistungen	-1.905.000,00	-3.378.753,75	-1.855.000,00
Personalaufwand			
Löhne und Gehälter	-3.350.000,00	-3.079.036,87	-3.271.000,00
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	-687.000,00	-578.330,97	-704.000,00
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen, Abschreibungen Finanzanlagen	-135.000,00	-52.231,53	-150.000,00
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-882.000,00	-732.510,24	-713.000,00
Zinsaufwendungen/-erträge	0,00	0,00	0,00
Steuern	-206.000,00	-624.766,71	-191.000,00
Summe der Aufwendungen	-11.965.000,00	-18.950.365,19	-10.134.000,00
Ergebnis	205.000,00	1.459.857,17	200.000,00

Der Erfolgsplan wird jeweils auf der Basis der Ergebnisse des laufenden Geschäftsjahres und den voraussichtlichen Veränderungen im Folgejahr sowie unter Berücksichtigung der strategischen Ziele des Unternehmens aufgestellt. Die Planung erfolgt deutlich defensiv. Die gestiegenen Umsatzerlöse sowie das gestiegene Jahresergebnis werden sich aufgrund der Einmaleffekte aus dem Digital Pakt Schulen in 2025 deutlich abschwächen. Demgegenüber werden weitere Neukunden in den Bereichen VOIS, HKR, DMS und ISMS erwartet, so dass die Geschäftsführung weiterhin von einem Wachstum ausgehen kann.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Branchenrisiken

In den vergangenen Jahren kam es zu einer Verschärfung der Konkurrenzsituation auf dem Kommunalmarkt in Thüringen. Erzeugt wird dieser Marktdruck durch gesetzliche Änderungen (u. a. Grundsteuerreform, Gebietsreformen) im kommunalen Sektor. Dieser Entwicklung wird durch eine Steigerung der Mitarbeiteranzahl und Anpassung der innerbetrieblichen Prozesse entgegengewirkt. Die Weltmarktlage hat sich hinsichtlich der Beschaffungsprobleme bei Hardware weiter verschlechtert. Diverse Faktoren haben auf die internationalen Produktionsstandorte und Lieferketten einen negativen Einfluss, der sich in Form von erhöhten Produkt- oder Komponentenpreisen auswirkt. Das Auslaufen

von Bundesförderungen (u. a. DigitalPakt Schule) wird Auswirkungen auf die Beschaffungsebene der Landratsämter haben, sodass in 2025 ein geringerer Auftragseingang erwartet wird. In den letzten Jahren wurden die Ausschreibungen für verschiedene Produktsegmente durchgeführt. Die Laufzeit von ca. 10 Rahmenverträgen (u. a. Monitore, Laptops, Server, Speicherlösungen (Storage), Office-Softwarelösungen) endete Mitte bzw. Ende 2024. Eine realistische Einschätzung der Weltmarktlage kann derzeit nicht vorgelegt werden. Einfluss hat dies aber nur im Bereich der Beschaffung, wo mit steigenden Einkaufspreisen gerechnet werden muss.

Ertragsrisiken

Im 4. Quartal 2023 wurden mehrere technische und organisatorische Maßnahmen (u. a. Arbeitsanweisungen, Zahlungsbedingungen in Verträgen und Angeboten, Grenzwerterkennung im Bankprogramm) eingeführt, um führzeitig Ertragseinbrüche zu erkennen. Die Verkäufe von Hard- und Software unterliegen einem gestiegenen Risiko, da sich die Investitionstätigkeit der Kommunen nur sehr schwer einschätzen lässt. Die Fördermittelpolitik des Freistaates Thüringen wird auch unter der neuen

Regierung weitergeführt, sodass in einigen Bereichen (u. a. Finanzwesen (HKR), eAkte, ISMS) mit einer Fortsetzung und einem anhaltend hohen Auftragseingang zu rechnen ist. Die fristgerechte Abarbeitung wird trotz hochqualifiziertem Personal zunehmend zum Risiko. Die Gewinnung von neuen Mitarbeitern in diesen Bereichen (u.

a. Datenschutz, IT-Sicherheit und Finanzwesen) erhält vor diesem Hintergrund eine strategische Bedeutung, da durch übliche Ausfallzeiten Projektziele und Abrechnungstermine gefährdet sind. Bei den Projektpartnern insbesondere den Thüringer Kommunen sind ähnliche und höhere Ausfallraten bei den Mitarbeitern an der Tagesordnung, so dass sich einzelne Projekte immer wieder verzögern. Die geschilderten Risiken sollen durch Einbeziehung aller Produktbetreuer reduziert werden. Eine qualifizierte Kundenbetreuung und eine Verbesserung der Organisation der Hotline (First- und Second-Level) sowie des Ticketsystems sollen zu einer Verbesserung der Kundenzufriedenheit führen.

finanzwirtschaftliche Risiken

Aufgrund der guten Jahresergebnisse in den vergangenen Jahren ist die Liquidität auf absehbare Zeit gesichert. Es erfolgt eine ständige Kontrolle der Zahlungseingänge und eine pünktliche Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen.

Personalrisiken

Die KIV Thüringen ist bestrebt, einen hohen Anteil an Stammpersonal zu sichern. Für die neu gewonnenen Mitarbeiter wurden überwiegend unbefristete Verträge abgeschlossen. Es ist in der Vergangenheit gelungen, die Arbeitnehmer durch gute Arbeitsbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten an das Unternehmen zu binden. Die KIV Thüringen hat hier eine konsequente familienfreundliche Haltung, die den Mitarbeitern die Möglichkeiten anbietet, die für eine Vereinbarung von Familie und Beruf erforderlich sind. Weiterhin haben alle Mitarbeiter die Möglichkeit, geeignete Weiterbildungsangebote anzunehmen, um sich beruflich weiter zu qualifizieren. Es gibt entsprechende Qualifikationsvereinbarungen, in deren Rahmen die KIV Thüringen auch die Kosten teilweise oder ganz übernimmt. Den künftig erhöhten Personalbedarf versucht die KIV Thüringen durch intensive und externe Personalsuche zu kompensieren.

rechtliche Risiken

Wesentliche rechtliche Risiken bestehen nicht.

technische Risiken

Die technischen Risiken sind vergleichsweise hoch, zumal die KIV ein firmeneigenes Rechenzentrum an zwei Standorten betreibt. Das Rechenzentrum unterliegt einer permanenten versorgungstechnischen, hardwareseitigen und datensicherheitstechnischen Absicherung. Die höchste Priorität hat, dass die

Kunden jederzeit arbeitsfähig sind. Dies wird über Bereitschaftsdienste und Wochenenddienste gewährleistet. Die technische Ausstattung muss dazu jederzeit den aktuellen Anforderungen entsprechen, darüber hinaus sind die Datenbestände gegen Missbrauch und Verlust entsprechend abzusichern. Zur Sicherstellung des hohen Standards wird das Rechenzentrum und die entsprechenden Geschäftsprozesse regelmäßig auditiert. Die aktuelle Zertifizierung wurde Mitte 2024 durchgeführt und diese wurde ohne Nebenabweichungen bestanden. Planmäßig findet in der Jahresmitte 2025 eine Rezertifizierung statt.

2. Chancenbericht

Chancen für das Unternehmen ergeben sich durch eine weitere Marktdurchdringung aufgrund der Zusammenarbeit mit dem Freistaat Thüringen zur Digitalisierung der Verwaltung sowie durch die Erweiterung des Beratungs-, Schulungs- und Consultingangebotes im E-Government-Bereich, bei Datenschutzfragen/Datensicherheitskonzepten und Wirtschaftlichkeitsanalysen sowie Kosten- und Leistungsrechnungen. Es ist vorgesehen, den Web-Shop mit weiteren Produkten und Ausschreibungen zu ergänzen, damit die Gesellschafter ein breites Produktangebot mit einer zügigen Bestellung von Hard- und Software vornehmen können. Durch das erweiterte inhouse-fähige Produktpotfolio besteht auch für die neuen Kunden- und Themenbereiche eine immense Nachfrage. Hier sind explizit die Landratsämter und Schulträger zu nennen. Durch Erweiterung der Softwareprodukte können Umsätze in Themenfeldern mit wenig Marktdurchdringung erzielt werden (z. B. Kindergartenverwaltung, Tourismus/elektronischer Meldeschein). Die im Rechenzentrum der KIV Thüringen bereitgestellten Anwendungen können auch von kleineren bis mittelgroße Verwaltungen ohne großen Investitionsaufwand genutzt werden. Es sind weitere Kommunen für neue Anwendungen im Rechenzentrumsbetrieb (u. a. VDI¹) gewonnen worden.

V. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Finanzmanagementziele bestehen in der Aufrechterhaltung der Liquidität und der Sicherstellung einer ausgewogenen Kapitalstruktur. Hierfür wurden technische und organisatorische Kontrollinstrumente eingeführt, um die Liquidität sicherzustellen. Die Risiken aus Finanzierungsmaßnahmen werden von der Geschäftsführung fortlaufend anhand von Unterlagen aus dem Rechnungswesen und der Liquiditätsplanung überwacht. Die Finanzierungsmaßnahmen umfassen die im üblichen Geschäftsverkehr vorherrschenden Aktivitäten zu marktüblichen Bedingungen. Wesentliche Risiken waren in 2024 nicht erkennbar. Derivative Finanzinstrumente werden nicht eingesetzt.

VI. Bericht über Zweigniederlassungen

Es existieren keine Zweigniederlassungen.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft entspricht den ursprünglich genannten Zielen. Entsprechend dem Unternehmensgegenstand liegt öffentliches Interesse vor.

Haftungsrisiken

Eine unmittelbare Haftung aus eigener Verpflichtung des Landkreises besteht nicht. Für Verbindlichkeiten der Gesellschaft haftet das Gesellschaftsvermögen.

¹ VDI - Virtual Desktop Infrastructure bezeichnet eine Rechenzentrum -Infrastruktur in Unternehmen, bei der komplett Desktop-PCs virtualisiert werden.

ENTWURF

Beteiligungsbericht 2025

gemäß § 75 a ThürKO

**über die unmittelbare Beteiligung an der
KEBT Kommunale Energie
Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG, Erfurt
(KEBT AG)
bzw.
über die unmittelbare Beteiligung am KEBT-Konzern,
der die mittelbare Beteiligung an der
TEAG Thüringer Energie AG enthält,
sowie
die mittelbare Beteiligung an der
Thüringer Glasfasergesellschaft mbH (TGG)**

im Jahr 2024

Inhaltsübersicht:

Vorwort	6
 Unmittelbare Beteiligung an der KEBT AG	
Gegenstand des Unternehmens KEBT AG, Gründungsdatum, aktuelle Satzung und Stammkapital.....	7
Aktionäre der KEBT AG, Beteiligungsanteil, Abschlussprüfer, Organe der Gesellschaft	8
Vergütung der Organe, Gewinnverwendung, Anzahl der Arbeitnehmer, Grundzüge des Geschäftsverlaufes	9
Erfüllung des öffentlichen Zwecks und Beteiligungen der KEBT AG	15
Beteiligungen der KEBT AG	16
Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der KEBT AG	20
 Unmittelbare Beteiligung am KEBT-Konzern	
Gegenstand des Unternehmens, Warum KEBT-Konzern, Konsolidierungskreis	22
Aktionärsstruktur des Konzerns, Stammkapital, Beteiligungsanteil, Abschlussprüfer, Organe des KEBT-Konzerns	23
Vergütung der Organe, Anzahl der Arbeitnehmer, Grundzüge des Geschäftsverlaufes	24
Erfüllung des öffentlichen Zwecks	54
Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns	55
Beteiligungen des Konzerns	56
 Mittelbare Beteiligung an der TEAG Thüringer Energie AG	
Gegenstand des Unternehmens, Aktionäre, Abschlussprüfer, Organe der TEAG	58
Gewinnverwendung, Anzahl der Arbeitnehmer, Grundzüge des Geschäftsverlaufes	60
Erfüllung des öffentlichen Zwecks, Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der TEAG	64
 Mittelbare Beteiligung an der Thüringer Glasfasergesellschaft mbH (TGG)	
Gegenstand des Unternehmens, Kapitalverhältnisse.....	65
Abschlussprüfer, Organe der TGG, Gewinnverwendung, Anzahl der Arbeitnehmer	66
Grundzüge des Geschäftsverlaufes, Erfüllung des öffentlichen Zwecks	67
Erfüllung des öffentlichen Zwecks.....	70
Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der TGG	71

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
Art.	Artikel
Allianz	Allianz Lebensversicherungs-AG, Stuttgart
ARegV	Verordnung über die Anreizregulierung der Energieversorgungsnetze (Anreizregulierungsverordnung)
BEW	Bundesförderung für effiziente Wärmenetze
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BilMoG	Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts (Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz-BilMoG)
BilRUG	Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG)
BKZ/HAK	Baukostenzuschüsse/Hausanschlusskosten
BMWK	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
BNetzA	Bundesnetzagentur
CO2	Kohlenstoffdioxid
CSRD	Corporate Sustainability Reporting Directive
DC	Gleichstrom
DMBiG	Gesetz über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark und die Kapitalneufestsetzung (D-Markbilanzgesetz - DMBiG)
DRS	Deutscher Rechnungslegungsstandard
EBT	earnings before taxes
EBITDA	earnings before interest, taxes, depreciation and amortization
EE	Erneuerbare Energien
EEG	Gesetz für den Ausbau Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz)
EFET	European Federation of Energy Traders
EGHGB	Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch
eness	eness GmbH i. L., München
EU	Europäische Union
encoLine	encoLine GmbH, Gera (in 2018 auf TNK verschmolzen)
EnWG	Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz - EnWG)
ETE	E.ON Thüringer Energie AG
EUGH	Europäischer Gerichtshof
e. V.	eingetragener Verein
EVU	Energieversorgungsunternehmen
FördG	Fördergebietsgesetz
FTTC	Fiber To The Curb
FTTH	Fiber To The Home
GEG	Gebäudeenergiegesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GkSA	Gesellschaft der kommunalen Strom-Aktionäre in Thüringen mbH, Erfurt
gMSB	grundzuständiger Messstellenbetreiber
GNDEW	Gesetz zum Neustart der Digitalisierung der Energiewende
GStB	Gemeinde- und Städtebund Thüringen e. V.
GWh	Gigawattstunde
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
GVT	Gasversorgung Thüringen GmbH

H2	Wasserstoff
HFC	Kabelnetze
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätzgesetz
HKW	Heizkraftwerk
HPC	High Power Charging
HR A bzw. B	Handelsregister Abteilung A bzw. B
HS	Hochspannung
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf
i. H. v.	in Höhe von
iKWK	innovative Kraft-Wärme-Kopplungssysteme
iMSys	intelligente Messsysteme
Innosun	Innosun GmbH, Erfurt
InsO	Insolvenzordnung
i. S. d.	im Sinne der/des
ISMS	Informationssicherheits-Managementsystem
IT	Informationstechnologie
KDGT	Kommunale Dienstleistungs-Gesellschaft Thüringen mbH, Erfurt
KEBT	KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen
	Aktiengesellschaft, Erfurt
KET	Kommunaler Energiezweckverband Thüringen (KET), Erfurt
km	Kilometer
KSG	Bundes-Klimaschutzgesetz
kV	Kilovolt
KWK	Kraft-Wärme-Kopplung
KWP	Kommunale Wärmeplanung
KWSG	Kraftwerkssicherheitsgesetz
LED	Light Emitting Diode
LkSG	Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz
MEV	Markterkundungsverfahren
MHz	Megahertz
Mio	Millionen
mME	moderne Messeinrichtungen
Mrd	Milliarden
MS	Mittelspannung
MSB	Messstellenbetreiber
MsbG	Gesetz über den Messstellenbetrieb und die Datenkommunikation in intelligenten Energienetzen (Messstellenbetriebsgesetz)
MWp	Megawatt Peak
n.F.	neue Fassung
NS	Niederspannung
o. g.	oben genannten
PPA	Power-Purchase-Agreement
PS	Prüfungsstandard des IDW
PtH	Power to Heat
PV	Photovoltaik
SMGw	Smart-Meter-Gateway
T€	Tausend Euro
TEAG	TEAG Thüringer Energie AG, Erfurt
TEN	TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG, Erfurt
TES	TES Thüringer Energie Service GmbH, Jena
TGG	Thüringer Glasfasergesellschaft mbH, Erfurt
THG	Treibhausgase
Thüga	Thüga Aktiengesellschaft, München

ThürKO	Thüringer Kommunalordnung
TKU	Telekommunikationsunternehmen
TMO	TEAG Mobil GmbH, Erfurt
TMWWDG	Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft
TMZ	TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen Service GmbH, Ilmenau
TNK	Thüringer Netkom GmbH, Erfurt
TSO	TEAG Solar GmbH, Erfurt
TRZ	TRZ Thüringer Rechenzentrum GmbH, Erfurt
TWS	TWS Thüringer Wärmeservice GmbH, Rudolstadt
UGS	Untergrundspeicher
ÜNB	Übertragungsnetzbetreiber
VNB	Verteilnetzbetreiber
WPG	Wärmeplanungsgesetz
WKT	Windkraft Thüringen GmbH & Co. KG, Erfurt
wMSB	wettbewerbliche Messstellenbetreiber
z. T.	zum Teil

Vorwort:

Nach der Wiedervereinigung standen den Gemeinden und Städten in den jungen Bundesländern im Grundsatz 49 % der damals vorhandenen Betriebe und Einrichtungen für die Strom- und Gasversorgung zu. Dieser Anspruch wurde in der Folge gemindert durch die Ausgliederung von neu gegründeten Stadtwerken sowie durch Kapitalerhöhungen. Im Freistaat Thüringen sank damit der Anteil der Gemeinden und Städte an dem damaligen regionalen Stromversorger, TEAG Thüringer Energie AG, auf rd. 27 % und an dem damaligen regionalen Gasversorger, Gasversorgung Thüringen GmbH (GVT), auf rd. 10 %.

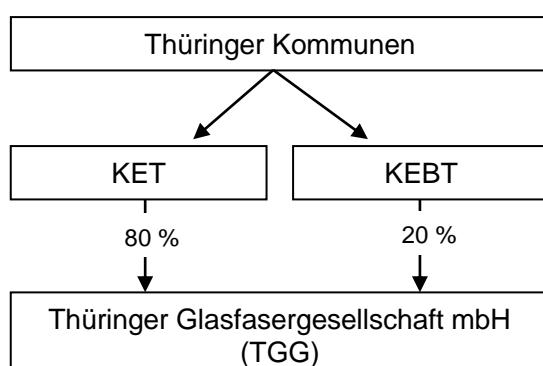
Im Jahr 1999 gelang es der kommunalen Seite, ihre Beteiligungsquote am regionalen Gasversorger GVT auf 49 % anzuheben. Im Jahr 2005 erfolgte die Fusion der TEAG und der GVT zur E.ON Thüringer Energie AG (ETE). Im Zuge dieser Fusion gelang es der kommunalen Seite, ihre Beteiligung am neu geschaffenen regionalen Energieversorgungsunternehmen auf 47 % zu erhöhen. Im kommunalen Energie-Pool, der KEBT Kommunalen Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen Aktiengesellschaft (KEBT AG), haben damals rd. 800 Gemeinden und Städte ihre Beteiligung an der E.ON Thüringer Energie AG gebündelt.

Am 20. November 2012 wurde der Kommunale Energiezweckverband Thüringen (KET) durch die Veröffentlichung der Satzung im Thüringer Staatsanzeiger gegründet. Die grundlegende Aufgabe und somit Gründungszweck des Kommunalen Energiezweckverbandes Thüringen (KET) ist der Erwerb von Anteilen an der TEAG Thüringer Energie AG. Durch diesen Schritt konnte der Anteil der Thüringer Gemeinden und Städte an ihrem Energieversorger auf rund 85 % erhöht werden. Zum Stand 31. Dezember 2024 sind 334 stimmberechtigte Mitglieder im KET vertreten.

Mit dem Beitritt zum KET haben die Kommunen ihre Aktien an der KEBT AG auf den KET übertragen. Der KET vertritt demnach rd. 75 % des Grundkapitals der Kommunalen Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG (KEBT AG).

Gemäß § 75 a der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) hat jede Kommune jährlich zum 30. September einen Beteiligungsbericht über jedes Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an dem sie unmittelbar beteiligt ist, zu erstellen. Aus dieser Vorschrift folgt, dass für die unmittelbare Beteiligung an der KEBT AG ein entsprechender Beteiligungsbericht zu erstellen ist.

Die KEBT AG hat im Jahr 2017 alle vom KET an der TEAG gehaltenen Aktien erworben und hält im Ergebnis nunmehr 82,15 % der Stimmrechte aus Aktien an der TEAG. Damit ist die KEBT AG verpflichtet, nach § 290 HGB einen Konzernabschluss aufzustellen. Weiterhin hält die KEBT AG seit dem Jahr 2022 eine 20%ige Beteiligung an der Thüringer Glasfasergesellschaft Thüringen mbH (TGG).



Die Gemeinde/Stadt hat nunmehr für die Beteiligung an der KEBT AG bzw. am KEBT-Konzern sowie für die mittelbaren Beteiligungen an der TEAG Thüringer Energie AG und der Thüringer Glasfasergesellschaft mbH einen entsprechenden Beteiligungsbericht zu erstellen. Die mittelbare Beteiligung an der TEAG Thüringer Energie AG ist u. a. in den Zahlen des KEBT-Konzerns enthalten. Die TEAG Thüringer Energie AG ist im KEBT-Konzernabschluss voll konsolidiert, wird aber in diesem Beteiligungsbericht auch gesondert dargestellt.

Die Kommunale Dienstleistungs-Gesellschaft Thüringen mbH (KDGT) hat es im Auftrag der KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG (KEBT AG) für das Jahr 2024 übernommen, für die Kommunen mit Aktien an der KEBT AG einen Beteiligungsbericht für die Beteiligung an der KEBT AG zu erstellen. Die im Beteiligungsbericht über die Beteiligung an der KEBT AG aufgeführten Daten sind dem Jahresabschluss der KEBT AG für das Geschäftsjahr 2024 bzw. dem Konzernabschluss der KEBT für das Geschäftsjahr 2024 entnommen. Die Daten über die mittelbaren Beteiligungen an der TEAG Thüringer Energie AG und der Thüringer Glasfasergesellschaft mbH sind den jeweiligen Jahresabschlüssen für das Geschäftsjahr 2024 entnommen.

Zuschüsse und Kapitalentnahmen durch Gemeinde/Stadt

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung der KEBT AG vom 29. August 2024 wurde im Geschäftsjahr 2024 an die Aktionäre eine Dividende in Höhe von 5,05 Euro (brutto) pro dividendenberechtigte Stückaktie der Aktiengattung A ausgezahlt. Dies entspricht für die Gemeinde/Stadt einer Zahlung in Höhe von **[5,05 € x Anzahl der KEBT-Aktien der Gemeinde/Stadt] (brutto)**.

Unmittelbare Beteiligung an der KEBT AG

Gegenstand des Unternehmens KEBT AG:

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Geschäftsanteilen an den Gesellschaften TEAG Thüringer Energie AG (TEAG) und Thüringer Glasfasergesellschaft mbH (TGG) und ggf. ihren jeweiligen Rechtsnachfolgern („Beteiligungsgesellschaften“) und die Wahrnehmung aller Gesellschafterrechte und -pflichten, die sich aus diesen Beteiligungen ergeben sowie alle unmittelbar damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte, insbesondere die Wahrnehmung und Sicherung der kommunal- und gesellschaftsrechtlich zulässigen Interessenvertretung der Aktionäre bei den Beteiligungsgesellschaften. Die Gesellschaft unterstützt ihre Aktionäre insbesondere bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Strom-, Gas- und Breitbandversorgung.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich sind. Sie kann Beteiligungen an anderen Unternehmen erwerben, andere Unternehmen übernehmen und/oder errichten.

Gründungsdatum der Gesellschaft

14. Juli 2005 (durch Umwandlung der KGVT Kommunale Gasversorgungsbeteiligungsgesellschaft Thüringen mbH und Umfirmierung der KGVT Gasversorgungsbeteiligungsgesellschaft Thüringen AG entstanden)

Aktuelle Satzung zum 31. Dezember 2023

In der Fassung vom 14. Juli 2022; eingetragen am 08. August 2022 beim Handelsregister des Amtsgerichts Jena unter der Nummer HR B 113190

Stammkapital

2.670.729,64 Euro, eingeteilt in 2.533.891 Stückaktien (2.022.448 Stückaktien der Aktiengattung A und 511.443 Stückaktien der Aktiengattung B)

**Aktionäre der
KEBT AG zum
31. Dezember 2024**

Aktionäre	Stück	%
Kommunaler Energiezweckverband Thüringen (KET) A-Aktien	1.393.508	54,99
Kommunaler Energiezweckverband Thüringen (KET) B-Aktien	511.443	20,19
Kommunen (Anzahl 241)	357.745	14,12
Kommunale Dienstleistungs-Gesellschaft Thüringen mbH	143.733	5,67
Gemeinde- und Städtebund Thüringen e. V.	429	0,02
Eigene Anteile der KEBT AG	127.033	5,01
Gesamt	2.533.891	100,00

Beteiligungsanteil

Die Gemeinde/Stadt Apolda hat im Jahr 2024 unmittelbar einen Anteil von 0,2041% (5171 KEBT-Aktien) an der KEBT AG gehalten. Die KEBT-Aktien haben zum 31. Dezember 2024 einen Anteil am Grundkapital von 1,05 Euro je Aktie. (siehe Datenblatt)

Abschlussprüfer

Die PWC GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat als Abschlussprüferin den Jahresabschluss und Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2024 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Die Prüfung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses hat sich dabei auch auf die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 Abs. 1 Haushaltsgesetzes erstreckt.

**Organe der
Gesellschaft im
Geschäftsjahr 2024**

Der **Aufsichtsrat** der KEBT AG, der aus sieben Mitgliedern besteht, setzte sich im Geschäftsjahr 2024 wie folgt zusammen:

Vorsitzender:

Herr Sven Gregor, Bürgermeister Eisfeld a. D.
bis 29. August 2024

Frau Franka Hitzing, 1. Beigeordnete Bleicherode
zuvor *stellvertretende Vorsitzende*

Stellvertretender Vorsitzender:

Herr Stephan Klante, Bürgermeister Harztor
ab 29. August 2024

Aufsichtsratsmitglieder:

Herr Olaf Czernomoriez, Gründungs- und Transaktionsberater

Frau Margit Ertmer, Bürgermeisterin Sonnenstein

Herr Dr. Carsten Rieder, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen e. V.

Herr Frank Schmidt, Bürgermeister Auma-Weidatal a. D.
bis 29. August 2024

Herr Christian Seeber, Bürgermeister Grabfeld/Thür.
ab 29. August 2024

Herr Marco Seidel, Bürgermeister Tanna

Dem Vorstand der KEBT AG gehörte im Geschäftsjahr 2024 Herr Stefan Reindl an.

Vergütung der Organe

Die Gesamtvergütung aller Mitglieder des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2024 betrug 5.314,00 € (im Vorjahr: 5.339,00 €).

Auf die Angabe der Vorstandsbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Gewinnverwendung

Die Hauptversammlung der KEBT AG hat am 29. August 2024 beschlossen, aus dem ausgewiesenen Bilanzgewinn in Höhe von 72.551.309,16 Euro eine Bruttodividende in Höhe von 5,05 Euro pro Stückaktie (netto 4,25 Euro), das sind insgesamt 9.571.845,75 Euro (1.895.415 Stückaktien), an die Aktionäre auszuschütten, 30.000.000,00 Euro in andere Gewinnrücklagen einzustellen und den Restbetrag in Höhe von 32.979.463,41 Euro auf neue Rechnung vorzutragen. Die Ausschüttung der Dividende an die Aktionäre ist am 05. September 2024 erfolgt.

Anzahl der Arbeitnehmer

Die KEBT AG beschäftigte im Geschäftsjahr 2024 außer einem Vorstandsmitglied keine Arbeitnehmer. Die Aufgabenerfüllung wurde aufgrund eines Dienstleistungsvertrages durch die Kommunale Dienstleistungs-Gesellschaft Thüringen mbH (KDGT) übernommen. Die KDGT ist eine 100%ige Tochtergesellschaft des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen e. V.

Grundzüge des Geschäftsverlaufes (Auszug aus dem Lagebericht der KEBT AG für das Geschäftsjahr 2024)

„...Die KEBT AG ist zum Bilanzstichtag unverändert mit 82,15 % an der TEAG sowie mit 20 % an der TGG beteiligt.

An der KEBT AG selber sind zum Bilanzstichtag 244 kommunale Aktionäre beteiligt. Der größte Anteilseigner ist hierbei mit rd. 79 % der Stimmrechtsanteile der Kommunale Energiezweckverband Thüringen - KET -, ein Zusammenschluss von wiederum 334 Gemeinden und Städten. Die TEAG ist ein großer Energieversorger in Thüringen und für die zuverlässige und sichere Versorgung von Privat-, Gewerbe-, Industriekunden sowie von öffentlichen Einrichtungen mit Strom, Erdgas, Wärme und weiteren Dienstleistungen verantwortlich. ...

Die KEBT AG bündelt weiterhin die Aktienmehrheit ihrer kommunalen Aktionäre an der TEAG und unterstützt sie bei der Wahrnehmung und Sicherung der kommunal- und gesellschaftsrechtlichen Interessenvertretung. Weiterhin unterstützt die KEBT AG ihre kommunalen Aktionäre insbesondere bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und der Darbietung einer sicheren Energie- und Breitbandversorgung. Hierzu hat sich die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2022 auch an der Thüringer Glasfasergesellschaft mbH beteiligt. Die Gesellschaft ist weiterhin bestrebt, ihre Beteiligung an der TEAG Thüringer Energie AG zu halten und durch die Erzielung von Beteiligungserträgen den Kaufpreis sowie die Gesellschaftereinlage schnellstmöglich zurück zu zahlen. ...

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen haben nur mittelbar über die Beteiligungsgesellschaft TEAG Einfluss auf die Entwicklung der KEBT AG. Die TEAG-Gruppe ist ein integriertes Energieversorgungsunternehmen mit Systemverantwortung in Thüringen und zählt zu den bundesweit größten kommunalen Energieversorgern und Infrastrukturdienstleistern. Das Produkt- und Dienstleistungsangebot deckt die gesamte energiewirtschaftliche Wertschöpfungskette ab: Neben den klassischen Geschäftsfeldern Erzeugung, Netze und Vertrieb arbeitet die TEAG-Gruppe ebenso an der Entwicklung neuer Geschäftsmodelle und der Umsetzung innovativer Produkt- und Dienstleistungsideen, z. B. im Bereich der intelligenten Steuerung der Strom- und Tele-

kommunikationsnetze sowie der Elektromobilität. Die Leistungen werden sowohl auf regulierten als auch auf wettbewerblichen Märkten erbracht.

Mit 2.175 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und mehreren Standorten ist die TEAG-Gruppe flächendeckend im Freistaat Thüringen vertreten. Die dezentrale Struktur spiegelt die breite Verankerung in der Region sowie die Nähe zu den Kunden wider. An der TEAG-Gruppe sind rund 600 Thüringer Kommunen mit insgesamt 84,8 Prozent beteiligt.

Der TEAG-Konzern umfasst neben der TEAG als Mutterunternehmen, insgesamt 63 Beteiligungen an Stadtwerken und anderen Energie- und Dienstleistungsunternehmen.

Die Geschäftsgrundlage des TEAG-Konzerns bilden die „7 Netze“. Dieser integrierte Ansatz umfasst den Ausbau und Betrieb der Netze für Strom, Erdgas, Glasfaser, 450 MHz-Funknetz, Wärme, Straßenbeleuchtung, Elektromobilität sowie Wasser (inkl. Dienstleistungen im Rahmen von Betriebsführungen).

Der Betrieb der Netze erfolgt durch die TEAG-Tochtergesellschaften TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG, Thüringer Netkom GmbH und TWS Thüringer Wärme Service GmbH. Aktuell stehen ein rund 34.000 Kilometer (km) langes Strom- und ein rund 6.000 km langes Erdgasnetz sowie ein rund 7.600 km langes und eigenes bzw. angemietetes Glasfasernetz zur Verfügung. Die Länge des Wärmenetzes beträgt 60 km. Die Netze für Straßenbeleuchtung umfassen rund 7.800 Lichtpunkte in langfristiger Betriebsführung. Im Bereich Elektromobilität stellt die TEAG-Gruppe mit der Ladenetzinfrastruktur mehr als 400 Schnell- und 300 Normalladepunkte zur Verfügung.

Das Geschäftsjahr 2024 wurde von einem schwierigeren konjunkturellen Marktumfeld geprägt. Die deutsche Volkswirtschaft befand sich das zweite Jahr in Folge in einer Rezession. Zahlreiche Branchen standen vor einem grundlegenden Strukturwandel und waren gezwungen, Antworten auf weitreichende Fragen zu finden. Diese betreffen u. a. die Dekarbonisierung und Digitalisierung von Industrie- bzw. Geschäftsprozessen, die Folgen des demografischen Wandels auf dem Arbeitsmarkt sowie die Auswirkungen eines starken internationalen Wettbewerbsumfeldes mit intensiv geführten Preiskämpfen, nicht zuletzt in den Bereichen Elektromobilität und PV. Die Probleme der deutschen Volkswirtschaft und die gedämpften Geschäftserwartungen gingen mit einer steigenden Anzahl von Unternehmensinsolvenzen einher; nicht nur im Mittelstand, sondern auch in Teilbereichen der deutschen Kernindustrie. Die branchenübergreifenden Herausforderungen in zahlreichen volkswirtschaftlichen Handlungsfeldern führten – insbesondere in Verbindung mit innen- und außenpolitischen Unsicherheiten – zu einer insgesamt deutlich geringeren Investitionsbereitschaft vieler Unternehmen. Die Kapital- bzw. Finanzierungskosten von Investitionen bewegten sich auf einem hohen Niveau. Ferner brachten die globalen, geopolitischen Auseinandersetzungen, v. a. im Nahen Osten und der Ukraine, zusätzliches Risikopotential für die stark exportorientierte deutsche Volkswirtschaft.

Die Ampelregierung konnte sich, auch nach intensivem politischen Ringen, nicht auf einen kohärenten wirtschaftspolitischen Handlungsrahmen zur Lösung der makroökonomischen Probleme verständigen. Die Uneinigkeiten mündeten im Bruch der Koalitionsregierung, sodass zum Jahresende wichtige Beschlüsse, u. a. auch zu anstehenden Energiegesetzgebungsverfahren, offen blieben. Die Konjunkturprognosen verschiedener Wirtschaftsforschungsinstitute bestätigen die verhaltenen Erwartungen deutscher Unternehmen und Verbraucher. Das Bundes-

wirtschaftsministerium (BMWK) rechnete zum Jahresende mit einem BIP-Rückgang i. H. v. -0,2 Prozent.

Im Verlauf des aktuellen Berichtszeitraumes nahmen verschiedene nationale und internationale (energie-) politische Unsicherheiten weiter zu. Zum einen wurden auch im aktuellen Geschäftsjahr zahlreiche gesetzliche (Neu-) Regelungen mit z. T. weitreichenden Auswirkungen auf die Geschäftsaktivitäten der TEAG auf den Weg gebracht. Zum anderen konnten zum Jahresende mit dem Bruch der Ampelregierung einige für die Energie-Branche zentrale (energie-) politische Gesetze nicht mehr umgesetzt bzw. verabschiedet werden.

Die KEBT erzielte im Berichtszeitraum ein Jahresüberschuss von TEUR 45.521 Euro (Vorjahr TEUR 40.587). Damit konnte das im letzten Geschäftsjahr gesetzte Ziel, einen Jahresüberschuss zwischen TEUR 36.000 Euro und TEUR 39.000 Euro zu erzielen, deutlich übertroffen werden. Die Aktionäre der TEAG Thüringer Energie AG hatten sich im Geschäftsjahr 2023 dazu entschieden, zur Bewältigung der Energiewende, den erforderlichen Umbau des gesamten Energiesystems hin zu mehr Nachhaltigkeit und zu mehr Energie-Unabhängigkeit auch bei der TEAG als größtem Energieversorger in Thüringen zu unterstützen. Damit die TEAG ihre satzungsgemäßen Aufgaben nachhaltig erfüllen kann, sind umfangreiche Investitionen insbesondere in die Versorgungsnetze vonnöten. Der prognostizierte Cash-Flow und die Innenfinanzierungskraft der TEAG aus dem eingeschwungenen Geschäft reichen nicht aus, um die Investitionen zu bewältigen. Dies kann nur mit der Zuführung von neuem Kapital gelingen, daher ist für diese Investitionen die Aufnahme weiterer Darlehen vonnöten. Dies erfordert bzw. erforderte allerdings eine Stärkung der Eigenkapitalbasis der TEAG – weil dies von Darlehensgebern erwartet wird und damit die TEAG auch zukünftig ausgewogene Finanzierungsverhältnisse sowie Finanzkennzahlen vorweisen kann. Daher haben sich die Aktionäre bereit erklärt, die Eigenkapitalbasis der TEAG im Jahr 2023 durch eine Einlage in Höhe von insgesamt TEUR 200.000 (Anteil KEBT: TEUR 164.309) zu stärken. Diese Investition der Aktionäre hat die Aufnahme weiteren Fremdkapitals zur Finanzierung der notwendigen Investitionen ermöglicht. Hierdurch sichert die Einlage nicht nur die Zukunftsfähigkeit der TEAG, sie stärkt langfristig auch die Ertragskraft des Unternehmens. Für die an der TEAG gehaltene Beteiligung hat die Gesellschaft auch im Berichtszeitraum wieder eine Gewinnausschüttung erhalten.

Für diese Beteiligung an der TEAG Thüringer Energie AG in Höhe von rd. 82,15 % hat die Gesellschaft eine im Vergleich zu den Vorjahren erhöhte Gewinnausschüttung in Höhe von TEUR 55.907 (Vorjahr TEUR 48.615) erzielen können. An die kommunalen Aktionäre wurde wie schon in den Vorjahren eine Dividende in Höhe von brutto 5,05 € / KEBT-Aktie (in Summe € 9.571.845,75) ausgezahlt. Im Jahr 2024 hat sich eine Kommune entschieden, ihre KEBT-Aktien auch in den Kommunalen Energiezweckverband Thüringen einzulegen, daher hat sich die Anzahl der kommunalen Anteilseigner bis zum Bilanzstichtag auf 244 Aktionäre verringert.

Die unverändert positive Ertragslage führte im Geschäftsjahr 2024 zu einem Jahresüberschuss von T€ 45.521 (Vorjahr: T€ 40.587). Bedingt durch den Unternehmenszweck ist der Jahresüberschuss wieder im Wesentlichen durch die erfolgte Dividendenausschüttung für 82,15 % der Anteile am Grundkapital der TEAG (T€ 55.907, Vorjahr T€ 48.615) entstanden. Haupteinflussfaktor auf die Ertragslage waren erneut die insbesondere im Rahmen der gewährten Gesellschafterdarlehen zu zahlenden Zinsen (T€ 10.000, Vorjahr T€ 7.854). Die Ertragslage der Gesellschaft ist insgesamt als sehr gut zu beurteilen.

Vermögensstruktur	31.12.2024	31.12.2023	Verände-
			rung
	in T€	in T€	in T€
Langfristige Investitionen	738.420	737.420	1.000
Kurzfristiges Vermögen	8.905	4.250	4.655
Gesamtvermögen	747.324	741.670	5.654
Kapitalstruktur	31.12.2024	31.12.2023	Verände-
			rung
Eigenkapital	390.788	354.839	35.949
Langfristiges Fremdkapital	323.474	355.330	-31.856
Kurzfristige Fremdkapital	33.062	31.500	1.562
Gesamtkapital	747.324	741.670	5.654

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 5.655 auf T€ 747.325 (Vorjahr: T€ 741.670) erhöht, dies bedingt sich im Wesentlichen durch die Erhöhung des Anlagevermögens (Finanzanlagen) und die Zunahme der liquiden Mittel. Passivisch bedingt sich diese Veränderung der Bilanzsumme primär durch die Erhöhung des Eigenkapitals (T€ 390.788, Vorjahr T€ 354.839), gegenläufig wirkte sich die planmäßige Tilgung des Gesellschafterdarlehens (T€ 31.411) aus.

Die langfristigen Investitionen haben sich im Berichtszeitraum bedingt durch die anteilige (20 %) Erhöhung der Kapitalrücklage der Thüringer Glasfasergesellschaft (T€ 1.000) erhöht. Das im Vorjahr neu beim KET aufgenommene Gesellschafterdarlehen hat zum Bilanzstichtag noch eine Verbindlichkeit in Höhe von T€ 164.000. Die Aufnahme des Gesellschafterdarlehens diente der KEBT AG zur Umsetzung der anteiligen Eigenkapitalstärkung der TEAG, was wiederum im Vorjahr zu einer deutlichen Erhöhung der langfristigen Investitionen geführt hat.

Das an die TEAG ausgereichte Darlehen hat eine Gesamtlaufzeit bis zum Jahr 2029 und zum Bilanzstichtag noch eine Verbindlichkeit in Höhe von T€ 7.000. Die Vergabe dieses Darlehens erfolgte im Jahr 2021 insbesondere vor dem Hintergrund der Vermeidung von Verwahrentgelt. Das kurzfristige Vermögen erhöhte sich um T€ 4.554 im Bereich der flüssigen Mittel auf T€ 8.797 (Vorjahr: T€ 4.243).

Das Eigenkapital der Gesellschaft erhöhte sich im Berichtszeitraum durch den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres (T€ 45.521) auf T€ 390.788. Die Ausschüttung an die kommunalen Aktionäre (T€ 9.572) ist darin enthalten. Das langfristige Fremdkapital verringerte sich durch die planmäßige Tilgung (T€ 31.411) des durch den Gesellschafter KET gestundeten Kaufpreises für die TEAG-Aktien auf T€ 323.475. Das kurzfristige Fremdkapital erhöhte sich um T€ 1.561. Ursächlich hierfür ist, dass für das kommende Geschäftsjahr die Tilgungsleistung leicht steigt. Die Eigenkapitalquote zum 31. Dezember 2024 beträgt 52,29 % (Vorjahr 47,84 %). Zum Bilanzstichtag sind die langfristigen Investitionen (T€ 738.419) mit Eigenkapital (T€ 390.788) sowie lang- und kurzfristigen Verbindlichkeiten (T€ 356.334) finanziert. Darüber hinaus verbleibt eine Kapitalreserve von T€ 8.703. Die Vermögenslage der KEBT AG ist ebenfalls als gut zu beurteilen.

Die Finanzlage der Gesellschaft ist wie schon im Vorjahr im Wesentlichen gekennzeichnet durch die Einzahlungen der Beteiligungserträge in Höhe von T€ 55.907 sowie Auszahlungen in Höhe von T€ 41.412 im Rahmen der Zins- und Tilgungsleistungen der Gesellschafterdarlehen, die sich wie folgt entwickelt haben:

Darlehnssumme 31.12.2023	Neu-				Restbetrag zum 31.12.2024	
	Aufnahme	Tilgung	Zins	Kapitaldienst		
	€	€	€	€	€	€
222.741.614,88	0,00	31.411.522,73	4.588.477,27	36.000.000,00	191.330.092,15	
164.000.000,00	0,00	0,00	5.412.000,00	5.412.000,00	164.000.000,00	

Weiterhin erfolgten im Geschäftsjahr Auszahlungen für Dividenden an die kommunalen Anteilseigner in Höhe von T€ 9.572 und Steuerverpflichtungen in Höhe von T€ 590. Der Finanzmittelfonds (flüssige Mittel) umfasste zum 31. Dezember 2024 T€ 8.797 (Vorjahr T€ 4.243). Die Erhöhung der flüssigen Mittel ist insbesondere bedingt durch die um 3 Euro je Aktie höhere Gewinnausschüttung der TEAG (T€ 55.907, Vorjahr T€ 48.615). Die Zahlungsfähigkeit war im Berichtsjahr und ist ebenfalls zum Prüfungszeitpunkt gegeben. Sie ist auch für die überschaubare Zukunft gewährleistet. Die KEBT AG verfügt über eine geordnete Finanzlage. Die Zahlungsfähigkeit war im Berichtsjahr und ist ebenfalls zum Prüfungszeitpunkt gegeben. Sie ist auch für die überschaubare Zukunft gewährleistet. Die KEBT AG verfügt über eine geordnete Finanzlage.

Wichtigster Leistungsindikator der Gesellschaft ist weiterhin das Jahresergebnis, das aufgrund des Tätigkeitsbereichs der Gesellschaft im Wesentlichen von den Beteiligungserträgen geprägt ist. Das Finzergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr auf T€ 46.507 (Vorjahr T€ 41.500) verbessert, dies resultiert vor allem aus den gestiegenen Beteiligungserträgen, entgegengewirkt haben die gestiegenen Zinsaufwendungen (T€ 10.000, Vorjahr T€ 7.854). Im Berichtszeitraum konnte im Vergleich zum Vorjahr ein verbessertes Jahresergebnis (T€ 45.521, Vorjahr 40.587) erzielt werden, dieses Jahresergebnis liegt damit deutlich über dem prognostizierten Rahmen. ...

Das Ergebnis der Gesellschaft hängt weiterhin nahezu ausschließlich von der Gewinnausschüttung der TEAG ab. Für das laufende Geschäftsjahr geht der Vorstand trotz der anhaltenden Herausforderungen von einer Dividende in Höhe von 20 € / TEAG-Aktie aus. Dieser Betrag wird der Gesellschaft voraussichtlich im Juni 2025 ausgezahlt. Der wirtschaftliche Erfolg der TEAG ist der Garant für die Einnahmen aus Dividenden. Trotz eines herausfordernden Geschäftsjahrs 2024 hat die TEAG ihr gesetztes Ergebnisziel verbessern können.

Der Geschäfts- und Versorgungsauftrag der TEAG-Unternehmensgruppe wird in den kommenden Jahren weiterhin von der Umsetzung der energiewendebedingten Transformationsaufgaben geprägt sein. Die zurückliegenden Geschäftsjahre haben gezeigt, dass die Energiewirtschaft in Deutschland und Europa in der Lage ist, mit tiefgreifenden Veränderungen umzugehen, und auch für komplexe marktliche Herausforderungen geeignete Lösungen zu finden. Den energiewendebedingten Systemumbau wird die TEAG auch im kommenden Berichtszeitraum weiter vorantreiben. In Thüringen bestehen für den anstehenden Wandel geeignete Voraussetzungen. Gemeinsam mit den kommunalen Anteilseignern, Branchenpartnern und Kunden will die TEAG-Unternehmensgruppe die vorhandenen Potenziale zielgerichtet und konsequent nutzen, zugleich aber auch mögliche (wirtschafts-) politische und regulatorische Handlungsbedarfe adressieren.

Der wirtschaftliche Erfolg der TEAG-Unternehmensgruppe ist auch Ergebnis eines breiten, geschäftsfeldübergreifenden Wertschöpfungsansatzes. Dieser deckt die gesamten energiewirtschaftlichen Wertschöpfungsstufen – vom Energieeinkauf und -handel, über die -erzeugung bis hin zu den Netzen und dem Energievertrieb – ab. Die Realisierung geschäftsfeldübergreifender Synergien im Bereich der EE gehört dabei zum festen Bestandteil des Unternehmensportfolios.

Die erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung der politischen Energiewendeziele gehen mit einem erheblichen Investitionsbedarf einher. Die Haupttreiber der Investitionen liegen in der angestrebten Wärme- und Verkehrswende und führen in der TEAG-Unternehmensgruppe immer mehr zur geschäftsfeldübergreifenden (Projekt-)Vernetzung; von der Energieerzeugung, über den Netzaus- und -umbau bis hin zur digitalen Steuerung der Infrastrukturen und der Umsetzung von IT-Großprojekten. Neuere Geschäftsfelder, wie etwa der Glasfaserausbau, das PV-Geschäft und die Elektromobilität, diversifizieren das Unternehmensportfolio.

Zur Realisierung der Transformationsprojekte hat die TEAG-Gruppe einen verlässlichen, energiewirtschaftlichen Kompass entwickelt, der auf dem Fundament der „7 Netze“-Strategie beruht. Im Berichtszeitraum hat die TEAG-Gruppe zudem ein umfassendes Investitionsprogramm beschlossen, das im kommenden Jahr fortgeschrieben wird. Die Finanzierung der Investitionen erfolgt auf der Grundlage einer umfassenden Eigen- bzw. Fremdkapitalerhöhung. Hierzu wurden im aktuellen Berichtszeitraum die notwendigen Darlehensverträge abgeschlossen. Im Geschäftsjahr 2025 ist eine weitere Eigenkapitalerhöhung durch die Anteilseigner geplant. Im Hinblick auf die politischen Rahmenbedingungen spielt, neben den Neuwahlen der Bundesregierung bzw. der Koalitionsbildung im Frühjahr 2025, auch die energiepolitische Ausrichtung der neuen Landesregierung in Thüringen eine wesentliche Rolle für eine erfolgreiche Geschäftsentwicklung. Hierzu wird ein stabiler, langfristig angelegter ordnungspolitischer Rahmen benötigt, der positive Anreize setzt, um die vorhandenen technischen, marktlichen und nachhaltigen Lösungsansätze weiterzuentwickeln. Darauf aufbauend geht die TEAG-Gruppe von einer langfristig positiven Prognose der Geschäftsfelder aus. Im Geschäftsjahr 2025 wird die TEAG-Gruppe die Entwicklung und Umsetzung innovativer, klimafreundlicher und -neutraler Energielösungen fortsetzen – und einen Beitrag zu einem sicheren, stabilen und verlässlichen Energiesystem in Thüringen leisten.

Im kommenden Jahr rechnet die TEAG-Gruppe mit einem EBITDA i. H. v. 230 bis 250 Mio. € und einem EBT i. H. v. 85 bis 105 Mio. €. Der Konzernjahresüberschuss wird im kommenden Geschäftsjahr voraussichtlich einen Wert zwischen 65 und 75 Mio. € erreichen. Für das Jahr 2025 sind in der TEAG-Gruppe Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen i. H. v. insgesamt rund 350 Mio. € vorgesehen; das Investitionsvolumen wird – vor dem Hintergrund der anstehenden, klimawendebedingten Transformationsleistungen – in den Folgejahren auf einem hohen Niveau gehalten. Der Großteil der Investitionen wird in den Aus- und Umbau der „7 Netze“ fließen, mit Investitionsschwerpunkten in den Bereichen Strom- und Glasfasernetze, grüne Wärmeversorgung, Elektromobilität und Digitalisierung. Wesentliche Investitionstreiber sind die Energie- bzw. Wärme- und Verkehrswende mit dem Um-, Aus- und auch Neubau entsprechender Infrastruktur.

Im Geschäftsjahr 2025 wird für den Einzelabschluss der TEAG AG ein EBITDA zwischen 190 Mio. € und 210 Mio. €, ein EBT zwischen 90 Mio. € und 105 Mio. € sowie ein Jahresüberschuss zwischen 65 Mio. € und 75

Mio. € erwartet. Bei den Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen plant die TEAG ein Volumen i. H. v. 200 Mio. €. In welchem Umfang es zu Abweichungen von der Planung kommen wird, hängt stark vom weiteren Verlauf der Energiemarktkrise und der Entwicklung der globalen Handels- bzw. Lieferketten ab. Planerische Unsicherheiten ergeben sich insbesondere auch durch die anhaltende Preisdynamik an den Beschaffungsmärkten.

Da das Ergebnis der KEBT AG, als reine Beteiligungsgesellschaft, fast ausschließlich von der Gewinnausschüttung der TEAG abhängig ist, hängen auch hier die möglichen Abweichungen im Vergleich zum Planansatz von den Entwicklungen der weltpolitischen und der energiewirtschaftlichen Lage ab. Durch die Prognose beziehungsweise Risiko-einschätzung der TEAG kann auch die KEBT AG im laufenden Geschäftsjahr, wie schon im Berichtsjahr, aus heutiger Sicht einen nahezu konstanten Jahresüberschuss zwischen 30 und 37 Mio. € erwarten.

Damit dieser insbesondere durch die Gewinnausschüttung generierte Jahresüberschuss auch zukünftig in vergleichbarer Höhe erreicht werden kann, muss sich auch die TEAG der Bewältigung der aktuellen Energiekrise, der Energiewende und dem in diesem Zusammenhang erforderlichen Umbau des gesamten deutschen Energiesystems hin zu mehr Nachhaltigkeit und zu mehr Energie-Unabhängigkeit stellen. Die TEAG als größter Energieversorger in Thüringen steht bei diesem Umbau in vielfacher Weise in der Pflicht. Damit die TEAG ihre satzungsgemäßen Aufgaben nachhaltig erfüllen kann, sind umfangreiche Investitionen nicht nur in die Versorgungsnetze, sondern in praktisch alle Geschäftsfelder vonnöten. In Summe belaufen sich diese Investitionen nach derzeitiger Planung im Zeitraum 2023 bis 2028 auf ca. 2 Milliarden Euro. Die jährlichen Investitionsbedarfe entsprechen damit in etwa einer Verdopplung des Niveaus der letzten Geschäftsjahre. Diese Investitionen kann die TEAG nicht alleine aus ihrer Innenfinanzierungskraft bewältigen, daher ist für die Umsetzung der Investitionen die Aufnahme von Darlehen geplant. Die erforderliche Höhe der Darlehensaufnahmen kann nur mit Zuführung von neuem Eigenkapital gestemmt werden. Die Aktionäre der TEAG sind bereit, neben der bereits im Jahr 2023 umgesetzten Stärkung der Eigenkapitalbasis der TEAG auch im Geschäftsjahr 2025 eine erneute Eigenkapitalstärkung vorzunehmen, da der wirtschaftliche Erfolg der TEAG der Garant für die Einnahmen aus Dividenden darstellt. Die KEBT AG wird hierfür ein weiteres Gesellschafterdarlehen beim Kommunalen Energiezweckverband Thüringen (KET) aufnehmen, um ihren prozentualen Beitrag zur Eigenkapitalstärkung der TEAG beitragen zu können.

...“

Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Die Aufgabe einer ordentlichen und gesicherten Energieversorgung fällt als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in den gemäß Artikel 28 Absatz 2 Grundgesetz und über § 2 Absatz 2 der Thüringer Kommunalordnung verfassungsrechtlich gewährleisteten Aufgabenbestand der Gemeinden und Städte. Die Energieversorgung ist damit in erster Linie eine am Gemeinwohl orientierte öffentliche Aufgabe, die in der Gewährleistung einer für alle Bürger lebensnotwendigen Versorgungsstruktur besteht. Dabei werden von den Kommunen auch verbraucher- und umweltschützende Maßgaben mitberücksichtigt.

Gemeinden und Städte sind demnach verpflichtet, die Versorgung ihrer Gemeindegebiete mit Strom, Gas, Wärme und Breitband zu regeln. Aufgrund der in der Thüringer Kommunalordnung eingeräumten Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten hat die Gemeinde bzw. Stadt dabei einen Entscheidungsspielraum, ob sie die Versorgung mit Strom, Gas, Wärme und Breitband über ein eigenes kommunales Unternehmen oder über ein regionales Energieversorgungsunternehmen sichert.

Zahlreiche Kommunen im Freistaat Thüringen haben sich bei der Versorgung mit Strom, Gas, Wärme und Breitband für die Versorgung durch ein regionales Energieversorgungsunternehmen, die TEAG Thüringer Energie AG, Erfurt, entschieden.

Unternehmenszweck der KEBT AG ist unter anderem der Erwerb und die Verwaltung von Aktien an der TEAG Thüringer Energie AG und damit wird der Zweck, die Versorgung der Bevölkerung, der öffentlichen Einrichtungen, von Industrie und Gewerbe mit Strom, Gas, Wärme und Breitband einschließlich der Errichtung und Unterhaltung aller hierzu erforderlichen Versorgungsanlagen erfüllt. Diese mittelbare Beteiligung an der TEAG Thüringer Energie AG sichert den Gemeinden und Städten ein Mitgestaltungsrecht in Bezug auf die weitere Unternehmensentwicklung.

Weiterhin unterstützt die KEBT AG durch ihre Beteiligung an der Thüringer Glasfasergesellschaft mbH ihre kommunalen Aktionäre bei der Umsetzung des geförderten Breitbandausbaus und somit beim Auf- und Ausbau eines leistungs- und zukunftsfähigen Breitbandnetzes.

Beteiligungen der KEBT AG

Anteilsbesitz (Beteiligungsliste)

unmittelbarer Anteilsbesitz

Name und Sitz des Unternehmens	Höhe des Anteils am Kapital [in %]	Geschäfts-jahr	Eigen-kapital [in T€]	Ergebnis [in T€]
TEAG Thüringer Energie AG, Erfurt	82,15	2024	718.078	77.323
TGG Thüringer Glasfasergesellschaft mbH	20,00	2024	8.989	-282

mittelbarer Anteilsbesitz

Name und Sitz des Unternehmens	Höhe des Anteils am Kapital [in %]	Geschäfts-jahr	Eigen-kapital [in T€]	Ergebnis [in T€]
1. Stadtwerke				
Energieversorgung Apolda GmbH, Apolda	49,00	2023	11.146	3.327 ¹⁾
Stadtwerke Arnstadt GmbH, Arnstadt	44,00	2023	15.711	5.473 ¹⁾

Name und Sitz des Unternehmens	Höhe des Anteils am Kapital [in %]	Geschäfts-jahr	Eigen-kapital [in T€]	Ergebnis [in T€]
Stadtwerke Bad Langensalza GmbH, Bad Langensalza	40,00	2023	6.580	3.803 ¹⁾
Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH (EVB), Eisenach	25,10	2023	13.243	3.855 ¹⁾
Stadtwerke Eisenberg Energie GmbH, Eisenberg	49,00	2023	1.350	1.124 ¹⁾
Netzgesellschaft Eisenberg mbH, Eisenberg	49,00	2023	3.928	492 ¹⁾
SWE Energie GmbH, Erfurt	29,00	2023	40.902	18.976 ¹⁾
SWE Netz GmbH, Erfurt	29,00	2023	50.745	5.573 ¹⁾
Gothaer Stadtwerke ENERGIE GmbH, Gotha ²⁾	30,00	2023	26.641	12.777 ¹⁾
Energieversorgung Greiz GmbH, Greiz	49,00	2023	11.914	2.415
Energieversorgung Inselsberg GmbH, Waltershausen	34,00	2023	11.935	2.803 ³⁾
Stadtwerke Leinefelde-Worbis GmbH, Leinefelde-Worbis	49,00	2023	4.360	689
Stadtwerke Mühlhausen GmbH, Mühlhausen	23,90	2023	17.144	9.142 ¹⁾
Stadtwerke Neustadt an der Orla GmbH, Neustadt an der Orla ⁴⁾	40,00	2023	9.447	1.119
Energieversorgung Nordhausen GmbH, Nordhausen	40,00	2023	16.568	13.120 ¹⁾
Energieversorgung Rudolstadt GmbH, Rudolstadt	23,90	2023	11.359	2.484
Stadtwerke Sondershausen GmbH, Sondershausen	23,90	2022/23	16.109	2.100
Stadtwerke Stadtroda GmbH, Stadtroda	24,90	2023	5.925	612
Stadtwerke Suhl/Zella-Mehlis GmbH, Suhl	44,42	2023	16.291	7.898 ¹⁾
Stadtwerke Weimar Stadtversorgungs-GmbH, Weimar	49,00	2023	22.107	5.654 ¹⁾
Energiewerke Zeulenroda GmbH, Zeulenroda-Triebes	74,00	2023	3.309	-1.502

Name und Sitz des Unternehmens	Höhe des Anteils am Kapital [in %]	Geschäfts- jahr	Eigenkapital [in T€]	Ergebnis [in T€]
2. Sonstige Beteiligungen				
EGB Thüringer Erdgasnetz-Beteiligungs GmbH & Co. KG, Erfurt	100,00	2023	10	0 ⁸⁾
EGB Thüringer Erdgasnetz-Beteiligungsverwaltungs GmbH, Erfurt	100,00	2023	47	2
eness GmbH i. L., München	100,00	2024 ⁹⁾	5.000	0
FBB Fernwärme Bad Blankenburg GmbH, Bad Blankenburg	74,00	2023	233	22
Ingenieurbüro Pieger – Wehner GmbH Planungsgruppe in Thüringen, Neustadt an der Orla	100	2023	203	-31
Innosun GmbH, Sömmerda	50,10	2023	2.031	129
Innosun Service GmbH, Sömmerda	50,00	2023	190	25
KEYWEB AG, Erfurt	49,00	2023	1.550	314
MOT Meßgeräte und Armaturen GmbH, Ilmenau	100,00	2023	898	216
Neue Energien Bad Salzungen GmbH, Bad Salzungen	40,00	2023	959	57
NGA Netzgesellschaft Altenburger Land mbH, Erfurt	100,00	2023	25	0 ⁸⁾
NG Netzgesellschaft Schmalkalden GmbH & Co. KG, Schmalkalden	74,90	2023	4.674	224
NG Netzgesellschaft Schmalkalden Verwaltungs- GmbH, Schmalkalden	74,90	2023	25	0
Solarpark Ohrdruf GmbH, Ohrdruf	30,00	2023	11	-5
TEAG Mobil GmbH, Erfurt	100,00	2023	5.800	0 ⁸⁾
TEAG Solar GmbH, Erfurt ⁹⁾	100,00	2023	8.810	-801
TEAG Solar 1. Projekt GmbH, Erfurt ¹⁰⁾	100,00	2023	26	0 ⁸⁾

Name und Sitz des Unternehmens	Höhe des Anteils am Kapital [in %]	Geschäfts-jahr	Eigenkapital [in T€]	Ergebnis [in T€]
TEAG Wasser GmbH, Erfurt	100,00	2023	100	0 ⁸⁾
TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG, Erfurt	100,00	2023	84.663	0 ⁷⁾
TEN Thüringer Energienetze Geschäftsführungs-GmbH, Erfurt	100,00	2023	39	1
TEP Thüringer Energie Speicher-gesellschaft mbH, Erfurt	100,00	2023	199	13
TES Thüringer Energie Service GmbH, Jena	100,00	2023	1.676	195
Thüringer Netkom GmbH, Erfurt	100,00	2023	39.647	2.897
TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen GmbH & Co. KG, Erfurt	30,00	2023	622	-17
TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen Service GmbH, Ilmenau	74,90	2023	3.701	90
TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen Geschäftsführungs GmbH, Erfurt	30,00	2023	37	1
TRZ Thüringer Rechenzentrum GmbH, Erfurt	50,00	2023	6.904	382
TWS Thüringer Wärme Service GmbH, Rudolstadt	100,00	2023	16.044	4.410
TEAG Thüringer Energie Siebzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH, Erfurt	100,00	2023	25	0 ⁸⁾
TEAG Thüringer Energie Achtzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH, Erfurt	100,00	2023	25	0 ⁸⁾
TEAG Thüringer Energie Neunzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH, Erfurt	100,00	2023	25	0 ⁸⁾
TEAG Thüringer Energie Zwanzigste Vermögensverwaltungs-GmbH, Erfurt	100,00	2023	25	0 ⁸⁾
TEAG Thüringer Energie Einundzwanzigste Vermögensverwaltungs-GmbH, Erfurt	100,00	2023	25	0 ⁸⁾
Wärmegesellschaft Bad Lobenstein mbH, Erfurt	49,90	2023	94	62
WGS - Wärmegesellschaft mbH Saalfeld, Saalfeld/Saale	24,00	2023	1.669	452
Wärmeversorgung Sollstedt GmbH, Sollstedt	49,00	2022/23	971	35

- 1) Ergebnis vor Ergebnisabführung
- 2) ehemals: Stadtwerke Gotha GmbH (Eintragung der Umfirmierung im Handelsregister am 23.12.2024)
- 3) Kauf von Geschäftsanteilen (Kauf- und Abtretungsvertrag vom 04.11.2024)
- 4) Kauf von Geschäftsanteilen (Kauf- und Abtretungsvertrag vom 19.06.2024)
- 5) Kauf von Geschäftsanteilen (Kauf- und Abtretungsvertrag vom 14.03.2024)
- 6) Kauf von Geschäftsanteilen (Kauf- und Abtretungsvertrag vom 21.04.2024)
- 7) Ergebnisabführungsvertrag mit TEAG Thüringer Energie AG
- 8) Verlustübernahme durch die TEAG Thüringer Energie AG
- 9) Eigenkapital bzw. Bilanzgewinn lt. vorläufigem Jahresabschluss
- 10) Geschäftsführungsgesellschaften innerhalb der jeweiligen Einheits-KG

Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der KEBT AG

Auszug aus der **Bilanz** des Prüfberichtes zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024:

	Angaben in €	31.12.2024	31.12.2023
Aktiva			
Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände			
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte			
und ähnliche Rechte			
Finanzanlagen			
Anteile an verbundenen Unternehmen	1		
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	729.418.103	729.418.103	
Beteiligungen	7.000.000	7.000.000	
	<u>2.001.391</u>	<u>1.001.392</u>	
	738.419.495	737.419.496	
Umlaufvermögen			
Sonstige Vermögensgegenstände	107.383		7.000
Guthaben bei Kreditinstituten	<u>8.797.493</u>	<u>4.243.277</u>	
	<u>8.904.876</u>	<u>4.250.277</u>	
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	
Bilanzsumme Aktiva	747.324.371	741.669.773	
Passiva			
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	2.543.697	2.543.697	
Kapitalrücklage	109.744.201	109.744.201	
Andere Gewinnrücklagen	200.000.000	170.000.000	
Bilanzgewinn/-verlust	<u>78.500.459</u>	<u>72.551.309</u>	
	<u>390.788.357</u>	<u>354.839.207</u>	
Rückstellungen	202.223	85.538	
Verbindlichkeiten	356.333.791	386.745.028	
Bilanzsumme Passiva	747.324.371	741.669.773	

Auszug aus der **Gewinn- und Verlustrechnung** des Prüfberichtes zum Jahresabschluss vom 01. Januar 2024 bis 31. Dezember 2024:

	Angaben in €	31.12.2024	31.12.2023
Sonstige betriebliche Erträge	2.969	84	
Personalaufwand	45.305	47.434	
Sonstige betriebliche Aufwendungen	353.929	361.046	
Erträge aus Beteiligungen	55.907.457	48.615.180	
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	7.117	10.140	
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	593.279	728.620	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	10.000.477	7.853.610	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	590.115	504.799	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	45.520.996	40.587.135	
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	32.979.463	31.964.174	
Bilanzgewinn	78.500.459	72.551.309	

Unmittelbare Beteiligung am KEBT-Konzern

(im KEBT-Konzern ist die u. a. mittelbare Beteiligung an der TEAG Thüringer Energie AG enthalten)

Gegenstand des Unternehmens KEBT

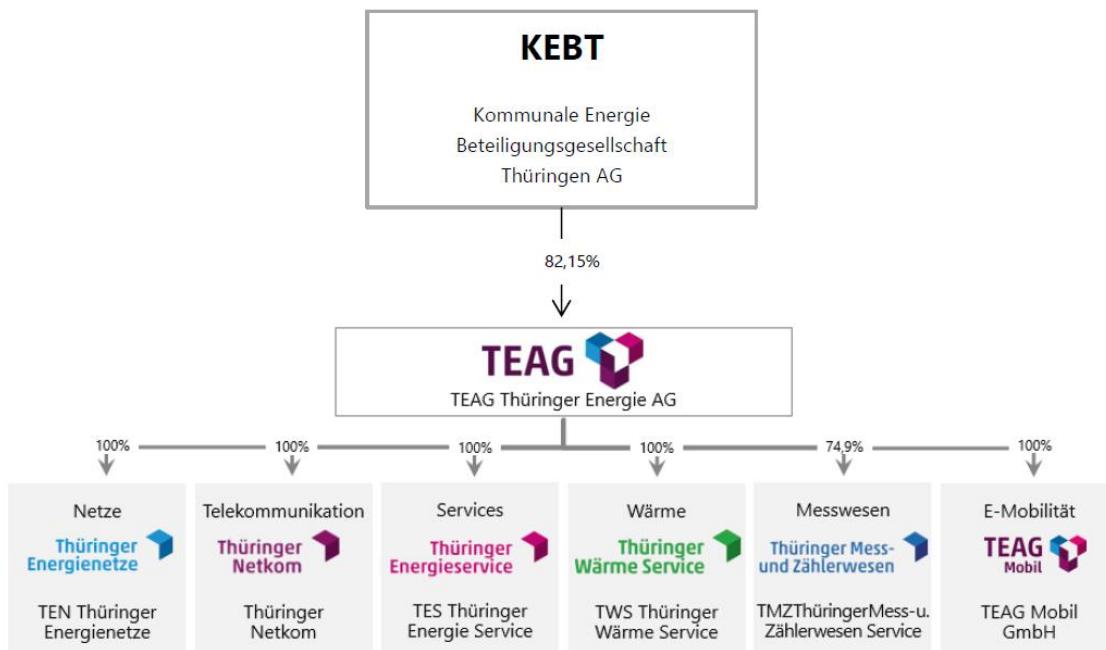
Der Gegenstand der KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen Aktiengesellschaft, Erfurt (KEBT), ist der Erwerb und die Verwaltung von Geschäftsanteilen an den Gesellschaften TEAG Thüringer Energie AG (TEAG) und Thüringer Glasfasergesellschaft mbH, Erfurt (TGG), incl. der Wahrnehmung aller Gesellschafterrechte und -pflichten, die sich aus diesen Beteiligungen ergeben. Die KEBT unterstützt ihre Aktionäre insbesondere bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge sowie der Darbietung einer sicheren und preiswerten Strom-, Gas- und Breitbandversorgung. Hauptaktionär der KEBT ist der Kommunale Energiezweckverband Thüringen, Erfurt (KET), dessen Geschäftszweck der Erwerb, der Besitz und die Verwaltung von Geschäftsanteilen an der TEAG und der KEBT ist.

Warum KEBT-Konzern

Zum Stichtag 31. Dezember 2024 hält die KEBT AG 82,15 % der Stimmrechte aus Aktien an der TEAG. Damit ist die KEBT AG verpflichtet, nach § 290 HGB einen Konzernabschluss aufzustellen.

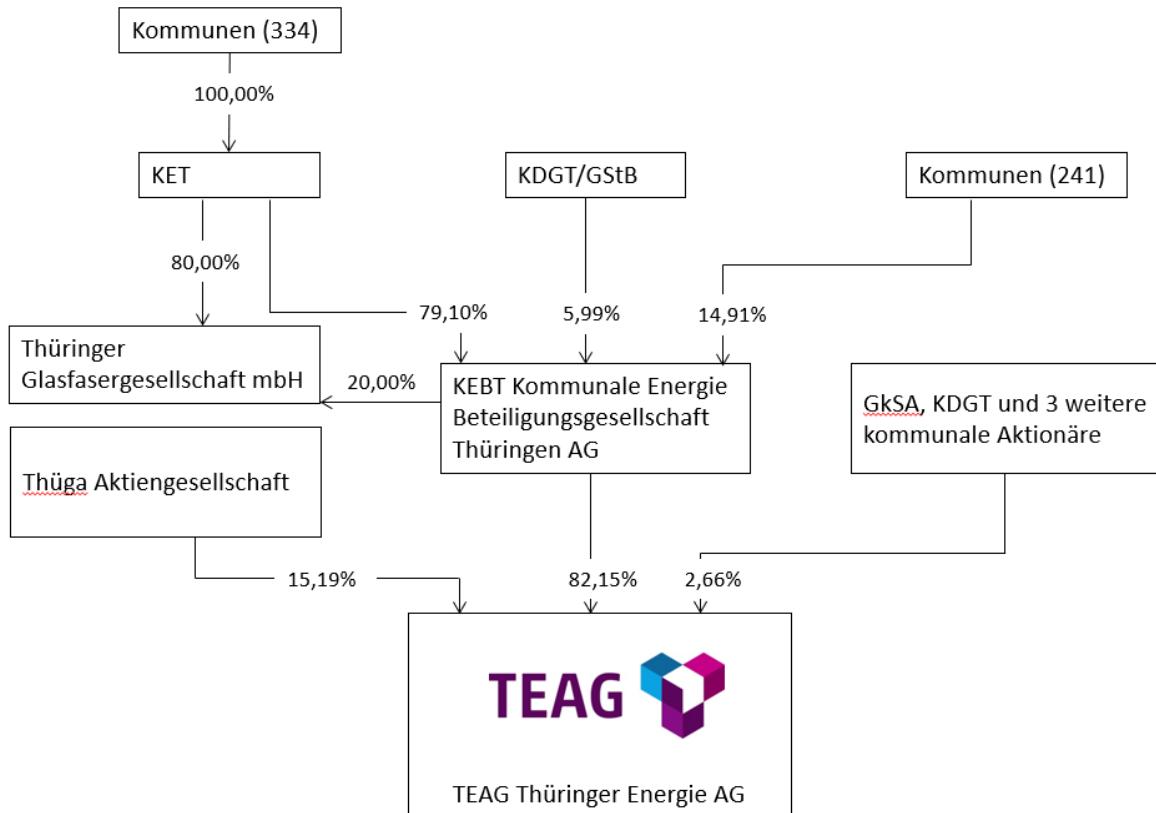
Die KEBT AG ist ebenfalls gemäß § 290 HGB Mutterunternehmen des größten Konsolidierungskreises und somit seit dem Rumpfgeschäftsjahr 2017 verpflichtet, einen Konzernabschluss zu erstellen. Gemäß § 299 HGB entspricht das Geschäftsjahr des KEBT-Konzerns dem Geschäftsjahr des Mutterunternehmens.

Konsolidierungskreis des KEBT-Konzerns



**Aktionärsstruktur
des KEBT-Konzerns
zum 31. Dezember 2024**

31. Dezember 2024



Stammkapital 2.670.729,64 Euro, eingeteilt in 2.533.891 Stückaktien (2.022.448 Stückaktien der Aktiengattung A und 511.443 Stückaktien der Aktiengattung B)

Beteiligungs-anteil **Die Gemeinde/Stadt Apolda hat zum 31. Dezember 2024 unmittelbar einen Anteil von 0,2041 % (5171 KEBT-Aktien) am KEBT-Konzern gehalten. Die KEBT-Aktien haben zum 31. Dezember 2024 einen Anteil am Grundkapital des KEBT-Konzerns von 1,05 Euro je Aktie. (siehe Datenblatt)**

Abschlussprüfer Die PWC GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat als Abschlussprüferin den Jahresabschluss und Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2024 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Die Prüfung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses hat sich dabei auch auf die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 Abs. 1 Haushaltsgesetzes erstreckt.

Organe des KEBT-Konzerns im Geschäftsjahr 2024 **Der Aufsichtsrat** des KEBT-Konzerns, der aus sieben Mitgliedern besteht, setzte sich im Geschäftsjahr 2024 wie folgt zusammen:

Vorsitzender:

Herr Sven Gregor, Bürgermeister Eisfeld a. D.
bis 29. August 2024

Frau Franka Hitzing, 1. Beigeordnete Bleicherode
zuvor stellvertretende Vorsitzende

Stellvertretender Vorsitzender:

Herr Stephan Klante, Bürgermeister Harztor
ab 29. August 2024

Aufsichtsratsmitglieder:

Herr Olaf Czernomoriez, Gründungs- und Transaktionsberater

Frau Margit Ertmer, Bürgermeisterin Sonnenstein

Herr Dr. Carsten Rieder, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen e. V.

Herr Frank Schmidt, Bürgermeister Auma-Weidatal a. D.
bis 29. August 2024

Herr Christian Seeber, Bürgermeister Grabfeld/Thür.
ab 29. August 2024

Herr Marco Seidel, Bürgermeister Tanna

Dem **Vorstand** der KEBT AG gehörte im Geschäftsjahr 2024 Herr Stefan Reindl an.

Vergütung der Organe

Die Gesamtvergütung aller Mitglieder des KEBT-Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2024 betrug 5.314,00 € (im Vorjahr: 5.339,00 €).

Auf die Angabe der Vorstandsbezüge der KEBT AG wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Anzahl der Arbeitnehmer

Zum 31. Dezember 2024 waren insgesamt 2.175 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter innerhalb des KEBT-Konzerns beschäftigt (Vorjahr: 1.995). Der Anteil der weiblichen Beschäftigten lag bei rund 36 Prozent (Vorjahr: 36 Prozent). Das Durchschnittsalter der Beschäftigten belief sich auf rund 44 Jahre (Vorjahr 45 Jahre). Die durchschnittliche Beschäftigungsdauer im Unternehmen betrug rund 14 Jahre (Vorjahr: 16 Jahre).

Grundzüge des Geschäftsverlaufes (Auszug aus dem Lagebericht des Konzernabschlusses der KEBT AG für das Geschäftsjahr 2024)

....Die KEBT zählt durch ihre Beteiligung an der TEAG als ein integriertes Energieversorgungs- und Energiedienstleisterunternehmen. Das Angebotspektrum deckt die ganze Bandbreite an energiewirtschaftlichen Leistungen ab: Neben den klassischen Wertschöpfungsstufen Erzeugung, Netze und Vertrieb, umfasst das Geschäftsmodell weitere Tätigkeiten wie Telekommunikations-, Mobilitäts-, Mess- und Servicedienstleistungen. Die Leistungen werden sowohl auf regulierten als auch auf wettbewerblichen Märkten erbracht.

Insgesamt umfasst der KEBT-Konzern 65 Beteiligungen an Stadtwerken, Energieversorgungs- und Dienstleistungsunternehmen. Der Konsolidierungskreis im Rahmen des Konzernabschlusses umfasst neben der KEBT 7 verbundene, vollkonsolidierte sowie 18 assoziierte, nach der Equity-Methode bewertete Unternehmen. Auf eine Konsolidierung der übrigen verbundenen bzw. assoziierten Unternehmen wurde aufgrund der untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns verzichtet.

Zu den verbundenen, vollkonsolidierten Gesellschaften gehören neben der TEAG, die TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG, Erfurt (TEN), die Thüringer Netkom GmbH, Erfurt (TNK), die TES Thüringer Energie Service GmbH, Jena (TES), die TWS Thüringer Wärme Service GmbH, Rudolstadt (TWS), die TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen Service GmbH, Ilmenau (TMZ) sowie die TEAG Mobil GmbH, Erfurt (TMO). ...

Die Geschäftsgrundlage des KEBT-Konzerns bilden die „7 Netze“. Dieser integrierte Ansatz umfasst den Ausbau und Betrieb der Netze für: Strom,

Erdgas, Glasfaser/ 450-MHz-Funknetz, Wärme, Straßenbeleuchtung, Elektromobilität sowie Wasser (incl. Dienstleistungen im Rahmen von Betriebsführungen). Der Betrieb der Netze erfolgt durch die TEN, TNK und TWS. Aktuell stehen ein rund 34.000 Kilometer (km) langes Strom-, ein rund 6.000 km langes Erdgasnetz sowie ein rund 7.600 km langes Glasfasernetz zur Verfügung. Die Länge der Wärmenetze beträgt rund 60 km. Die Netze für Straßenbeleuchtung umfassen rund 7.800 Lichtpunkte in langfristiger Betriebsführung. Im Bereich Elektromobilität erfolgt der Betrieb von mehr als 400 Schnell- und 300 Normalladepunkten.

Die Geschäftstätigkeit unterteilt sich in die folgenden Bereiche: Energieerzeugung und Wärme, Strom- und Gasnetz, Energievertrieb, Elektromobilität und Ladenetzinfrastruktur, Messwesen, Telekommunikation, Beteiligungen und Sonstiges.

Im Bereich Energieerzeugung und Wärme steht der Ausbau von Erzeugungskapazitäten aus erneuerbarer Energie (EE) in Verbindung mit der Nutzung effizienter Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK-Anlagen) im Mittelpunkt der Geschäftstätigkeiten. Darüber hinaus wird an der Dekarbonisierung von Bestandsanlagen gearbeitet. Die Thüringer Kommunen werden bei der Kommunalen Wärmeplanung (KWP) bzw. der Dekarbonisierung ihrer Energie- und Wärmeversorgungssysteme unterstützt. Neben dem Betrieb von 3 unternehmenseigenen Wasserkraftwerken wird gemeinsam mit verschiedenen Kooperationspartnern zudem v. a. den Ausbau der Photovoltaik (PV) vorangetrieben. In diesem Geschäftsbereich sind die TEAG Solar GmbH, Erfurt (TSO), und die Innosun GmbH, Erfurt (Innosun), am Markt vertreten. Im Bereich Windkraft erfolgt über die Windkraft Thüringen GmbH & Co. KG, Erfurt (WKT), einer Kooperation mit 13 Thüringer Stadtwerken und Energieversorgungsunternehmen (EVU), eine Beteiligung an der Errichtung von Windparks sowie Freiflächen-PV-Anlagen.

Über die TEN als regionalen Verteilnetzbetreiber (VNB) ist die KEBT für den sicheren, effizienten und diskriminierungsfreien Betrieb der Thüringer Strom- und Gasnetze mitverantwortlich. Als unabhängiger Netzbetreiber gewährleistet die TEN die nach dem sog. „Energiewirtschaftsgesetz“ (EnWG) gesetzlich geregelte Trennung zwischen reguliertem Netzbetrieb und Vertrieb. Die Bereiche Elektrizitäts- und Gasverteilung umfassen das 110-kV-Netz der TEN und weitere gepachtete Netze. Neben dem Netzbetrieb bietet die TEN im nicht-regulierten Bereich verschiedene weitere netzbezogene Dienstleistungen an. Diese umfassen beispielsweise die Projektierung, den Bau und den Betrieb kundeneigener Anlagen und Straßenbeleuchtungen sowie ein breites Service- bzw. Dienstleistungsangebot für andere Netzbetreiber und Stadtwerke. Die TEN agiert in der Marktrolle eines grundzuständigen Messstellenbetreibers (gMSB). Über die 450MHz Beteiligung GmbH, Erfurt, ist die KEBT zudem an der 450connect GmbH, Köln, und damit am Ausbau des 450-MHz-Funksystems in Thüringen beteiligt. Die TEN übernimmt einen Teil des Netzaufbaus, d. h. die Planung, den Bau und den anschließenden Betrieb der passiven Teile des Funknetzes in Thüringen.

Neben der Erzeugung und dem Netzbetrieb liegt ein weiteres, wesentliches Geschäftsfeld der TEAG im Energievertrieb. Privat- und Geschäftskunden wird ein umfassendes Produktpotfolio zur Verfügung gestellt, Privat-, Gewerbe- und Industriekunden, Stadtwerke, Kommunen und Weiterverteiler werden im Rahmen eines breiten Produkt- und Dienstleistungsangebotes mit Strom, Gas und Wärme versorgt. Zum Produktangebot für Stadtwerke und Kommunen zählen verschiedene energiemarktspezifische Lösungen und Beratungsangebote, wie Kooperationen bei der Erschließung und Nutzung erneuerbarer Energiequellen sowie die Zusammenarbeit in den Bereichen Energieeffizienz, KWP und Straßenbeleuchtung.

Mit der Verkehrswende hat im Bereich Elektromobilität die Errichtung von Ladeinfrastruktur stark an Bedeutung gewonnen. Die TMO ist für die Planung,

die Errichtung und den Betrieb von Energieinfrastruktur im Verkehrssektor, incl. entsprechender Nebenanlagen verantwortlich. Zudem bietet die Gesellschaft ihren Kunden ein breites Vertriebsportfolio hiermit zusammenhängender Produkte und Dienstleistungen, u. a. im Bereich Ladelösungen und -strom.

Im Geschäftsfeld Mess- und Zählerwesen werden die technischen Anforderungen und Marktchancen umgesetzt, die sich aus der Digitalisierung der Energiewende ergeben. Die Kompetenzen im Bereich Messwesen werden durch die TMZ gebündelt. Die TMZ tritt als Kompletdienstleister für Messstellenbetreiber (MSB) auf. Für die TEN erbringt sie Messdienstleistungen im Rahmen des konventionellen Messwesens Strom und Gas sowie des Rollouts von modernen Messeinrichtungen (mME) und intelligenten Messsystemen (iMSys). Zudem erbringt die TMZ Dienstleistungen für weitere grundzuständige und wettbewerbliche Messstellenbetreiber (wMSB) und beteiligt sich an aktuellen Entwicklungen, etwa in den Bereichen Smart Metering, Smart Grid und Smart Home.

Im Geschäftsfeld Telekommunikation werden den Kunden umfangreiche Infrastruktur- und Telekommunikationsdienstleistungen zur Verfügung gestellt. Der zügige Ausbau des Thüringer Glasfasernetzes im Rahmen von geförderten und eigenwirtschaftlichen Projekten zur ganzheitlichen Versorgung von Städten und Gemeinden mit schnellen, glasfaserbasierten Internet- bzw. Datenverbindungen steht dabei im Fokus. Die Vermarktung des Produkt- und Dienstleistungsangebotes für Privat-, Geschäftskunden und öffentliche Einrichtungen erfolgt durch die TNK.

Aktuell hält der KEBT-Konzern eine Vielzahl von Beteiligungen an Unternehmen und Stadtwerken. Durch aktive Partnerschaften innerhalb der Energiebranche wird auf einen kontinuierlichen Wissenstransfer und die Erzielung wichtiger Synergieeffekte gesetzt, um die Energiewende gemeinsam weiter voranzutreiben.

Unter Sonstiges werden Geschäftstätigkeiten zusammengefasst, die neben der Entwicklung, Konzeption und Vermarktung weiterführender energiemarktnaher und -spezifischer Dienstleistungen auch Shared-Service-Funktionalitäten betreffen. Im Bereich Kundenkontakt- und Abrechnungsmanagement werden wesentliche Dienstleistungen durch die TES erbracht.

Das übergeordnete Ziel liegt in der Gewährleistung der Sicherheit und Verlässlichkeit der Thüringer Energieversorgung. Die Energiewende führt zu zahlreichen Veränderungen mit weitreichenden Auswirkungen auf das Energiesystem, denen geschäftsfeldübergreifend Rechnung getragen wird. Die „7 Netze“-Strategie weist hierfür den Weg. Im Rahmen eines ganzheitlichen Geschäfts- und Versorgungsansatzes werden die Investitionen in die Thüringer Energielandschaft verdoppelt und damit die Voraussetzungen geschaffen, um sowohl der anwachsenden Netzeinspeisung aus EE als auch dem zunehmenden Strombedarf von Industrie- und Haushaltskunden zu entsprechen. Zur Umsetzung des Investitionsprogrammes, dessen Schwerpunkt im Netzbereich liegt, wird auf die vertrauensvolle und enge Zusammenarbeit mit den kommunalen Anteilseignern, Branchenpartnern und Kunden gesetzt. Der Erfolg der Unternehmensplanung stützt sich dabei v. a. auf die aktive Unterstützung aller Mitarbeiter: Insgesamt 300 zusätzliche Fach- und Führungskräfte sollen bis zum Jahr 2028 hinzugewonnen werden, um die energiewendebedingten Transformationsaufgaben in Thüringen gemeinsam umzusetzen.

Als führender Energiedienstleister in Thüringen werden deutschlandweit mehr als 500.000 Kunden u. a. mit Strom, (Erd-) Gas und Fernwärme versorgt und Privat- und Geschäftskunden ein breitgefächertes, innovatives und digitales Produkt- und Dienstleistungsangebot angeboten. Hierzu gehören etwa die umfassende Beratung und Unterstützung von Kommunen bei der Durchführung

der KWP sowie die Digitalisierung von Mess- und Abrechnungsprozessen im Zählerwesen. Im Rahmen verschiedener (Kooperations-) Projekte wird zudem der Auf- und Ausbau einer leistungsfähigen H2-Infrastruktur in Thüringen vorangetrieben.

Die interne Steuerung und Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung und Ziele basiert auf einheitlichen Kennzahlen. Zu den wichtigsten Steuerungsgrößen zählen das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA), das Ergebnis vor Steuern (EBT) und der Jahresüberschuss. Zusätzlich zur weiteren Veranschaulichung werden im vorliegenden Lagebericht weitere Kennzahlen ausgewiesen. Hierzu gehören u. a. folgende finanzielle bzw. nichtfinanzielle Leistungsindikatoren: Cashflow, Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagevermögen, Erzeugungs- und Absatzmengen sowie Umwelt- und Arbeitnehmerbelange....

Im Verlauf des aktuellen Berichtszeitraumes nahmen verschiedene nationale und internationale (energie-) politische Unsicherheiten weiter zu. Zum einen wurden im aktuellen Geschäftsjahr zahlreiche gesetzliche (Neu-) Regelungen mit z. T. weitreichenden Auswirkungen auf das Geschäft auf den Weg gebracht. Zum anderen konnten zum Jahresende mit dem Bruch der Ampelregierung einige für die Branche zentrale (energie-) politische Gesetze nicht mehr umgesetzt bzw. verabschiedet werden.

Zu den nicht umgesetzten Gesetzesvorhaben gehören u. a. geplante Änderungen im Bereich der EnWG-Novelle, das sog. „Kraftwerksicherheitsgesetz“ (KWSG, mit der geplanten sog. „Kraftwerksstrategie“) sowie Beschlüsse zur neuen H2-Bundesförderung, mit der die Entwicklung von H2-Projekten in Deutschland vorangetrieben werden soll. Mit Anpassungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) konnten dagegen noch notwendige Weichen gestellt werden, um die Ausbauziele im Bereich der EE in „systemverträglicher Form“ umzusetzen.

In Kraft getreten sind am 1. Januar 2024 das sog. „Wärmeplanungsgesetz“ (WPG) und die Novelle des sog. „Gebäudeenergiegesetzes“ (GEG). Beide Gesetze tragen dazu bei, die Klimaziele der Bundesrepublik zu erreichen. Das WPG verpflichtet Städte und Gemeinden zur Aufstellung einer KWP. Das sog. „Solarspaket I“ vereinfacht überdies z. B. den Bau und Betrieb von PV-Anlagen und beschleunigt den Anschluss von sog. „Balkonkraftwerken“.

Die sog. „EU-Strommarktreform“ soll plötzlichen Krisen an den europäischen Strommärkten vorbeugen und den Ausbau der EE für alle Beteiligten gleichzeitig planbarer und verlässlicher machen. Das BMWK hat im Berichtszeitraum ebenfalls Optionsvorschläge für ein neues, sicheres und klimaneutrales Strommarktdesign vorgelegt, das u. a. auch einen neuen Investitionsrahmen für EE umfasst. Das sog. „Bundes-Klimaschutzgesetz“ (KSG) schreibt fest, dass die THG-Emissionen in Deutschland bis zum Jahr 2030 um mindestens -65 Prozent (im Vergleich zu 1990) gesenkt werden und die Bundesrepublik bis zum Jahr 2045 vollständig klimaneutral sein soll. Die KSG-Novelle 2024 rückt dabei die sektorenübergreifende Gesamtverantwortung der einzelnen Wirtschaftszweige in den Mittelpunkt.

Am 1. Januar 2024 ist der neue § 14a EnWG in Kraft getreten. Dieser gibt vor, dass sog. „steuerbare Verbrauchseinrichtungen“ (wie z. B. Wärmepumpen, Stromspeicher und Ladeeinrichtungen für Elektrofahrzeuge) zukünftig von Netzbetreibern gesteuert werden, um auf akute Netzsituationen bzw. drohende Engpassbildungen schnell und adäquat reagieren zu können. In Verbindung mit dem sog. „Gesetz zum Neustart der Digitalisierung der Energiewende“ (GNDEW) verpflichtet der § 14a EnWG die MSB dazu, eine technische Infrastruktur zur flexiblen Steuerung bereitzustellen.

Für Unternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeitern ist am 1. Januar 2024 zudem

das sog. „Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz“ (LkSG) in Kraft getreten. ...

Die Umsetzung der politischen Klimaschutzziele erfordert umfangreiche Investitionen in allen Geschäftsbereichen. Bereits heute ist absehbar, dass sich die ursprünglich berechneten Gesamtkosten der Energiewende in Deutschland in den kommenden Jahren um ein Vielfaches erhöhen könnten. Laut neueren Berechnungen des BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. sind in der deutschen Energiewirtschaft allein bis 2030 rund 720 Mrd. € zu investieren. Als integriertes Energieversorgungs- und Energiedienstleistungsunternehmen mit Systemverantwortung stellt die KEBT sich den Herausforderungen des aktuellen Transformationsgeschehens.

Die sichere, stabile und effektive (Netz-) Integration der volatilen EE verursacht dabei die größten Kosten. Der Schwerpunkt der Investitionsprojekte wird daher auf der Planung, Errichtung und Inbetriebnahme verschiedener Stromverteilungsanlagen liegen. Dies schließt u. a. den Bau bzw. die Instandsetzung neuer Hoch-, Mittel-, und Niederspannungs-Erdkabel, Transformatoren und Umspannwerke sowie den Rollout verschiedener technischer Komponenten zur Digitalisierung der Netzinfrastruktur, wie etwa von iMSys, ein.

Die Finanzierung der Investitionen erfolgt auf Grundlage von umfassenden Eigen- bzw. Fremdkapitalzuführungen. Nach der Eigenkapitalerhöhung der TEAG durch ihre kommunalen Anteilseigner im Vorjahr i. H. v. 200 Mio. € hat die TEAG im aktuellen Berichtszeitraum Darlehensverträge mit einem Gesamtkreditvolumen i. H. v. rund 1,1 Mrd. € abgeschlossen.

Die energiewendebedingten Veränderungen im Erzeugungs- und Wärmegeschäft sind mit beträchtlichen Investitionsherausforderungen verbunden. Die Dekarbonisierung von konventionellen Erzeugungsanlagen kann dabei nur schrittweise erfolgen, da sich zahlreiche Technologien und Marktlösungen derzeit noch in der Entwicklung befinden. Zudem müssen diese im größeren Maßstab z. T. erst aufwendig getestet bzw. zeit- und ressourcenintensiv implementiert werden. Die Umsetzung hängt, neben entsprechenden Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen, u. a. auch von Genehmigungsverfahren, der Bereitstellung von Fördermitteln sowie der weiteren politischen Entwicklung ab.

Im Geschäftsfeld Energieerzeugung und Wärme wird eine Vielzahl strategischer und operativer Lösungsansätze zur zielgerichteten Dekarbonisierung von Bestandsanlagen und zügigen Errichtung innovativer, klimaneutraler und -freundlicher Neuanlagen verfolgt. Gleichwohl konnten im aktuellen Berichtszeitraum nicht alle vorgesehenen Investitionsmaßnahmen vollumfänglich umgesetzt werden.

Die moderne, hocheffiziente Gasmotorenreihe am Standort des HKW Jena soll die Flexibilität, den Wirkungsgrad und die Gesamteffizienz der Kraftwerkseinlage deutlich erhöhen – und als Komplementär zu den volatilen EE auch wirtschaftliche Vermarktungsvorteile mit sich bringen.

Im Berichtszeitraum konnte der Probetrieb der neuen Gasmotorenreihe aufgrund von technischen Beanstandungen nicht abgeschlossen werden. Der Abschluss des erweiterten Probetriebes ist für Mitte 2025 vorgesehen. Die Errichtung einer zweiten, vollständig H2-fähigen Gasmotorenreihe ist in Planung. Die Realisierung hängt dabei u. a. auch von einer Verlängerung des KWK-Gesetzes bzw. einer möglichen, alternativen Finanzierung des Betriebs, etwa im Rahmen des KWSG, ab. Mit Beginn der neuen Legislaturperiode sollen die notwendigen gesetzlichen Grundlagen verlängert bzw. beschlossen werden.

In der Errichtung einer leistungsfähigen sog. „Power-to-Heat“ (PtH) - Anlage mit 50 MW sowie einer Großflusswärmepumpe mit bis zu 60 MW liegen zwei weitere, wesentliche Investitionsmeilensteine in Jena. Eine Voraussetzung zur Erhöhung des EE-Anteils liegt in der Fortschreibung der sog. „Bundesförderung

für effiziente Wärmenetze“ (BEW) bzw. alternativen Förderprogrammen.

Am Standort HKW Rudolstadt/ Schwarza wurden die Pläne zur Modernisierung des Heizkraftwerkes und Vergrünung der Fernwärmeversorgung konkretisiert: Ein mögliches Zielszenario des komplexen Kraftwerksbetriebes sieht neben der Umstellung auf den klimaneutralen H2-Betrieb u. a. den Einsatz von leistungsfähigen Großwärmepumpen, die Errichtung von PtHAnlagen, die Nutzung von Flusswärme sowie die Netzintegration der Abwärme mehrerer Industriebetriebe vor. Mit einem ortsansässigen Großkunden wurde zudem eine umfangreiche Syngiestudie zur Dekarbonisierung seiner Industrieprozesse erstellt. Zur zügigen Erhöhung des EE-Anteils an der Kraftwerkserzeugung wurde eine großflächige PV-Anlage an der Fassade des Umlenk turmes mit insgesamt 165 PV-Modulen installiert. Zwei weitere PV-Anlagen wurden bereits Anfang des Jahres in Betrieb genommen.

Die Projektentwicklung in Rudolstadt/ Schwarza wird neben der geplanten Umstellung der Dampfversorgung auf Heizwasser v. a. vom steigenden Strombedarf am Standort bzw. der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Projektpartnern geprägt.

Am Standort des HKW Bad Salzungen wurde zum Ende des Geschäftsjahres ein Elektrodenkessel in Betrieb genommen. Zudem wurden technologie- und ergebnisoffen geeignete Maßnahmen zur Dekarbonisierung des Fernwärmenetzes untersucht, wie z. B. die Netzintegration regenerativer (Ab-)Wärmequellen. Die Pläne zur Nutzung der industriellen Abwärme eines lokalen Industrieunternehmens aus Bad Salzungen wurden konkretisiert.

An allen Kraftwerksstandorten achten wir beim Betrieb der Gasmotorenanlagen auf die Einhaltung neuester Standards. Diese betreffen u. a. die thermische und elektrische Effizienz sowie die sog. „Verfügbarkeit“ der Anlagen. Im Hinblick auf die Bestandmotoren bewegte sich diese auf einem hohen Niveau und konnte z. T. weiter gesteigert werden.

Die KWP soll es Kommunen bzw. Betreibern von Heizungsanlagen ermöglichen, sich zielgerichtet auf die klimaneutrale Transformation ihrer Wärmeversorgungssysteme einzustellen. Das WPG gibt vor, dass Kommunen mit mehr als 100.000 Einwohnern spätestens bis zum 30. Juni 2026 eine entsprechende KWP aufzustellen haben. Kleinere Gemeinden müssen dies bis spätestens zum 30. Juni 2028 erledigen. Das übergeordnete Ziel der KWP liegt darin, den vor Ort besten und kosteneffizientesten Weg für eine moderne, klimafreundliche Wärmeversorgung zu ermitteln. Im Ergebnis wird ein Wärmeplan aufgestellt, der eine zuverlässige Dekarbonisierung gewährleisten soll. Eine Verpflichtung, eine bestimmte Versorgungsart auszuwählen bzw. eine bestimmte Versorgungsinfrastruktur auf- bzw. auszubauen besteht dabei nicht. Vielmehr sollen die individuellen Gegebenheiten vor Ort bestmöglich berücksichtigt werden.

Die Finanzierung der KWP wird über den Freistaat Thüringen bereitgestellt und umfasst den gesamten Prozessablauf – von der (Energie-) Datenbeschaffung und Analyse, bis hin zur Erstellung des eigentlichen Wärmeplans. Über die „Thüringer Verordnung über den finanziellen Ausgleich für die Aufstellung von Wärmeplänen“ werden Kommunen ihre Kosten für die Wärmeplanerstellung ersetzt, einschließlich des Einsatzes von Dienstleistern. Insgesamt werden mehr als 50,0 Mio. € bereitgestellt.

Zur aktiven Unterstützung der Thüringer Städte und Gemeinden bei der Durchführung der KWP wurde im Berichtszeitraum ein umfassendes Dienstleistungsangebot aufgebaut und die notwendigen organisatorischen und personellen Voraussetzungen für eine zügige Umsetzung geschaffen. Das Angebot beinhaltet die Konzeption und Umsetzung der KWP nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften sowie die Erarbeitung individueller Handlungs-

empfehlungen. Für die Thüringer Städte und Gemeinden werden neben dem Projektmanagement u. a. die Bestands- und Potenzialanalyse, die Akteurs- und Öffentlichkeitsbeteiligung, die Erstellung einer übergreifenden Handlungsstrategie sowie die Erarbeitung von konkreten Zielszenarien übernommen, einschließlich der Empfehlung entsprechender Einzelmaßnahmen.

Zudem wurden mit verschiedenen Partnern Akquise- und Projektpläne vereinbart und mehrere Kooperationsvereinbarungen für eine langfristige Zusammenarbeit bei der KWP geschlossen.

Im Geschäftsjahr 2024 wurde das dezentrale Projektgeschäft weiter ausgebaut und die Geschäftsmodelle hinsichtlich neuer gesetzlicher Anforderungen, wie etwa dem WPG, geprüft. Im Berichtszeitraum wurden Neuverträge in Jena (20,0 GWh) und Ohrdruf (3,0 GWh) abgeschlossen. Darüber hinaus wurden mit wohnungswirtschaftlichen Unternehmen in Bad Berka, Triptis und Gräfentonna langfristige Kooperationsverträge vereinbart. Diese umfassen die klimafreundliche Wärmeversorgung von rund 1.300 Wohneinheiten mit einem jährlichen Wärmeabsatz i. H. v. insgesamt rund 6 GWh.

Der 2024 fertig gestellte Neubau am Standort des Quartiersprojektes Gera-Langenberg ermöglicht die klimafreundliche Wärmeversorgung von rund 800 Wohneinheiten. Das innovative Kraft-Wärme-Kopplungssystem (iKWK) verbindet ein Blockheizkraftwerk mit erneuerbaren Wärmequellen, darunter mehrere Wärmepumpen und eine PtH-Anlage. Im Zusammenspiel ermöglichen die verschiedenen Technologien eine effiziente und klimafreundliche Energieerzeugung.

Das Geschäftsfeld Erneuerbare Energieerzeugung unterliegt kontinuierlichen Marktveränderungen, an denen das Geschäft konsequent ausgerichtet wird. Die Erzeugung aus EE soll dem konventionellen Erzeugungs- und Vertriebsgeschäft mittel- bis langfristig mindestens gleichgestellt werden.

Die TSO und die Innosun sind für den PV-Bereich zuständig. Die beiden Gesellschaften betreuen Industrie- und Gewerbeleuten, Kommunen sowie Stadtwerke. Als Kompletdienstleister stellen sie individuelle Lösungen bereit und übernehmen die Beschaffung, die Planung und den Bau von PV-Anlagen in verschiedenen Leistungsgrößen. Die TSO konzentriert sich dabei insbesondere auf mittelgroße PV-Projekte für Industrie- und Gewerbeleuten, Kommunen und Stadtwerke in Thüringen und im näheren Umkreis, während die Innosun deutschlandweit die Planung und Errichtung größerer PV-Freiflächenprojekte für Industrie- und Gewerbeleuten übernimmt.

Trotz teilweise großer, marktbedingter Herausforderungen, wie etwa einer zunehmenden Wettbewerbsintensität im PV-Geschäft, langwierigen Genehmigungsverfahren und Herausforderungen beim Erwerb geeigneter Grundstücke, haben beide Gesellschaften im Geschäftsjahr 2024 zahlreiche PV-Projekte erfolgreich abgeschlossen. Am Standort Rockensußra hat die Innosun die Projektierung einer Großflächen-PV-Anlage mit einer installierten Leistung i. H. v. rund 70 MWp vorangetrieben.

Zum 1. Januar 2024 hat die TSO mit einer Neuausrichtung ihrer Organisationsstruktur ihre Vertriebsaktivitäten sowie ihre Planungs- und Baukompetenzen gestärkt. In 2024 hat die Gesellschaft PV-Projekte u. a. in Eisenach, Veilsdorf und Nordhausen in Betrieb genommen und in der Nähe von Ohrdruf mit den Vorbereitungen zur Errichtung einer neuen PV-Freiflächenanlage begonnen. Die Vermarktung des regenerativen Stroms aus diesem Projekt mit einer installierten elektrischen Leistung i. H. v. rund 4 MWp soll über eine Direktbelieferung (sog. „Power-Purchase-Agreement“, PPA) an das lokale Versorgungsunternehmen erfolgen. In Birkigt wurde ein Solarparkprojekt mit rund 2 MWp installierter elektrischer Leistung abgeschlossen, das als Modellprojekt für die geschäftsfeldübergreifende Zusammenarbeit dient. Der

Netzanschluss wurde von der TEN realisiert, während die Stromvermarktung über die TEAG erfolgt. Mit dem Modellprojekt in Birkigt werden zukünftige, neue Möglichkeiten der Kommunal- bzw. Bürgerbeteiligung erprobt, welche die Akzeptanz von EE-Projekten im öffentlichen Raum erhöhen sollen.

Die regenerative Energieerzeugung im Geschäftsfeld Windkraft erfolgt über die WKT. Die Gesellschaft bündelt Kompetenzen bei der Errichtung und dem Betrieb von Windenergieprojekten und plant und errichtet darüber hinaus auch PV-Projekte. Nicht zuletzt vermarktet sie Strom aus eigenen Wind- und PV-Anlagen im Rahmen von PPA-Modellen. Im Jahr 2024 hat die WKT eine Beteiligung an der Windkraft Roldisleben GmbH & Co. KG erworben. Diese betreibt mehrere Windenergieanlagen mit einer Leistung i. H. v. insgesamt 16,8 MW. Das Portfolio der WKT beläuft sich damit auf eine Gesamtwindenergieleistung i. H. v. 62,5 MW.

Der Beitrag der konventionellen Kraftwerke zur Stromerzeugung an den Standorten Jena, Bad Salzungen, Grabe, Merxleben, Ibenhain, Rudolstadt/Schwarza sowie der dezentralen Wärme-Contracting-Anlagen lag im Geschäftsjahr bei 389,9 GWh (Vorjahr: 410,0 GWh). Zusätzlich erzeugten die Kraftwerke in Jena, Bad Salzungen, Merxleben, Ibenhain und Rudolstadt/Schwarza für die angeschlossenen Wärmeversorgungsgebiete sowie die dezentralen Wärme-Contracting-Anlagen insgesamt 877,4 GWh Wärme bzw. Dampf (Vorjahr: 945,8 GWh). Die installierte Gesamtleistung der konventionellen Erzeugungsanlagen belief sich im Berichtsjahr auf 783,6 MWp (thermisch) bzw. 243,8 MWp (elektrisch). Die regenerativen Erzeugungsanlagen generierten insgesamt 14,4 GWh Strom (Vorjahr: 13,4 GWh). Dabei erzeugten die Laufwasserkraftwerke in Spichra, Mihla und Falken 11,6 GWh Strom (Vorjahr: 10,9 GWh). Die PV-Anlagen erzeugten 2,8 GWh Strom (Vorjahr: 2,5 GWh).

Die Investitionsplanung im Netzbereich wird maßgeblich durch die Anforderungen der Energiewende, d. h. die zunehmende Netzeinspeisung und -verteilung von Energie aus erneuerbaren Quellen sowie die regulatorischen Rahmenbedingungen der Investitionen geprägt.

Auf der Grundlage einer umfassenden Analyse der weiteren Last- und Einspeisesituation in den Stromnetzen wurde eine Prognose des Gesamtinvestitionsbedarfs erstellt und hieraus eine entsprechende Investitionsstrategie abgeleitet. Diese zeigt deutliche, energiewendebedingte Mehrkosten zur Aufnahme und Verteilung der EE im Stromnetz. Die jährlichen Investitionen werden sich bis zum Jahr 2028 in etwa verdoppeln, die Gesamtinvestitionssumme liegt im mittleren dreistelligen Millionenbereich.

Im Zusammenhang mit der Notwendigkeit zur Investitionssteigerung infolge neuer gesetzlicher und regulatorischer Vorgaben entstehen operative Mehrkosten (im Bereich von Dienstleistungen, Material und Personal) dabei nicht zuletzt auch im Hinblick auf den laufenden Netzbetrieb.

Bei einer zeitlich verzögerten Berücksichtigung im Regulierungsrahmen kann sich dies investitionshemmend – und damit nachteilig auf eine zügige Umsetzung der Energiewende – auswirken. Im Strombereich wird derzeit insbesondere der erhöhte Personalaufwand der TEN nicht vollständig von den Refinanzierungsmöglichkeiten der sog. „Erlösobergrenze“ gedeckt. Von der Branche werden hierzu aktuell intensiv Lösungsvorschläge mit der Bundesnetzagentur (BNetzA) diskutiert.

Im Hinblick auf das Gasnetz wird mittel- bis langfristig von einem deutlichen Rückgang der weiterverteilten fossilen Erdgasmengen ausgegangen. Dies mündet in einer Stilllegung der Netzinfrastruktur bzw. einer Umrüstung auf klimaneutrale Gase, wie etwa grünen Wasserstoff (H₂), bei einem gleichzeitigen Neubau einer entsprechenden H₂-Infrastruktur. Parallel zur

Konkretisierung eines H2-Kernnetzes in Deutschland durch die zuständigen Fernleitungsnetzbetreiber wurden im Berichtszeitraum Planungsarbeiten an einer regionalen H2-Leitungsinfrastruktur für Thüringen fortgeführt, und hierzu entsprechende Kooperationsvereinbarungen getroffen. Das Startnetz der TEN sieht mehrere Schwerpunktmaßnahmen vor, die im Wesentlichen aus verschiedenen Einzelprojekten zur Umstellung bzw. dem Bau von Erdgas- und H2-Hochdruckleitungen bestehen. Hinzu kommen Entflechtungsmaßnahmen zur Sicherstellung der im Erdgas verbleibenden Netzkunden. Zur Realisierung wurden geeignete organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen sowie ein entsprechendes Investitionsvolumen beschlossen. Die Refinanzierung der Investitionen ist im Hinblick auf die nicht vorhandenen regulatorischen Rahmenbedingungen für VNB im H2-Bereich noch ungeklärt.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat mit seinem Urteil zur Umsetzung entflechtungsrechtlicher Vorgaben die Unabhängigkeit und Zuständigkeit von Regulierungsbehörden in der Energiewirtschaft deutlich gestärkt. Mit Inkrafttreten eines neuen Rechtsrahmens wird die BNetzA zukünftig in eigener, d. h. in unabhängiger und ausschließlicher Zuständigkeit die Zugangsmethoden und -bedingungen zu den Strom- und Gasversorgungsnetzen festlegen können. Daraus folgt, dass die sog. „Verordnungsermächtigung“ nach § 24 EnWG, wie auch die auf deren Grundlage erlassenen Rechtsverordnungen – darunter u. a. die sog. „Strom- bzw. Gasnetzentgeltverordnung“ sowie die sog. „Anreizregulierungsverordnung“ – in absehbarer Zeit nicht mehr zur Anwendung kommen. Im Ergebnis hat der EuGH einen Strukturwandel der deutschen Energieregulierung angestoßen, der mit großen Chancen, aber auch Risiken einhergehen kann. Beispielsweise betrifft dies die sog. „Entgeltregulierung“ mit der Kalkulation der Netzentgelte als einem der wirtschaftlichen Schlüsselfaktoren der TEN.

Zur Erörterung eines neuen Regulierungsrahmens hat sich die TEN im Berichtszeitraum u. a. über verschiedene Stellungnahmen aktiv am Austausch zwischen der BNetzA mit Branchenvertretern, Zivilgesellschaft, Politik und Wissenschaft beteiligt. Im Strombereich hat die BNetzA die sog. „Festlegung zur sachgerechten Verteilung von Mehrkosten aus der Integration von Erzeugungsanlagen von Strom aus EE“ erlassen: Insofern Netzbetreiber in besonderem Maße betroffen sind, können diese einen finanziellen Ausgleich für die Mehrbelastung erhalten. Die Entlastungsbeträge sollen über einen bundesweiten sog. „Aufschlag für besondere Netznutzung“ finanziert werden, der alle Netz- bzw. Stromkunden gleichermaßen an den (Mehr-) Kosten der Netzintegration der EE beteiligt. Im Berichtszeitraum hat die TEN unter Berücksichtigung dieser Festlegung die Netzentgelte für 2025 kalkuliert und veröffentlicht, sodass ihre Netzkunden im kommenden Jahr von den hohen Integrationskosten der EE in ihrem Netzgebiet entlastet werden. Der Entlastungsbetrag beläuft sich auf eine Gesamtsumme i. H. v. rund 80 Mio. €.

Im Geschäftsjahr 2024 wurden von der BNetzA im Gasbereich mit dem sog. „Festlegungsverfahren zur Anpassung von kalkulatorischen Nutzungsdauern und Abschreibungsmodalitäten von Erdgasleitungsinfrastrukturen“ (KANU 2.0) neue Regelungen zu den Nutzungsdauern und Abschreibungsmethoden von Erdgasleitungsinfrastrukturen definiert. Diese ermöglichen nun auch für Bestandsanlagen eine zügigere Amortisation der Gasnetzinfrastruktur. Im Berichtszeitraum hat die TEN diesbezüglich verschiedene Szenarien zur Entwicklung der Netzentgelte entworfen. Die Anwendung geht mit erheblichen Auswirkungen auf die Netzentgelte einher und ist seitens der TEN frühestens ab 2026 vorgesehen.

Das Geschäftsjahr 2024 entfiel im Stromnetz auf das erste sowie im Gasnetz auf das zweite Jahr der vierten Regulierungsperiode (Strom 2024 – 2028, Gas 2023 – 2027). Im Strombereich stieg die Erlösobergrenze gegenüber dem Vorjahr um insgesamt +27,8 Prozent. Die Kostensteigerung war im Wesentlichen durch ein gesteigertes Kostenausgangsniveau zu Beginn der neuen

Regulierungsperiode bedingt. Ein weiterer signifikanter Kostenanstieg ergab sich aus um insgesamt +73 Prozent höheren Aufwendungen für die Inanspruchnahme vorgelagerter Netzebenen nach dem Wegfall des geplanten, milliardenschweren Zuschusses zu den Netzentgelten der Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) zum Ende des Vorjahres.

Die Erlösobergrenze im Gasbereich ging gegenüber dem Vorjahr um insgesamt -4,1 Prozent zurück. Entgegen den Entwicklungen im Strombereich ergaben sich wesentliche Kostensenkungen hier aus geringeren Aufwendungen für die Nutzung vorgelagerter Netze.

Im Stromnetz ergingen durch die BNetzA die Festlegung zu den Erlösobergrenzen für die vierte Regulierungsperiode sowie die Beschlüsse zum sog. „Qualitäts-Element“ 2024 und 2025, dem Regulierungskonto 2021 und dem sog. „Produktivitätsfaktor“ für die vierte Regulierungsperiode. Zudem erfolgte die Anhörung zum Kapitalkostenaufschlag zur Erlösobergrenze 2024. Darüber hinaus wurden sowohl der Antrag zur Ermittlung und Auflösung des Regulierungskontos 2023 als auch der Antrag auf Kapitalkostenaufschlag für das Geschäftsjahr 2025 gestellt.

Im Gasnetz wurden von der TEN die Anträge sowohl zur Ermittlung und Auflösung des Regulierungskontos 2023 als auch zur Genehmigung des Kapitalkostenaufschlages für 2025 gestellt. Zu den Anträgen für das Regulierungskonto 2019 sowie den Kapitalkostenaufschlag 2023 ergingen die entsprechenden Beschlüsse.

Als regionaler VNB liegt die Hauptaufgabe der TEN im sicheren Betrieb der Thüringer Strom- und Gasnetze. In 2024 kam es im Netzbetrieb zu einem erhöhten Aufkommen von überwiegend technisch geprägten Störfällen. In deren Folge wurden der Maßnahmenkatalog und die Verfahrensregelungen zur Risikobeherrschung und dem Schutz der kritischen Infrastruktur angepasst. Bei der Krisenvorsorge spielen die Folgen des Klimawandels eine zunehmende Rolle. Diese treten hauptsächlich in Form von Extremwetterereignissen auf. Im Berichtszeitraum kam es besonders häufig zu durch Baumsturz verursachten Versorgungsunterbrechungen, die häufig in Zusammenhang mit Trockenheit und einem infolgedessen verstärkten Borkenkäferbefall stehen. Darüber hinaus befinden sich im Kabelbestand der TEN im Bereich der Mittelspannung (MS) neben rund 7.300 km modernen, kunststoffisierten sog. „VPE-Kabeln“ insgesamt noch rund 1.000 km sog. „Massekabel“ von vor 1990, welche teilweise vor Erreichung ihrer nominalen Nutzungsdauer ein deutlich erhöhtes Störaufkommen verursachen. Rund 80 Prozent der MS-Kabelstörungen sind auf diese Kabeltypen zurückzuführen, bei nur rund 12 Prozent Anteil an der gesamten MS-Kabellänge. Im Rahmen eines Austauschprogrammes wird die TEN diese Kabel in den kommenden Jahren ersetzen.

In 2024 wurde das Informationssicherheits-Managementsystem (ISMS) der TEN erfolgreich rezertifiziert. In diesem Zusammenhang wurden die Schutzstandards zur frühzeitigen Erkennung und Abwehr von Cyberangriffen erhöht. Neben den Maßnahmen im Bereich Informationssicherheit wurden zudem weitere Vorkehrungen zur Erhöhung der physischen Sicherheit von Steuerungsanlagen und -systemen getroffen.

In der Netzführung vollzieht sich derzeit ein Wandel hin zu einer deutlich komplexeren Systemführung als bisher, getrieben von einer Vielzahl zusätzlich angeschlossener dezentraler Verbrauchs- und Einspeiseanlagen. Eine Voraussetzung für den zielgerichteten Netzbetrieb – und die Vermeidung von durch Engpässen verursachten Störfällen – liegt dabei in der sog. „Beobachtbarkeit“ bzw. Überwachung und Steuerbarkeit der Netze auf allen Spannungsebenen. Der Ausbau der EE erzwingt eine maximale Auslastung der Netzinfrastruktur unter Nutzung aller Reserven. Mit dem § 14a EnWG hat der Gesetzgeber neue Regelungen erlassen, die den Netzbetreiber verpflichten, neue Verbraucher

unverzüglich anzuschließen und ihm gleichzeitig erlauben, steuerbare Verbrauchseinrichtungen im Netz der Niederspannung (NS) im technischen Bedarfsfall zu dimmen. Im Berichtszeitraum hat die TEN zur Umsetzung des § 14a EnWG in mehreren Thüringer Ortschaften Pilotprojekte gestartet.

Der Aufbau des bundesweiten, schwarzfallsicheren 450-MHz-Funknetzes soll ebenfalls eine sichere Steuerung von Netzprozessen ermöglichen, wodurch einer Engpassvermeidung im (Strom-) Netz vorgebeugt werden kann. Im Geschäftsjahr 2024 hat die TEN den operativen 450-MHz-Netzausbau fortgeführt: Zum Stichtag befanden sich in Thüringen insgesamt 22 Funkstandorte im Wirkbetrieb.

Im nicht-regulierten Bereich besteht ein zusätzliches (Netz-) Dienstleistungsangebot, welches u. a. die Konzeption, Errichtung und Instandhaltung individueller Kunden-Anlagen sowie zahlreiche (Beratungs-) Dienstleistungen für Stadtwerke und andere Netzbetreiber umfasst. In enger Zusammenarbeit mit den Thüringer Kommunen entwickelt die TEN, neben der Wartung und Modernisierung bestehender Anlagen, maßgeschneiderte, energieeffiziente und umweltfreundliche Straßenbeleuchtungskonzepte auf Grundlage modernster LED-Technologie.

Im Geschäftsjahr 2024 beliefen sich die Umsatzerlöse der TEN für Dienstleistungen und Maßnahmen im nicht-regulierten Bereich auf einen Wert i. H. v. insgesamt 20,5 Mio. € (Vorjahr: 14,0 Mio. €).

Die Einspeisemenge incl. Netzverluste und Betriebsverbrauch über das Stromnetz betrug im Geschäftsjahr insgesamt 9.672,7 GWh und lag damit leicht unter Vorjahresniveau (Vorjahr: 9.840,5 GWh).

Der Netzabsatz bewegte sich mit insgesamt 9.347,8 GWh ebenfalls leicht unter Vorjahresniveau (Vorjahr: 9.508,7 GWh). Beim Netzkundenabsatz an Weiterverteiler, Standardlastprofil-Kunden und Kunden mit registrierender Leistungsmessung ergab sich ein leichter Mengenrückgang i. H. v. insgesamt -2,7 Prozent bzw. -234,1 GWh. Bei den rückgespeisten Mengen an den ÜNB ergab sich ein Anstieg i. H. v. +7,3 Prozent bzw. +73,0 GWh. Dieser ist im Wesentlichen auf eine höhere dezentrale Netzeinspeisung zurückzuführen.

Die Netzeinspeisung aus KWK-Anlagen ging im Berichtszeitraum um -4,2 Prozent auf insgesamt 309,4 GWh zurück. Im Vorjahr hatte die Probe-einspeisung der neuen Gasmotorenanlage am Standort des HKW Jena zu einer leichten Erhöhung geführt.

Insgesamt wurde der Netzabsatz incl. Betriebsverbrauch und Netzverluste jedoch ohne Rückspeisungen an den vorgelagerten Netzbetreiber zu 56,4 Prozent aus durch EE eingespeistem Strom gedeckt (Vorjahr: 56,9 Prozent).

Im Berichtszeitraum speisten insgesamt 38.566 (Vorjahr: 32.080) Anlagen mit einer installierten Gesamtleistung i. H. v. rund 3.907 MW (Vorjahr: 3.791 MW) in das von der TEN betriebene Netz ein. Hiervon waren 37.842 (Vorjahr: 31.356) Anlagen mit EE mit einer installierten Gesamtleistung i. H. v. rund 3.516 MW (Vorjahr: 3.392 MW). Insgesamt 3.212 dieser EE-Anlagen haben aufgrund eines fehlenden Anspruchs oder sonstiger Gründe, wie z. B. fehlender Antragsunterlagen oder eines Vergütungsverzichts, eine sog. „Null-Vergütung“ erhalten.

Die Netzanschlussbegehren von Einspeiseanlagen bis 30 kW im Netzgebiet der TEN haben sich mit der Energiemarktkrise nahezu vervierfacht. Dies hat zu einem erheblichen Mehraufwand bei der Antragsbearbeitung geführt. Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 16.609 EE-Anlagen angemeldet sowie der Anschluss von 20.729 Anlagen bearbeitet. Damit konnten wesentliche Anteile des Bearbeitungsstaus abgearbeitet werden.

Zur Beschleunigung der Antragsbearbeitung hat die TEN verschiedene Maßnahmen ergriffen, darunter u. a. die Einführung des sog. „Netzkundenportals“ für Anlagen bis 30 kW. Hierdurch konnte der manuelle Bearbeitungsaufwand z. T. deutlich gesenkt, und für einen Großteil der Anträge eine sofortige, automatisierte Anschlusszusage erteilt werden. Neben einer Ausweitung der internen Personalkapazitäten und der Beauftragung externer Dienstleister zur schnelleren Antragsbearbeitung wurde u. a. auch das vereinfachte Antragsverfahren von sog. „Balkonanlagen“ im Rahmen des sog. „Solarspaket I“ umgesetzt.

Bezogen auf den Jahresabschluss und den dabei berücksichtigten Prognosemonaten lag die Netzeinspeisung aus EE mit insgesamt 4.674,3 GWh vorrangig aufgrund geringerer Einspeisung aus Windkraft (-7,8 Prozent) leicht unter Vorjahresniveau (4.844,8 GWh). Hierfür sind neben dem Windertrag bzw. Windlastspitzen auch Abregelungen von Energieanlagen bei Netzengpässen von Bedeutung. Tatsächlich war die Windeinspeisung v. a. im Monat Dezember jedoch sehr windlastig und die Gesamteinspeisung aus EE im Geschäftsjahr höher als im Vorjahr. Der Beitrag aus PV-Energie stieg infolge des zunehmenden Anschlusses von PV-Anlagen sowie eines vergleichsweise hohen PV-Ertrages um +95,3 GWh (+8,8 Prozent). Die Einspeisung aus Biomasse ging um -31,3 GWh (-4,1 Prozent) zurück.

Im Netzgebiet wurden Strommengen aus EE mit einem Volumen i. H. v. 4.097,3 GWh (Vorjahr: 4.302,6 GWh), und damit 87,7 Prozent des eingespeisten EEG-Stroms, direkt vermarktet (Vorjahr: 88,8 Prozent).

Die 50Hertz Transmission GmbH, Berlin, gab bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses im Geschäftsjahr 35 Aufrufe (Vorjahr: 158) zur Abregelung von Einspeiseleistung nach dem EnWG aus. Die Gesamtdauer der Einspeisemanagementmaßnahmen betrug rund 162 Stunden (Vorjahr: 556). Dabei wurden insgesamt rund 22.394 MWh (Vorjahr: 50.847 MWh) Einspeisearbeit abgeregelt. Die TEN veranlasste 60 Abschaltmaßnahmen (Vorjahr: 124) mit einer Gesamtdauer der Maßnahmen von rund 446 Stunden (Vorjahr: 651). Dabei wurden insgesamt 1.053 MWh (Vorjahr: 2.098 MWh) Einspeisearbeit abgeregelt. Der Anteil der von der TEN abgeregelten Energiemenge an der EEG-Gesamteinspeisung lag bei 0,02 Prozent.

Die gesamte Absatzmenge incl. Betriebsverbrauch über das Erdgasversorgungsnetz betrug im Geschäftsjahr 7.443,7 GWh und lag damit um -3,7 Prozent unter der Vorjahresmenge (7.733,6 GWh). Der Rückgang war im Wesentlichen durch preisbedingte Einspareffekte in Verbindung mit der schwierigen konjunkturellen Lage und insgesamt milder Temperaturen als im Vorjahreszeitraum bedingt. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sind die Absatzmengen um insgesamt -13,2 Prozent zurückgegangen.

Bei den leistungsgemessenen Kunden war eine Abnahme i. H. v. -5,7 Prozent zu verzeichnen. Der anteilige Mengenrückgang im Bereich der Standardlastprofil-Kunden belief sich auf -4,9 Prozent. Bei den Weiterverteilern kam es zu einem Rückgang der abgesetzten Menge i. H. v. -2,6 Prozent.

Aufgrund des geringeren Netzabsatzes sank die Netzeinspeisung um insgesamt -289,9 GWh. Die Ausspeisung aus dem Untergrundspeicher Allmenhausen ging um -22,2 Prozent zurück. Der Mengenbezug von vorgelagerten Netzbetreibern reduzierte sich um -1,6 Prozent.

Eine wichtige Grundlage des Geschäfts im Netzbereich liegt in langfristigen und vertrauensvollen Vertragsbeziehungen mit den Kommunen im Bereich der Strom- und Gaskonzessionen. Im Geschäftsjahr 2024 wurden die Wiedererlangung auslaufender Konzessionsverträge im Strom- und Gasbereich sowie die Vorbereitungen zur anstehenden, komplexen Ausschreibungsperiode

auslaufender Strom-Konzessionsverträge fortgeführt.

Mit der neuen Ausschreibungsperiode wird mit der Bearbeitung von Vergabeverfahren im dreistelligen Bereich gerechnet.

Das Vertriebsgeschäft basiert auf der sicheren Erfüllung des Versorgungsauftrages in Thüringen. Die Grundlage hierfür liegt in der mittel- bis langfristigen Kontrahierung ausreichender Strom- und Erdgasmengen zur stabilen Versorgung der Kunden. Im Berichtszeitraum wurde das Vertriebsgeschäft infolge der tranchenweisen, sog. „rollierenden Beschaffung“ noch von den hohen Beschaffungskosten der Vorjahre geprägt. Die Preisvolatilität beim Energiebezug in Verbindung mit der hohen Wettbewerbsintensität neuer Anbieter führten teilweise zu negativen Kundenbewegungen. Infolge des allgemeinen Preisrückgangs an den Beschaffungsmärkten wurden die Preise für die Kunden gesenkt. Die Preissenkungen umfassten die Grundversorgung sowie ausgewählte (Neukunden-) Produkte im Strom- und Gasbereich.

Im Privatkundengeschäft prägten neue Wettbewerber mit kurzfristigen Beschaffungsstrategien das Marktgeschehen. Im Hinblick auf die Absatzmengen führte der fortlaufende Zubau von Eigenversorgungslösungen, etwa in Form kleinerer PV- und Speicheranlagen, sowie die vergleichsweise mildernden Wetterbedingungen zu einem veränderten Abnahmeverhalten.

Das Geschäftskundensegment wurde daneben zudem v. a. von der schwierigen konjunkturellen Lage der deutschen Volkswirtschaft geprägt. Die Nachfrage nach kurzfristigen Liefermodellen mit Spotmarktpreisorientierung setzte sich fort.

Im Vertriebsgeschäft mit den Stadtwerken kam es zu Mengenrückgängen, v. a. beim Gasabsatz. Die Flexibilisierung des Mengenbezugs im Rahmen der sog. „Toleranzbänder“ wurde zurückgefahren. Im Strombereich war – analog zu den Entwicklungen bei den Industrie- und Gewerbekunden – eine stärkere Nachfrage nach kurzfristigen Liefermodellen zu verzeichnen.

Im Geschäftsjahr lagen die Gesamtabsatz- und Beschaffungsmengen sowohl im Strom- als auch im Gasbereich in etwa auf Vorjahresniveau.

Der Stromabsatz lag mit insgesamt 8.329,8 GWh auf Vorjahresniveau (Vorjahr: 8.389,2 GWh).

Im Privatkundengeschäft lag die Absatzmenge mit 946,0 GWh trotz einer Zunahme der Kundenzahl auf Vorjahresniveau. Dies ist insbesondere auf ein verändertes Verbrauchsverhalten zurückzuführen. Die bei den Privatkunden abgesetzte Strommenge entspricht einem Anteil i. H. v. rund 11 Prozent am Gesamtstromabsatz.

Im Bereich der Geschäftskunden erhöhten sich die Mengen gegenüber dem Vorjahr um rund +8 Prozent. Insgesamt lieferten wir im Geschäftskundenbereich 2.681,6 GWh Strom und lagen damit um rund +200 GWh über dem Vorjahreswert. Der Mengenanstieg begründet sich v. a. aus Kundengewinnen im Großkunden- und mittleren Absatzsegment. Die abgesetzte Strommenge bei den Geschäftskunden entspricht einem Anteil i. H. v. rund 32 Prozent am gesamten Stromabsatz.

Beim Absatz an Vertriebspartner, v. a. an Stadtwerke, wurde ein Absatz i. H. v. insgesamt 4.115,0 GWh verzeichnet, und damit ein Rückgang i. H. v. -312,8 GWh. Dieser resultiert insbesondere aus einem Rückgang bei Netzverluststromlieferungen, der nur teilweise durch Neukunden kompensiert werden konnte. Der Anteil des Stromabsatzes an Vertriebspartner und sonstige Kunden lag bei rund 49 Prozent.

Die Strombeschaffung erfolgte über zahlreiche Händler, Beteiligungsunternehmen sowie übereigene und fremde Kraftwerke.

Der Erdgasabsatz lag mit insgesamt 6.615,5 GWh ebenfalls auf Vorjahresniveau (Vorjahr: 6.633,1 GWh).

Im Privatkundengeschäft führten Kundenverluste, ein verändertes Verbrauchsverhalten sowie die im Berichtszeitraum vergleichsweise milden Temperaturen zu einem Rückgang sowohl der Durchschnittsverbräuche als auch des Gesamtabsatzes. Gegenüber dem Vorjahr ging der Erdgasabsatz in diesem Kundensegment um rund -260 GWh auf insgesamt 1.322,3 GWh zurück. Damit lag der Anteil der Privatkunden am Gesamterdgasabsatz bei rund 20 Prozent.

Im Bereich der Geschäftskunden wurden im Berichtszeitraum 2.891,9 GWh Erdgas geliefert, die Menge lag damit um rund +396 GWh über dem Vorjahreswert. Der Mengenanstieg ist, analog zum Strombereich, auf Kundengewinne im Großkunden- und mittleren Absatzsegment zurückzuführen. Der Gasabsatz an Geschäftskunden entspricht einem Anteil i. H. v. rund 44 Prozent am Gesamtabsatz.

Der Erdgasabsatz an Vertriebspartner lag mit insgesamt 2.401,3 GWh um rund -155 GWh bzw. rund -6 Prozent unter dem Vorjahr. Die abgesetzte Erdgasmenge an Vertriebspartner entspricht einem Anteil i. H. v. rund 36 Prozent am Gesamtabsatz.

Die Beschaffung erfolgte in Kooperation mit einer Vielzahl von Handelspartnern aus breit diversifizierten Quellen.

Der Wärmeabsatz belief sich im Geschäftsjahr auf insgesamt 1.080,3 GWh (Vorjahr: 1.088,9 GWh). Hier von entfielen auf die zentralen Wärmeerzeugungsanlagen in Jena und Bad Salzungen 441,5 GWh (Vorjahr: 442,1 GWh) sowie auf die Erzeugungsanlage in Rudolstadt/Schwarza 606,7 GWh (Vorjahr: 614,5 GWh). Der übrige Wärmeabsatz betraf die dezentralen Erzeugungsanlagen.

Im Bereich der dezentralen Wärmeversorgung wurden zum Bilanzstichtag 50 dezentrale Erzeugungsanlagen mit einer installierten thermischen Leistung i. H. v. 25,9 MWp sowie einer installierten elektrischen Leistung i. H. v. 3,2 MWp betrieben. Mit Hilfe der dezentralen Erzeugungsanlagen wurden 22 kommunale Kunden (v. a. Rathäuser, Sportzentren und Schulen) versorgt. Im Bereich der Wohnungswirtschaft wurden 17 weitere Abnehmer beliefert.

Im Geschäftsfeld Elektromobilität wurde der Ausbau der öffentlichen (Schnell-)Ladeinfrastruktur fortgesetzt und die Position eines zentralen Infrastrukturdienstleisters und Vorreiters bei der Umsetzung der Verkehrswende in Thüringen gefestigt. Im aktuellen Berichtszeitraum war die TMO der Ladesäulenbetreiber mit den meisten Ladepunkten in Thüringen. In 2024 wurde der Betrieb von insgesamt mehr als 400 Schnell- bzw. 300 Normalladepunkten (Vorjahr: 180 bzw. 230) verantwortet, was in etwa der Hälfte aller (Schnell-)Ladepunkte in Thüringen entspricht. Neben dem Ladenetzausbau selbst, wurde auch das digitale Service- und Produktangebot weiterentwickelt. Um noch mehr Thüringer vom Umstieg auf die Elektromobilität zu überzeugen, wurde u. a. eine benutzerfreundliche Ladeapp eingeführt. Ein halbes Jahr nach Einführung wurde diese bereits von mehr als 5.500 Kunden genutzt.

Der Ladestromabsatz hat sich im Vergleich zum Vorjahr nahezu verdoppelt. Trotz der deutlichen Umsatzsteigerung beim Verkauf von Ladestrom war der Bereich Elektromobilität infolge des sich noch im Aufbau befindlichen Geschäftsfeldes nicht kostendeckend. Die TMO rechnet derzeit ab dem Geschäftsjahr 2028 mit positiven Ergebnisbeiträgen.

In 2024 wurde an der Autobahnabfahrt bei Schleiz das bislang größte HPC-Schnellladeprojekt umgesetzt: Insgesamt 20 HPC-Schnell-Ladestationen

stehen dort nun zur Verfügung. An der Planung und Realisierung waren ausschließlich Thüringer Bauunternehmen beteiligt.

Die TEN ist als gMSB und VNB für die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben des Smart-Meter-Rollouts bzw. des netzdienlichen Steuerns und Schaltens von Einspeisern und Abnehmern verantwortlich. Dabei wird sie durch die TMZ unterstützt, die als Kompletdienstleister die gesamte Prozesskette für den konventionellen und intelligenten Messstellenbetrieb übernimmt. Diese reicht vom Einbau der Mess- und Steuereinrichtungen bis hin zur Aufbereitung der Messdaten für Abrechnungszwecke. Im Auftrag der TEN hat die TMZ im Geschäftsjahr 2024 rund 590.000 Strom- sowie rund 110.000 Gaszähler in deren Netzgebiet betreut und insgesamt rund 6.360 (Vorjahr: 8.870) Messlokationen mit iMSys sowie rund 54.050 (Vorjahr: 41.730) Messlokationen mit mME ausgestattet. Die neue, digitale Messtechnik ist damit bei insgesamt rund 20 (Vorjahr: 19) Prozent der iMSys- sowie bei rund 51 (Vorjahr: 41) Prozent der mME-Pflichteinbaufälle im Netzgebiet des gMSB TEN installiert. Die gesetzlichen Vorgaben zum Smart-Meter-Rollout wurden hiermit erfüllt.

Das GNDEW in Verbindung mit § 14a EnWG verpflichtet MSB zudem dazu, ab dem Jahr 2025 eine technische Infrastruktur bereitzustellen, die es dem Netzbetreiber ermöglicht, steuerbare Verbrauchseinrichtungen über das sog. „Smart-Meter-Gateway“ (SMGw) entsprechend der aktuell vorherrschenden Lastsituation netzdienlich zu steuern und ggf. zu dimmen. Dies umfasst u. a. PV-Anlagen, Wallboxen und Wärmepumpen. Die Umsetzung der Vorgaben erfordert zahlreiche Zwischenschritte, sodass neben den iMSys auch entsprechende Steuerungstechnik verbaut, die IT-Systeme – sowohl des Netzbetreibers als auch des MSB – funktional ertüchtigt, neue Schnittstellen ausgeprägt sowie die entsprechenden Betriebsprozesse überarbeitet bzw. neu definiert und implementiert werden müssen. Das komplexe prozessuale Zusammenspiel der verschiedenen Akteure und technischen Komponenten hat die TMZ im Geschäftsjahr im Netzgebiet der TEN im Rahmen mehrerer Pilotprojekte erprobt.

Da die TMZ ihre IT-Systemplattform mandantenübergreifend freigegeben bzw. um die Systemkomponente für einen sog. „externen Marktteilnehmer“ erweitert hat und ihren Kunden die volle Funktionalität des CLS-Management-Systems anbietet, können alle Kunden der TMZ von den Erfahrungen aus diesen Pilotprojekten profitieren.

Die TMZ richtet ihr deutschlandweites Leistungsportfolio sowohl an gMSB als auch wMSB. Dieses umfasst neben dem Messstellenbetrieb und dem Messdatenmanagement hochspezialisierte weitere Leistungen, wie Prüfstellenleistungen und die SMGw-Administration. Im Geschäftsjahr 2024 haben mehrere gMSB die TMZ mit der langfristigen Administration ihrer SMGw-Infrastruktur und der Aufgabe des Messdatenmanagements für iMSys beauftragt. Im Rahmen eines Onboarding-Projektes wurden erstmals rund 1.400 bereits ausgerollte SMGw vom bisherigen SMGw-Administrator erfolgreich auf die Systemplattform der TMZ migriert.

Im Geschäftsfeld Prüfstellenleistungen konnte die TMZ ihre Marktposition weiter ausbauen und mit mehreren MSB mehrjährige Rahmenverträge abschließen. Zum Stichtag betreute die TMZ im Drittgeschäft insgesamt rund 25.050 iMSys.

Die TNK verantwortet den Ausbau und den Betrieb der Telekommunikationsinfrastruktur sowie die dazugehörigen Vertriebsaktivitäten und hat im Berichtszeitraum den eigenwirtschaftlichen und geförderten Glasfaserausbau in rund 200 Thüringer Städten und Gemeinden vorangetrieben. Die Gesellschaft ist Betreiber des zweitgrößten Glasfasernetzes im Freistaat. Neben Privatkunden, ortsansässigen Wirtschaftsunternehmen und großen Internetanbietern wird die leistungsfähige Glasfaserinfrastruktur u. a. von den Thüringer Hochschulen und Schulen genutzt. Das eigene Glasfasernetz im

Konzern hat eine Gesamtlänge von rund 7.100 km.

Im Geschäftsjahr 2024 wurde sich in insgesamt 17 geförderten Ausbauprojekten der Beseitigung der sog. „weißen Flecken“ gewidmet. Zum Stichtag waren insgesamt 7 Förderprojekte bautechnisch abgeschlossen, für 7 Projekte wurden die Endverwendungsnachweise beim Fördermittelgeber eingereicht. Insgesamt wurden bisher mehr als 1.200 km Glasfaserkabel im geförderten Bereich verlegt und rund 9.600 Adressen angeschlossen. Das Gesamtauftragsvolumen liegt im dreistelligen Millionenbereich. Die geförderten Investitionen erfolgten u. a. im Unstrut-Hainich- und im Ilm-Kreis, im Altenburger Land, in Zeulenroda-Triebes, in der Gemeinde Am Ettersberg sowie in Blankenhain, Sonneberg, Feldstein und Bad Tabarz.

In eigenwirtschaftliche Ausbauprojekte hat die TNK im Berichtszeitraum insgesamt 40,1 Mio. € investiert (Vorjahr: 17,7 Mio. €) – und damit ihr eigenwirtschaftliches Investitionsvolumen das zweite Jahr in Folge mehr als verdoppelt. In mehreren Clustern wurden erste Kundenanschaltungen realisiert und die Erschließung einzelner Ortschaften bautechnisch abgeschlossen, u. a. in Sollstedt und Herbsleben. In weiteren Projektgebieten erfolgte der Start der Baumaßnahmen bzw. wurden Planungs- und Genehmigungsverfahren in Gang gesetzt. In eigenwirtschaftlichen Ausbauprojekten wurden im Berichtszeitraum rund 300 km (Vorjahr: 123 km) Glasfaserkabel verlegt und aktuell befinden sich rund 70.000 Haushalte (Vorjahr: 58.000) im Vertriebs- und Ausbauprogramm.

Im Berichtszeitraum zählte die TNK insgesamt rund 93.400 Kunden, was einem Anstieg i. H. v. +6,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Insbesondere bei den FTTH-Anschlüssen nahmen die TNK-Kundenzahlen kontinuierlich zu, bei parallel ansteigenden FTTC-Kundenzahlen. Erste Erfolge aus Kooperationsverträgen im Bereich der Wohnungswirtschaft zeigen sich ebenso bei der Entwicklung der HFC-Kunden (Kabelnetze); die geplanten Kundenzahlen konnten hier deutlich übertroffen werden. Infolge der positiven Kundenentwicklung war ein Anstieg des Gesamtumsatzes im Telekommunikationsgeschäft zu verzeichnen, mit einer Steigerung der Umsatzzahlen sowohl im Privat- (+7,5 Prozent) als auch Geschäftskundenbereich (+4,9 Prozent).

Der Absatz von Telekommunikationsprodukten im mittleren Bandbreitenbereich entwickelte sich stabil. Hochleistungsfähige Glasfaserprodukte mit sehr hohen Bandbreiten wurden zumeist in FTTH-Ausbaugebieten nachgefragt. Im Geschäftsjahr 2024 waren beim leistungsfähigsten Breitband-Tarif der TNK (mit bis zu 1.000 Mbit/ s) als Ergebnis einer gezielten Vermarktungskampagne in Verbindung mit einer attraktiven Angebotslegung die höchsten Absatzzahlen zu verzeichnen.

In 2024 hat die TNK die wirtschaftliche Vermarktung und den störungsfreien Betrieb des Rechenzentrums am Thüringer Wald fortgeführt.

Zum 31. Dezember 2024 umfasste das Beteiligungsportfolio insgesamt 58 Unternehmen (ohne vollkonsolidierte Unternehmen). Zum Stichtag war die KEBT an 24 Stadtwerken bzw. Netzgesellschaften, 8 Energieprojektgesellschaften, 13 Energiedienstleistungsgesellschaften und 13 sonstigen Unternehmen aus den Bereichen EE, Wärmeerzeugung und energienahe Dienstleistungen beteiligt. Da die Mehrzahl der Stadtwerke ihre Strom- und Gasnetzbetriebe auf Netzgesellschaften übertragen hat, ist die KEBT zudem an 13 Netzgesellschaften mittelbar beteiligt.

Durch Gewinnausschüttungen der Gesellschaften des Beteiligungsportfolios wurde im Berichtszeitraum ein Beteiligungsergebnis i. H. v. insgesamt 20,6 Mio. € erzielt (Vorjahr: 12,1 Mio. €). Das Beteiligungsergebnis ist im Wesentlichen durch die Stadtwerksbeteiligungen geprägt. Die Thüringer Stadtwerke bzw. kleinere und mittlere EVU stehen aktuell vor historisch beispiellosen Herausforderungen, die sich aus der praktischen Umsetzung der Energie- und

Wärmewende ergeben. Hierzu gehören u. a. der erhebliche Anstieg der Netzinvestitionen bei steigenden Finanzierungskosten und begrenzten kommunalen Haushaltsbudgets sowie die Notwendigkeit zur Umsetzung komplexer und ressourcenintensiver IT-Projekte. Im Geschäftsjahr 2024 verringerten sich die Gewinnausschüttungen der Stadtwerke aufgrund von Sondereffekten im Vorjahr auf insgesamt 22,3 Mio. € (Vorjahr: 24,5 Mio. €). Im Hinblick auf diese gemeinsam notwendigen Kraftanstrengungen fanden im Berichtszeitraum Einzahlungen zur Eigenkapitalstärkung der Stadtwerksbeteiligungen i. H. v. insgesamt 3,3 Mio. € sowie zusätzlich anteilige Gewinnthesaurierungen i. H. v. 6,7 Mio. € statt. Im Berichtszeitraum wurden zudem mehrere Anteilskaufverträge zur Aufstockung der Beteiligungen an verschiedenen Thüringer Stadtwerken geschlossen.

Zur Umsetzung der Energiewende wird in neue Geschäftsfelder investiert, mit einem Schwerpunkt auf mittelgroße bis große PV-Projekte für Industrie- und Gewerbe Kunden. Im PV-Privatkundenbereich führen die veränderten Rahmenbedingungen zu einer teilweise schwierigen Marktsituation. Die hohe Wettbewerbsintensität in Verbindung mit hohen Vertriebsaufwänden führen zu anhaltenden Ergebnisbelastungen, sodass zum Jahresende für die eness GmbH i. L., München, keine positive Marktperspektive mehr bestand. Vor diesem Hintergrund erfolgten Einzahlungen in die Kapitalrücklage der Gesellschaft sowie eine Wertkorrektur des gesamten Beteiligungsbuchwertes. Der operative Geschäftsbetrieb wurde eingestellt und die Gesellschaft zum Jahresende liquidiert.

In 2024 wurde der operative Aufbau des Geschäftsfeldes Wasserver- und Abwasserentsorgung fortgesetzt und das Beteiligungsportfolio um zusätzliche Ingenieursleistungen bei der Planung, Bauabwicklung und -betreuung von (kommunalen) Wasser- und Abwasserprojekten ergänzt. In diesem Zusammenhang wurde u. a. eine staatlich anerkannte Prüfstelle für Wasserzähler erworben. ...

Das übergeordnete Ziel des KEBT-Konzerns liegt in der Gewährleistung der Sicherheit und Verlässlichkeit der Thüringer Stromversorgung. Dabei hat sich die Gesellschaft dem Klima- und Umweltschutz sowie dem sparsamen Umgang mit natürlichen Ressourcen verpflichtet. Zur Realisierung der Unternehmensziele im Bereich Klimaschutz und Nachhaltigkeit werden zahlreiche, nicht zuletzt auch geschäftsfeldübergreifende Maßnahmen umgesetzt.

Im Berichtsjahr haben die regenerativen PV-Anlagen der TSO insgesamt 15,9 Mio. kWh Strom erzeugt (Vorjahr: 15,0 Mio. kWh). Auf die PV-Anlagen der TEAG entfiel eine Erzeugungsmenge i. H. v. 2,8 Mio. kWh Strom (Vorjahr: 2,5 Mio. kWh). Daneben werden im PV-Bereich Städte und Gemeinden bei ihrem Engagement für eine nachhaltige Energieerzeugung und einen aktiven Klimaschutz unterstützt. Hierfür wurden inzwischen mehr als 100 PV-Anlagen auf Dächern kommunaler Liegenschaften durch die KomSolar Stiftung, Erfurt, errichtet. Im Berichtszeitraum hat die TSO ein Pilotprojekt zur Förderung von Biodiversität bei der Errichtung von Solarparks gestartet. Häufig werden Flächen, die sich für große Solarparks eignen, landwirtschaftlich oder gewerblich genutzt – und intensiv bewirtschaftet. Solarparks bieten hier ein gewisses Renaturierungspotenzial. Gemeinsam mit einem Projektpartner werden u. a. im Rahmen eines PV-Projektes in Birkigt die ökologischen Chancen von PV-Parks und die langfristigen Auswirkungen von diversitätsfördernden Maßnahmen auf Tier- und Pflanzenwelt untersucht. Um den PV-Park Birkigt wurde u. a. ein rund 500 Quadratmeter großer Blühstreifen mit Thüringer Saatgut geschaffen, der zusätzlich zu einem etwa 1.000 Quadratmeter großen Grünlandstreifen als Lebensraum für verschiedene Insekten- und Kriechtierarten dient.

Bei der Vermarktung des von der TSO errichteten Solarparks in Birkigt mit einer installierten Anlagenleistung i. H. v. 2 MWp werden darüber hinaus neue Wege

der Kommunal- bzw. Bürgerbeteiligung erprobt. Mit der betreffenden Gemeinde wurde so z. B. erstmals ein Vertrag zur Beteiligung mit der freiwilligen EEG-Umlage umgesetzt. Im Rahmen eines Modellprojektes konnten sich Mitarbeiter des Konzerns finanziell an der PV-Investition beteiligen. Zukünftig könnte ein solches Modell auch den Bürgern der betreffenden Kommunen angeboten werden.

Im Rahmen des regionalen H2-Projekts TH2ECO wird mit Branchenpartnern und Forschungseinrichtungen zusammengearbeitet, um mit klimaneutral erzeugter Energie aus nordthüringischen Windparks und Solaranlagen grünen H2 zu erzeugen. Dieser könnte zukünftig über eine Leitung nach Erfurt geleitet und dort etwa für die CO2-freie Fernwärmeverversorgung nutzbar gemacht werden. Das Pilotprojekt erforscht die Möglichkeiten zur Produktion, Speicherung und Weiterverteilung des Energieträgers H2 und legt den Grundstein für eine regionale H2-Wirtschaft in Thüringen.

Im Rahmen einer H2-Konferenz wurde im ersten Quartal des Jahres gemeinsam mit anderen Netzbetreibern eine Grundsatzvereinbarung für die Umstellung der fossilen (Erd-) Gasleitungsinfrastruktur auf H2 unterzeichnet. Die Vereinbarung sieht einen engen Austausch zwischen den Projektpartnern in Bezug auf insgesamt 12 Gasnetzvorhaben vor, deren Umsetzung bis einschließlich zum Jahr 2029 geplant ist. Im Rahmen der Projekte sollen Teile der Netzinfrastruktur für den Transport und die Verteilung von H2 umgestellt werden. Mit der Vereinbarung soll zudem v. a. ein zügiger Anschluss der Thüringer Gasnetzinfrastruktur an das deutsche H2-Backbone-Netz gewährleistet werden. Im schnellen Aufbau einer funktionierenden H2-Wirtschaft liegt ein Kernelement zur Schaffung von Planungssicherheit für größere Industriekunden und -unternehmen sowie den Thüringer Mittelstand auf dem Weg zur Klimaneutralität. Mit der Zusammenarbeit im Rahmen der Grundsatzvereinbarung werden laufende Projekte, wie z. B. das TH2ECO-Projekt, fortgeführt.

Im Erzeugungsbereich liegt das Ziel darin, die Erzeugung aus EE deutlich auszubauen und den konventionellen Erzeugungskapazitäten mittel- bis langfristig mindestens gleichzustellen. Dies umfasst auch den Ausbau von regenerativen (Fern-) Wärmeversorgungsprojekten, bei dem die Thüringer Städte und Gemeinden aktiv unterstützt werden, u. a. im Rahmen der KWP. Im Berichtszeitraum wurde hierzu ein umfassendes Dienstleistungsangebot entwickelt. Die TWS ist im deutschlandweiten Netzwerk „Grüne Fernwärme“ aktiv. Hier bringt sich die Gesellschaft gemeinsam mit anderen Regionalversorgern und Thüringer Stadtwerken im Rahmen des sog. „Nationalen Aktionsplanes Energieeffizienz“ in das Energieeffizienz-Netzwerk „EVU Thüringen“ ein.

Sog. „kalte Nahwärmenetze“ stellen eine besonders innovative Form der Wärmeversorgung dar und gelten als eine der besten Möglichkeiten, die Wärmewende schnell und kostengünstig zu realisieren. Im Rahmen von (Pilot-) Projekten wird an der nachhaltigen Nutzung von Umweltwärme aus der Erde, der Luft und aus Gewässern gearbeitet. Im Geschäftsjahr 2024 wurde in Weida und Gera-Langenberg die Umsetzung klimafreundlicher Quartiersprojekte mit hochmodernen iKWK-Systemen fortgeführt.

Seit dem Jahr 2016 wird öffentliche Ladeinfrastruktur im Bereich Elektromobilität betrieben. Über den Ausbau der (Schnell-) Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge wird die Umsetzung der Energiewende im Verkehrsbereich gefördert. Im Berichtszeitraum wurde an der Autobahnabfahrt bei Schleiz das bislang größte HPC-Schnellladeprojekt umgesetzt: Insgesamt 20 HPC-Schnell-Ladestationen stehen hier nun zur Verfügung. Der Standort zeichnet sich u. a. durch mehrere barrierefreie Ladeplätze sowie eine naturnahe Holzüberdachung mit extensiver Begrünung aus. Das Ladeprojekt in Schleiz soll als Pionierprojekt für weitere Vorhaben gelten.

Neben dem Ausbau der öffentlichen Ladesäuleninfrastruktur wurde auch die Elektrifizierung des unternehmensinternen Fuhrparks fortgeführt: Der Anteil von Elektrofahrzeugen im eigenen Fahrzeugbestand beläuft sich auf mehr als 40 Prozent (Vorjahr: 34 Prozent). Für 2025 wird angestrebt, eine Elektrifizierungsrate i. H. v. 50 Prozent zu erreichen.

Unter dem Mitarbeiter- und Gästeparkplatz der TEAG-Hauptverwaltung in Erfurt – an dem Mitarbeitern und Gästen zahlreiche Lademöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden – befindet sich die größte Geothermie-Anlage Thüringens, die in Verbindung mit effizienten Wärmepumpen zwei Drittel des Verwaltungskomplexes heizt bzw. kühlt. Auf dem TEAG-Campus wird derzeit zudem ein neues Bürogebäude in umweltfreundlicher Holzhybridbauweise errichtet.

Die zur Finanzierung der energiewendebedingten Transformationsprojekte eingeworbenen Kreditmittel orientieren sich zunehmend an den EU-Vorgaben für Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Die Anteilseigner und Geschäftspartner werden zukünftig u. a. auch im Rahmen der Umsetzung der sog. „Corporate Sustainability Reporting Directive“ (CSRD) bzw. der sog. „EU-Taxonomie“ über Nachhaltigkeitsprojekte informiert werden. Die CSRD legt neue, europaweit einheitliche Standards für die Darstellung von Umwelt-, Sozial- und Governance-Themen (sog. „ESG“) fest. Die EU-Taxonomie definiert ein einheitliches Klassifikationssystem für ökologisch nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten. Im Berichtszeitraum wurden hierzu notwendige Vorbereitungen getroffen.

Darüber hinaus wurden in 2024 neue gesetzliche Anforderungen umgesetzt, die sich aus dem LkSG ergeben. In diesem Zusammenhang wurden ein Menschenrechtsbeauftragter benannt, operative Maßnahmen zur Überwachung der Lieferketten implementiert sowie eine entsprechende Grundsatzerkklärung veröffentlicht.

Zur Gewährleistung eines umfassenden Klima- und Umweltschutzes werden auch in Zukunft strategische und operative Meilensteine definiert und deren Umsetzung verfolgt. Die in den KEBT-Konzern einbezogenen Unternehmen haben sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2035 in allen wesentlichen Geschäftsfeldern nachhaltig zu wirtschaften bzw. CO2-neutral zu sein. ...

Die Geschäftsfelder des KEBT-Konzerns haben sich im Berichtszeitraum in einem volatilen und teilweise schwierigen Markt- bzw. Aufgabenfeld bewegt. Große Herausforderungen lagen neben den komplexen konjunkturellen und unsicheren politischen Rahmenbedingungen v. a. in der Gewinnung notwendiger Personalressourcen, dem hohen Preisniveau auf den Beschaffungsmärkten sowie der ausgeprägten Wettbewerbsintensität, etwa beim Energievertrieb, dem PV-Geschäft und der Elektromobilität. Im Beteiligungsportfolio wurden aktiv Maßnahmen zur Stabilisierung mehrerer Thüringer Stadtwerke umgesetzt.

Die strategischen Unternehmensziele konnten trotz des schwierigen Marktumfeldes weitgehend erreicht werden. Der breit angelegte Geschäfts- und Versorgungsansatz diversifiziert Unternehmensrisiken und sichert in Verbindung mit der „7 Netze“-Strategie den langfristigen Erfolg.

Im Hinblick auf die finanzwirtschaftlichen Kennzahlen erwirtschaftete der KEBT-Konzern ein EBITDA von 274,6 Mio. € (Vorjahr: 260,9 Mio. €) sowie ein EBT i. H. v. 100,9 Mio. € (Vorjahr: 100,9 Mio. €). Damit wurden die im letzten Geschäftsjahr gesetzten Ziele, ein EBITDA zwischen 235 Mio. € und 255 Mio. € sowie ein EBT zwischen 75 Mio. € und 85 Mio. €, übertroffen. Der erzielte Konzernjahresüberschuss lag mit insgesamt 59,7 Mio. € (Vorjahr: 67,4 Mio. €), bei einem Planwert zwischen 50 Mio. € und 60 Mio. €, im oberen Bereich des für das Geschäftsjahr 2024 prognostizierten Gesamtergebnisses.

Der energiewirtschaftliche Rohüberschuss verbesserte sich im Vergleich zum Planansatz um +4,9 Prozent auf insgesamt 451,2 Mio. €. Insbesondere konnten im Vertriebsbereich +37,4 Mio. € bessere Ergebnisse als geplant erzielt werden. Dabei wirkten sich aperiodische Effekte im Strombereich ergebniserhöhend aus. Dem entgegen verringerte sich der Rohüberschuss im Erzeugungsbereich um insgesamt -11,5 Mio. €, u. a. aufgrund der verzögerten Inbetriebnahme der Gasmotorenanlage des HKW Jena.

Die geplanten Ergebnisse aus den Beteiligungen lagen insgesamt auf Planniveau. Positiv auf das Gesamtergebnis wirkten sich im Berichtsjahr eine deutliche Verringerung der Aufwendungen aus Verlustübernahmen i. H. v. -9,8 Mio. € sowie niedrigere Abwertungen im Umlaufvermögen i. H. v. insgesamt -13,3 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr aus. Dem entgegen standen im Geschäftsjahr höhere Abwertungen auf Finanzanlagevermögen aus dem Bereich EE i. H. v. insgesamt 40,0 Mio. € (Vorjahr: 11,5 Mio. €).

Das geplante Zinsergebnis verbesserte sich um +10,7 Mio. € u. a. aufgrund von Tages- und Festgeldanlagen zu günstigen Zinsenbedingungen sowie einem verzögerten Abruf von Fremdkapitaldarlehen.

Das budgetierte Investitionsvolumen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen für das Geschäftsjahr 2024 betrug rund 300 Mio. €. Während des laufenden Geschäftsjahrs 2024 wurde das Investitionsvolumen in verschiedenen Geschäftsbereichen, u. a. für den Glasfaserausbau um +24,4 Mio. €, an die aktuellen Rahmenbedingungen angehoben. Insgesamt konnte mit 264,9 Mio. € getätigten Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen das Planbudget nicht vollumfänglich erreicht werden. Große Herausforderungen bei der Umsetzung des ambitionierten Investitionsplanes waren u. a. Verzögerungen bei dezentralen Wärmeprojekten und dem Anschluss von Biogaseinspeiseanlagen sowie im Breitbandausbau. In vielen Bereichen bestanden insbesondere Engpässe bei Planungsleistungen, behördlichen Genehmigungen und Dienstleistungen, Material und Personal.

Die Umsatzerlöse verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr leicht, lagen mit insgesamt 3.129,8 Mio. € jedoch auf einem stabilen Niveau. Die Stromerlöse erhöhten sich um +6,4 Prozent auf insgesamt 2.371,4 Mio. €. In den energiewirtschaftlichen Sparten Erdgas und Wärme verringerten sich die Erlöse dagegen auf 562,0 Mio. € (Vorjahr: 743,1 Mio. €) bzw. 87,4 Mio. € (Vorjahr: 129,0 Mio. €). Diesen Entwicklungen liegen überwiegend Preisrückgänge bei der Beschaffung für Energie zu Grunde.

Des Weiteren wurden Erlöse aus Telekommunikationsdienstleistungen i. H. v. 47,0 Mio. € (Vorjahr: 44,3 Mio. €) sowie sonstige Umsatzerlöse i. H. v. 50,7 Mio. € (Vorjahr: 43,8 Mio. €) erwirtschaftet.

Im Berichtszeitraum wurden in den energiewirtschaftlichen Sparten und im Bereich Telekommunikation Ertragszuschüsse i. H. v. 11,2 Mio. € (Vorjahr: 11,1 Mio. €) aufgelöst.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich um insgesamt +16,2 Prozent. Diese betreffen überwiegend Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen i. H. v. 64,9 Mio. € (Vorjahr: 57,8 Mio. €). Darüber hinaus erhöhten sich die Erträge aus Zuschreibungen für Umlaufvermögen auf insgesamt 7,0 Mio. € (Vorjahr: 3,4 Mio. €).

Der Materialaufwand umfasst im Wesentlichen Aufwendungen für Brennstoffe, Energiebezug und Netznutzung und verringerte sich mit -2,8 Prozent nahezu korrespondierend zur Entwicklung der Umsatzerlöse. Die Materialaufwandsquote lag damit, gemessen an den Umsatzerlösen, mit 88,9 Prozent leicht unter dem Vorjahresniveau (89,4 Prozent). Ursächlich für diese Ent-

wicklung ist insbesondere eine Entspannung auf den Energiemarkten und der damit einhergehenden Verringerung der Bezugskosten für Energie.

Der Personalaufwand erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt +5,6 Prozent. Hierbei wirkte sich die Recruitingkampagne zur Einstellung von 300 zusätzlichen Mitarbeitern zur Durchführung der hohen Investitionen in die Netzinfrastruktur und Digitalisierung aus. Neben der daraus gestiegenen Anzahl der durchschnittlich Beschäftigten führte auch die Anhebung der tariflichen Vergütungen zu einem Anstieg der Personalkosten. Dem entgegen sind im Vorjahr Sonderzahlungen für Inflationsausgleich in den Personalaufwendungen enthalten.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden im Wesentlichen Aufwendungen für Dienst- und Fremdleistungen i. H. v. 16,2 Mio. € (Vorjahr: 12,5 Mio. €) sowie Wertberichtigungen bzw. Abschreibungen von Forderungen i. H. v. 21,4 Mio. € (Vorjahr: 13,6 Mio. €) ausgewiesen.

Die Konzernbeteiligungserträge lagen mit insgesamt 20,7 Mio. € (Vorjahr: 22,0 Mio. €) um -5,9 Prozent unter dem Vorjahr. Hierbei wirkten sich Sondereffekte im Vorjahr vermindernd auf die Ausschüttungen bzw. Beteiligungserträge aus.

Die Aufwendungen aus Verlustübernahmen des Vorjahres betreffen im Wesentlichen einen übernommenen Jahresfehlbetrag für verbundene, nicht konsolidierte Unternehmen aus dem Bereich EE.

Insgesamt wurde im Berichtsjahr ein um +5,3 Prozent besseres EBITDA erwirtschaftet. Der energiewirtschaftliche Rohüberschuss erhöhte sich um +12,3 Mio. € auf insgesamt 451,2 Mio. €. Im Stromnetzbereich wirkten sich die mit der Ausweitung der Erlösobergrenze gestiegenen Aufwendungen für vorgelagerte Netzentgelte im Rahmen der Weiterbelastung an die Kunden ergebniserhöhend aus. Dagegen entwickelten sich die Ergebnisse in den einzelnen vertrieblichen Sparten unterschiedlich. Aufgrund eines zunehmend intensiveren Marktwettbewerbs im Strom- und Gasbereich und einer daraus folgenden schwierigeren Mengenprognose bei volatilen Preisentwicklungen an den Energiebeschaffungsmärkten wurde das vertriebliche Ergebnis zum Teil belastet. Zudem wirkten sich gestiegene Personalaufwendungen und sonstige betriebliche Aufwendungen auf das Ergebnis aus. Gegenläufig entwickelten sich die Aufwendungen aus den Verlustübernahmen für verbundene Unternehmen mit einem Rückgang i. H. v. 9,8 Mio. €.

Die Abschreibungen für immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen erhöhten sich um +5,5 Prozent auf insgesamt 120,8 Mio. € (Vorjahr: 114,5 Mio. €) aufgrund des stetig ansteigenden Investitionsvolumens. Darüber hinaus sind in den Abschreibungen außerplanmäßige Abschreibungen auf Finanzanlagen aus dem Bereich EE i. H. v. 40,0 Mio. € (Vorjahr: 11,5 Mio. €) enthalten. Im Vorjahr wurden unter den Abschreibungen Abwertungen auf das Arbeitsgas i. H. v. 21,1 Mio. € ausgewiesen.

Das Zinsergebnis verbesserte sich leicht um +2,3 Prozent auf insgesamt -12,6 Mio. €. Dies ist im Wesentlichen auf höhere Erträge aus Tages- und Festgeldanlagen bei Kreditinstituten i. H. v. +2,2 Mio. € zurückzuführen. Die Entwicklung des durchschnittlich hohen Zinsniveaus an den Kapitalmärkten wirkte sich dabei ergebniserhöhend aus. Darüber hinaus erhöhten sich die Zinsen für Fremdkapitalaufnahmen um 0,7 Mio. € u. a. aufgrund der sukzessiven Tilgung der Darlehen.

Das EBT lag mit 100,9 Mio. € auf Vorjahresniveau. Bedingt durch ein höheres Ergebnis in der Steuerbilanz des Vorjahrs und dem daraus resultierenden aperiodischen Steueraufwand, wurde im Geschäftsjahr 2024 ein Konzernjahresüberschuss i. H. v. insgesamt 59,7 Mio. € (Vorjahr: 67,4 Mio. €) erzielt. Die Erhöhung des bilanziellen Eigenkapitals ist u. a. auf die Bildung von Gewinnrücklagen zurückzuführen.

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse ist im Berichtsjahr um +30,2 Mio. € auf insgesamt 144,6 Mio. € angestiegen und betrifft vornehmlich passivierte Zuschüsse für den geförderten Breitbandausbau.

Damit lag die adjustierte Eigenkapitalquote zum 31. Dezember 2024 mit 18,4 Prozent über dem Vorjahr (17,8 Prozent).

Aus der Differenz zwischen Kaufpreisüberschuss und Zeitwert ergab sich im Rahmen der Erstkonsolidierung ein negativer Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung 372,8 Mio. €. Für das Geschäftsjahr erfolgte die ergebniswirksame Fortführung gemäß DRS Nr. 23 Tz. 145 i. H. v. 10,7 Mio. €. Der Posten belief sich zum 31. Dezember 2024 auf insgesamt 294,7 Mio. € (Vorjahr: 305,3 Mio. €).

Der Erwerb von TEAG-Aktien durch den KEBT-Konzern vom KET zum 31. August 2017 erfolgte gegen Gewährung einer Stundung des Kaufpreises i. H. v. 454,8 Mio. €. Die daraus resultierenden fälligen Darlehensverbindlichkeiten gegenüber dem KET wurden planmäßig i. H. v. 31,4 Mio. € getilgt und betragen zum Bilanzstichtag 191,3 Mio. € (Vorjahr: 222,7 Mio. €). Diese haben eine Laufzeit bis 2030.

Im Berichtsjahr erfolgten Abschlüsse zur Aufnahme von langfristigen Kreditverträgen zur Umsetzung der Energiewende in Thüringen i. H. v. insgesamt 1.056,0 Mio. €. Hiervon wurde bis zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2024 ein Teilbetrag i. H. v. 101,0 Mio. € abgerufen. Die Laufzeit der aufgenommenen Darlehen liegt durchschnittlich bei rund 20 Jahren. Die Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betragen zum Stichtag mit insgesamt 623,2 Mio. € (Vorjahr: 561,4 Mio. €) und haben Laufzeiten bis teilweise 2044.

Der KET gewährte der TEAG ein langfristiges Darlehen i. H. v. insgesamt 400,0 Mio. € in mehreren Tranchen, mit Laufzeiten bis teilweise 2027. In den Vorjahren wurde ein Gesamtbetrag i. H. v. 230,0 Mio. € getilgt. Damit valutiert das Darlehen zum Stichtag 31. Dezember 2024 mit 170 Mio. €.

Für die Finanzierung der Investitionen im Zusammenhang mit der Energiewende erfolgte im Geschäftsjahr 2023 eine weitere Darlehensaufnahme bei der KET i. H. v. 164,0 Mio. €. Die Laufzeit des Darlehens ist bis zum Jahr 2047. Die Rückzahlung des Gesellschafterdarlehens ist zunächst gestundet. Die erste Tilgung ist für das Jahr 2032 vorgesehen.

Die Finanzierung des operativen und investiven Geschäfts ist durch zusätzliche Kreditmittellinien bzw. -zusagen i. H. v. insgesamt 208,2 Mio. € abgesichert, die zum Stichtag nicht in Anspruch genommen wurden. Weitere Finanzierungen in geringerem Umfang erfolgten über Beteiligungsunternehmen.

Das kurzfristige Fremdkapital war im Berichtsjahr überwiegend durch kurzfristig liquidierbare Vermögenswerte gedeckt. Aufgrund der bestehenden Kreditlinien ist die Finanzierung des Konzerns gesichert.

Die zur Erfüllung von Verpflichtungen aus Altersversorgungszusagen in Fondsanteilen angelegten Mittel werden treuhänderisch verwaltet. ...

Im Bereich Erzeugung und Wärme wurden im Geschäftsjahr Investitionen i. H. v. insgesamt 14,4 Mio. € (Vorjahr: 10,2 Mio. €) getätigt. In dezentrale Wärmeerzeugungsanlagen wurden 8,4 Mio. € (Vorjahr: 5,7 Mio. €) investiert. Hiervon entfielen 5,8 Mio. € auf die Fortführung des Quartiersprojektes in Gera-Langenberg. Am Standort des HKW Bad Salzungen und Schwarza wurden Investitionen i. H. v. insgesamt 2,5 Mio. € getätigt. In Bad Salzungen erfolgten Investitionen zur Errichtung eines Elektrodenkessels. In Schwarza entfielen

Investitionen auf die weitere Automatisierung des Kraftwerkbetriebes.

Im Geschäftsjahr wurden Investitionen in die Strom-, Gasverteil- und Straßenbeleuchtungsnetze Investitionen i. H. v. insgesamt 104,9 Mio. € (Vorjahr: 83,0 Mio. €) getätigt.

Diese betreffen im Stromverteilnetz einen Betrag i. H. v. 92,6 Mio. € (Vorjahr: 71,5 Mio. €). Davon wurden 56,6 Mio. € für Anlagen im Bau sowie 23,3 Mio. € als fertige Anlagen an die TEAG verrechnet. Diese sind als Erlöse bei der TEN erfasst. Weitere 3,1 Mio. € sind in der TEAG als Direktanlagenzugänge bilanziert. Insgesamt 9,5 Mio. € wurden für das 110-kV-Netz eingesetzt und führten zu Anlagenzugängen bei der TEN. Ein Schwerpunkt der Investitionen lag mit 55,0 Mio. € auf dem Ausbau des MS- und NS-Netzes. Im Zuge der Baumaßnahmen wurden rund 280 km MS- und NS-Leitungen errichtet und 59 Transformatorenstationen neu- bzw. umgebaut. Zusätzlich wurden im Geschäftsjahr insgesamt rund 1.930 Hausanschlüsse neu errichtet. Im MS-Netz wurde die Spannungsumstellung auf die internationale Normspannung 20 kV fortgesetzt. In 2024 wurde im Rahmen dieser Vorbereitungen bei Königsee u. a. eine neue Ortsnetzstation gebaut und in das MS-Netz eingebunden. Hierbei wurden veraltete Massekabel gegen 20-kV-VPE-Kabel ausgetauscht. Im Bereich Bad Liebenstein wurde ein erster Bauabschnitt mit insgesamt 7 Ortsnetzstationen mit einer Kabellänge von 2,4 km auf 20 kV umgestellt. Insgesamt wurden im Berichtszeitraum 93,2 Prozent des Mittelspannungsnetzes mit 20 kV betrieben. In HS-Leitungen und Umspannwerke wurden 25,6 Mio. € (Vorjahr: 17,0 Mio. €) investiert. Auf den 110-kV-Freileitungen Menteroda-Mühlhausen und Leinefelde-Heiligenstadt wurde die Übertragungskapazität erhöht. Dafür war der Neubau von insgesamt 5 HS-Masten erforderlich. Zudem wurde das Sicherheitsniveau auf diesen Trassen und der 110-kV-Freileitung Mühlhausen- Leinefelde gesteigert. Mit dem Ersatzneubau von 3 Masten wurden Erschließungsarbeiten im Bereich des Gewerbe- und Industriegebietes in Schmalkalden realisiert. Im Bereich der Umspannwerke führte die TEN sowohl Neu- als auch Ersatzinvestitionen i. H. v. insgesamt 16,1 Mio. € durch. Zu den bedeutendsten Investitionen zählten die Ersatzneubauten der 110-kV-Umspannwerke Weida (rund 5,4 Mio. €) und Leinefelde (rund 2,7 Mio. €) sowie der Neubau des 110- bzw. 20-kV-Umspannwerkes Niederschmalkalden (rund 1,9 Mio. €). Des Weiteren hat die TEN im Geschäftsjahr 11,9 Mio. € in Zähler, Leit- und Informationstechnik sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert.

In das Erdgasverteilnetz flossen Investitionen i. H. v. 12,3 Mio. € (Vorjahr: 11,5 Mio. €). Davon wurden 9,0 Mio. € für Anlagen im Bau sowie 2,1 Mio. € als fertige Anlagen an die TEAG verrechnet. Diese sind als Erlöse bei der TEN erfasst. Weitere 1,2 Mio. € sind in der TEAG als Direktanlagenzugänge bilanziert. Auf Investitionen im Bereich der Transport- und Verteilungsanlagen sowie Hausanschlüsse entfielen 10,4 Mio. €. Rund 20 km Gasleitungen und 362 Gashausanschlüsse wurden in verschiedenen Druckstufen neu errichtet oder rekonstruiert. Investitionsschwerpunkte waren die Verlegung von Erdgasleitungen und die Errichtung von Erdgas-Hausanschlüssen in Neuhaus, Föritz und Ellrich sowie von 6 Gasdruckregelstationen. Investitionsschwerpunkte im Gas-Hochdrucknetz waren der Bau und Anschluss der Biogas-Einspeiseanlage Niederpöllnitz, der Erdgasnetzanschluss eines Bergbauunternehmens in Caaschwitz sowie der Ersatzneubau von Gas-Hochdruckleitungen im Gewerbegebiet Bad Langensalza. Rund 1,9 Mio. € wurden in Messeinrichtungen, Netzleit- und Übertragungstechnik sowie in Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert.

Im Bereich Elektromobilität wurden im Berichtszeitraum Investitionen i. H. v. 12,8 Mio. € (Vorjahr: 12,0 Mio. €) getätigt. Die Investitionsschwerpunkte lagen auf dem Ausbau von insgesamt rund 250 neuen DC-Schnellladepunkten an insgesamt rund 40 verschiedenen Standorten. Die Investitionen in öffentliche Ladeinfrastruktur erfolgten weiterhin v. a. an strategisch wichtigen Verkehrsknotenpunkten, wie Autobahnen und Autobahnkreuzen sowie im Umfeld

verschiedener Supermärkte und Einkaufsstätten.

Im Berichtszeitraum haben wir im Bereich des Messwesens Investitionen i. H. v. insgesamt 6,3 Mio. € (Vorjahr: 6,6 Mio. €) getätigt. Die Investitionen entfielen insbesondere auf die Anschaffung und den Einbau von mME und iMSys. Weitere Mittel wurden u. a. in die Erweiterung der Prüfkapazitäten für digitale Zählertechnik und SMGw im Bereich der Prüfstelle investiert.

Im Geschäftsfeld Telekommunikation beliefen sich die eigenwirtschaftlichen und geförderten Investitionen auf insgesamt 90,4 Mio. € (Vorjahr: 84,9 Mio. €). In Übertragungstechnik und Lichtwellenleiter (LWL)-Anbindungen wurden im Kunden- und Backbonebereich 2,7 Mio. € investiert. Mit den Investitionen reagiert die TNK auf den zunehmenden Bandbreitenbedarf. In Infrastruktur für Mobilfunkcarrier wurden Investitionen i. H. v. 2,0 Mio. € getätigt.

Im Geschäftsjahr 2024 wurden im Bereich IT-Infrastruktur Investitionen i. H. v. 26,4 Mio. € (Vorjahr: 39,6 Mio. €) getätigt. Die Investitionen umfassen im Wesentlichen Ausgaben im Zusammenhang mit einer flächendeckenden Modernisierung von ERP- und Abrechnungssystemen i. H. v. 17,3 Mio. € und stellen die Grundlage für die weitere Digitalisierung der energiewirtschaftlichen Systemstrukturen dar. In den Ausbau und die Weiterentwicklung des TEN-Netzkundenportals wurden 1,5 Mio. € investiert. In die Optimierung der IT-Serverinfrastruktur floss ein Betrag i. H. v. 1,6 Mio. €. Für die Arbeitsplatzausstattung der Mitarbeiter wurde ein Betrag i. H. v. 1,0 Mio. € aufgewendet.

Im Berichtszeitraum wurden die Bauarbeiten am TEAG-Campus in Erfurt fortgeführt, u. a. wurde mit dem Bau eines neuen Kunden-Zentrums begonnen. Zudem erfolgten umfangreiche Investitionen im Rahmen der Errichtung einer neuen Zaunanlage zur Erhöhung des Sicherheitsniveaus. Insgesamt wurde ein Betrag i. H. v. 8,8 Mio. € investiert.

Im Geschäftsjahr wurden Investitionen in das Finanzanlagenvermögen i. H. v. 50,3 Mio. € getätigt. Diese ergeben sich im Wesentlichen aus Einzahlungen in Kapitalrücklagen von Beteiligungen aus dem Bereich EE und Stadtwerken i. H. v. zusammen 31,0 Mio. € sowie aus der Gewährung von Gesellschafterdarlehen i. H. v. 7,2 Mio. €. Im Rahmen von Anteilserwerben an Stadtwerken wurde ein Betrag i. H. v. 9,4 Mio. € investiert.

Die Liquidität des KEBT-Konzerns war im Geschäftsjahr stets gesichert und ist insbesondere von der Liquidität des TEAG-Konzerns geprägt. Die zukünftige Entwicklung ist maßgeblich von den energiewirtschaftlichen, den regulatorischen Rahmenbedingungen sowie der Ausschüttungs- und Investitionsstrategie abhängig.

Die Veränderung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit resultiert u. a. aus dem hohen Energiepreisniveau der Vorjahre und erreichte im Berichtszeitraum wieder das Planniveau.

Der negative Cashflow aus der Investitionstätigkeit resultierte insbesondere aus den Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen i. H. v. 316,1 Mio. € (Vorjahr: 255,9 Mio. €) sowie aus Auszahlungen in das Deckungsvermögen von insgesamt 8,4 Mio. € (Vorjahr: 10,3 Mio. €). Dem entgegen standen Einzahlungen für erhaltene Dividenden i. H. v. 23,2 Mio. € (Vorjahr: 23,3 Mio. €) sowie Einzahlung aus erhaltenen Investitionszuschüssen von 37,1 Mio. € (Vorjahr: 40,1 Mio. €).

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit betrifft mit 101,0 Mio. € (Vorjahr 264,0 Mio. €) Einzahlungen aus der Aufnahme von langfristigen Darlehen. Die Tilgungsleistungen von Finanzverbindlichkeiten betragen insgesamt 70,6 Mio. € (Vorjahr: 248,2 Mio. €). Die gezahlten Zinsen betragen insgesamt 26,2 Mio. € (Vorjahr: 32,0 Mio. €) und entfallen überwiegend auf Darlehenszinsen. Des

Weiteren wurden Dividendenzahlungen i. H. v. 25,3 Mio. € (Vorjahr: 23,7 Mio. €) geleistet. Der Cashflow des Vorjahres enthält eine anteilige Einzahlung in die Kapitalrücklage der TEAG durch die übrigen Aktionäre der TEAG i. H. v. von insgesamt 35,7 Mio. €.

Der Finanzmittelbestand verringerte sich um -82,7 Mio. € auf insgesamt 173,2 Mio. €. Dieser setzt sich im Wesentlichen aus den flüssigen Mitteln, den Finanzforderungen aus Tagesgeld gegen verbundene Unternehmen, den Verbindlichkeiten aus den Betriebsmittelkreditlinien sowie den Finanzverbindlichkeiten aus Tagesgeld gegenüber einem Beteiligungsunternehmen zusammen.

Das Anlagevermögen, das im Wesentlichen durch das Sachanlagevermögen geprägt ist, erreichte zum Bilanzstichtag einen Anteil i. H. v. 76,7 Prozent (Vorjahr: 74,9 Prozent) an der Bilanzsumme. Insgesamt ist das Anlagevermögen wie im Vorjahr zu 22,9 Prozent durch Eigenkapital gedeckt. Das Anlagevermögen hat sich insbesondere infolge des hohen Investitionsniveaus bei der Netzinfrastruktur um insgesamt +6,1 Prozent erhöht. Die planmäßigen Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen bezifferten sich auf 120,8 Mio. € (Vorjahr: 114,5 Mio. €).

Das Umlaufvermögen verringerte sich um -4,3 Prozent auf insgesamt 758,0 Mio. €. Der Bestand an liquiden Mitteln beträgt zum Stichtag 31. Dezember 2024 insgesamt 168,6 Mio. € (Vorjahr: 240,7 Mio. €). Dieser Rückgang steht u. a. im Zusammenhang mit den Mittelverwendungen im Rahmen der hohen Investitionsanforderungen der Energie- und Verkehrswende. Dagegen erhöhte sich der Bestand an Emissionszertifikaten um insgesamt +20,6 Mio. €. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände stiegen moderat um +1,6 Prozent auf insgesamt 446,9 Mio. € an. Dabei nahmen die Forderungen aus Steuererstattungsansprüchen um insgesamt +24,0 Mio. € zu.

Als Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung wird Deckungsvermögen ausgewiesen, das die entsprechenden Verpflichtungen aus Altersversorgungszusagen übersteigt. Der Anstieg im Berichtsjahr ist insbesondere auf die positive Wertentwicklung des Deckungsvermögens zurückzuführen.

Das Eigenkapital lag mit einer Erhöhung um +6,3 Prozent über dem Vorjahr. Aus dem Bilanzgewinn des Vorjahres wurden im Geschäftsjahr Dividendenzahlungen i. H. v. insgesamt 25,3 Mio. € geleistet (davon 15,8 Mio. € an außenstehende Gesellschafter). Die Gewinnrücklagen erhöhten sich um +43,5 Mio. € auf insgesamt 220,2 Mio. €. Dagegen verringerten sich die nicht beherrschenden Anteile um -2,4 Mio. € auf insgesamt 203,4 Mio. €.

Unter dem Posten „Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung“ erfolgt der Ausweis und die Fortschreibung der passiven Unterschiedsbeträge aus der Erstkonsolidierung zum 31. August 2017.

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse ist im Berichtsjahr um +30,2 Mio. € auf insgesamt 144,6 Mio. € angestiegen und betrifft insbesondere passivierte Zuschüsse für den geförderten Breitbandausbau. Ferner werden unter den Zuschüssen vereinnahmte Baukostenzuschüsse i. H. v. 114,6 Mio. € (Vorjahr: 113,4 Mio. €) passiviert.

Die Rückstellungen erhöhten sich zum Stichtag um insgesamt +2,6 Prozent. Die Verbindlichkeiten stiegen zum 31. Dezember 2024 um +4,2 Prozent an. Im Berichtsjahr erfolgte neben der planmäßigen Tilgung von Finanzverbindlichkeiten i. H. v. 70,6 Mio. € der Abruf von Darlehen gegenüber Kreditinstituten i. H. v. 101,0 Mio. €. Die Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betragen zum Stichtag insgesamt 623,2 Mio. € (Vorjahr: 561,4 Mio. €). Die Restschulden von Darlehen gegenüber der KET beziffern sich zum Stichtag auf insgesamt 525,3 Mio. € (Vorjahr: 556,7 Mio. €). Die übrigen

Verbindlichkeiten stiegen um +35,7 Mio. € auf insgesamt 186,3 Mio. € an.

Die passiven latenten Steuern wurden mit dem Unternehmenssteuersatz berechnet und bezifferten sich zum 31. Dezember 2024 auf insgesamt 181,5 Mio. € (Vorjahr: 188,6 Mio. €). ...

Der klimafreundliche – und mittel- bis langfristig klimaneutrale – Umbau bzw. die Modernisierung und Umstellung der konventionellen Kraftwerksanlagen an den Standorten der HKW Jena, Schwarza und Bad Salzungen wird auch im kommenden Berichtszeitraum vorangetrieben. Am Standort des HKW Jena ist die Vergrößerung der Fernwärme u. a. durch die Errichtung einer leistungsfähigen PtH-Anlage sowie einer Großflusswärmepumpe mit BEW-Förderung vorgesehen. Im Zuge einer schrittweisen Dekarbonisierung sollen ab 2030 mindestens 30 Prozent der gelieferten Fernwärme auf Basis von EE bereitgestellt werden können. In Bad Salzungen sind u. a. die Abwärmenutzung eines Industriekunden sowie Vorbereitungen zum Netzanschluss einer Biogasanlage geplant.

Im dezentralen Projektgeschäft stehen zunehmend nachhaltige Quartierslösungen mit BEW-Förderung sowie sog. „kalte Nahwärmennetze“ im Fokus der Projektakquise. Insgesamt soll im Rahmen des dezentralen Projektgeschäfts in 2025 der Zubau von Anlagen zur Wärmelieferung i. H. v. 13,4 GWh erfolgen. Im Hinblick auf die Dekarbonisierung von zentralen, wie dezentralen Erzeugungsanlagen sind dabei nicht mehr nur die politischen Entwicklungen, sondern die Kunden selbst zu Treibern der grünen Transformation geworden.

In 2024 haben sich zahlreiche Thüringer Städte und Gemeinden mit der KWP auseinandergesetzt: Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern werden durch das WPG dazu verpflichtet, bis spätestens zum 30. Juni 2026 Wärmepläne (sog. „Fachgutachten“) aufzustellen. Alle Gemeinden mit weniger als 100.000 Einwohnern trifft die Umsetzungspflicht bis zum 30. Juni 2028. Die Thüringer Kommunen werden mit einem umfassenden Planungs- bzw. Dienstleistungsangebot aktiv bei der Umsetzung der KWP unterstützt, wozu auch organisatorische und personelle Veränderungen umgesetzte werden. Von den 189 zur KWP verpflichteten Planungsstellen bzw. betroffenen Thüringer Kommunen soll mit mindestens einem Drittel in Kontakt getreten werden, um eine mögliche gemeinsame Projektentwicklung abzustimmen.

Im Hinblick auf die Erzeugungsmengen der konventionellen Kraftwerke sowie der dezentralen Wärme-Contracting-Anlagen wird im kommenden Berichtszeitraum mit insgesamt 488,1 GWh Strom- sowie 933,1 GWh Wärmeerzeugung gerechnet. Die Mengenplanungen hängen dabei u. a. vom Zeitpunkt der vollständigen Inbetriebnahme der neuen Gasmotorenanlage im HKW Jena ab.

Die Geschäftsfelder der TEN werden auch im kommenden Geschäftsjahr vom energiewendebedingten Stromnetzaus- und -umbau sowie der Digitalisierung des Netzbetriebes geprägt sein. Das regulierte Netzgeschäft bleibt, gemessen an der Höhe des gebundenen Kapitals in Infrastruktur sowie den Personal-Kapazitäten, das Hauptgeschäftsfeld.

Die Errichtung von PV-Anlagen incl. entsprechender Speichertechnologien dominiert die Anschlüsse im Netzbereich. Die Anzahl der Anschlussbegehren sowie deren Komplexität werden sich weiterhin auf einem hohen Niveau bewegen. Nach der Optimierung der Prozesse ist geplant, im kommenden Geschäftsjahr die Abarbeitungszeit der Anträge weiter zu verkürzen.

Mit dem Voranschreiten der Klima-, Wärme- und Mobilitätswende wird neben Einspeiseanlagen aus EE eine immer größere Zahl von sog. „steuerbaren Verbrauchseinrichtungen“ an die NS-Netzinfrastruktur angeschlossen. Der § 14a EnWG verpflichtet die TEN als Netzbetreiber zukünftig dazu, in sog. „Spitzenlast“-Zeiten den Strombezug von steuerbaren Verbrauchseinrichtungen

vorübergehend auf bis zu 4,2 kW zu begrenzen. Die Flexibilisierungsmöglichkeiten nach § 14a EnWG sollen dabei helfen, die Netzstabilität sicherzustellen und Netzengpässe zu vermeiden. Mit einem flächendeckenden Rollout von iMSys werden dabei wichtige technische Voraussetzungen zur zielgerichteten Beobacht- bzw. Steuerbarkeit von Netzprozessen geschaffen. Infolge des steigenden Anschlusses von regenerativen Erzeugungsanlagen ist mit einer Zunahme von Engpässen zu rechnen.

Die Lastverlagerungen infolge des anhaltenden Ausbaus der EE in Thüringen – mit Regionen sowohl der Lasterhöhung als auch der -abnahme – bedingen einen massiven Aus- bzw. Umbaubedarf im MS- und NS-Bereich. In Verbindung mit einer aktiven Laststeuerung trägt der Aus- bzw. Umbau wesentlich zur Beherrschung der energiewendebedingten Netzeffekte bei, geht jedoch mit einem erheblichen Investitionsbedarf einher. Die Stromnetzplanung sieht in den kommenden Jahren u. a. die Errichtung von rund 600 km MS-Kabeln sowie die Verstärkung von mehr als 100 km Leitungen im HS-Bereich vor. Zudem werden rund 600 Ortsnetz-Stationen neu zu errichten sein. Darüber hinaus besteht die Notwendigkeit einer weiteren Digitalisierung: Rund ein Drittel aller MS-Stationen soll fernsteuerbar gemacht werden, was insgesamt rund 3.000 Stationen entspricht. Zusätzlich ist die digitale Anbindung von weiteren technischen Komponenten an das Netzeleitsystem vorgesehen, u. a. zur Unterstützung schneller Entstörungsprozesse bei Erd- und Kurzschlüssen. Zur Sicherung einer hohen Versorgungsqualität muss nicht zuletzt auch der Austausch veralteter DDR-Kabel vorangetrieben werden, wobei sich die Kosten zum Substanzerhalt auf jährlich rund 13 Mio. € belaufen. Im Bereich der HS bzw. MS-Umspannwerke ergibt sich ein Ausbaubedarf von rund 70 HS- bzw. MS-Transformatoren, Schalt- und Nebenanlagen. Insgesamt wird bis zum Jahr 2028 mit Investitionen i. H. v. rund 600 Mio. € in die Stromnetzinfrastruktur (incl. Zähler) gerechnet.

Im Gasbereich setzt eine gegensätzliche Entwicklung ein. Die Bedeutung von (fossilem Erd-) Gas bei der Strom- und Wärmeerzeugung sowie in industriellen Produktionsprozessen nimmt ab. Voraussichtlich wird ein Teil des Erdgasnetzes zukünftig für den H2-Transport genutzt werden können. Die Ersatzinvestitionen im fossilen Erdgasnetz sollen infolge des Rückgangs an betriebs- und volkswirtschaftlicher Bedeutung – bei einem gleichzeitigen, schrittweisen Hochlauf der Investitionen im H2-Bereich – auf ein notwendiges Minimum reduziert werden. Der Anschlusszwang von Biogasanlagen steht dagegen mit nicht unerheblichen Investitionen und organisatorischen Herausforderungen im Widerspruch zur Transformation der Netzinfrastruktur in Richtung H2.

Das EuGH-Urteil zur Unabhängigkeit und Zuständigkeit von Regulierungsbehörden in der Energiewirtschaft führt zu grundlegenden Veränderungen in der deutschen Energieregulierung. In diesem Zusammenhang erwartet die TEN in 2025 entsprechende Festlegungen der BNetzA.

Im Vertriebsbereich nehmen die Unsicherheiten im Hinblick auf die stagnierende wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und die steigende Zahl von Unternehmensinsolvenzen zu. Für 2025 wird von einem deutlichen Anstieg von Eigenverbrauchslösungen im Markt ausgegangen, die Rückwirkungen auf das Abnahmeverhalten der Kunden und die Mengenbeschaffung bzw. -planung haben. Die stetige Zunahme von PV-Anlagen und weiteren erneuerbaren, dezentralen Eigenverbrauchslösungen (wie z. B. Wärmepumpensystemen) erschwert die Erstellung z. B. von sog. „Day-ahead“-Prognosen sowie entsprechenden Lieferangeboten. Infolge der hohen energiewendebedingten Netzinvestitionen im Strom- sowie der Anwendung von KANU 2.0 im Gasbereich ist v. a. im Privatkundengeschäft ein Anstieg der Netzentgelte abzusehen. Der ausgeprägten Wettbewerbsintensität im Markt wird u. a. mit einer Stärkung der IT-gestützten Vertriebsmaßnahmen sowie der Neukunden- bzw. Kundenbindungsstrategien begegnet.

Insbesondere in Zeiten anhaltender (geo-) politischer Unsicherheiten hat die Gewährleistung einer stabilen Versorgungslage höchste Priorität. Daher wird

das langfristige Beschaffungsportfolio im kommenden Berichtszeitraum weiter diversifiziert und Abhängigkeiten von einzelnen (Vor-) Lieferanten reduziert werden. Auf der Absatzseite wird für das Geschäftsjahr 2025 mit einem Stromabsatz i. H. v. rund 7.190 GWh, einem Gasabsatz i. H. v. rund 7.327 GWh sowie einem Wärmeabsatz i. H. v. rund 481 GWh geplant.

Mit dem Ausbau der (Schnell-) Ladenetzinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Thüringen und den angrenzenden Bundesländern wird die Umsetzung der Klima- und Verkehrswende aktiv vorangetrieben. Obwohl die Neuzulassungszahlen von Elektrofahrzeugen zuletzt stagnierten und die Bundesregierung ihre Förderprogramme für den Kauf von Elektrofahrzeugen zum Vorjahresende eingestellt hat, wird davon ausgegangen, dass sich der Umstieg von Verbrennungsmotoren auf batterieelektrische Fahrzeuge mittel- und langfristig durchsetzen wird. Infolge der technologischen Fortschritte bei der Entwicklung effizienter Batterie- und Ladetechnik in Verbindung mit daraus resultierenden Preisrückgängen von Batterien, einschließlich einer entsprechenden Reichweitenerhöhung von Elektrofahrzeugen, wird – nach dem Erreichen einer kritischen Schwelle im Markt – wieder mit einer deutlichen Zunahme der Dynamik gerechnet.

Neben der Errichtung und dem Betrieb von öffentlicher (Schnell-) Ladeinfrastruktur an zentralen Verkehrsknotenpunkten, wie etwa Autobahnkreuzen, gewinnt zunehmend der Ladenetzausbau in städtischen Ballungsräumen an Bedeutung: Ziel ist es, pro Jahr rund 30 Standorte mit mehreren Ladepunkten in größeren Wohnquartieren in Thüringen zu erschließen. Bis Ende 2025 soll in über 100 Städten öffentliche Ladeinfrastruktur mit insgesamt bis zu 690 Schnell- sowie rund 360 Normalladepunkten betrieben werden.

Für das Geschäftsjahr 2025 sind Investitionen i. H. v. bis zu 14,6 Mio. € geplant, die v. a. für die Errichtung von Schnellladetechnik bzw. neuer Schnell-Ladestandorte vorgesehen sind. In den kommenden Jahren soll ein insgesamt mittlerer zweistelliger Millionenbetrag in den Aufbau und die Erweiterung neuer (HPC-) Schnell-Ladehubs investiert werden.

Im Geschäftsfeld Elektromobilität wird für das Geschäftsjahr 2025 von einem deutlich steigenden Ladestromabsatz sowie von steigenden Umsatzerlösen ausgegangen. Positive Ergebnisbeiträge aus dem Aufbau des Geschäftsfeldes werden dagegen noch nicht erwartet.

Durch gesetzliche Regelungen, u. a. im Hinblick auf das GNDEW, den damit verbundenen Änderungen des MsbG sowie den Bestimmungen des § 14a EnWG, wurde der Smart-Meter-Rollout zuletzt neu definiert. Ab dem kommenden Jahr sind MSB dazu verpflichtet, eine technische Infrastruktur bereitzustellen, die es ermöglicht, steuerbare Verbrauchseinrichtungen über das SMGw entsprechend der aktuell vorherrschenden Lastsituation netzdienlich anzusteuern und ggf. abzuregeln. In der digitalen Steuerung der NS-Netze liegt ein wesentliches Schlüsselement zur Umsetzung der technisch anspruchsvollen Energiewende. Im Rahmen von mehreren Pilotprojekten ist geplant, in den kommenden Jahren modernste Mess- und Regeltechnik in Energieinfrastruktur von ausgewählten Ortschaften zu integrieren und für die Datenübertragung nutzbar zu machen. Der Rollout soll stufenweise über ganz Thüringen hinweg erfolgen. In jeder Region soll zunächst zumindest ein „Reallabor“ errichtet werden.

Das MsbG sieht in der aktuellen Fassung vor, dass bis zum Jahr 2032 mindestens 95 Prozent der Messstellen auf mME oder iMSys umgerüstet sein sollen. Die Einbauvorgaben beinhalten zudem, dass bereits bis Ende 2025 mindestens 20 Prozent der iMSys-Pflichteinbaufälle mit einem SMGw auszustatten sind. Es wird davon ausgegangen, dass insbesondere die gMSB-Kunden der TMZ den iMSys-Rollout im kommenden Jahr deutlich forcieren werden. Für das Geschäftsjahr 2025 wird mit einer annähernden Verdopplung

der von der TMZ im Bereich der SMGw-Administration und des Messdatenmanagements betreuten iMSys gerechnet. Zur Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben und Schaffung der technischen Voraussetzungen für die Digitalisierung der Netzinfrastruktur wird der Rollout aktiv vorangetrieben.

Nach der diesjährigen Veröffentlichung des sog. „Digitalisierungsberichts“ nach § 48 MsbG durch das BMWK wird für 2025 eine weitere Novellierung des MsbG erwartet. Die Novelle ist Teil eines Gesetzesentwurfs zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts im Bereich des Netzausbaus, der -regulierung und der Endkundenmärkte. Sie sieht vor, dass der Smart-Meter-Rollout zukünftig stärker netzorientiert erfolgen soll. Die Pläne des gMSB TEN sehen vor, im kommenden Jahr insgesamt rund 47.400 Messstellen mit moderner Mess- bzw. Regelungstechnik auszustatten.

Das Leistungsangebot der TMZ wird dabei immer öfter von Geschäftspartnern außerhalb des Konzerns nachgefragt. Für das Geschäftsjahr 2025 wird mit dem Abschluss weiterer, langjähriger Verträge geplant.

Im Geschäftsfeld Mess- und Zählerwesen wird in den kommenden Jahren mit einer positiven Geschäftsentwicklung gerechnet.

Der Ausbau einer leistungsfähigen Kommunikationsinfrastruktur dient nicht zuletzt auch der Steuerung von digitalen Kommunikationsprozessen zur Umsetzung der Energiewende. Der flächendeckenden Glasfaserausbau in Thüringen wird auch in diesem Zusammenhang im kommenden Berichtszeitraum zielstrebig vorangetrieben werden. Die Erreichung der Ausbauziele unterliegt dabei jedoch gewissen Unsicherheiten, die sich sowohl aus konjunkturellen bzw. wirtschaftlichen als auch politischen Rahmenbedingungen und Veränderungen ergeben. Zudem erschwert das anhaltend hohe Kostenniveau im Bereich von Dienstleistungen, Material und Personal den Netzausbau. Bei der Detailplanung eigenwirtschaftlicher Projekte können die gestiegenen Bau- und Finanzierungskosten daher dazu führen, dass einzelne Ortschaften bzw. Adressen unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht, wie im ursprünglichen Bebauungsplan vorgesehen, erschlossen werden können.

Vor dem Hintergrund insbesondere der genannten Herausforderungen wird geplant, das eigenwirtschaftliche Investitionsvolumen im kommenden Berichtszeitraum um bis zu +25 Prozent zu erhöhen. Für den Zeitraum 2025-2027 ist eine eigenwirtschaftliches Investitionsvolumen i. H. v. rund 160 Mio. € vorgesehen. Für das kommende Geschäftsjahr wird im Telekommunikationsbereich von einer weiteren Kundenzunahme sowie einer leichten Ergebnissteigerung ausgegangen.

Das Beteiligungsergebnis wird sich im Geschäftsjahr 2025 wesentlich aus der wirtschaftlichen Entwicklung der Thüringer Stadtwerkebeteiligungen bestimmen. Im Hinblick auf die Klima-, Energie- und Wärmewende stehen die Stadtwerke vor ähnlichen Herausforderungen wie der KEBT-Konzern selbst. Hierzu gehören u. a. die hohen Netzinvestitionen sowie deren langfristige Finanzierung, die Umsetzung neuer gesetzlicher Vorgaben zur Dekarbonisierung der Wärmeversorgung, die Förderung der Verkehrswende im Bereich Elektromobilität, die Strom- und Gasbeschaffung in einem volatilen Marktumfeld sowie der anhaltende Fachkräftemangel. Die Umsetzung neuer gesetzlicher Vorgaben, wie etwa des § 14a EnWG oder auch der neuen EU-Regelungen zur Nachhaltigkeitsberichterstattung, gestaltet sich insbesondere für kleinere Stadtwerke als schwierig. Die digitale Abbildung bzw. Umsetzung neuer komplexer Geschäftsmodelle und -prozesse führt zu zusätzlichen, ressourcenintensiven Herausforderungen.

Vor diesem Hintergrund werden die Thüringer Stadtwerke auch im kommenden Jahr aktiv unterstützt. Infolge der genannten Herausforderungen und Entwick-

lungen ist in den Folgejahren unter Umständen mit vergleichsweise geringeren Ergebnisbeiträgen aus Stadtwerksbeteiligungen zu rechnen. Für das Geschäftsjahr 2025 wird ein Beteiligungsergebnis i. H. v. rund 13 Mio. € erwartet. Zur Kompensation des rückläufigen Ergebnisbeitrags aus Stadtwerksbeteiligungen gewinnt der gezielte Auf- und Ausbau neuerer Geschäftsfelder im Beteiligungsportfolios zunehmend an Bedeutung.

Die erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung der politischen Energiewendeziele gehen mit einem erheblichen Investitionsbedarf einher. Die Haupttreiber der Investitionen liegen in der angestrebten Wärme- und Verkehrswende und führen immer mehr zur geschäftsfeldübergreifenden (Projekt-) Vernetzung; von der Energieerzeugung, über den Netzausbau bis hin zur digitalen Steuerung der Infrastrukturen und der Umsetzung von IT-Großprojekten. Neuere Geschäftsfelder, wie der Glasfaserausbau, das PV-Geschäft und die Elektromobilität, diversifizieren das Portfolio.

Zur Realisierung der Transformationsprojekte wurde ein verlässlicher, energiewirtschaftlicher Kompass entwickelt, der auf dem Fundament der „7 Netze“-Strategie beruht. Im Berichtszeitraum wurde zudem ein umfassendes Investitionsprogramm beschlossen, das im kommenden Jahr fortgeschrieben werden wird. Die Finanzierung der Investitionen erfolgt auf der Grundlage einer umfassenden Eigen- bzw. Fremdkapitalerhöhung. Hierzu wurden im aktuellen Berichtszeitraum die notwendigen Darlehensverträge abgeschlossen. Im Geschäftsjahr 2025 ist eine weitere Eigenkapitalerhöhung durch die Anteileigner geplant.

Im Hinblick auf die politischen Rahmenbedingungen spielt, neben den Neuwahlen der Bundesregierung bzw. der Koalitionsbildung im Frühjahr 2025, auch die energiepolitische Ausrichtung der neuen Landesregierung in Thüringen eine wesentliche Rolle für eine erfolgreiche Geschäftsentwicklung. Hierzu wird ein stabiler, langfristig angelegter ordnungspolitischer Rahmen benötigt, der positive Anreize setzt, um die vorhandenen technischen, marktlichen und nachhaltigen Lösungsansätze weiterzuentwickeln. Darauf aufbauend wird von einer langfristig positiven Prognose der Geschäftsfelder ausgegangen. Im Geschäftsjahr 2025 wird die Entwicklung und Umsetzung innovativer, klimafreundlicher und -neutraler Energielösungen fortsetzt werden, sodass ein zentraler Beitrag zu einem sicheren, stabilen und verlässlichen Energiesystem in Thüringen geleistet wird.

Für das Geschäftsjahr 2025 rechnet der KEBT-Konzern mit einem EBITDA i. H. v. 230 bis 250 Mio. € und einem EBT i. H. v. 60 bis 80 Mio. €. Der Konzernjahresüberschuss wird im kommenden Geschäftsjahr voraussichtlich einen Wert zwischen 40 und 55 Mio. € erreichen. Für das Jahr 2025 sind Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen i. H. v. insgesamt bis zu 350 Mio. € vorgesehen; das Investitionsvolumen wird sich – vor dem Hintergrund der anstehenden, klimawendebedingten Transformationsleistungen – auch in den Folgejahren auf einem hohen Niveau bewegen. Der Großteil der Investitionen wird in den Aus- und Umbau der „7 Netze“ fließen, mit Investitionsschwerpunkten in den Bereichen Strom- und Glasfasernetze, grüne Wärmeversorgung, Elektromobilität und Digitalisierung. Wesentliche Investitionstreiber sind die Energie- bzw. Wärme- und Verkehrswende mit dem Um-, Aus- und auch Neubau entsprechender Infrastruktur. ...“

Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Die Aufgabe einer ordentlichen und gesicherten Energieversorgung fällt als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in den gemäß Artikel 28 Absatz 2 Grundgesetz und über § 2 Absatz 2 der Thüringer Kommunalordnung verfassungsrechtlich gewährleisteten Aufgabenbestand der Gemeinden und Städte. Die Energieversorgung ist damit in erster Linie eine am Gemeinwohl orientierte öffentliche Aufgabe, die in der Gewährleistung einer für alle Bürger lebens-

notwendigen Versorgungsstruktur besteht. Dabei werden von den Kommunen auch verbraucher- und umweltschützende Maßgaben mitberücksichtigt.

Gemeinden und Städte sind demnach verpflichtet, die Versorgung ihrer Gemeindegebiete mit Energie zu regeln.

Aufgrund der in der Thüringer Kommunalordnung eingeräumten Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten hat die Gemeinde oder Stadt dabei einen Entscheidungsspielraum, ob sie die Energieversorgung über ein eigenes kommunales Unternehmen oder über ein regionales Energieversorgungsunternehmen sichert.

Der überwiegende Teil der Kommunen im Freistaat Thüringen hat sich dabei für die Versorgung durch ein regionales Energieversorgungsunternehmen, die TEAG Thüringer Energie AG (TEAG) sowie deren Tochterunternehmen, entschieden. Die TEAG in Verbindung mit den Tochterunternehmen sichert dabei für die Gemeinden und Städte die Energieversorgung, auch wenn durch die Liberalisierung des Energiemarktes die Versorgung der Gemeinden und Städte mit Energie auch von weiteren Unternehmen vorgenommen werden kann.

Die Beschaffung bzw. Erzeugung sowie die Verteilung von Energie ist auch wesentlicher Gegenstand der TEAG. Die mittelbare Beteiligung an der TEAG über die KEBT AG (bzw. den KEBT-Konzern) sichert den Gemeinden und Städten ein Mitgestaltungsrecht in Bezug auf die weitere Unternehmensentwicklung. Dabei steht die Beteiligung der Gemeinden und Städte an der TEAG im Einklang mit ihrer Leistungsfähigkeit.

Durch den Erwerb der Anteile an der TEAG vom privaten Anteilseigner E.ON Energie AG im Jahr 2013 hält die kommunale Seite rund 85 % an der TEAG.

Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des KEBT-Konzerns

Auszug aus der Bilanz des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2024:

Angaben in T€	31.12.2024	31.12.2023
Aktiva		
Anlagevermögen	2.539.432	2.392.402
Umlaufvermögen	758.048	791.944
Rechnungsabgrenzungsposten	6.192	3.570
Akt. Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	8.233	5.140
Bilanzsumme	3.311.905	3.193.056
Passiva		
Eigenkapital	582.307	547.897
Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	294.680	305.331
Zuschüsse	114.613	113.441
Sonderposten für Investitionszuschüsse	144.640	114.436
Rückstellungen	624.180	608.174
Verbindlichkeiten	1.362.498	1.308.014
Rechnungsabgrenzungsposten	7.468	7.193
Passive latente Steuern	181.519	188.570
Bilanzsumme	3.311.905	3.193.056

Auszug aus der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2024:

Angaben in T€	31.12.2024	31.12.2023
Umsatzerlöse, Erhöhung/Verminderung (VJ) des Bestandes an unfertigen Leistungen, andere aktivierte Eigenleistungen	3.129.816	3.219.855
Sonstige betriebliche Erträge	98.397	84.726
Materialaufwand	2.781.694	2.861.026
Personalaufwand	168.491	159.597
Abschreibungen	120.791	135.565
Sonstige betriebliche Aufwendungen	39.429	35.235
Erträge aus at Equity bewerteten Unternehmen	19.122	19.799
Erträge aus sonstigen Beteiligungen, Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	2.161	2.608
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	13.396	12.488
Abschreibungen auf Finanzanlagen	40.280	11.500
Zinsen und ähnliche Aufwendungen, Aufwendungen aus Verlustübernahmen	26.562	35.615
Ergebnis vor Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	100.883	100.938
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	41.147	33.522
Jahresüberschuss	59.736	67.416
Nicht beherrschende Anteile	13.323	14.303
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	53.113	41.585
Gezahlte Dividenden an Gesellschafter des Mutteruntern.	9.572	9.572
Einstellung in andere Gewinnrücklagen	43.537	32.013
Bilanzgewinn	46.417	53.113

**Beteiligungen des
KEBT-Konzerns mit
der Höhe des
Anteils am Kapital**

Konzernzugehörigkeit und Abgrenzung des Konsolidierungskreises

Gemäß § 290 Abs. 1 HGB ist die KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen Aktiengesellschaft (KEBT) grundsätzlich verpflichtet, einen Konzernabschluss aufzustellen. Die KEBT hat ihren Sitz in Erfurt, Alfred-Hess-Straße 37, und wird beim Amtsgericht Jena unter der Handelsregisternummer HRB 113190 geführt.

Die KEBT ist gemäß § 290 HGB Mutterunternehmen des größten Konsolidierungskreises. Konzernabschluss und Konzernlagebericht werden nach § 325 HGB bei der das Unternehmensregister führenden Stelle elektronisch eingereicht und dort bekannt gemacht. Diese Unterlagen sind im Unternehmensregister zugänglich.

Folgende verbundene Unternehmen sind neben der KEBT in den Konzernabschluss einbezogen:

Gesellschaft	Sitz	Anteil (%)
TEAG Thüringer Energie AG	Erfurt	82,15
TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG*	Erfurt	100,00
TES Thüringer Energie Service GmbH*	Jena	100,00
Thüringer Netkom GmbH*	Erfurt	100,00
TWS Thüringer Wärme Service GmbH*	Rudolstadt	100,00
TEAG Mobil GmbH*	Erfurt	100,00
TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen Service GmbH*	Ilmenau	74,90

* direkte Beteiligung der TEAG

Nicht einbezogene Anteile an verbundenen Unternehmen:

Gesellschaft	Sitz	Anteil (%)
EGB Thüringer Erdgasnetz-Beteiligungs GmbH & Co. KG*	Erfurt	100,00
EGB Thüringer Erdgasnetz-Beteiligungsverwaltungs GmbH* **	Erfurt	100,00
eness GmbH i.L.*	München	100,00
FBB Fernwärme Bad Blankenburg GmbH*	Bad Blankenburg	74,00
Innosun GmbH*	Sömmerda	50,10
Ingenieurbüro Pieger-Wehner GmbH*	Neustadt a. d. Orla	100,00
MOT Meßgeräte und Armaturen GmbH* ***	Ilmenau	100,00
NGA Netzgesellschaft Altenburger Land mbH*	Erfurt	100,00
NG Netzgesellschaft Schmalkalden GmbH & Co. KG* **	Schmalkalden	74,90
NG Netzgesellschaft Schmalkalden Verwaltungs-GmbH*	Schmalkalden	74,90
TEAG Solar GmbH*	Erfurt	100,00
TEAG Solar 1. Projekt GmbH*	Erfurt	100,00
TEN Thüringer Energienetze Geschäftsführungs-GmbH*	Erfurt	100,00
TEP Thüringer Energie Speichergesellschaft mbH*	Erfurt	100,00
TEAG Thüringer Energie Siebzehnte	Erfurt	100,00
Vermögensverwaltungs-GmbH*		
TEAG Thüringer Energie Achtzehnte	Erfurt	100,00
Vermögensverwaltungs-GmbH*		
TEAG Thüringer Energie Neunzehnte	Erfurt	100,00
Vermögensverwaltungs-GmbH*		
TEAG Thüringer Energie Zwanzigste	Erfurt	100,00
Vermögensverwaltungs-GmbH*		
TEAG Thüringer Energie Einundzwanzigste	Erfurt	100,00
Vermögensverwaltungs-GmbH*		
TEAG Wasser GmbH*	Erfurt	100,00

* direkte Beteiligung der TEAG

** Geschäftsführungsgeellschaften innerhalb der jeweiligen Einheits-KG (mittelbare Beteiligung des KEBT-Konzerns)

*** Erwerb der Anteile zum 14.03.2024

Gemeinschafts- und assoziierte Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden:

Gesellschaft	Sitz	Anteil (%)
Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH (evb)*	Eisenach	25,10
Energieversorgung Apolda GmbH*	Apolda	49,00
Energieversorgung Greiz GmbH*	Greiz	49,00
Energieversorgung Nordhausen GmbH*	Nordhausen	40,00
Energieversorgung Rudolstadt GmbH*	Rudolstadt	23,90
Energiewerke Zeulenroda GmbH*	Zeulenroda-Triebes	74,00
Innosun Service GmbH*	Sömmerda	50,00
Stadtwerke Arnstadt GmbH*	Arnstadt	44,00
Stadtwerke Bad Langensalza GmbH*	Bad Langensalza	40,00
Gothaer Stadtwerke ENERGIE GmbH***	Gotha	30,00
Stadtwerke Mühlhausen GmbH*	Mühlhausen	23,90
Stadtwerke Sondershausen GmbH*	Sondershausen	23,90
Stadtwerke Suhl/Zella-Mehlis GmbH*	Suhl	44,42
Stadtwerke Weimar Stadtversorgungs-GmbH*	Weimar	49,00
SWE Energie GmbH*	Erfurt	29,00
SWE Netz GmbH*	Erfurt	29,00
TRZ Thüringer Rechenzentrum GmbH*	Erfurt	50,00
Thüringer Glasfasergesellschaft mbH	Erfurt	20,00

* direkte Beteiligung der TEAG

** ehemals Stadtwerke Gotha GmbH (Eintragung der Umfirmierung ins Handelsregister am 23.12.2024)

Nicht nach der Equity-Methode einbezogene assoziierte Unternehmen:

Gesellschaft	Sitz	Anteil (%)
Energieversorgung Inselberg GmbH*	Waltershausen	34,00
KEYWEB AG*	Erfurt	49,00
Netzgesellschaft Eisenberg mbH*	Eisenberg	49,00
Neue Energien Bad Salzungen GmbH*	Bad Salzungen	40,00
Solarpark Ohrdruf GmbH* **	Ohrdruf	30,00
Stadtwerke Eisenberg Energie GmbH*	Eisenberg	49,00
Stadtwerke Leinefelde-Worbis GmbH*	Leinefelde-Worbis	49,00
Stadtwerke Neustadt an der Orla GmbH*	Neustadt an der Orla	40,00
Stadtwerke Stadtdroda GmbH*	Stadtdroda	24,90
TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen Geschäftsführungsellschaft mbH***	Erfurt	30,00
TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen GmbH & Co. KG*	Erfurt	30,00
Wärmegegesellschaft Bad Lobenstein*	Bad Lobenstein	49,90
Wärmeversorgung Sollstedt GmbH*	Sollstedt	49,00
WGS - Wärmegegesellschaft mbH Saalfeld*	Saalfeld	24,00

* direkte Beteiligung der TEAG

** Anteilserwerb zum 21.02.2024

*** Geschäftsführungsgesellschaften innerhalb der jeweiligen Einheits-KG (mittelbare Beteiligung des KEBT-Konzerns)

Aufgrund der Bedeutung hinsichtlich ihrer Geschäftstätigkeit und des daraus resultierenden Einflusses auf die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns erfolgt die Einbeziehung der in vorstehender Übersicht aufgezählten Gesellschaften in den Konzernabschluss zum Buchwert.

Mittelbare Beteiligung an der TEAG Thüringer Energie AG

Gegenstand des Unternehmens TEAG

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung mit Elektrizität und anderen Energiearten, insbesondere deren Erzeugung, Bezug, Verteilung und Abgabe, die Versorgung mit Wasser, die Entsorgung, die Versorgung mit Telekommunikationsdiensten auf Basis von Breitbandnetzen, die Erbringung damit im Zusammenhang stehender Dienstleistungen sowie die Errichtung und der Betrieb hierzu geeigneter Werke und Anlagen. Gegenstand ist auch der Handel mit Energie jeder Art sowie Geräten und Anlagen zur Nutzung der Energie sowie der Erwerb von und die Beteiligung an gleichen, verwandten oder damit zusammenhängenden Unternehmen.

Gründungsdatum der Gesellschaft

Am 17. Oktober 1923 wurde die Thüringische Landeselektrizitätsversorgungs-Aktiengesellschaft „Thüringenwerk“ gegründet. Über verschiedene Zwischenschritte und verschiedene Anteilseignerstrukturen entstand die aktuelle Unternehmens- und Beteiligungsstruktur, welche nunmehr seit März 2013 besteht.

Aktionäre der TEAG zum 31. Dezember 2024

Aktionäre	Stück	%
KEBT AG	2.430.759	82,2
Thüga	449.471	15,2
GkSA	75.605	2,5
Sonstige Kommunale Anteilseigener	2.930	0,1
Gesamt	2.958.765	100,00

Die Gemeinde/Stadt hatte zum 31. Dezember 2024 durch ihre Beteiligung an der KEBT AG einen mittelbaren Anteil von 82,15 % an der TEAG. Die TEAG-Aktien haben zum 31. Dezember 2024 einen Anteil am Grundkapital von 33,80 Euro (Vorjahr 33,80 €) je Aktie.

Abschlussprüfer

Die PWC GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat als Abschlussprüferin den Jahresabschluss und Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2024 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Die Prüfung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses hat sich dabei auch auf die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 Abs. 1 Haushaltsgesetz erstreckt.

Organe der TEAG zum 31. Dezember 2024

Dem Aufsichtsrat der Thüringer Energie AG gehörten im Jahr 2024 an:

Dr. Andreas Cerbe
Geschäftsführender Gesellschafter der Fourier GmbH, Hamburg
Vorsitzender seit 19. September 2024

Michael Brychcy
Bürgermeister der Stadt Waltershausen a. D., Erfurt
Vorsitzender bis 28. August 2024

Thomas Ziermann
Gesamtbetriebsratsvorsitzender und Mitglied des Betriebsrats Ost der TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG, Erfurt, und Netzkoordinator im Netzbetrieb Ost, Erster stellvertretender Vorsitzender

Olaf Czernomoriez
Gründungs- und Transaktionsberater,
Zweiter stellvertretender Vorsitzender

Dr. Johannes Bruns
Oberbürgermeister der Stadt Mühlhausen

Nico Dame
Mitglied des Betriebsrats Süd und Leiter des Betriebsteams Hildburghausen
der TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG, Erfurt/Hildburghausen

Margit Ertmer
Bürgermeisterin der Gemeinde Sonnenstein

Michael G. Feist
Pensionär, Schwangau, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der enercity AG,
Hannover
bis 28. August 2024

Sven Gregor
Bürgermeister der Stadt Eisfeld und Aufsichtsratsvorsitzender der KEBT
Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG, Erfurt
bis 28. August 2024

Anja Heilmann
Mitglied des Betriebsrats der Hauptverwaltung der TEAG sowie Referentin
Gastechnik, Erfurt

Franka Hitzing
Referentin für Regelschulen am staatlichen Schulamt Nordthüringen und
Ortschaftsbürgermeisterin der Gemeinde Friedrichsthal (Thüringen) und
erste Beigeordnete der Landgemeinde Stadt Bleicherode

Christian Jacob
Bürgermeister der Landgemeinde Nesse-Apfelstädt
seit 28. August 2024

Inka Jonke
Bereichsleiterin der TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG, Erfurt

Dr. Steffen Kania
Bürgermeister der Stadt Saalfeld/Saale und Präsident des Gemeinde- und
Städtebundes Thüringen e. V.
seit 28. August 2024

Christian-Dieter Keith
Vorsitzender des Konzernbetriebsrates der TEAG Thüringer Energie AG

Stephan Klante
Bürgermeister der Landgemeinde Harztor
seit 28. August 2024

Jonas Lamprecht
Mitglied Betriebsrat Nord der TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG
sowie Fachingenieur Betrieb Sekundärtechnik, Bleicherode

Stefanie Preikschat
Geschäftsführerin der Gesellschaft der kommunalen Strom-Aktionäre
Thüringen mbH sowie Geschäftsführerin der Kommunalen Dienstleistungs-
Gesellschaft Thüringen mbH (KDGT), Erfurt

Dr. Carsten Rieder
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Gemeinde- und Städtebunds
Thüringen e.V., Erfurt

Frank Schmidt
Bürgermeister der Stadt Auma-Weidatal a. D.
bis 28. August 2024

Marco Seidel

Bürgermeister der Stadt Tanna und Verbandsvorsitzender des Kommunalen Energiezweckverbandes Thüringen (KET)

seit 28. August 2024

Katja Wolf

Oberbürgermeisterin der Stadt Eisenach a. D.

bis 28. August 2024

Die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr an die Mitglieder des Aufsichtsrats gewährten Gesamtbezüge betragen 301 T€ (im Vorjahr: 314 T€).

Dem Vorstand der TEAG gehörten im Jahr 2024 an:

Stefan Reindl, Vorstandsvorsitzender

Vorstandsbereiche: Unternehmensentwicklung, Rechnungswesen, Finanzen und Steuern, Controlling und Materialwirtschaft, Recht, Informationstechnik, Telekommunikationsdienstleistungen (TNK)

Dr. Andreas Roß, Arbeitsdirektor

Vorstandsbereiche: Personalwesen, Aus-/Fortbildung, Immobilien, Arbeitssicherheit und Umweltschutz, Unternehmensbeteiligungen und kommunale Angelegenheiten, Netzvermögen, Netzbetrieb und Netzsservice (TEN), Erzeugung und Wärmeservice

Dr. Christian Thewissen

Vorstandsbereiche: Energievertrieb Privat- und Geschäftskunden, Energiebeschaffung und Vertriebscontrolling, Kundenservice, Verbrauchsabrechnung, Mess- und Zählerwesen (TMZ)

Die Gesamtbezüge des Vorstands belaufen sich auf 1.366 T€ (im Vorjahr: 2.067 T€).

Die Gesamtbezüge der früheren Mitglieder des Vorstands betragen 669 T€ (im Vorjahr: 642 T€). Für frühere Mitglieder des Vorstands wurden 13.890 T€ (im Vorjahr: 14.015 T€) Rückstellungen für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen passiviert.

Gewinnverwendung

Die Hauptversammlung der TEAG hat am 28. August 2024 beschlossen, aus dem Bilanzgewinn in Höhe von 131.751.492,15 € eine Dividende in Höhe von 28,03 € pro A-Aktie und 20,00 € pro B-Aktie (in Summe 62.784.552,13 €) sowie eine um 3,00 € pro Aktie erhöhte Dividende gemäß Ziffer 2.2 der Aktionärsvereinbarung vom Juni/Juli 2023 (8.876.295,00 €), das sind insgesamt 71.660.847,13 €, an die Aktionäre auszuschütten, einen Betrag von 10.000.000,00 € in die anderen Gewinnrücklagen gemäß § 272 Abs. 3 HGB einzustellen und den Restbetrag in Höhe von 50.090.645,02 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Anzahl der Arbeitnehmer

Siehe Anzahl der Arbeitnehmer des KEBT-Konzerns.

Grundzüge des Geschäftsverlaufes (Auszug aus dem Lagebericht der TEAG für das Geschäftsjahr 2024)

Die Ausführungen zu den Grundlagen und den Rahmenbedingungen des Konzerns treffen auch auf die TEAG zu. Da die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unseres Konzerns im Wesentlichen durch die TEAG als Mutterunternehmen geprägt ist, erfolgt die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der TEAG im Folgenden separat in verkürzter Darstellung.

„Im Geschäftsjahr hat die TEAG ein EBITDA i. H. v. 238,5 Mio. € (Vorjahr: 227,8 Mio. €) und ein EBT i. H. v. 122,5 Mio. € (Vorjahr: 117,9 Mio. €) erwirtschaftet. Die im letzten Geschäftsjahr gesetzten Ziele, ein EBITDA zwischen 195 Mio. € und 215 Mio. € sowie ein EBT zwischen 95 Mio. € und 110 Mio. €, wurden damit übertroffen. Der erzielte Jahresüberschuss lag mit insgesamt 77,3 Mio. € (Vorjahr: 81,1 Mio. €) im oberen Bereich des für das

Geschäftsjahr 2024 prognostizierten Gesamtergebnisses zwischen 70 Mio. € und 80 Mio. €.

Das breite Geschäftsporfolio der TEAG mit sämtlichen Stufen der energiewirtschaftlichen Wertschöpfungskette hat im Geschäftsjahr 2024, trotz der oben beschriebenen schwierigen Rahmenbedingungen, zu einer ausgewogenen Entwicklung des Rohergebnisses beigetragen und dient damit als Basis zur nachhaltigen Erreichung unserer Unternehmensziele. Positiv auf das Gesamtergebnis wirkte sich daneben im Berichtsjahr eine deutliche Verringerung der Aufwendungen aus Verlustübernahmen i. H. v. -28,1 Mio. € sowie geringere Abwertungen im Umlaufvermögen i. H. v. -13,3 Mio. € aus. Dagegen belasteten um +28,5 Mio. € höhere Abwertungen bei den Finanzanlagen aus dem Bereich EE das Ergebnis.

Das geplante Investitionsvolumen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände von rund 160 Mio. € konnte mit insgesamt 142,3 Mio. € getätigten Investitionen nicht vollumfänglich erreicht werden. Ursächlich hierfür waren u. a. geringere Investitionen im Erzeugungsbereich sowie Verzögerungen beim Anschluss von Biogaseinspeiseanlagen als geplant.

Die Umsatzerlöse verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr um -10,8 Prozent auf insgesamt 2.397,6 Mio. €. Die Erlöse aus den energiewirtschaftlichen Sparten verringerten sich dabei im Strombereich um -89,1 Mio. € bzw. -5,3 Prozent und im Gasbereich um -166,8 Mio. € bzw. -25,4 Prozent. Bei den Wärmeerlösen wurden insgesamt 53,7 Mio. € Umsatzerlöse realisiert, was einer Verringerung von -33,1 Mio. € bzw. -38,1 Prozent entspricht. Die Rückgänge bei den Gas- und Wärmeerlösen resultieren überwiegend aus Preiseffekten aufgrund der rückläufigen Beschaffungspreise für Energie. Daneben führten Mengenrückgänge bei den Privatkunden aufgrund eines geänderten Abnahmeverhaltens sowie den milderden Witterungsverhältnissen zu Erlösrückgängen. Im Berichtszeitraum wurden Ertragszuschüsse i. H. v. 1,2 Mio. € (Vorjahr: 1,7 Mio. €) ertragswirksam erfasst.

Die Erlöse aus der Verpachtung sowie aus Betriebsführungsentgelten haben sich mit insgesamt 220,7 Mio. € (Vorjahr: 224,1 Mio. €) im Vergleich zum Vorjahr leicht verringert.

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge ist vornehmlich auf eine Zunahme der Erträge aus der Auflösung von energiewirtschaftlichen Rückstellungen auf insgesamt 52,4 Mio. € (Vorjahr: 35,7 Mio. €) bedingt. Hierbei wirkten sich insbesondere die volatilen Preisentwicklungen an den Energiemarkten und der daraus schwierig abzuleitenden Bewertungsannahmen im Rahmen der Energiewirtschaft aus. Darüber hinaus erhöhten sich die Erträge aus Zuschreibungen für Umlauf- und Anlagevermögen auf insgesamt 8,1 Mio. € (Vorjahr: 2,9 Mio. €).

Der Materialaufwand umfasst im Wesentlichen Aufwendungen für Brennstoffe, Energiebezug und Netznutzung und verringerte sich um -10,6 Prozent auf insgesamt 2.163,1 Mio. €. Die Materialaufwandsquote lag, gemessen an den Umsatzerlösen, mit 90,2 Prozent leicht über dem Vorjahresniveau (Vorjahr: 90,0 Prozent). Ursächlich für diese Entwicklung ist insbesondere eine Entspannung auf den Energiemarkten und der damit einhergehenden Verringerung der Bezugskosten für Energie.

Der Personalaufwand erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt +3,9 Prozent. Hierbei wirkte sich die Recruitingkampagne zur Einstellung von zusätzlichen Mitarbeitern u. a. zur Umsetzung der fortschreitenden Digitalisierung der TEAG aus. Neben der daraus gestiegenen Anzahl der durchschnittlich Beschäftigten führte auch die Anhebung der tariflichen Vergütungen zu einem Anstieg der Personalkosten. Dem entgegen sind im Vorjahr Sonderzahlungen für Inflationsausgleich in den Personalauf-

wendungen enthalten.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden neben Aufwendungen aus Schuldbeitritten für Baukostenzuschüsse i. H. v. 48,9 Mio. € (Vorjahr: 45,5 Mio. €) im Wesentlichen Aufwendungen für Dienst- und Fremdleistungen i. H. v. 10,3 Mio. € (Vorjahr: 7,3 Mio. €) sowie Wertberichtigungen bzw. Abschreibungen von Forderungen i. H. v. 19,3 Mio. € (Vorjahr: 11,5 Mio. €) ausgewiesen.

Die Erträge aus Beteiligungen lagen mit insgesamt 26,7 Mio. € (Vorjahr: 29,2 Mio. €) vornehmlich aufgrund niedrigerer Ausschüttungen der Stadtwerke unter dem Vorjahresniveau.

Die Aufwendungen aus Verlustübernahmen betreffen im Wesentlichen den übernommenen Jahresfehlbetrag der TEN i. H. v. 3,9 Mio. € (Vorjahr: 24,3 Mio. €) sowie der TMO i. H. v. 5,6 Mio. € (Vorjahr: 3,5 Mio. €).

Insgesamt wurde im Berichtsjahr ein um +4,7 Prozent besseres EBITDA als im Vorjahr erwirtschaftet. Diese Entwicklung ist insbesondere bedingt durch geringere Aufwendungen aus Verlustübernahmen für verbundene Unternehmen i. H. v. 28,1 Mio. €. Der energiewirtschaftliche Rohüberschuss verringerte sich um -12,3 Mio. €. Die Ursachen sind dabei in der gesamten Wertschöpfungskette vielfältig. Ein zunehmend intensiver Marktwettbewerb im Strom- und Gasbereich in Verbindung mit einer daraus folgenden schwierigeren Mengenprognose bei volatilen Preisentwicklungen an den Energiebeschaffungsmärkten haben die Ergebnisse in den einzelnen vertrieblichen Sparten teilweise negativ beeinflusst. Zudem belasteten gestiegene Personalaufwendungen und sonstige betriebliche Aufwendungen das Ergebnis.

Die Abschreibungen enthalten im Wesentlichen den planmäßigen Werteverzehr für immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen i. H. v. 77,4 Mio. € (Vorjahr: 73,5 Mio. €). Darüber hinaus sind in den Abschreibungen außerplanmäßige Abschreibungen auf Finanzanlagen aus dem Bereich EE i. H. v. 40,0 Mio. € (Vorjahr: 11,5 Mio. €) enthalten. Im Vorjahr wurden unter den Abschreibungen Abwertungen auf das Arbeitsgas i. H. v. 21,1 Mio. € ausgewiesen.

Im Berichtsjahr wurde ein insgesamt positives Zinsergebnis erzielt. Dies ist im Wesentlichen auf höhere Erträge aus Tages- und Festgeldanlagen i. H. v. insgesamt 10,7 Mio. € (Vorjahr: 8,6 Mio. €) zurückzuführen. Zudem konnten im Berichtsjahr höhere Zinserträge aus Ausleihungen an verbundene Unternehmen i. H. v. +2,7 Mio. € vereinnahmt werden. Die Entwicklung des durchschnittlich hohen Zinsniveaus an den Kapitalmärkten wirkte sich dabei ergebniserhöhend aus. Dem entgegen verringerten sich die Zinsen für Fremdkapitalaufnahmen um -1,4 Mio. €, u. a. aufgrund der in den Vorjahren vorgenommenen Tilgung des Darlehens des KET sowie der planmäßigen Tilgung der Darlehen von Kreditinstituten.

Insgesamt erzielte die TEAG ein um +3,9 Prozent höheres EBT im Vergleich zum Geschäftsjahr 2023. Bedingt durch ein höheres Ergebnis in der Steuerbilanz des Vorjahres und dem daraus resultierenden aperiodischen Steueraufwand, erzielte die TEAG einen Jahresüberschuss i. H. v. 77,3 Mio. € (Vorjahr: 81,1 Mio. €).

Die bilanzielle Eigenkapitalquote der TEAG zum 31. Dezember 2024 verringerte sich leicht auf 30,9 Prozent gegenüber 31,9 Prozent am Ende des Vorjahres.

Im Berichtsjahr erfolgten Abschlüsse zur Aufnahme von langfristigen Kreditverträgen zur Umsetzung der Energiewende in Thüringen i. H. v.

insgesamt 1.056,0 Mio. €. Hiervon wurde bis zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2024 ein Teilbetrag i. H. v. 101,0 Mio. € abgerufen. Die Laufzeit der aufgenommenen Darlehen liegt durchschnittlich bei rund 20 Jahren. Die Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betragen zum Stichtag insgesamt 623,2 Mio. € (Vorjahr: 561,4 Mio. €) und haben Laufzeiten bis teilweise 2044.

Der KET gewährte der TEAG ein langfristiges Darlehen i. H. v. insgesamt 400,0 Mio. € in mehreren Tranchen, mit Laufzeiten bis teilweise 2027. In den Vorjahren wurde ein Gesamtbetrag i. H. v. 230,0 Mio. € getilgt. Damit valutiert das Darlehen zum Stichtag 31. Dezember 2024 mit 170 Mio. €.

Die Finanzierung des operativen und investiven Geschäfts ist durch Kreditmittellinien bzw. -zusagen i. H. v. 208,2 Mio. € abgesichert, die zum Stichtag nicht in Anspruch genommen wurden. Weitere Finanzierungen erfolgten über Tochter- und Beteiligungsunternehmen.

Die Liquidität der TEAG war im Geschäftsjahr stets gesichert. Die zukünftige Entwicklung ist maßgeblich von den wirtschaftlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen sowie von der Ausschüttungs- und Investitionsstrategie abhängig.

Das kurzfristige Fremdkapital ist nahezu vollständig durch kurzfristig liquidierbare Vermögenswerte gedeckt. Unter Berücksichtigung bestehender Kreditlinien ist die Finanzierung der Gesellschaft gesichert.

Die Investitionen der TEAG in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen beliefen sich im Berichtsjahr auf insgesamt 142,3 Mio. € (Vorjahr: 143,6 Mio. €). Dies betrifft v. a. Investitionen im Bereich der Stromnetze mit Schwerpunkten auf dem Ausbau des MS- und NS-Netzes sowie Umspannwerke. Beim Gasnetz wurden Investitionen in Transport- und Verteilungsanlagen sowie Hausanschlüsse durchgeführt. Darüber hinaus wurden Projekte zum Ausbau des Campus am Standort in Erfurt sowie umfangreiche Investitionen in die IT-Infrastruktur im Rahmen einer Modernisierung von ERP- und Abrechnungssystemen fortgeführt.

Für das Geschäftsjahr 2025 wird für den Einzelabschluss der TEAG AG mit einem Investitionsbetrag i. H. v. insgesamt 200 Mio. € geplant. Dies betrifft v. a. Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen zum Ausbau eines leistungsfähigeren und modernen Stromnetzes im Zusammenhang mit der Einbindung neuer Technologien wie PV-Anlagen, Wärmepumpen und E-Ladestationen.

Die Bilanzsumme der TEAG betrug zum 31. Dezember 2024 2.322,5 Mio. € und erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr damit um +4,1 Prozent bzw. +92,1 Mio. €. Auf der Aktivseite betraf dies v. a. das um +140,3 Mio. € höhere Anlagevermögen als Folge des hohen Investitionsvolumens in die Modernisierung der Stromnetzinfrastruktur sowie den Anstieg von Ausleihungen an verbundene Unternehmen zur Finanzierung der anstehenden Transformationsaufgaben.

Das Umlaufvermögen verringerte sich um insgesamt -7,2 Prozent bzw. 49,9 Mio. €. Ursächlich hierfür ist insbesondere ein um -76,9 Mio. € geringerer Bestand an liquiden Mitteln, ebenfalls bedingt durch die erhöhten Investitionsanforderungen der Energie- und Verkehrswende. Dagegen erhöhte sich der Bestand an Emissionszertifikaten um insgesamt +20,0 Mio. €.

Das Eigenkapital auf der Passivseite lag mit insgesamt 718,1 Mio. € leicht über Vorjahresniveau (Vorjahr: 712,4 Mio. €). Aus der Verwendung des Vorjahresergebnisses wurden insgesamt 10,0 Mio. € in die Gewinnrücklagen eingestellt.

Die Rückstellungen verringerten sich leicht um -1,7 Prozent auf insgesamt 480,9 Mio. €. Die Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2024 betragen insgesamt 1.014,2 Mio. € und lagen damit +10,2 Prozent über dem Vorjahresniveau (Vorjahr: 920,3 Mio. €). Im Berichtsjahr erfolgte neben der planmäßigen Tilgung der Darlehensverbindlichkeiten i. H. v. 39,2 Mio. € der Abruf von Darlehen gegenüber Kreditinstituten i. H. v. 101,0 Mio. €. Die Finanzverbindlichkeiten betragen zum Stichtag insgesamt 813,4 Mio. € (Vorjahr: 749,5 Mio. €). ...“

Erfüllung des öffentlichen Zwecks Siehe Ausführungen zum KEBT-Konzern.

Beteiligungen der TEAG Siehe Beteiligungen des KEBT-Konzerns.

Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der TEAG

Auszug aus der Bilanz des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2024:

Angaben in T€	31.12.2024	31.12.2023
Aktiva		
Anlagevermögen	1.656.413	1.516.096
Umlaufvermögen	645.882	695.801
Rechnungsabgrenzungsposten	846	329
Akt. Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gem. §17 Abs. 4 DMBiG	3.044 16.303	1.909 16.309
Bilanzsumme	2.322.488	2.230.444
Passiva		
Eigenkapital	718.078	712.415
Ertragszuschüsse	109.323	108.457
Sonderposten für Investitionszuschüsse	2	2
Rückstellungen	480.925	489.237
Verbindlichkeiten	1.014.160	920.333
Bilanzsumme	2.322.488	2.230.444

Auszug aus der Gewinn- und Verlustrechnung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2024:

Angaben in T€	31.12.2024	31.12.2023
Umsatzerlöse, Erhöhung/Verminderung (VJ) des Bestandes an unfertigen Leistungen, andere aktivierte Eigenleistungen	2.397.620 14	2.687.582 -19
Andere aktivierte Eigenleistungen	2.333	1.471
Sonstige betriebliche Erträge	121.014	93.172
Materialaufwand	2.163.094	2.419.949
Personalaufwand	56.202	54.084
Abschreibungen	77.382	94.591
Sonstige betriebliche Aufwendungen	80.293	71.848
Erträge aus assoziierten Unternehmen	20.791	22.554
Erträge aus sonstigen Beteiligungen	5.909	6.638
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	4.537	1.789
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14.196	12.451
Abschreibungen auf Finanzanlagen	40.280	11.500
Zinsen und ähnliche Aufwendungen, Aufwendungen aus Verlustübernahmen	26.674	55.794
Ergebnis vor Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	122.489	117.872
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	45.166	36.739
Ergebnis nach Steuern/Jahresüberschuss	77.323	81.133
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	50.091	50.618
Bilanzgewinn	127.414	131.751

Mittelbare Beteiligung an der Thüringer Glasfasergesellschaft mbH

Gegenstand des Unternehmens TGG	Gegenstand des Unternehmens ist die Breitbandversorgung bzw. der Breitbandausbau mittels Glasfaser bzw. zukünftiger neuer Technologien. Dazu gehören insbesondere die Errichtung, der Erwerb, das Halten, die Verwaltung und der Betrieb von Breitband-, insbesondere Glasfasernetzen, incl. dazugehöriger Anlagen zur Breitbandversorgung sowie die Erbringung von Telekommunikations- und sonstigen Dienstleistungen im Zusammenhang mit Breitbandnetzen für ihre Gesellschafter und deren unmittelbaren Mitglieder bzw. Gesellschafter.
Gründungsdatum der Gesellschaft	Am 21. Juli 2021 wurde durch die 17. Verbandsversammlung des Kommunalen Energiezweckverbandes Thüringen (KET) der Beschluss über die Gründung der TGG gefasst. Die Gesellschaftsgründung erfolgte am 15. Oktober 2021, die Eintragung in das Handelsregister am 08. November 2021.
Kapitalverhältnisse der TGG zum 31. Dezember 2024	Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt zum 31. Dezember 2024 1.000.000 Euro.
	Die Kapitalanteile werden zum 31. Dezember 2024 zu 80,0 % (800.000,00 Euro) von dem Kommunalen Energiezweckverband Thüringen, Erfurt (KET) und zu 20,0 % (200.000,00 Euro) von der KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen Aktiengesellschaft, Erfurt (KEBT) gehalten.

Die Gemeinde/Stadt hatte zum 31. Dezember 2024 durch ihre Beteiligung an der KEBT AG einen mittelbaren Anteil von 20 % an der TGG.

Abschlussprüfer

Die PWC GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat als Abschlussprüferin den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2024 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Die Prüfung des Jahresabschlusses hat sich dabei auch auf die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 Abs. 1 Haushaltsgesetzes erstreckt.

Organe der TGG zum 31. Dezember 2024

Aufsichtsrat der TGG gehörten im Jahr 2024 an:

Vorsitzender:

Herr Jörg Reichl, Bürgermeister Rudolstadt

Stellvertretender Vorsitzender:

Frau Dr. Sabine Awe, Leiterin der Abteilung Wirtschaftsförderung im Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft

Aufsichtsratsmitglieder:

Herr Hendrik Blose, Bürgermeister Buttstädt

Frau Dagmar Dummer, Gemeinschaftsvorsitzende VG Feldstein,
bis 31. August 2024

Herr Dr. Nico Grove,
Leiter des Instituts für Infrastrukturökonomie & Management München

Frau Birte Kalmring, Gemeinschaftsvorsitzende der VG Nesseaue,
ab 01. September 2024

Herr Jens Kramer, Bürgermeister Blankenhain

Frau Stefanie Prekschat, Geschäftsführerin der
Kommunalen Dienstleistungs-Gesellschaft Thüringen mbH

Herr Marco Seidel, Bürgermeister Tanna

Herr Frank-Peter Tille, Geschäftsführer der
TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG

Die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr an die Mitglieder des Aufsichtsrates gewährten Gesamtbezüge betragen 17 T€ (im Vorjahr: 40 T€).

Geschäftsführer im Geschäftsjahr 2024 war Herr Dirk Erbstößer.

Auf die Angabe der Bezüge der gesetzlichen Vertreter wird unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Gewinnverwendung

Die Gesellschafterversammlung der Thüringer Glasfasergesellschaft mbH hat am 29. August 2024 beschlossen, dem Vortrag des Jahresfehlbetrages 2023 in Höhe von 498.316,98 Euro zusammen mit dem Verlustvortrag in Höhe von 230.742,30 Euro auf neue Rechnung zuzustimmen und den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr festzustellen.

Anzahl der Arbeitnehmer

Zum 31. Dezember 2024 waren insgesamt 11 Mitarbeiter/innen bei der TGG beschäftigt (Vorjahr: 9).

**Grundzüge des Ge-
schäftsverlaufes
(Auszug aus dem
Lagebericht der TGG
für das Geschäftsjahr
2024)**

„Die Thüringer Glasfasergesellschaft mbH, Erfurt (TGG), ist ein Telekommunikationsunternehmen (TKU), das im Auftrag der Thüringer Kommunen geförderte Ausbauprojekte im Bereich Breitband- bzw. Glasfaserversorgung übernimmt. Die TGG bündelt, organisiert und vollzieht alle wesentlichen Prozesse rund um Ausbauprojekte im Rahmen der Föderrichtlinien des Bundesbreitbandförderprogrammes; u. a. die Durchführung von Markterkundungsverfahren (MEV), die Ausschreibung und Vergabe des Netzbetriebs und von Planungs- und Bauleistungen sowie die gesamten Prozesse der Fördermittelbeantragung und -abrechnung. Um die Thüringer Kommunen von den administrativ und finanziell anspruchsvollen Föderverfahren zu entlasten, werden diese zentral koordiniert von der Gesellschaft durchgeführt. Das Land Thüringen ergänzt die Bundesförderung dahingehend, dass für die Thüringer Kommunen mit Aufgabenübertragung an die TGG kein Eigenanteil anfällt. Die TGG ist im Rahmen ihrer Ausbauprojekte vorrangig im „Betreibermodell“ tätig: Das von der TGG errichtete Netz wird nach dessen Fertigstellung weiterhin im Eigentum der Gesellschaft verbleiben. ...“

Der Ausbau einer leistungsfähigen Kommunikationsinfrastruktur schafft wichtige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bewältigung der aktuellen Herausforderungen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Das Ziel der TGG ist es, die Digitalisierung in Thüringen durch die Errichtung und den Betrieb einer leistungsfähigen Telekommunikationsinfrastruktur zu beschleunigen und aktiv mitzugestalten. Die Ampelregierung konnte sich, auch nach intensivem politischen Ringen, zum Jahresende nicht auf einen kohärenten wirtschaftspolitischen Handlungsrahmen zur Lösung der makroökonomischen Probleme verständigen. Die Uneinigkeiten mündeten im Bruch der Koalitionsregierung, sodass zum Jahresende wichtige Beschlüsse, u. a. auch im Bereich Digitalisierung, etwa zur Beschleunigung des Ausbaus von Telekommunikationsnetzen, offen blieben. ...“

Über die Gesellschafter bündelt die TGG das öffentliche bzw. kommunale Interesse am geförderten Glasfaserausbau in Thüringen. Zum 31. Dezember 2024 haben insgesamt 367 Thüringer Kommunen die Aufgabe des geförderten Glasfaserausbau auf die TGG übertragen. Im Berichtszeitraum hat die TGG ihre Geschäfts-, Organisations- und Dienstleistungsangebote gefestigt. Als Ansprechpartner für Kommunen übernimmt die Gesellschaft im Rahmen der Föderrichtlinien der Breitbandförderprogramme des Bundes und des Landes (sog. „Gigabit-Richtlinie 2.0“) u. a. die Projektinitiierung (Bildung sog. „Cluster“), die Durchführung von Branchendialogen, die Abfrage der TKU zu vorhandenen und geplanten Erschließungen (MEV), die Erstellung und Einreichung von Fördermittelanträgen bei Projektträgern, die Durchführung der Auswahlverfahren für Netzbetreiber, die Ausschreibung und Koordinierung des Netzausbaus (u. a. im Hinblick auf Tiefbau und Montage) sowie die Durchführung der Fördermittelprozesse bis hin zu deren Abrechnung. Die Vorteile für Kommunen mit Aufgabenübertragung an die TGG liegen v. a. in einer schnelleren Projektumsetzung des geförderten Glasfaserausbau durch einen standardisierten Projektablauf mit einem deutlich reduzierten Verwaltungsaufwand. Mit der Aufgabenübertragung an die TGG entfällt die selbständige Koordinierung durch die Kommunen; Fördermittel müssen nicht eigenständig beantragt und abgerechnet werden. Um der Komplexität des Fördermittelmanagements zu entsprechen, hat die TGG ihr Personal zur Fördermittelabrechnung sowie für das Controlling der Förderprojekte verstärkt. Mit Zunahme der Projektanzahl plant die TGG, ihre Personalkapazitäten für das Projekt- und Fördermittelmanagement mittelfristig weiter aufzustocken.“

Im Berichtszeitraum wurde im Rahmen der sog. „Gigabit-Richtlinie des Bundes 1.0“ (Gigabit-RL 1.0, sog. „Graue Flecken“-Programm) die Projektentwicklung für insgesamt 5 Ausbaugebiete vorangetrieben. Im Landkreis Schmalkalden-Meiningen konnte im Rahmen eines EU-weiten Aus-

schreibungsverfahrens für 2 von 3 Projektgebieten jeweils ein Generalübernehmer gebunden werden. Für das dritte Projektgebiet wurde die Generalübernehmerausschreibung gestartet. Für die 2 Projektgebiete in Ostthüringen wurden die Netzbetreiberausschreibungen mit erfolgreichem Abschluss von 2 Netzbetreiberverträgen zu Ende geführt und anschließend die Generalübernehmerausschreibung gestartet. Mit dem Abschluss der Generalübernehmerverträge für die Projektgebiete im Landkreis Schmalkalden-Meiningen konnten die 2 Projekte bis hin zum Start der Baumaßnahmen vorangetrieben werden. Dazu wurde die benötigte Fremdfinanzierung durch Abschluss eines Kreditrahmens i. H. v. 9 Mio. € mit einem Bankenkonsortium sichergestellt. Die notwendigen Förderanträge in endgültiger Höhe wurden bei den Fördermittelgebern des Bundes/ Landes eingereicht und durch diese bewilligt. Die in diesen Bescheiden geforderte Absicherung der Bundesfördermittel mittels Eigenkapital der TGG (7,5% der Bundesfördermittel) wurde durch die Gesellschafter hinterlegt. Anschließend fand der symbolische Spatenstich in beiden Projektgebieten statt, sodass die ersten Planungs- und Baumaßnahmen begannen.

Die TGG hat die im Jahr 2023 nach der „Gigabit-Richtlinie des Bundes (Gigabit-RL 2.0) vom 31.03.2023“ gestarteten 13 Projekte erfolgreich weiter vorangetrieben. Für die 6 Projekte mit bereits seit 2023 vorliegenden Co-Finanzierungsbescheiden des Landes wurden die Netzbetreiberausschreibungen gestartet. Für die verbliebenen 7 Projekte hat das Land Thüringen zum Stichtag ebenfalls die Co-Finanzierungsbescheide erteilt. Diese umfassen ein ergänzendes Projektbudget in Höhe eines dreistelligen Millionenbetrages. Im Geschäftsjahr 2024 hat der Bund die „Gigabit-Richtlinie des Bundes 2.0 (Gigabit-RL 2.0) in der Änderungsfassung vom 30.04.2024“ veröffentlicht. Auf Grundlage dieser Richtlinie hat die TGG 2024 für insgesamt 9 weitere Projektgebiete MEV durchgeführt und entsprechende Fördermittel aus Bundesförderung beantragt. Von Seiten des Bundes wurden alle beantragten Projektgebiete insgesamt mit einem dreistelligen Millionenbetrag bewilligt, mit Projektlaufzeiten der einzelnen Fördergebiete bis 2030. ...

Die TGG setzte im Geschäftsjahr 2024 ihre Glasfaserprojekte in einem volatilen und teilweise schwierigen Markt- bzw. Aufgabenfeld fort. Große Herausforderungen lagen neben den komplexen konjunkturellen und unsicheren politischen Rahmenbedingungen v. a. in der Planung der Infrastrukturprojekte, der Gewinnung erforderlicher Dienstleisterkapazitäten sowie notwendiger Personalressourcen, bei einem hohen Preisniveau auf den Beschaffungsmärkten. Die TGG erzielte im Geschäftsjahr 2024 ein EBITDA i. H. v. insgesamt -321 T€ (Vorjahr: -486 T€) sowie ein EBT bzw. Jahresfehlbetrag i. H. v. -282 T€ (Vorjahr: -498 T€). Die verbleibenden Anlaufverluste bzw. nicht geförderten Kosten infolge des weiteren Aufbaus der Geschäfts- und -organisationsstrukturen konnten im Berichtsjahr nicht aus Einnahmen von Pachterlösen kompensiert werden. Damit hat die TGG die für das Geschäftsjahr 2024 erwartete Prognose, ein EBITDA zwischen -150 T€ und -50 T€ zu erreichen, verfehlt. Ursächlich hierfür sind höher geplante Abschreibungen aufgrund früher erwarteter Aktivierungen des Netzes. Demgegenüber wurde jedoch das Ziel, ein EBT bzw. Jahresfehlbetrag zwischen -500 T€ und -400 T€ zu erreichen, durch ein um +125 T€ besseres Ergebnis deutlich übertroffen. Die Ursache hierfür liegt in den zeitlichen Verzögerungen im Rahmen des Ausbaus des operativen Geschäfts. Das deutlich höher ausgefallene Zinsergebnis aufgrund nicht benötigter Fremdkapitalaufnahmen bei gleichzeitiger Anlage nicht verauslagter liquider Mittel (+99 T€) konnte die ausgebliebenen Umsatzerlöse (-85 T€) überkompensieren. Gleichzeitig zeigten sich positive Ergebniseffekte, indem sowohl die Abschreibungen mit den korrespondierenden Auflösungen des Sonderposten (+42 T€) als auch die OPEX mit den zugehörigen OPEX-Förderungen (+40 T€) geringer ausfielen als geplant. Bei den Investitionen hatte die TGG für das

Geschäftsjahr 2024 mit einem Gesamtbetrag i. H. v. bis zu 27,4 Mio. € geplant. Aufgrund von Projektverzögerungen im geförderten Breitbandausbau wurden im Berichtsjahr davon insgesamt 2.563 T€ in die erste eigene Telekommunikationsinfrastruktur investiert. Die Verzögerungen sind ursächlich bedingt durch den erhöhten Zeitaufwand der nacheinander durchzuführenden EU-Ausschreibungen und den damit jeweils verbundenen Fristen.

Die TGG setzt den geförderten Breitbandausbau im sog. „Betreibermodell“ um, bei dem das gebaute Netz im Rahmen von Ausschreibungen an TKU verpachtet werden soll. Hierfür wird die TGG Pachtentgelte erhalten. Da erste Teilabschnitte des Netzes voraussichtlich erst im kommenden Jahr fertiggestellt und verpachtet werden, wurden im Geschäftsjahr 2024 noch keine Umsatzerlöse realisiert. Bei den aktivierten Eigenleistungen handelt es sich um die erbrachte Arbeitsleistung durch Projektmitarbeiter im Zusammenhang mit der Errichtung der Glasfasernetze.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind gegenüber dem Vorjahr um +27,0 Prozent angestiegen. Diese betreffen überwiegend Erträge aus Fördermitteln für Betriebskosten und Berateraufwendungen, die zum überwiegenden Teil im Berichtsjahr bereits vereinnahmt wurden. Der Personalaufwand erhöhte sich im Vorjahresvergleich moderat zum Vorjahr um +3,4 Prozent. Die durchschnittliche Anzahl an Mitarbeitern der TGG blieb dabei im Berichtsjahr konstant bei 10 Angestellten. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um +19,8 Prozent auf insgesamt 900 T€ an und betreffen im Wesentlichen Aufwendungen aus Dienst- und Fremdleistungen, u. a. für Beratungsleistungen, Geschäftsbesorgung sowie Mieten und Pachten. Die Abschreibungen befanden sich auf Vorjahresniveau. Das Zinsergebnis steigerte sich deutlich und betrifft Erträge aus der Verzinsung von Bankguthaben. Insgesamt führten die anhaltenden Anlaufverluste bzw. nicht geförderten Kosten infolge des weiteren Aufbaus des operativen Geschäftsbetriebes der TGG insgesamt zu einem weiterhin geplanten negativen EBITDA sowie Jahresfehlbetrag.

Das bilanzielle Eigenkapital der TGG hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 4.718 T€ erhöht. Ursächlich für diese Entwicklung ist die im Berichtsjahr erfolgte Erhöhung der Kapitalrücklage um +5.000 T€ bei gleichzeitiger Eigenkapitalminderung infolge des Jahresfehlbetrags. Das Fremdkapital ist um 5.502 T€ gestiegen und setzt sich im Wesentlichen aus Verbindlichkeiten für Lieferungen und Leistungen (3.054 T€) und dem Sonderposten für Investitionszuschüsse zum geförderten Breitbandausbau (2.423 T€) zusammen. Der starke Anstieg in beiden Positionen resultiert aus den Baustarts zweier Glasfaserprojekte.

Die adjustierte Eigenkapitalquote zum 31. Dezember 2024 lag mit 73,6 Prozent deutlich unter dem Vorjahr (97,2 Prozent). Ursächlich hierfür ist hauptsächlich der Anstieg der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen aufgrund der im Berichtsjahr gestellten Rechnungen durch die Generalübernehmer der beiden begonnenen Bauprojekte. Die Finanzierung der Infrastrukturprojekte inkl. der zugehörigen Beratungsaufwendungen der Gesellschaft erfolgt im Rahmen der Umsetzung des geförderten Breitbandausbaus aus Fördermitteln des Bundes (Gigabit-RL 1.0 und 2.0) und des Freistaates Thüringen. Daneben werden Betriebskosten durch das TMWWDG über den KET gefördert. Zur Überbrückung des Zeitraums zwischen Mittelabflüssen und Mittelrückflüssen - aus den beantragten Infrastrukturfördermitteln - ist eine Kurzfristfinanzierung in Form eines Kreditrahmens erforderlich. Zudem ist für die Projekte zum Zeitpunkt der Antragstellung in endgültiger Höhe eine Fremdfinanzierung für die nicht förderfähigen Kosten vorzuweisen, die sich aus der Reduzierung der zuwendungsfähigen Ausgaben (Investitionen) um die diskontierten Einnahmen (Pachterlöse) ergeben. Ein entsprechender

Kreditvertrag wurde im Berichtsjahr geschlossen. Das kurzfristige Fremdkapital war im Berichtsjahr vollständig durch kurzfristig liquidierbare Vermögenswerte gedeckt.

Im Geschäftsjahr tätigte die TGG Investitionen i. H. v. insgesamt 2.563 T€. Diese entfallen nahezu vollständig auf die beiden begonnenen Bauprojekte im Landkreis Schmalkalden-Meiningen (Cluster 1 und 4), für welche die Spatenstiche im letzten Quartal des Berichtszeitraumes erfolgt sind.

Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr stets gesichert. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr. Dies ist hauptsächlich auf die begonnenen Ausbautätigkeiten bei der Telekommunikationsinfrastruktur zurückzuführen. Die dafür im Berichtsjahr angefallenen Investitionen i. H. v. 2.549 T€ waren zum 31. Dezember 2024 noch nicht gezahlt worden. Darüber hinaus bestand zum Stichtag eine Forderung gegen die Gesellschafter zur Erhöhung der Kapitalrücklage um +5.000 T€. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit betrifft erhaltene Zinsen sowie gezahlte Investitionen in das Sachanlagevermögen und dafür vereinnahmte Zuschüsse. Der Finanzmittelbestand am Ende der Periode erhöhte sich um +292 T€ auf insgesamt 3.704 T€.

Das Anlagevermögen, das im Wesentlichen durch das Sachanlagevermögen geprägt ist, erreichte zum Bilanzstichtag einen Anteil i. H. v. 17,6 Prozent an der Bilanzsumme. Im Geschäftsjahr hat sich das Anlagevermögen bedingt durch den begonnenen Ausbau der Telekommunikationsinfrastruktur deutlich auf insgesamt 2.573 T€ erhöht. Insgesamt ist das Anlagevermögen zum Stichtag 31. Dezember 2024 vollständig durch Eigenkapital und Zuschüsse gedeckt. Im Umlaufvermögen wird eine Forderung gegen die Gesellschafter aus der Zuführung einer Kapitalrücklage i. H. v. 5.000 T€ ausgewiesen. Das Bankguthaben beläuft sich zum Stichtag auf 3.704 T€. Die sonstigen Vermögensgegenstände i. H. v. 3.361 T€ betreffen Forderungen für Zuschüsse aus dem Breitbandausbau sowie Steuererstattungsansprüche.

Der Anstieg der Passiva um 10.220 T€ ist u.a. auf die Erhöhung der Kapitalrücklage innerhalb des Eigenkapitals zurückzuführen. Zudem erhöhten sich die Zuschüsse im Wesentlichen aufgrund der Förderungen zum Breitbandausbau. Die Verbindlichkeiten stiegen nahezu vollständig infolge des Anstiegs der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen. ...“

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gemäß § 2 Abs. 3 ThürKO können Kommunen nach den Vorschriften dieses Gesetzes Aufgaben übertragen, zu deren Wahrnehmung sie berechtigt oder verpflichtet sind. Der Auf- und Ausbau eines leistungs- und zukunftsfähigen Breitbandnetzes stellt eine freiwillige Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge dar.

Der Ausbau derartiger Breitbandnetze bildet zudem einen wichtigen Standortfaktor für die Kommunen. Die Versorgung der Einwohner und Gewerbetreibenden in dem Gemeinde-/Stadtgebiet mit einer leistungs- und zukunftsfähigen Breitbandinfrastruktur stellt nicht nur einen wichtigen Standortfaktor für die Kommune dar, sondern kann als eine freiwillige Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge angesehen werden. Der Bedarf einer Breitbandstruktur ist sowohl für die Einwohner der Gemeinde/Stadt von wesentlicher Bedeutung als auch für die ansässigen Unternehmen. Gerade in den ländlichen Bereichen ist eine Versorgung mit Breitband sowohl für die Bildung, für den Gesundheitsbereich als auch für die Stärkung des Wettbewerbes bei den Gewerbetreibenden von wesentlicher Bedeutung, welche bei einer ausgebauten Breitbandinfrastruktur regional, überregional und sogar weltweit agieren können.

Die TGG wurde durch den Kommunalen Energiezweckverband Thüringen (KET) gegründet, um den geförderten Breitbandausbau für die Thüringer Kommunen zu bündeln und als zentraler Ansprechpartner von der Durchführung der Markterkundungsverfahren über den Abruf der Fördermittel bis zum Bau des Glasfasernetzes alle Aufgaben zu übernehmen. Die Kommunen haben so die Möglichkeit, effizient von den Landes- und Bundesförderprogrammen für die Breitbandinfrastruktur zu profitieren. Durch die Beteiligung der KEBT AG ab dem Jahr 2022 wird den kommunalen Aktionären ermöglicht, sich der TGG für den geförderten Breitbandausbau in ihren Kommunen zu bedienen.

Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der TGG

Auszug aus der **Bilanz** des Prüfberichtes zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024:

	Angaben in T€	31.12.2024	31.12.2023
Aktiva			
Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände			
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte			
geleistete Anzahlungen		2	9
Sachanlagen			
Betriebs- u. Geschäftsausstattung		<u>2.571</u>	<u>25</u>
		2.573	34
Umlaufvermögen			
Forderungen u.			
Sonstige Vermögensgegenstände		8.361	972
Flüssige Mittel		<u>3.704</u> 12.065	<u>3.412</u> 4.384
Rechnungsabgrenzungsposten		0	0
Bilanzsumme Aktiva		14.638	4.418
Passiva			
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital		1.000	1.000
Kapitalrücklage		9.000	4.000
Verlust-/Gewinnvortrag		-729	-231
Jahresfehlbetrag		<u>-282</u> 8.989	<u>-498</u> 4.271
Sonderposten für Investitionszuschüsse		2.423	23
Rückstellungen		160	114
Verbindlichkeiten		3.066	10
Bilanzsumme Passiva		14.638	4.418

**Auszug aus der Gewinn- und Verlustrechnung des Prüfberichtes zum Jahresabschluss
für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2024 bis 31. Dezember 2024:**

	Angaben in T€	31.12.2024	31.12.2023
Andere aktivierte Eigenleistungen		22	0
Sonstige betriebliche Erträge		1.553	1.223
Materialaufwand		14	8
Personalaufwand		982	950
Abschreibungen		24	25
Sonstige betriebliche Aufwendungen		900	751
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		63	13
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0	0
Ergebnis vor Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-282	-498
Ergebnis nach Steuern		-282	-498
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		-282	-498

Erstellungsdatum:

.....
Unterschrift (Ober-)Bürgermeister/in